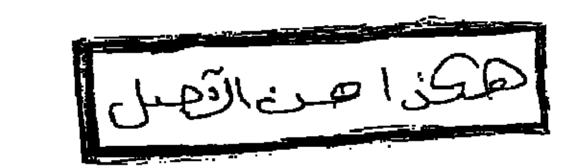


Mittwoch, 30. März 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 7.50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr. Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27.00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 75 - 13.W. - Preis 1.20 DM - I H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 - 10 11

Niederlande 2.00 hfl, Norwegen 7.50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc Schweden 6.50 skr, Schweiz 1.60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts

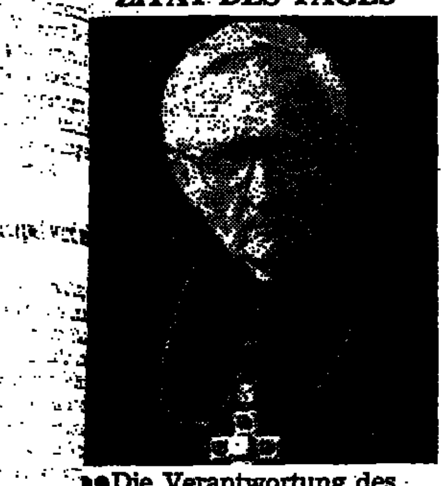
POLITIK

„DDR" baut jetzt zweite Sperrmauer

dpa, München

Die „DDR" hat jetzt erstmals an der 1393 Kilometer langen innerdeutschen Grenze im Bereich der thüringischen Ortschaft Hirschberg – zwei Kilometer östlich des bayerischen Grenzübergangs Rudolphstein – mit der Errichtung einer zweiten Sperrmauer begonnen. Diese Mauer verläuft parallel zu der bereits bestehenden 3,20 Meter hohen Mauer aus Betonfertigteilen. Neben dieser Zusatzmauer installieren Pioniere der „DDR"-Grenztruppe im Gebiet von Hirschberg an mehreren Stellen einen neuen Schutzstreifenzaun, der bei Berührung optischen und akustischen Alarm auslöst. Der Grund der neuen Maßnahmen ist nach Angaben des Bundesgrenzschutzkommandos Süd in München, wie gestern mitgeteilt wurde, noch nicht bekannt. Im Rahmen totaler Absperrung, so berichtete das BGS-Kommando in seinem Jahresbericht 1982, würden an der 422 Kilometer langen Demarkationslinie zwischen Bayern und der „DDR" außerdem Minenfelder vermehrt durch Selbstschußapparate ersetzt, die mit elektrischen Zündern arbeiten.

ZITAT DES TAGES



„Die Verantwortung des Christen ist zutiefst in der Menschwerdung Jesu Christi begründet. Der Mensch als Ebenbild Gottes darf nicht zum Gegenstand und Mittel staatlicher, gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Prozesse erniedrigt werden."

Joseph Kardinal Höffner, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, in einer Pontifikalmesse zur Eröffnung des 10. Deutschen Bundestages.

FOTO: HEINZ WIESELER

Weiter Militärhilfe

AP, Berlin

Die sozialistischen Staaten wollen nach einem Bericht des Berliner Informationsbüros West (IWE) ihr militärisches Engagement in vielen Teilen der Welt nicht einschränken. Das IWE teilte gestern mit, das „DDR"-Verteidigungsministerium habe in der jüngsten Ausgabe seines Organs „Militärwesen" erklärt, zum „heroischen Kampf der Völker gegen den Imperialismus" gehöre auch militärische Hilfe.

Bahr zum Reaganplan

dpa, Bonn

Die Pläne Präsident Reagans, die Strategie der atomaren Vergeltung durch moderne Defensivwaffen zu ersetzen, sind nach Ansicht des SPD-Abrüstungsexperten Egon Bahr für die Genfer Verhandlungen „Zukunftsmusik ohne Belang". In der neuesten Ausgabe des SPD-Blatts „Vorwärts" schreibt Bahr, an Reagans Vorstellungen werde überdeutlich, daß es keine Möglichkeit mehr gebe, Sicherheit für eine Seite allein zu erreichen.

Bürgerrechtlerprozesse

rtr/dpa, Moskau

Gegen die Schriftstellerin Soja Krachmalnikowa (54) beginnt morgen in Moskau ein Prozeß wegen angeblicher „antisowjetischer Agitation und Propaganda". Ihr werden nach Angaben aus Freundeskreisen religiöse Schriften und die Zeitschrift „Nadeschda" (Hoffnung) zur Last gelegt, die in der Sowjetunion zirkulierten. Der sowjetische Bürgerrechtler Wasili Sarats wegen antisowjetischer Aktivitäten zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt.

WIRTSCHAFT

Kooperation von Hoesch und Salzgitter

dpa/VWD, Salzgitter

Die bundeseigene Stahlwerke Peine-Salzgitter AG und die Hoesch Werke AG in Dortmund haben ein Rahmenabkommen geschlossen, das eine Kooperation in vielen Bereichen vorsieht. Dies wurde gestern von einem Unternehmenssprecher in Salzgitter bestätigt. Das Abkommen sieht Investitionsabsprachen und Einzelverträge über Spezialisierungen vor. Das Abkommen sei allerdings sehr weit gefaßt, und Einzelbereiche seien noch nicht konkretisiert worden. Die Zusammenarbeit soll über eine ständige gemischte Kommission und über temporäre Facharbeitsgruppen sowie über gemeinsame Aussprachen der Vorstände erfolgen. Beide Unternehmen wollen unter Aufrechterhaltung ihrer rechtlichen und unternehmerischen Selbständigkeit die eigene wirtschaftliche Situation und ihre industriellen Gestaltungsmöglichkeiten verbessern. Die Vorstände wollen sich nachdrücklich darum bemühen, daß die Rahmenvereinbarung, die bereits in Bonn vorliegen soll, durch die EG-Kommission genehmigt wird.

Handelsbilanz im Plus

rtr, Tokio

Die japanische Handelsbilanz weist nach Angaben des Finanzministeriums für Februar einen Überschuß von 2,15 Milliarden Dollar (rund 5,1 Milliarden Mark) aus. Im Januar war noch ein Defizit von 618 Millionen Dollar festgestellt worden. Im Berichtsmonat fielen die Exporte um 4,5 Prozent auf rund 11,03 Milliarden Dollar. Die Importe verringerten sich um 13,5 Prozent auf rund 8,88 Milliarden Dollar.

Investitionen

rtr, Bonn

Die deutschen Investitionen im Ausland haben sich auch im Jahre 1982 trotz der anhaltenden wirtschaftlichen Rezession nahe dem Rekordniveau vom Vorjahr gehalten. Wie das Bundeswirtschaftsministerium gestern mitteilte, beliefen sich die Nettotransferzahlungen für private Direktinvestitionen im Ausland auf 9,76 Milliarden Mark, was einen nur unwesentlichen Rückgang gegenüber dem Rekordstand von 9,82 Milliarden Mark im vorangegangenen Jahr bedeutet. Die USA blieben auch 1982 wichtigstes Anlageland, während die aktivste Branche der deutsche Straßenfahrzeugbau war. Seite 9

Mehr Benzin

rtr, Washington

Die Vereinigten Staaten werden 1983 nach Berechnungen des US-Energieministeriums erstmals seit 1978 wieder mehr Rohöl importieren und mehr Benzin als im Vorjahr verbrauchen. In Washington rechnet man damit, daß die Importe auf 4,7 Millionen Barrel pro Tag (plus 11,6 Prozent) ansteigen. Der Benzinverbrauch werde sich auf 15,4 Millionen Barrel (0,7 Prozent) erhöhen.

Aktien schwächer

DW. Frankfurt

Die Aktienkurse gaben gestern deutlich nach. WELT-Aktienindex 130,7 (132,5). Auch der Rentenmarkt war schwächer. Dollar-Mittelkurs 2,4310 (2,4325) Mark. Goldpreis je Feinunze 412,00 (408,75) Dollar.

AUS ALLER WELT

Nobel-Zuschlag

AP, Stockholm

Die diesjährigen Nobelpreisträger erhalten einen „Inflationsausgleich" von 30 Prozent der Preissumme. Wie die schwedische Nobel-Stiftung bekanntgab, sind die Auszeichnungen diesmal mit je 1,5 Millionen Kronen (rund 500 000 Mark) dotiert, das entspricht einer Gesamtsumme von neun Millionen Kronen (rund drei Millionen Mark). Letztes Jahr war ein Preis noch mit 1,15 Millionen Kronen (knapp 400 000 Mark) dotiert.

WETTER

Unbeständig

DW, Essen

In ganz Deutschland wechselnd bewölkt mit einzelnen Schauern, in höheren Lagen als Schneeregen oder Schnee. Tagestemperaturen um 8 Grad, nächtliche Tiefstwerte um 3 Grad. Mäßiger, im Norden frischer Wind aus Südwest.

Start des Bundestags in die zweite Kanzlerschaft Kohls

Barzel zum Parlamentspräsidenten gewählt / Eröffnungsrede Brandts

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Deutsche Bundestag hat mit seiner konstituierenden Sitzung gestern in Bonn die zweite Amtszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) eröffnet. Entgegen mancherlei Befürchtungen verlief der erste Sitzungstag des 10. Bundestages im Beisein der grün-alternativen Abgeordneten ruhig.

Mit großer Mehrheit wählten die Parlamentarier den bisherigen Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Rainer Barzel (58), zu ihrem Präsidenten. Der CDU-Politiker erhielt 407 von 508 abgegeben gültigen Stimmen. 88 Abgeordnete stimmten gegen ihn, 13 übten Enthaltung.

In seiner Antrittsrede versicherte Barzel, er werde alles tun, damit der 10. Deutsche Bundestag „gut bestehen kann", vor dem Volk und der Geschichte. Das Friedensgebot, aber auch die Erinnerung an das Verfassungsgebot, die Wiedervereinigung der Deutschen in Freiheit anzustreben und zu vollenden, stellte Barzel an die Spitze seiner Rede. Trotz aller trennenden Fragen sollten sich die Abgeordneten darüber einig sein, daß „nie wieder vom deutschen Boden Krieg oder Diktatur ausgehen dürfen". Die Bundesrepublik Deutschland, so sagte Barzel, wolle als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft dem Frieden dienen. Nach Lage der Dinge sei dies nur in der NATO möglich.

Barzel ging auch auf das durch den Einzug der grün-alternativen Abgeordneten – sie hatten Frühlingsblumen mitgebracht – „veränderte Gesicht" des Parlaments ein. Er verwies darauf, daß Abgeordnete ausschließlich ihrem Gewissen unterliegen „und an Aufträge oder Weisungen nicht gebunden sind". Es gebe auch keine qualitativ unterschiedlichen Mandate. Barzel sagte, es gehe im Bundestag „nicht um gespreizte Würde", sondern um natürliche Achtung. Sein Wunsch sei es, daß die „Werktagsarbeit" mit den „Sonntagsreden übereinstimmt". Das Parlament sei der Platz für „leidenschaftlichen Streit", aber auch für Kompromißbereitschaft.

SEITE 3:
Ein neuer Präsident und ein grüner Tupfer im Hohen Hause
Weitere Beiträge auf Seite 12

Am Nachmittag wählten die Abgeordneten in ebenfalls geheimen und getrennten Abstimmungen vier Vizepräsidenten des Bundestages: Richard Stücklen (CSU), Annemarie Renger (SPD), Heinz Westphal (SPD) und Richard Wurbs (FDP). Die Grünen hatten ihre Kandidatin Christa Reetz vorgeschlagen. Auf sie entfielen im ersten Wahlgang 33 Stimmen, was bedeutet, daß sie zumindest fünf Stimmen aus anderen Fraktionen erhalten haben muß.

Die Grünen hatten vor der Wahl der Vizepräsidenten vergeblich versucht, durch eine Änderung der Geschäftsordnung deren Zahl auf fünf auszuweiten, damit ihre Bewerberin in dieses Gremium hineingewählt werden könne. Für die Grünen hatte Willi Hoss, von Beruf Schweißer, den Anspruch damit begründet, daß die Minderheit Ein-

● Fortsetzung Seite 12

US-Vorschläge für weniger Raketen

Offerte in Genf: Abbau der SS 20 gleichzeitig mit Anlaufen der NATO-Nachrüstung

AFP/AP/rtr, Genf/Washington

Paul Nitze, der US-Chefdelegierte bei den Genfer Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abbau der Mittelsteckenraketen in Europa, ist von Präsident Reagan angewiesen worden, auf der gestrigen Sitzung, der letzten vor der Oster-Pause, den neuen amerikanischen Vorschlag einer Zwischenlösung einzubringen. Dies gab ein hoher Regierungsbeamter in Washington benannt.

Der Vorschlag soll darauf abzielen, die Zahl der gegen Westeuropa gerichteten sowjetischen Raketen und die Zahl der im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses aufzustellenden US-Raketen auf einem niedrigeren Niveau einander anzugleichen, sagte der Beamte, der aber keine genauen Zahlen nannte. Präsident Reagan wolle aber nach wie vor eine „Null-Lösung", den Abzug aller Mittelstreckenraketen aus Europa, durchsetzen.

Nach Angaben der „Washington Post" wollen die USA eine Lösung „so nahe wie möglich bei Null" erreichen. Der Öffentlichkeit solle deutlich gemacht werden, daß ein etwaiger Mißerfolg der Verhandlungen nicht auf fehlenden guten Willen der USA zurückzuführen sei. Der sowjetische Chefunterhändler Julij Kwizinskij äußerte gestern nach der Sitzung in Genf: „ich bin nicht sehr optimistisch. Aber laßt uns abwarten."

Im NATO-Hauptquartier in Brüssel hieß es, bei der Zwischenlösung solle nach Reagans Vorstellungen die Sowjetunion mit dem Abbau ihrer SS-20-Raketen beginnen, während die NATO gleichzeitig die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper anlaufen lasse. Bei den Genfer Gesprächen solle dann der Punkt bestimmt werden, bei dem das Gleichgewicht erreicht sei. Nach Abschluß dieser Zwischenlösung solle dann erneut über die Null-Lösung diskutiert werden.

Reagan bestehe darauf, so die US-Fernsehgesellschaft NBC, daß sich jegliches Abkommen an die von ihm am 22. Februar erwähnten vier Grundsätze hält: Raketengleichgewicht zwischen den beiden Großmächten, keine Einbeziehung der britischen und französischen Nuklearraketen, keine Verlagerung der aus Europa abgezogenen sowjetischen Raketen nach Asien und Überprüfbarkeit der Abkommen. Das Weiße Haus lehnte jede Stellungnahme zu der NBC-Meldung ab.

Es wurde erwartet, daß Präsident Reagan in seiner morgigen Rede in Los Angeles Einzelheiten seines Vorschlages über eine Zwischenlösung mitteilen wird.

Führer von „Solidarität" stellten sich Miliz

AP/dpa, Warschau

In Polen haben sich zwei untergetauchte Funktionäre der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" der polnischen Polizei (Miliz) gestellt. Es handelt sich dabei um das frühere Breslauer Mitglied des „Solidarität"-Landesausschusses Andrzej Konarski und den früheren stellvertretenden Vorsitzenden des „Solidarität"-Ortskartells Radom, Jerzy Pierzchala. Konarski war seit Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 im Untergrund gewesen. Wie es weiter hieß, traf Konarski mit Innenminister General Czeslaw Kiszckak zu einem Gespräch zusammen. Nach dem Gespräch wurde er nach Hause entlassen. Pierzchala sei nach einer Vernehmung auf freien Fuß gesetzt worden.

In einem Fernsehinterview sagte Konarski, ein Aufruf, den General Boleslaw vorige Woche erlassen hat, habe ihn überzeugt und dazu beigetragen, daß er sich stellte. Kiszczak hatte vorige Woche erklärt: „Feinde des Sozialismus" wollten im Mai neue Unruhen schüren. Er hatte die Regimegegner im Untergrund aufgefordert, aus ihren Verstecken zu kommen.

Abschied für 20 Generale und Admirale

dpa, Bonn

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) hat gestern 20 Generale und Admirale verabschiedet, die zum 31. März in den Ruhestand treten. Bei den Offizieren handelte es sich um einen der letzten stärkeren Jahrgänge der Kriegsteilnehmer. Die letzten „kriegsgedienten" Generale werden im Frühjahr 1989 die Bundeswehr verlassen. Es gibt gegenwärtig noch knapp 100 hohe Offiziere in den Streitkräften der Bundesrepublik Deutschland, die der früheren Wehrmacht angehörten.

Generalinspekteur Jürgen Brandt sagte bei der Verabschiedung, die Offiziere hätten beim Aufbau der Bundeswehr den Wunsch gehabt, einem Deutschland dienen zu können, in dem Soldaten nicht noch einmal mißbraucht werden würden. „Diese Hoffnungen und Wünsche haben sich erfüllt." General Brandt wird zum Abschied heute zusammen mit dem scheidenden Luftwaffeninspekteur Friedrich Obleser mit einem großen Zapfenstreich geehrt.

Seite 2: Neue Dienstbereitschaft
Seite 3: Ein Mann für den Grenzbereich von Militär und Politik

Schnoor ordnet Vernichtung der Zählpapiere an

dpa, Bonn/Düsseldorf

Um Mißbrauch mit den Erhebungen der Volkszählung von vornherein auszuschließen, hat der nordrhein-westfälische Innenminister, Herbert Schnoor (SPD), gestern umfangreiche Sicherungen angeordnet. Danach muß das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik nach Abschluß der sogenannten „Plausibilitätskontrollen" bis spätestens Ende 1984 die Zählpapiere vernichten und die Kenn-Nummern auf den Datenträgern löschen. Das Amt darf die Angaben der Bürger auch nur ohne Namen und lediglich mit dem Geburtsjahr auf Datenträger übernehmen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat erneut ihre Forderung nach einer Verschiebung der Volkszählung unterstrichen und die Bundesregierung und die Unions-Parteien für ein eventuelles Scheitern der Zählung verantwortlich gemacht.

Der Bundesvorstand der „Bürgerpartei – Partei der Steuerzahler" hat gestern beim Karlsruher Bundesverfassungsgericht gegen das Volkszählungsgesetz 83 Verfassungsbeschwerden sowie Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung eingereicht.

Franzosen müssen daheim braun werden

A. GRAF KAGENECK, Paris

Nach einem „Tag der Tollheiten" an den Wechselschaltern des Landes, der bei einigen Banken zu einem Ausverkauf spanischer und italienischer Devisen geführt hatte, zeigte ein kurzes Dekret im staatlichen Regierungsanzeiger den Franzosen gestern morgen das vorläufige Ende ihrer touristischen Freiheit an.

Seit 0 Uhr in der Nacht zum Dienstag gelten für den Reisedevisenverkehr folgende Bestimmungen: 2000 Franc pro Erwachsener und Kind über 10 Jahre, 1000 Franc für jedes Kind darunter plus 1000 bzw. 500 Franc in französischen Banknoten pro Kopf jedes Familienmitglieds.

Die Nutzung von Kreditkarten im Ausland ist künftig verboten. Jeder Franzose muß vom 2. Mai an ein Carnet seiner Bank bei sich führen, auf dem sein Foto, seine Adresse, sein Bankkonto und sein erlaubter Devisenbetrag eingetragen sind. Zuwiderhandelnde müssen mit Geldstrafen von bis zum fünffachen Betrag der autorisierten Geldmenge rechnen. Der Zoll hat Anweisung, verschärfte Kontrollen an den Grenzen einschließlich Leibesvisitation und Autodurchsuchung durchzuführen. Der Reiseverkehr soll nach Möglichkeit dadurch nicht gestört werden. Als abschreckendes Beispiel meldete der staatliche Rundfunk gestern morgen die Ergreifung von drei Bürgern der afrikanischen Republik Tschad (zur Franc-Zone gehörig) an der deutsch-französischen Grenze, die versucht hatten, in ihren Koffern 450 000 Franc über die Grenze zu schmuggeln

Offenbar überrascht von der außerordentlich heftigen Reaktion der Öffentlichkeit am Montag, hat die Regierung einige geringe Erleichterungen der Bestimmungen beschlossen. Dazu zählen die Senkung des touristischen „Großjährigkeitsalters" auf 10 Jahre, die zusätzliche Ausstattung mit einem begrenzten Franc-Betrag und die Möglichkeit, die Reise- und Hotelkosten vor Antritt der Reise in Franc zu bezahlen. Geschäftsreisende dürfen täglich 1000 Franc im Ausland in Devisen umtauschen und von Kreditkarten ihrer Unternehmen profitieren. Persönliche Kreditkarten sind auch hier ausgeschlossen. Die Regierung will damit ausdrücklich die Exporteure ermuntern, ihre Aktivitäten zur Eroberung von Auslandsmärkten nicht nur nicht einzuschränken, sondern sogar zu verstärken. Denn Hauptzweck der Devisenbewirtschaftung ist es ja, das Außenhandelsbilanzdefizit von nahezu 90 Milliarden Franc zu etwa einem Drittel abzubauen. Weitere Maßnahmen zur Sanierung, etwa Hilfen für die Industrie zur Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit, will die Regierung in den kommenden Wochen bekanntgeben.

Die Reisebüros, die für heute eine Protestkundgebung vor dem Wirtschafts- und Finanzministerium in der Rue de Rivoli organisieren, rechnen nun mit massiven Absagen lange gebuchter Reisen. Denn mit umgerechnet etwa 4000 Mark für eine vierköpfige Familie läßt sich kein vierwöchiger Urlaub im Ausland bestreiten. Befürchtungen, eine „Schwemme" französischer Touristen in französischen Hotels werde ausländische Devisenbringer von einem Besuch Frankreichs in diesem Sommer abhalten, werden in Regierungskreisen nicht geteilt. Frankreichs touristische Kapazitäten seien bisher nie ganz ausgeschöpft worden. Es stünden große Reserven im Inneren des Landes noch ungenutzt zur Verfügung, und volle Strände seien auch bisher von vielen Ausländern gemieden worden. „Braun kann man auch in unseren Bergen werden", sagte lakonisch ein Mitarbeiter des Präsidenten Mitterrand.

Seite 2: Panik et circenses

DER KOMMENTAR

Gespannte Erwartung

HERBERT KREMP

An der Eröffnung des Parlaments und der Wahl des Bundeskanzlers interessieren am meisten die kommenden Taten. Der mit bemerkenswert breiter Mehrheit ins Amt berufene Präsident des Deutschen Bundestages, Rainer Barzel, erhielt den meisten Beifall für den mahnend vorgetragenen Wunsch, „die Werktagsarbeit möge mit den Sonntagsreden übereinstimmen". Vom politischen System, das die Deutschen hier in freier Selbstbestimmung bestätigt haben, wird ein Meisterstück erwartet.

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß seit 1949 keine deutsche Regierung vor einem höheren und gefährlicheren Gebirge an Problemen gestanden hat als diese. Die beiden Präsiedenten, die gestern sprachen, deuteten das in ihren Reden an, der Alterspräsident Willy Brandt etwas parteilich-testamentsmäßig, Rainer Barzel energisch und staatsmännisch. Um Arbeit und Frieden kreisten beider Gedanken. An diesen beiden Begriffen werden Erfolg und Versagen des 10. Bundestages gemessen werden, der angesichts der geklärten Mehrheitsverhältnisse für vier Jahre eine Koalitionsregierung tragen wird.

Alle Voraussetzungen für kontinuierliches Handeln, für die Entwicklung einer schöpferischen und mutigen Politik sind vorhanden. Die Bürger haben der neuen Mehrheit einen hohen Kredit bewilligt, der befristet ist und voll zurückgezahlt werden muß. Die Erwartungen sind hoch gespannt. Nach der Regierungserklärung, für die sich der Bundeskanzler Zeit läßt, wird das Zählwerk der „ersten einhundert Tage" anlaufen, nicht von Euphorie bewegt wie 1969 und noch einmal 1972, sondern von einer neuartigen Energie, die sich aus der Eigendynamik schwieriger Probleme, aus Sorgen und aus Skepsis zusammensetzt. Wir leben in Zeiten, in denen sich Exekutiven schnell verbrauchen können, wie der Blick nach Frankreich gerade bestätigt.

Gemessen an diesen Herausforderungen sind die parlamentarischen Fragen, denen seit Tagen so viele Filmrollen und Tintenworte gewidmet werden, reine Nebensache. Die Grünen bedeuten nichts, wenn die Regierung kompetent arbeitet. Ihr Einzug in den Deutschen Bundestag war keine zehn elektronischen Kameras wert, wie Minister Ertl richtig sagte, und ob sie an der Vereidigung auch nur eines Ministers teilnehmen oder nicht, reißt keinen vom Stuhl. In der Werktagsarbeit stellen sich die tatsächlichen Proportionen von selbst wieder her.

Metall-Tarif: Nur noch um ein Prozent auseinander?

Verhandlungen in Neuss / Stahl-Forderung

DW. Neuss

Die seit dem 19. März unterbrochenen Tarifverhandlungen in der Metallindustrie sind gestern in Nordrhein-Westfalen wieder aufgenommen worden. Den Weg dazu hatte am Wochenende ein Spitzengespräch zwischen dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall und der IG Metall geebnet.

Zu Beginn der Gespräche in Neuss betonte der Präsident des Metallindustrie-Verbandes in Nordrhein-Westfalen, Paul Pleiger, die Pilotfunktion dieser Verhandlungen: „Für uns ist kein Abschluß möglich, der nicht auch für andere Modell sein kann." Man müsse auf kleinere und schwächere Metallbetriebe auch in anderen Tarifgebieten Rücksicht nehmen.

Während nach Pleigers Worten die „Kontrahenten" in ihren Vorstellungen nur noch „unter einem Prozent" auseinander lägen, wurden aus den Äußerungen des Arbeitgebervertreters und des Kölner IG-Metall-Bezirksleiters Karlheinz Bräuer die Differenzen über die Laufzeit eines Tarifvertrages deutlich. Nach Pleigers Worten wollen die Arbeitgeber lieber eine längere Laufzeit als 12 Monate und damit eine Kostenentlastung für dieses Jahr. Bräuer bezeichnete demgegenüber als Ziel einen Abschluß, der rückwirkend ab 1. Februar in Kraft treten und 12 Monate Laufzeit haben sollte: „Das ist das absolut Vernünftigste. Dann gibt es nichts zu rechnen und zu dividieren."

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk hat Bräuer die Möglichkeit eines „Stufenplans" angedeutet. Seinen Äußerungen war dabei zu entnehmen, daß die Größenordnung der jeweiligen Gehaltsstufen während der Laufzeit des Tarifvertrages abhängig gemacht werden könnte von der Entwicklung der Preissteigerungsraten. Denn man wisse „nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, ob tatsächlich" eine Inflationsrate von „unter drei Prozent erreicht wird".

Zugleich wurde eine Untersuchung des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung bekannt, wonach sich im Laufe des Jahres der Anstieg der Verbraucherpreise in der Bundesrepublik Deutschland weiter ermäßigen und Ende des Jahres weniger als drei Prozent betragen werde. Damit sei in der derzeitigen Tarifrunde die Sicherung der Reallöhne schon mit weit niedrigeren Abschlußsätzen zu erreichen, als es von den Gewerkschaften bisher geltend gemacht worden sei.

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Ohne Abstriche von ihrer Maximalforderung für die metallverarbeitende Industrie hat die IG Metall gestern auch für die Stahltarifrunde einen Lohn- und Gehaltszuschlag von 6,5 Prozent gefordert. Die Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag beginnen zunächst für die 175 000 Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen und Bremen. Nach den Berechnungen des Arbeitgeberverbandes Eisen- und Stahlindustrie würde die Realisierung dieser Forderung bundesweit einen Kostenschub von mehr als 600 Millionen Mark bedeuten. Verbandsvorsitzender Karl-August Zimmermann (Thyssen) erwartet angesichts dieser Forderung „eine außerordentlich schwierige Tarifrunde".

El Salvador will Wahlen auf Dezember vorverlegen

Die Guerrilleros setzen den Bürgerkrieg fort

rtr, San Salvador

Ein Jahr nach den Parlamentswahlen bereitet sich El Salvador erneut auf allgemeine Wahlen vor, die im Dezember abgehalten werden sollen. Im März 1982 war trotz des Widerstands der Guerrilla eine Übergangsregierung gewählt worden, die das Land, das schon viele Diktaturen und Militärcoups ertragen mußte, auf die Demokratie vorbereiten sollte.

Der Ausgang der Wahl, an der sich 74 Prozent der Bürger beteiligt hatten, wurde von Washington und der Führung El Salvadors als Triumph für die Demokratie und als Niederlage der Guerrilla gewertet, die mit Gewalt die Macht zu erlangen versucht. Die Reagan-Administration drängte die Übergangsregierung, eine Landreform einzuleiten und die Menschenrechtslage zu verbessern. Durch innere Machtkämpfe und verschärfte Aktionen der Guerrilleros ist der Prozeß der Demokratisierung aber inzwischen gestört worden. Daher drängte Washington die Übergangsregierung, die ursprünglich für März 1984 angesetzten Wahlen auf Dezember 1983 vorzuverlegen.

Mit dieser Konzession an den US-Kongreß will El Salvadors Regierung zugleich den Weg für verstärkte Militärhilfe aus den USA ebnen. „Für die Reagan-Administration ist es leichter, mit einer demokratisch gewählten Regierung zu verhandeln", sagte ein Diplomat in San Salvador. Allerdings würden vorgezogene Wahlen dadurch behindert, daß nicht genug Zeit für das Anlegen von Wahllisten bleibe.

Zudem bleiben die Einbeziehung linksgerichteter Kräfte und die Beendigung des Bürgerkriegs, der bisher 35 000 Todesopfer forderte, die größten Probleme El Salvadors. Übergangspräsident Alvaro Magana legte dem Parlament kürzlich einen Gesetzentwurf über eine Amnestie vor, über den in den nächsten Wochen abgestimmt werden soll. Regierungsbeamte hoffen, die Guerrilleros könnten sich nach einer Amnestie an der Wahl im Dezember beteiligen.

Aber die Guerrilla hat die Amnestie bereits abgelehnt: Sie will bis zuletzt kämpfen. „Wir sind dabei, den Krieg zu gewinnen, und haben nicht die Absicht, die Waffen niederzulegen", hieß es im Rebellensender „Venceremos".

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Panik et circenses

Von August Graf Kageneck

Panem et circenses" liebten die Römer als einziges wirklich, meinte verächtlich der gestrenge Juvenal im leichtsinnigen Rom der Zeitenwende. Weil der Bourbone Ludwig XVI. in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts zu spät erkannte, daß das damals keineswegs leichtsinnige französische Volk jedenfalls panem brauchte (die Königin soll ihrerseits gesagt haben: „Wenn sie kein Brot haben, warum essen sie dann keinen Kuchen?"), kam es zu einer furchtbaren Revolution.

Knapp zweihundert Jahre später wäre es in Frankreich fast zu einer Wiederholung gekommen, weil der Sozialist Mitterrand seinen Untertanen, die Brot genug haben, mit einer drastischen Kürzung ihres Ferienbudgets die moderne Form der Zirkusspiele verweigern wollte. Der Sturm, der durch das Land ging, hat die Machthaber so überrascht, daß sie eilends ihre Bestimmungen um einige Grade erleichterten. Eine ihnen durchaus geneigte Zeitung hatte immerhin den „Geist von Helsinki" beschworen und an die feierliche Verpflichtung zur Freizügigkeit aller Bürger Europas erinnert, die auch Frankreich damals eingegangen ist. Eine andere verglich die eingesperrten französischen Touristen mit sowjetischen Dissidenten.

So hoch kann die Volksseele heute schäumen, wenn man ihre teuerste Errungenschaft im ausgehenden zweiten Jahrtausend, die nahezu unbeschränkte Befriedigung ihres Reisedranges, zu beschneiden sucht. Mit dem Kuchenessen in der Bretagne, wozu die Regierung nun einlädt, ist es für diejenigen nicht getan, die ihre Baguettes ohne Butter akzeptieren, um Fische in der Karibik jagen zu können. Wehe, wenn die Maßnahme nicht greifen sollte. Monsieur Dupont wird sich bei den Parlamentswahlen in drei Jahren an diesen Schock erinnern.

Neue Dienstbereitschaft

Von Rüdiger Moniac

Das Interesse, Offizier oder Unteroffizier in der Bundeswehr zu werden, ist in jüngster Zeit im Vergleich zu früheren Jahren sehr viel stärker geworden. In diesem Jahr wird die Bundeswehr nur jeden sechsten Offizierbewerber von 12 000 auch annehmen können. Ähnlich günstig (für die Bundeswehr) verläuft die Entwicklung bei den Unteroffizieren.

Die Frage stellt sich, ob dies mit einer veränderten Einstellung junger Männer zu Wehrdienst und Landesverteidigung oder mit der so schlichten wie gleichzeitig beklagenswerten Tatsache der Arbeitslosigkeit zu tun hat.

Grundsätzlich läßt sich sagen, daß es weder in der Geschichte der Bundeswehr noch überhaupt in der deutschen Militärgeschichte so war, daß die Interessenten am Dienst des Soldaten den Eintritt in die Streitkräfte aus nur vaterländischen oder nur beschäftigungspolitischen Motiven suchten. Es war immer eine Mischung, in der mal das erste Motiv im Vordergrund stand, mal das zweite.

Heute wird es gewiß die Lage am Arbeitsmarkt sein, die der Truppe einen lange nicht gekannten Zulauf an Bewerbern beschert. Den Wunsch zum „Dienen" im Interesse des Staatswesens gibt es gewiß auch, nur angesichts der teilweise sehr verwirrenden Debatte über die Bedingungen der Politik zur Friedenserhaltung wohl bei vielen jungen Männern nur recht verschwommen.

Die Bundeswehr kann sich über das neue Interesse, aus welchem Grund auch immer gespeist, nur freuen. So ist es ihr möglich, für die „mageren Jahre" der kommenden geburtenschwachen Jahrgänge an Wehrpflichtigen ein Polster an Längerdienenden anzusammeln. Allerdings hat der Verteidigungsminister nicht genug Mittel dafür zur Verfügung, um den Anteil der Längerdiener ausreichend aufstocken zu können. Doch bemüht sich die Hardthöhe sehr, durch Umschichten der Finanzmittel alle Möglichkeiten auszuschöpfen.

Au Weyer

Von Klaus Blume

Brauchen wir eine ministerielle Verordnung für Wanderungen durch den Schwarzwald? Muß der Aufschwung, wenn er sich nicht in der Wirtschaft abspielt, sondern am Reck, amtlich reguliert werden? Wenn es nach Willi Weyer, dem Präsidenten des Deutschen Sportbundes (DSB) geht, dann ja. Ein Ministerium für den Breitensport habe der Präsident gefordert, meldeten hartnäckig die Nachrichtenagenturen. Weyer dementierte. Es gehe ihm um bundeszentrale Modellmaßnahmen und um einen zuständigen Ansprechpartner in Bonn. Aber ob dieser nun ein Minister oder ein Bundesbeauftragter fürs Auf- und Niederhüpfen ist – was macht das für einen Unterschied?

Bisher hat Weyer den Sport – und ganz besonders die Trimm-Bewegung – stets als Enklave der Eigeninitiative gefeiert. Funktioniert hat das allemal, auch in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Länderministerien. Seit 1971 haben sich an den fünfzigtausend Trimm-Spielen mehr als sechzehn Millionen Menschen beteiligt. Die Breitensport-Bewegung bot 17 052 Wanderungen, 7719 Volksläufe, 5669 Radwanderungen und Aktionen in acht weiteren Sportarten an. Fazit: 47 Prozent der Bundesbürger betreiben heutzutage Sport.

Und nun sollen bundeszentrale Modellmaßnahmen her, um den Spaß am (Trimm-) Spiel zu institutionalisieren. Anstatt dem Sport seinen Frei-Lauf zu lassen, verhandelt Weyer bereits mit dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. Wie vereinbart sich das mit seinem Anspruch, ein Kämpfer für den freien Sport zu sein, der alles dafür tun wird, daß es nicht zu einem Sportminister kommt?

Das zarte Pflänzchen Initiative braucht kein Treibhaus, in dem es nur zu einer seltenen Gattung verkümmern würde. Die Trimm-Aktion ist widerstandsfähig genug. Das ist ihre Natur.



ZEICHNUNG: LOCHER / CHICAGO TRIBUNE

Herrscher im Übergang

Von Carl Gustaf Ströhm

Wenn der Gesundheitszustand eines Politikers ins Gerede kommt, ist das nicht nur medizinisch ein schlechtes Omen. Anhänger könnten Zweifel bekommen, ob man sich auf seine Stand- und Dauerhaftigkeit verlassen kann. Gegner könnten die Stunde für gekommen halten, dem Angeschlagenen noch einen Stoß zu versetzen.

Diese Regeln gelten in verstärkter Weise auf den eisigen Gipfeln der Macht im Kreml. Neuerdings wird verbreitet, der sowjetische Generalsekretär Jurij Andropow habe ein Nierenleiden und außerdem Diabetes. Sein Sehvermögen sei deshalb geschwächt. Von sowjetischer Seite sind solche Berichte nicht oder nicht nachdrücklich dementiert worden. Gelegentlich wurde sogar die Frage gestellt, ob „Mutmaßungen über Jurij" nicht auch von interessierten sowjetischen Quellen lanciert sein könnten.

Fast zur selben Zeit hört man von osteuropäischen Funktionären, die Andropow verbunden sind, Worte des Bedauerns darüber, daß der neue Parteichef sich bisher nicht vollständig durchgesetzt habe. Aber ob Jurij Andropow wirklich ein „Reformer" des sowjetischen Systems sein kann, ist oft bezweifelt worden. Sicher ist bisher nur, daß er bereits zu Lebzeiten Breschnews seine Hand über dem „ungarischen Modell" gehalten hat. Neuerdings ist davon zu hören, daß die KPdSU Experten in osteuropäische Länder entsendet, um dort wirtschaftlichen Rat einzuholen: eine seltsame Umkehrung früherer Praktiken, als in Osteuropa alles blind von den Sowjets kopiert werden mußte.

Daß Andropow die Notwendigkeit tiefgreifender Änderungen im sowjetischen Produktionssystem spürt, ist nicht zu bezweifeln. Die Frage ist allerdings, ob er auch zur richtigen Therapie gelangen kann. Gerade hier sind dem neuen Parteichef enge Grenzen gezogen. Wer durch eine Koalition von Generalen, Geheimpolizisten und Ideologen an die Macht gekommen ist, kann sich dem Einfluß dieser Gruppierungen auch bei der Verwirklichung seiner Politik nicht entziehen. Außerdem besteht kein Zweifel, daß die Breschnew-Gruppe im Politbüro keinesfalls ausgeschaltet ist.

Der neue Generalsekretär braucht also, um sich sowohl gegenüber den tragenden Gruppen wie auch gegenüber seinen innenpolitischen Gegnern behaupten zu können, dringend Erfolge. Andernfalls könnte sich wiederholen, was bereits unter Chruschtschow geschah: ein „Umkippen" der Mehrheit in den Führungsgremien der KPdSU zuungunsten des Parteichefs. Übrigens begann ja auch Breschnews politische Demontage damit, daß dauernd über seinen Gesundheitszustand geredet wurde – und zwar zu einer Zeit, als dieser gar nicht so schlecht war.

Welche Erfolge aber könnte Andropow nach immerhin bald halbjähriger Amtszeit vorweisen? Daß die Jagd auf Korruptionisten und Müßiggänger ein äußerlich eindrucksvolles Bild abgibt – Polizisten, die Ausweise kontrollieren und Leute festnehmen, vermitteln immer den Eindruck von Energie und Tatkraft –, ändert nichts an der Tatsache, daß damit die systembedingten Schwierigkeiten nicht zu beheben sind. Selbst das vielzitierte ungarische Modell – das einzige, das im Ostblock halbwegs funktioniert – läßt sich, wenn überhaupt, dann erst nach mühevollen Umstellungen und Adaptationen auf die Sowjetunion anwenden. Bis hier Erfolge sichtbar werden könnten, müßten Jahre vergehen.



Andrej Gromyko: Wem nützt die Beförderung? FOTO: DIETER HESPB / DPA

Außenpolitisch ist Andropow bei der deutschen Wahl der Versuch mißglückt, durch einen rot-grünen Sieg in der Bundesrepublik den Amerikanern eine schwere Niederlage in Europa zu bereiten. Mit Vogel als Bundeskanzler hätte Andropow bei den Genfer Verhandlungen und allgemein in der Raketenfrage auftrumpfen können. Westliche Konzessionen wären ihm ohne Gegenleistung zugefallen. Wenn sich Andropows Versuch, nun mit Hilfe „außerparlamentarischer" Mittel die Nachrüstung zu verhindern, gleichfalls als Fiasko erweist, wird er sich entscheiden müssen: entweder Fortsetzung der sowjetischen Super-Rüstung und damit weiter schwere Wirtschaftsprobleme, oder aber Konzessionen, Abrüstung und wirtschaftliche Reformen. Im letzteren Fall könnte allerdings Andropows Manövrierraum gegenüber den eigenen Generalen, den „Eisenfressern" und Militärbürokraten, verzweifelt klein werden. Wer weiß, was die Beförderung des wahrlich nicht für seine Konzessionsbereitschaft bekannten Andrej Gromyko zu bedeuten hat ...

Dazu kommen noch die inneren Block-Probleme: In Polen gärt es weiter, und niemand vermag zu sagen, ob es nicht demnächst wieder zu schweren Konfrontationen zwischen Machthabern und Volk kommen wird. Bulgarien, einst der Eckpfeiler und ein Reklame-Aushängeschild der Sowjets, ist durch das Papst-Attentat und die Affäre Agca in seinem internationalen Ansehen schwer und wohl auf Jahre hinaus angeschlagen. Überdies fällt auch hier auf Andropow persönlich ein Schatten.

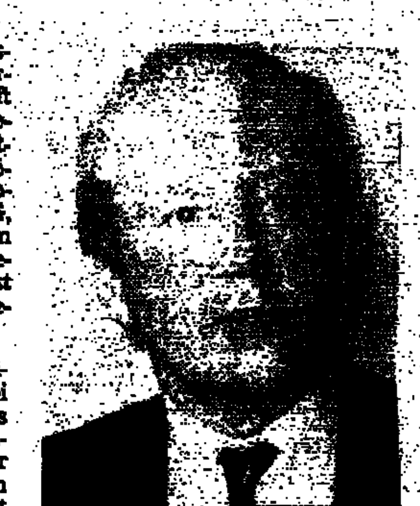
Die Eisdecke, auf welcher der neue sowjetische Parteichef balancieren muß, ist also nicht sehr stark. So stellt man sich im Westen ebenso wie im Osten die Frage, ob er es schaffen kann. Daß er auf Grund seines Alters eine Übergangsfigur sein würde, war von Anfang an klar. Nur: Wie lange wird der Übergang dauern?

IM GESPRÄCH Klaus Ahlers

Schiffsbau im Sturm

Von Uwe Bahnsen

Die Bandbreite der Kraftausdrücke, mit denen sich der Vorstandsvorsitzende der Großwerft HDW, Klaus Ahlers, derzeit belegen lassen muß, reicht von „Kaputtsanierer" bis „Mörder": Die Empörung unter den Arbeitern der Howaldswerke-Deutsche Werft AG, von denen jeder dritte nach dem von Ahlers vorgelegten Sanierungskonzept ausscheiden soll, ist groß, und die Verzweifung in vielen Familien ist es nicht minder.



Schmerzliche Sanierung: DHW-Manager Ahlers FOTO: WULF PFEIFFER / DPA

Aber selbst die härtesten Kritiker gestehen diesem ruhigen, bei öffentlichen Auftritten durchaus nicht glatt und routiniert wirkenden Werftmanager zweierlei zu: Er ist bislang der einzige, der einen konkreten Plan dafür vorgelegt hat, wie der Riesendampfer HDW aus der schweren See der eskalierenden Werftenkrise wieder in ruhigere Gewässer gesteuert werden kann – und er hat den Mut, diesen Kurs offensiv und auch mit Härte zu vertreten, gegenüber protestierenden Arbeitern ebenso wie lamentierenden Politikern, etwa dem Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi.

Als der gelernte Schiffahrtskaufmann, 1935 in Bremen geboren, am 1. Dezember vergangenen Jahres den Krisenjob bei HDW übernahm, tat er es eigener Bekundung zufolge „nicht mit der Absicht, hier das Licht auszudrehen", sondern um das gefährdete Unternehmen zu retten. Einstimmig, also mit den Voten der Arbeitnehmervertreter, hatte der Aufsichtsrat ihn für diese Aufgabe berufen – wohl wissend, daß hier ein Mann geholt wurde, der als „stiller", aber erfolgreicher Sanierer galt.

Sein Werdegang ist für den Top-Manager einer Großwerft nicht unbedingt typisch: Nach einem Fulbright-Schülerstipendium in den USA und dem Besuch der Bremer Wirtschaftsfachschule lernte Ahlers das Schiffahrtsgeschäft von der Pike auf bei der Bremer Argo-Reederei, für die er Mitte der fünfziger Jahre als Delegierter in Beirut und Ägypten tätig war. Anschließend beriet er im Auftrag der Bundesregierung das syrische Wirtschaftsministerium in Schiffahrtsfragen. Seine Laufbahn als Werftmanager begann Ahlers 1963 als stellvertretender Verkaufsleiter der damaligen Tanker-Großwerft AG Weser in Bremen, deren Marketing-Direktor er 1970 wurde.

Seinen Ruf als Sanierungsexperte begründete Klaus Ahlers als Geschäftsführer der Hapag-Lloyd-Werft in Bremerhaven, die er bis 1980 aus den roten Zahlen herausbrachte, auch damals freilich mit einem rigorosen Abbau der Belegschaft von 1900 auf 1300 Mann. Der Hapag-Lloyd-Konzern entsandte Ahlers danach zu einem weiteren Sorgenkind, der Hapag-Lloyd-Flug GmbH. Als Geschäftsführer reduzierte er das Basisnetz und, auch hier, die Belegschaft, und verhinderte so den weiteren Sturzflug.

Die Großwerft HDW soll, das ist sein erklärtes Ziel, auch künftig eine Großwerft bleiben – aber vor allem mit einer drastisch verbesserten Kostenstruktur. „Wenn ich auf der anderen Seite wäre", so meinte er nach der Entscheidung des HDW-Aufsichtsrates angesichts der aufbegehrenden Arbeiter, „so würde ich auch protestieren. Aber wenn auch nur einer einen besseren Vorschlag zur Sanierung hat, räume ich morgen meinen Sessel." Es sieht so aus, als wenn er HDW-Boß bleiben wird.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Lübecker Nachrichten

Die Zeitung stellt zur Lage der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) fest:

Wer jetzt beklagt, daß bei HDW 3600 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, muß bedenken, daß das Unternehmen jahrelang den Arbeitsmarkt mit höchsten Löhnen und allerlei Zulagen leergekauft hat. Wenn zudem fast noch jeder produktiv Tätige einen „Gemeinkostenträger" durchschleppen muß, dann ist es wahrlich kein Wunder, daß eine solche Werft auch gegenüber einheimischen Nachbarn nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Alle haben zusammengewirkt, um HDW an den Rand des Ruins zu führen: Betriebsrat und Gewerkschaften wollten kurzsichtig alles bewahren; dem Vorstand fehlte ein klares Konzept und die notwendige Durchsetzungsfähigkeit; die Politiker in den Aufsichtsgremien verschleppten und verwässerten überfällige Entscheidungen. Auf diese Weise wurden nicht nur viele hundert Millionen Mark aus Steuergeldern in den Sand gesetzt. Es fallen jetzt auch Arbeitsplätze fort, die bei rechtzeitigem Handeln vielleicht zu retten gewesen wären.

DIE PRESSE

Das Wiener Blatt stellt heraus, daß Helmut Kohl nach seinem Sieg bei den Wahlen wie bei den Koalitionsverhandlungen nicht länger als „pfälzisches Leichtgewicht" apostrophiert werden könne:

Doch alles das macht noch keine Wende, Sympathiewerbung nicht jene Initialzündung, die die deutsche Demokratie aus der Gefangenschaft im Gestern und der Turbulenz des Heute befreit. Was da ins Haus steht, läßt sich jetzt schon ahnen, etwa wenn aus der bevorstehenden Volkszählung ein „Volksverhör" gemacht wird, um diesen Staat bloßzustellen und einen lauernden Anarchismus zu mobilisieren. Was erst, wenn es mit der Nachrüstung in der NATO ernst werden sollte? Oder wenn die Grünen ansteckend wirken und sich bemühen, den Bundestag als „Schwatzbude" für Profi-Politiker zu inszenieren? Die neue Regierung muß der deutschen Demokratie zu einem zeitgemäßen, weil im Ringen mit den Problemen von heute eroberten Inhalt verhelfen. Was nichts anderes heißt, als die neue Wirklichkeit aufzuarbeiten und das zum Regierungsprogramm zu machen – in einem Land, in dem sich von innen wie außen wieder Kräfte regen, die seltsam an das, was 1945 unter Schutthalden geriet, erinnern.

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Wirtschaftszeitung befaßt sich mit der Unterentwicklung des deutschen Kapitalmarktes:

Die Gesamtzahl der an den westdeutschen Börsen gehandelten Aktien beträgt rund 400. In Großbritannien, einem Land, dessen Bruttoinlandsprodukt sich nur auf 60 Prozent des westdeutschen beläuft, werden Anteile von 2280 Gesellschaften an der Börse gehandelt, und dazu kommen noch die Papiere von 140 jungen Gesellschaften am Freiverkehrsmarkt ... Die Schaffung eines breiteren und dynamischeren Aktienmarktes stellt in einem Land, in dem die durch frühere Börsenkräche und die Erinnerung an Superinflation verschreckten Sparer traditionell geringes Risiko und gleichmäßige Erträge suchen und einer Mischung aus Risiko und Gewinn aus dem Wege gehen, eine ungeheure Herausforderung dar.

Gesetz und Egoismus oder Wie man einen Staat aushöhlt

Der gewaltlose Widerstand an der Ampel als Beispiel / Von Peter R. Hofstätter

Man hat sich hierzulande, wie es scheint, daran gewöhnt, die Aushöhlung des Staates als einen unabänderlichen Prozeß hinzunehmen – ähnlich wie in den USA, wo sich der Soziologe Amitai Etzioni jetzt in einem Buch mit diesem Phänomen auseinandergesetzt hat: „An Immodest Agenda: Rebuilding America before the 21st Century" (New York, McGraw-Hill). Er nennt als eine Voraussetzung für den „Wiederaufbau Amerikas" die Achtung vor dem Gesetz – denn, wenn Gesetze beibehalten werden, ihre Verletzung aber nicht verfolgt wird, werde das Rechtsgefühl der Bürger zwangsläufig korrumpiert. So entsteht, was Etzioni die „Aushöhlung des Staates" nennt.

Etzioni verweist als Beispiel auf die – nach einem Bericht der „New York Times" – erstaunlich vielen Autofahrer, die routinemäßig (!) weder bei Rotlicht noch vor Stop-Tafeln anhalten. Wo die Behörden entweder nicht willens oder nicht in der Lage sind, für die Einhaltung einer Vorschrift zu sorgen, ist es nach Etzionis Ansicht das geringere Übel, wenn man auf eine solche Bestimmung überhaupt verzichtet. Das ist ein durchaus problematischer Ratschlag, demgemäß wir uns aber – wie mir scheint – schon bei der sogenannten „Liberalisierung" des Schwangerschaftsabbruchs verhalten haben, nachdem sich Damen scharenweise in aller Öffentlichkeit selber einer solchen Handlung bezichtigt hatten.

Wer allerdings im Sinne des Werbeslogans von „Pro Familia" geglaubt haben sollte, daß die Flucht des Gesetzgebers vor der Verantwortunng dem Zusammenhalt der bürgerlichen Kernfamilie zugute kommen werde, muß inzwischen seinen Irrtum einsehen: Die Familien sind eher brüchiger geworden.

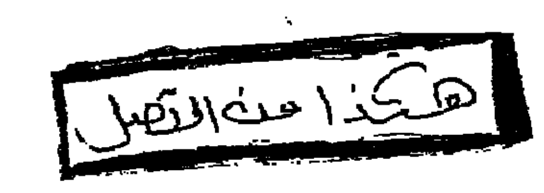
Andere Beispiele drängen sich auf, wo nicht einmal mehr egoistische Wunschbefriedigung, sondern Freude am Vorführen des Staates den Antrieb bildet, etwa bei Hausbesetzungen oder sonstigem „gewaltlosen Widerstand" gegen staatliche Maßnahmen, wo der Staat dann tatsächlich zurückweicht. Etzioni führt solche Vorgänge auf die „egozentrierte Mentalität" zurück, deren Ideal der unbedingten „Selbstverwirklichung" und der Eingrenzung des bewußten Lebens auf das unmittelbare Hier-und-Jetzt sich bereits 17 Prozent der amerikanischen Bevölkerung völlig zu eigen gemacht haben; weitere 63 Prozent seien eine „ambivalente Majorität" und mehr oder minder verführbar.

Warum, ist leicht einzusehen: Unter Verwendung des unglücklichsten Ausdrucks, den Soziologen je erfunden haben, glaubt man, in einer „nachindustriellen Gesellschaft" zu leben, die von „postmaterialen" Werten – eben dem der „Selbstverwirklichung" – beherrscht wird. In einer solchen Gesellschaft könne man es sich, so heißt es, leisten, die klassischen Tugenden des wirtschaftlichen Aufbaus – Disziplin, Fleiß, Ordnung, Sparsamkeit – als bloße „Sekundär-Tugenden" abzuwerten und damit im Effekt verkommen zu lassen. Wer auf Pünktlichkeit hält, ist eben „stur" und somit keinesfalls „kreativ", obwohl viele wirklich schöpferische Menschen mit Edison der Meinung waren, für ihre bahnbrechenden Leistungen seien neunzig Prozent Perspiration und nur zehn Prozent Inspiration erforderlich gewesen.

Die Multiplikatoren des selbstmörderischen Hier-und-jetzt-Kults sind, wie man von Etzioni erfährt, drüben ebenso wie bei uns die in ihrem Selbstverständnis „progressiven" und einem seltsamen „Humanismus" ergebenen Pädagogen, die Piagets Psychologie gründlich mißverstehen, wenn sie unter Berufung auf diese, der bequemen Meinung huldigen, Kinder seien im Prinzip „Selbsterzieher" und wüßten stets von sich aus am besten, was und wie ihnen zu lernen frommt. Die Konsequenz: Nach Schätzung des Autors fügt etwa ein Drittel der amerikanischen Schulen den Schülern psychischen Schaden zu.

Das Schlaraffenland, auf das solche Schulen vorbereiten, kann und wird es in der Realität nie geben. Deshalb führt die pädagogisch vermittelte Vorstellung von einer Welt der unbegrenzten und sofortigen Wunscherfüllung zur Neurose und letztlich zur „Aushöhlung Amerikas" – oder auch unseres Staates.

Etzioni ist nicht irgendwer. Er war unter Präsident Carter für ein Jahr der Chefberater des Weißen Hauses. Zur Zeit leitet er als Professor an der George Washington University das „Centre for Policy Research", dessen Ratschläge die Politiker ernstzunehmen gelernt haben. Was er ihnen nun vorschlägt, ist nicht mehr und nicht weniger als die Rückkehr aus dem Wahngebilde eines „nachindustriellen" Zeitalters zur „Reindustrialisierung Amerikas". Ein Rat, der nicht nur für Amerika, sondern für alle zivilisierten Länder in doppeltem Sinn aktuell ist, denn „industry" oder, lateinisch, „industria", heißt Fleiß.



Ein grüner Tupfer im Hohen Haus des neuen Präsidenten

Von GEORG SCHRÖDER

Die größte Freude bei der konstituierenden Sitzung des 10. Bundestages löste jener Ab- eordnete der Grünen aus, der sich m Plenarsaal mit einem Küßchen ei Waltraud Schoppe, einer 40jährigen Referendarin, bedankte. Sie atte auf der Rednertribüne einen ntrag der Grünen zur Änderung ler Geschäftsordnung begründet.

Wer gehofft oder befürchtet hat- e, die Grünen würden mit Rüpelzenen ihren ersten parlamentarichen Auftritt bestreiten, wurde nttäuscht. Dies war eine Sitzung es neugewählten Bundestages nit all ihren Formalitäten und Nornalitäten, wie man sie seit dreißig ahren kennt. Bis auf eines: Eine anfte Welle der Freundlichkeit nd des Amüsements lockerte die itzung auf.

Da war nun das grüne Gespenst nd erwies sich als lieb, fast nett, nd naiv und unbekümmert. Manats- und Bartträger, viel Haar auf eden Fall, die einen oder anderen nit Plaketten geschmückt, obwohl er Karneval in Bonn doch längst orbei ist. Dazu Blumen, ein hübcher Strauß vor der hübschen Pe- a Kelly. Dann der Abgeordnete ckhard Stratmann, der als erster er Grünen das Wort ergriff: „Ich in der Abgeordnete Eckhardt tratmann aus Bochum." Freundches Gelächter quittierte solch ngewöhnliche Vorstellung. Kurz- m: Die grüne Sensation blieb aus, uch wenn die Abgeordnete choppe verkündete, sie seien die erste wirkliche Opposition im Parlament.

Keine Sensation, wohl aber von politischer Bedeutung waren der Auftritt des Alterspräsidenten Willy Brandt und die Wahl des Bundestagspräsidenten Rainer Barzel. Das war doch wohl erst gestern, daß für Brandt persönlich und politisch ein zweiter Frühling begann, und nun schon Winteranfang. Denn was sonst kann die Rolle eines Alterspräsidenten für einen Politiker bedeuten?

Am 4. November 1980 war diese Rolle Herbert Wehner zugefallen, der nun aus dem Bundestag ausgeschieden ist. Er hatte die für einen Alterspräsidenten obligate kurze Ansprache vor vier Jahren dazu genutzt, um an seine Vorgänger zu erinnern: Paul Löbe, zwölf Jahre Präsident des Reichstages, bis sich 1932 Hermann Göring auf diesen Stuhl setzte. Dann Marie Elisabeth Lüders, die als Demokratin auch schon dem Reichstag angehört hatte. Robert Pferdmenges, Freund Adenauers aus dessen Kölner Jahren und sonst ein großer Schweiger im Plenarsaal, sprach als Alterspräsident des 4. Bundestages. Dann die Alterspräsidenten Konrad Adenauer, William Borm und zweimal Ludwig Erhard. Fast alles große Namen, von historischem Gewicht.

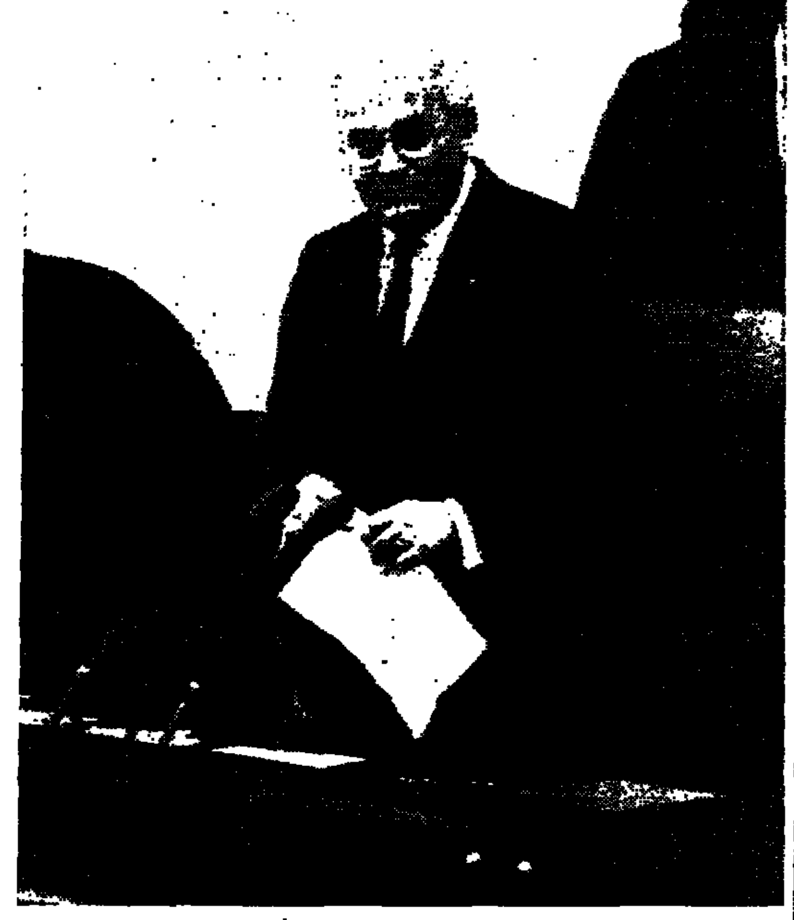
Wehner half sich vor vier Jahren damit, daß er bedeutsame Worte aus den Ansprachen seiner Vorgänger zitierte. Willy Brandt dagegen hielt eine bemerkenswerte sozialdemokratische Programmrede, natürlich dezent eingewickelt in Seidenpapier. Seine Ansprache war vorzüglich formuliert, bewies, welch guter Redner Brandt ist. Kurzum: Er nutzte seine Stunde. Brandt habe eindrucksvoll und eindringlich gesprochen, meinte später der neugekürte Bundestagspräsident Rainer Barzel.

Die politischen Töne und Untertöne Brandts waren wohl die Ursache dafür, daß die übliche kurze Ansprache des neugewählten Präsidenten des Hauses auch solche Akzente setzte. Wenn Brandt kaum verhüllt zu verstehen gab, daß er die Umbuchung von Rüstungsgeldern in einen Marshallplan für die Dritte Welt liebend gern sehen würde, dann mahnte Barzel, den Dienst für den Frieden könnten wir nur leisten im Atlantischen Bündnis. Wenn Brandt die Fortsetzung seiner Deutschlandpolitik in den zwei deutschen Staaten der deutschen Nation wünschte, dann rief Barzel dazu auf, alles zu tun, damit unser Volk in Selbstbestimmung die Einheit in Freiheit und Sicherheit wiederherstellen könne.

„Nie wieder soll von deutschem Boden Krieg oder Diktatur ausgehen. Dies beides nie wieder", so Barzel, wobei die Hinzufügung der beiden Worte „oder Diktatur" in die so oft gebrauchte Formel heute schon alles andere als selbstverständlich geworden ist.

Rainer Barzel auf dem Präsidentenstuhl, den Willy Brandt für ihn räumte – ob das Bild Symbolkraft hat, wer weiß das? Die Wahl Barzels ohne Gegenkandidat verlief ohne Haken und Ösen. 407 Ja-, 88 Nein-Stimmen, 13 Enthaltungen – die Zahlen zeigen, daß sich auch die Mehrzahl der Sozialdemokraten an das ungeschriebene parlamentarische Gesetz gehalten hat, wonach die größte Fraktion des Hauses den Bundestagspräsidenten stellt.

Einmal allerdings in der Geschichte des Bundestages kam es zu einer Kampfabstimmung. Nach dem Tode des Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers im Jahre 1954 bestand innerhalb der CDU/CSU kein Zweifel daran, daß wieder ein evangelisches Mitglied Bundestagspräsident werden sollte. Der Berliner Ernst Lemmer hoffte, die Fraktion würde ihn wählen. Aber Konrad Adenauer stemmte sich mit seiner ganzen Autorität gegen Lemmers Kandidatur. „Er tat dies mit gewohnter Gründlichkeit und Rücksichtslosigkeit, mit der er ihm nicht genehme Entscheidungen der Fraktion stets abzuwehren pflegte, und schlug statt meiner den Abgeordneten Eugen Gerstenmaier vor", so Lemmer selbst in seinen Erinnerungen. Damals einigten sich die evangelischen Abgeordneten der CDU/CSU mit 80 zu 40 Stimmen auf Gerstenmaier. Die Fraktion folgte ihnen bei dieser Entscheidung.



Der siebte Präsident des Deutschen Bundestages: Rainer Barzel

Dann geschah das ganz und gar Ungewöhnliche, das sich bis zum heutigen Tag nicht wiederholt hat: Im ersten Wahlgang im Plenum des Bundestages bekam Gerstenmaier nicht die Mehrheit. Darauf schlug der FDP-Abgeordnete Hans Reif, auch er ein Berliner, Lemmer als Gegenkandidaten vor. SPD, FDP und der Bund der Heimatvertriebenen (BHE) sprachen sich für Lemmer aus. Die Folge war, daß Gerstenmaier auch im zweiten Wahlgang keine Mehrheit erhielt, daß für Lemmer fast 400 Abgeordnete stimmten. Im dritten Wahlgang unterlag Lemmer dann Gerstenmaier mit neun Stimmen. Aber Gerstenmaier wurde nur mit relativer Mehrheit gewählt.

Was steckte hinter all dem? Zwischen Adenauer und Lemmer bestand keine Liebe, das ist kein Geheimnis. Das war das eine. Das andere war, daß Konrad Adenauer nicht immer glücklich über Aktivitäten des Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses Eugen Gerstenmaier war. Dessen Sehnsucht galt keineswegs dem Amt des Bundestagspräsidenten, sondern vielmehr dem eines Außenministers. Er sträubte sich zunächst, ließ sich dann beim zweiten Anlauf von Adenauer überreden. Er wurde vom Bundeskanzler weggelobt, hoch hinauf auf den Sessel des Bundestagspräsidenten.

Traurig bekannte Lemmer freimütig, „daß das Amt des Bundestagspräsidenten für mich die Krönung meiner langen politischen Laufbahn gewesen wäre". Traurig darüber, nicht Bundestagspräsident geworden zu sein, war 1950 auch Kurt Georg Kiesinger.

Am 13. Oktober 1950 war der erste Bundestagspräsident Dr. Köhler zurückgetreten, und zwar, wie man damals liebenswürdigerweise sagte, aus gesundheitlichen Gründen. Viele Abgeordneten hatten Kiesinger zugeredet, in der Fraktion sich um das Amt zu bewerben. Geben wir Kiesinger selbst das Wort: „Noch während des Wahlvorganges in der Fraktion ließ mich Konrad Adenauer herausbitten. Ich fand einen Kreis von führenden Unionsleuten vor, die mich alle beschworen, auf meine Kandidatur zu verzichten, da die Union um der konfessionellen Parität willen ein evangelisches Fraktionsmitglied vorschlagen müsse.. Ich sah ein, daß der Kanzler recht hatte. Es kam tatsächlich viel darauf an, die Zurückhaltung und das Mißtrauen vieler evangelischer Wähler auch dadurch zu überwinden, daß bekannte und überzeugende evangelische Persönlichkeiten in führender Position der CDU erschienen."

So ist denn Rainer Barzel der erste katholische Bundestagspräsident aus den Reihen der CDU.

Stilwandel: Abgeordnete der Grünen FOTOS: SVEN SIMON

Ein Mann für den Grenzbereich von Militär und Politik

Von RÜDIGER MONIAC

Händeschütteln, Sektgläser, Smalltalk, feierliche Reden, Fackelspalier in der Dämmerung – heute abend ist es im Verteidigungsministerium auf der Bonner Hardthöhe wieder einmal soweit. Eine illustre Gesellschaft wohnt dem Großen Zapfenstreich bei, mit dem Generalinspekteur Jürgen Brandt verabschiedet wird. Minister Manfred Wörner ehrt damit den höchstrangigen Soldaten der Bundeswehr, der aus dem aktiven Militärdienst ausscheidet und den Weg frei macht für Wolfgang Altenburg, den neuen Generalinspekteur.

Äußerlich wird es wie früher sein. Und dennoch unterscheidet sich dieser Wechsel im Amt des Generalinspekteurs von früheren.

Wolfgang Altenburg gehört nicht der Kriegsgeneration an. Mit ihm kommt ein Mann an die Spitze der Armee, der fast ausschließlich in der Bonner Republik geprägt wurde und die soldatische Ausbildung in den Streitkräften dieser Republik erhielt. „Selbstgestrickt" nennt die Truppe Männer wie ihn etwas schnoddrig.

Die Galerie der Generalinspekteure vor Altenburg hat bereits achtbare Ausmaße. Sieben waren vor ihm, Adolf Heusinger (1957 bis 1960), Friedrich Foertsch (1961 bis 1963), Heinz Trettner (1964 bis 1966), Ulrich de Maizière (1966 bis 1972), Armin Zimmermann (1972 bis 1976), Harald Wust (1976 bis 1978) und schließlich Jürgen Brandt. Keiner ist mit dem anderen vergleichbar, jeder war ein selbständiger „Typ".

Heusingers Leistung steht schon heute außer Frage. Er hat als der erste Generalinspekteur der jungen deutschen Bundeswehr bei den Verbündeten in der NATO mit behutsam-diplomatischem Auftreten zur Anerkennung verholfen. Auch de Maizière ragt heraus, weil er sich immer besonders darum bemühte, den schon in seiner Amtszeit aufkeimenden Zweifel am soldatischen Beruf zu begegnen.

Doch sie sind seither eher gewachsen. Die Wehrpflicht gilt nicht mehr als selbstverständliche Leistung gegenüber der Allgemeinheit. Ein großer Teil der sogenannten Friedensbewegung glaubt, ohne Verteidigung und ohne die hohe Ausgabenlast für das Militär den richtigen Beitrag zum Frieden zu leisten.

In dieser Lage tritt Wolfgang Altenburg an die Spitze der Bundeswehr. Geduldig im Zuhören bei Diskussionen, eloquent, keineswegs undiplomatisch in der Entgegnung weiß er ein Auditorium, auch wenn es ihm nicht geneigt ist, wenigstens für seine Argumente zu interessieren. Wörners Vorgänger Apel bestimmte schon, Altenburg solle Brandts Nachfolger werden. Daraus wurden dem General sozialdemokratische Affinitäten nachgesagt. Schnellzüngige Urteile dieser Art haben den neuen Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt indes nicht abgehalten, Altenburg als das zu sehen, was er ist, ein erfahrener Soldat mit einem Blick für die vielfältigen und schwer durchschaubaren Strömungen im Grenzbereich zwischen Streitkräften und Politik. Der neue Generalinspekteur sieht seinen Platz ganz bewußt in dieser schwierigen Zone.

Mit 53 Jahren ist Altenburg beim Amtsantritt jünger als jeder Generalinspekteur vor ihm. Das Ende des Krieges bekam er gerade noch als Marinehelfer mit. Nach einer Ausbildung im Hotelfach und erstem Geldverdienen beim Land Bremen wurde er 1956 Rekrut. Schon damals galt für ihn die Maxime, er würde nur so lange Soldat sein können, wie ihn der Staat nicht zu aggressivem Expansionismus treiben würde. Heute hat sie sich bei Altenburg zu einer äußerst nüchternen Vorstellung sublimiert. Die Aufgabe des Soldaten ist für ihn Kriegsverhinderung durch Abschreckung.

Das verlangt, daß die Armee geprägt wird von dem „Dreiklang" Menschen, Material, Motivation. An allem aber hapert es, nicht nur wegen der Wirtschaftskrise und wegen der heranwachsenden geburtenschwachen Jahrgänge. Auch die Ausgewogenheit von äußerer Sicherheit und innerer Stabilität ist für den General ein entscheidender Faktor für die Bereitschaft der Bürger, zur Bundeswehr zu gehen. Kantig faßt er ihre Sorgen in den Satz: „Was interessiert mich freie Rede und Demokratie, ich bin arbeitslos."

Um so schneller akzeptiert er, was Kanzler und Verteidigungsminister immer wieder sagen, daß nämlich die Bundeswehr an den Staatsfinanzen nicht überdurchschnittlich partizipieren könne. Sie muß sich wie andere Etats im Mittel der Erhöhung halten, was ihr gerade den Ausgleich der Kaufkraft gestattet – im investiven Bereich der Beschaffung von Material und Ausrüstung nicht einmal das, weil dort die Inflationsrate bei rund acht Prozent liegt.

Um dieser Auszehrung zu begegnen, rechnet Altenburg vor, wie schmal der Bewegungsspielraum ist für den neuen Generalinspekteur, der von Wörner mit der uneingeschränkten Kompetenz zur langfristigen Planung aller Beschaffungsvorhaben ausgestattet wird: Nur 27 Prozent läßt der Verteidigungsetat für Investition, allein ein gutes Drittel davon ist für die Bezahlung des Tornado-Kampfflugzeuges. 73 Prozent decken Personal- und Betriebskosten. In dieser Summe sind neun Zehntel unveränderbare Posten wie etwa die Gehälter. Planen und damit neue Schwerpunkte für das künftige Gesicht der Bundeswehr setzen kann der Generalinspekteur mit dem übrigen unscheinbaren Zehntel.

Dennoch will er „heiße Eisen" anpacken, etwa den bislang gehegten Fetischismus der nur gepanzerten Großverbände des Heeres, oder die von Schmidt, Leber und Apel gepflegte obligatorische akademische Ausbildung der Offiziere. In die Richtung, neben der Laufbahn der Offiziere mit Hochschulbildung eine zweite ohne einzurichten, gehen auch die Gedanken Wörners. Altenburg möchte auch die vielen Wehrdienstausnahmen reduzieren. Jeder soll gezogen werden, auch der „mit Verbindungen".



General Wolfgang Altenburg FOTO: WEREK

Mit dem Anspruch des „neuen Besens" auf der Hardthöhe wird der neue Generalinspekteur nicht nur auf offene Arme treffen. Die Inspekteure der Teilstreitkräfte fürchten um ihre Anteile am Investitionskuchen. Wo sie schon Abschied vom „Quoten-Denken" (seit Jahrzehnten erhielten das Heer 50, die Luftwaffe 30, die Marine 20 Prozent) genommen haben, sind nun um so härtere Auseinandersetzungen zu erwarten. Hinter der Luftwaffe und ihrer Forderung nach einem „taktischen Jäger" steht fast gebieterisch mit der CSU verbunden die besonders in Bayern konzentrierte Flugzeugindustrie. Das Heer hofft auf einen neuen Schützenkampfwagen. Die Marine sucht den Anschluß beim Bau weiterer Fregatten. Altenburg kennt diese Wünsche alle. Zu harmonisieren sind sie nicht. Auch das weiß er bei der Kassenebbe.

Diplomaten auf Abwegen – Wie Du mir, so ich Dir

Von GITTA BAUER

Seit sechs Monaten steht vor einer eleganten diplomatischen Residenz in Manhattans Straße, unweit der Fifth Ave- , ein Polizist Schildwache. Er das nicht zum Schutz der dort ergebrachten nordkoreanien Beobachter-Mission bei den einten Nationen. Er hat vielhr einen Haftbefehl in der Tae, um eines ihrer 26 Mitglieder verhaften, falls es sich auf die aße wagt.

er dritte Sekretär O Nam Chol d vom Staatsanwalt des Kreises tchester beschuldigt, an einem ntag im letzten September eine Hutchinson-Flüßchen nördlich New York spazierengehende n „unsittlich berührt und genö- " zu haben. Außerdem habe er e illegale Waffe bei sich geführt. O verschanzte sich hinter sei- diplomatischen Immunität. Er rde freigelassen und lebt seitn im Schutz seiner Mission.

n einem Gutachten hat der chtsberater des UNO-Generalsetärs, damals noch der Belgier c Suy, erklärt, daß die nordkonischen Diplomaten als Beobter lediglich eine „funktionelle munität" genießen, wie sie „für die Ausübung ihrer Funktionen notwendig ist". Dazu merkte Botschafter Charles Lichenstein, stellvertretender US-Delegierter, in einer Verbalnote an den UNO-Ausschuß „für Beziehungen mit dem Gastland" an: „Mr. O genießt Immunität für offizielle Akte, die mit seiner Arbeit für die Demokratische Volksrepublik Korea bei den Vereinten Nationen zusammenhängen. Es ist jedoch unmöglich, daraus zu schließen, daß der verbrecherische Akt, dessen Mr. O beschuldigt wird, irgend etwas mit seiner diplomatischen Funktion zu tun hat."

Der nordkoreanische Botschafter Han Sie Hae bestritt zunächst glatt, daß die Beschuldigungen der überfallenen Frau, einer Schwarzen, zutreffen. Als sechs Augenzeugen, darunter zwei Polizisten, ihre Aussage bestätigten, lenkte Han insofern ein, als er sich mit einer Ausweisung des dritten Sekretärs ohne Schuldanerkenntnis einverstanden erklärte. Grundsätzlich gibt sich Nordkorea mit der „funktionalen Immunität" nicht zufrieden und will den vermutlichen Täter nicht vor ein amerikanisches Gericht stellen. So herrscht ein Patt, denn die USA ihrerseits verweigern fünf nordkoreanischen Diplomaten die Einreise in die USA.

Diese Haltung, „wie du mir, so ich dir", ist es im Grunde, die seit Jahrhunderten die Beziehungen zwischen den Staaten in derartigen Streitfällen bestimmt. Die Frage, ob Mr. O wirklich die ungenannte „Mrs. X" an den Busen gefaßt und niedergeworfen hat, ist vergleichsweise harmlos. Es gab andere Untaten, die ungesühnt blieben. Da war der achtzehnjährige Sohn eines arabischen Diplomaten, der am Erntedanktag 1981 mit seinem Cadillac die Park Avenue entlangbrauste und eine Frau überfuhr. Sie starb auf der Stelle. Der junge Mann wurde, als er glaubhaft machen konnte, daß er wegen der Stellung seines Vaters immun war, laufengelassen.

In Washington liegt seit 1974 querschnittsgelähmt die Ärztin Halla Brown. Ein panamesischer Diplomat, der bei Rotlicht über eine Kreuzung fuhr, kollidierte mit dem Wagen, in dem die Medizinerin als Beifahrer saß. Der Attaché war nicht versichert und weigerte sich, irgend etwas zu den Arztkosten beizutragen. Erst nach der Drohung von Kongreßabgeordneten, Panama die Entwicklungshilfe zu streichen, bequemte sich die panamesische Regierung zur Zahlung eines Schmerzensgelds von 100 000 Dollar.

Die Liste solcher im Schutz der Immunität unverfolgt gebliebenen Verbrechen ließe sich verlängern. Dennoch werden sie in den USA wie wohl in den meisten Ländern der Welt nicht hochgespielt. Man erledigt sie stillschweigend – aus Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen gegen die eigenen Diplomaten im Ausland.

„Die Sache mit Mr. O ist für uns relativ einfach", sagte eine Expertin für Immunitätsfragen in der amerikanischen UNO-Mission. „Wir unterhalten keine diplomatischen Beziehungen mit Nordkorea." Das heißt, daß Pjönjang keine Repressalien gegen amerikanische Diplomaten ergreifen kann. Es liegt im Interesse aller Staaten, kriminelle Fälle, deren Zahl sich übrigens in Grenzen hält (1982 zehn Fälle in Washington), diskret zu behandeln.

Die Vereinigten Staaten waren fast 200 Jahre lang am großzügigsten in der Behandlung von Diplomaten. Erst 1978 revidierte der Kongreß das seit 1790 geltende Recht, das ursprünglich vom Botschafter bis zum Dienstboten Schutz vor straf- oder zivilrechtlicher Verfolgung garantierte. Von den heute in Washington residierenden 21 200 Diplomaten, ihren Familien, ihren Angestellten genießen nur noch rund 10 000 Personen volle Immunität.

In New York ist durch die Weltorganisation die diplomatische Gemeinde wesentlich größer. Nach letztem Stand zählt die Städtische Kommission für die Vereinten Nationen und das Konsularische Korps 35 000 Personen dazu. Davon genießen volle Immunität nur die 2000 höheren Diplomaten der 157 Mitgliedstaaten der Weltorganisation und ihre 3500 Familienmitglieder.

Diplomaten, ob bei der UNO oder bei der US-Regierung in Washington akkreditiert, können nach wie vor verboten parken, ohne Strafzettel zu bezahlen oder ein Abschleppen zu riskieren. In beiden Städten sind übrigens die Sowjets weit an der Spitze der Parksünder. Sie riskieren weiterhin keine Bestrafung, wenn sie ihre Miete nicht bezahlen. Jedoch kann seit 1976 ein US-Bürger die Regierung des Staates verklagen, aus dem der Schuldner stammt. Eines müssen laut amerikanischem Gesetz jetzt alle Diplomaten sein: haftpflichtversichert. (SAD)

ARD und ZDF geraten sich in die Wolle

Hübner setzt sich gegen Vorwürfe aus Mainz zur Wehr

DW. Bonn

Das Koordinierungsabkommen zwischen der ARD und dem ZDF, das am 1. Januar 1984 in Kraft treten soll, ist vom Fernsehrat des ZDF nicht gebilligt worden. Er verlangt neue Verhandlungen mit dem Ziel, die Programmschemata des ZDF zu verbessern.

Im November 1982 hatte ZDF-Intendant Dieter Stolte in einem Gespräch mit der ARD erklärt, die Grundlage für das bereits ausgehandelte Koordinierungsabkommen bestehe nicht mehr, da der Westdeutsche Rundfunk (WDR) nach der Reform seines Dritten Programms (WDF) auch das regionale Fernsehprogramm im Ersten zwischen 18.00 und 20.00 Uhr geändert habe. Vor allem die um 19.00 Uhr beginnenden „publikumsattraktiven Werberahmen-Programme" hätten einen Zuschauerschwund sowohl bei der ZDF-Nachrichtensendung „heute" als auch bei den Werbesendungen im zweiten Kanal bewirkt. Von den Schema-Änderungen im Regional- und im Dritten Programm des WDR ist rund ein Drittel des ZDF-Sendegebietes betroffen.

Dagegen erklärte die ARD, daß den Änderungen im WDR-Programm eine Änderung des ZDF-Vorabendprogramms vorausgegangen sei. Der Fernsehdirektor des WDR und derzeitige amtierende Programmdirektor des Deutschen Fernsehens, Heinz Werner Hübner, erklärte dazu, diese – ohne vorherige Absprache mit der ARD vorgenommene – Veränderung habe die Einschaltquoten der WDR-Sendungen in der Zeit von 17.45 bis 20.00 Uhr „erheblich beeinträchtigt"; man sei also gezwungen gewesen, eine neue Struktur und attraktive Programmangebote in dieser Zeit zu machen. Außerdem wies Hübner darauf hin, daß die regionalen Programme der Landesrundfunkanstalten nicht koordiniert werden müßten.

„Auch der Hinweis des ZDF, daß durch das Programm des WDR seit Januar dieses Jahres die Einschaltquoten der ‚heute'-Sendung rückläufig sind", so Hübner weiter, „kann nur erstaunen, denn seit Jahren strahlt das ZDF am Dienstag von 19.30 Uhr an attraktive Spielfilme aus und an jedem Donnerstag zur gleichen Zeit eine Unterhaltungssendung, die Einschaltquoten bis zu 50 Prozent hat. An beiden Tagen erleidet die Tagesschau das, worüber das ZDF glaubt, sich wegen der ‚heute'-Sendung seit Januar 1983 im Sendegebiet des WDR beklagen zu müssen."

Wie das Medienjournal „Funk-Korrespondenz" berichtete, wollte die ARD das alte Programmschema verlängern, falls man sich nicht auf ein neues Abkommen einigen könne. Der Mainzer Sender bevorzugt jedoch eine Neukonzeption, denn sie bringt ihm den entscheidenden Vorteil der Verlegung des „heute-journal" von 21.00 auf 21.45 Uhr und damit eine größere Spielfläche für Unterhaltung, ohne vom „heute-journal" um 21.00 Uhr unterbrochen zu werden. „Vor allem hatten wohl beide Seiten zwischenzeitlich erkannt", fährt die „Funk-Korrespondenz" fort, „daß es im Sinne auch des Appells des ZDF-Fernsehrats mehr darauf ankommt, daß sich schließlich beide Systeme auf ein gemeinsames Konzept für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Zukunft einigen als sich sozusagen, wie Stolte es nannte, ‚auf einem Nebenkriegsschauplatz zu zerreiben'."

Während das ZDF laut „Funk-Korrespondenz" lediglich Programmschwerpunkte absprechen und inhaltliche Kollisionen vermeiden will, befürwortet die ARD den gleichzeitigen Start von Sendungen auf beiden Kanälen; nur das ermögliche dem Zuschauer eine reelle Wahl und stelle insofern einen Kern der Koordinierungsverpflichtungen dar. „Unausgesprochen scheint das ZDF die Situation totaler Konkurrenz vorprobieren zu wollen, und da es noch keinen anderen (dann kommerziell orientierten) Kontrahenten gibt, soll die ARD zeitweilig als Sparringspartner fungieren."

Wie weit kann man einen Polizisten reizen?

Der gewaltfreie Widerstand als neue Waffe gegen das „System" / „Trainer-Kollektive" geben bundesweit Anleitungen

WERNER KAHL, Bonn

Noch bevor die Aerobic-Welle Deutschland überrollte, schossen bis dahin unbekannte „TK's" einer politisch motivierten Psycho-Gymnastik sprichwörtlich wie Pilze aus dem Boden. Das Kürzel „TK" steht für „Trainingskollektiv": Lehrergruppen für langfristig geplante Kampagnen gegen die – im Fall ergebnisloser Ost-West-Verhandlungen – NATO-Nachrüstung in diesem Jahr.

„Im Sauseschritt", so ein Insider, bewegen sich vor den Osterfeiertagen mehr oder weniger nach der Do-it-yourself-Methode ausgebildete Trainer von Ort zu Ort. Die neue Bewegung für das Einüben sogenannter gewaltfreier Aktionen, die zum dritten Jahrestag des Nachrüstungsbeschlusses am 12. 12. 1982 noch symbolisch agierte, will bei den Ostermärschen '83 die erste große Probe für den angekündigten heißen Herbst ablegen.

An den Kursen der diversen Gruppierungen, die unter dem Etikett der „Friedensbewegung" auftreten, beteiligen sich seit dem Herbst Männer und Frauen vom Teenager bis zum Alter von etwa 40 Jahren; trainiert von annähernd vierzig Kollektiven und einer Dunkelziffer von Einzellehrern. Die Gandhi-Renaissance brachte den Predigern gewaltfreier Aktionen, mit denen in Wirklichkeit Zwang ausgeübt wird, beträchtlichen Zulauf. In den Kursen gibt es rhetorische Unterweisungen mit scholastischer Fragetechnik, wobei die Tautologie zum Einpauken benutzt wird, das heißt, Lehrer wenden sich mit sinnähnlichen Begriffen vor allem an Kursanten, die sich ohne feste Meinung („Ich will mich mal informieren") an den Exerzitien beteiligen. Trainer, die den Staat ablehnen und bekämpfen, pauken ihren Schülern ein: Das System macht keinen Fehler – es ist der Fehler!

Beim Training wird das Verhalten geübt, auf dem Boden zu hokken und Polizisten zu widerstehen, die blockiertes Terrain räumen wollen. Wieweit kann ein Sicherheitsbeamter gereizt werden, so eine Frage im Unterricht, ohne daß er eine rechtliche Handhabe gegen den Demonstranten hat? Es geht den Trainern darum, Demonstranten, die für illegale Aktionen gewonnen werden, Angst zu nehmen und ihnen beizubringen, (gewaltfreien) Widerstand leisten zu können.

„Schock und panische Reaktionen", so der Drillmann eines niedersächsischen Kollektivs, das auch Berliner Anhänger der Alternativen Bewegung trainiert, „sind die größten Feinde des Demonstranten". Manche Trainer empfehlen seinen Schülern, im Ernstfall im gelben wasserdichten Dreß („Friesennerz") zu erscheinen und diesen vorher mit Öl aalglatt zu imprägnieren, damit die Finger der Polizisten beim Zupacken abgleiten. Nicht alle Kollektive können ihre Arbeit wie die Bonner „Friedensarbeiter" mit Mitteln aus dem Steuersäckel finanzieren. Das Land Nordrhein-Westfalen zeigte sich bisher nicht kleinlich, das „Bildungswerk" für die (Aus-)Bildung mit den notwendigen Geldern auszustatten. In anderen Orten nahmen Akteure Bildungsurlaub für das Training gegen Staat und Sicherheitskräfte. Um Aktionen gegen die Bundeswehr und ihre Verbündeten mit den beabsichtigten großen Demonstrationszügen zu verbinden, wurde das Jahr 1983 von der Regie zum „permanenten Aktionsjahr" ausgerufen.

Die zum Jahresbeginn schwache Bereitschaft, den Sirenenklängen der „Aktionsplanung '83" massenweise zu folgen, soll jetzt durch verstärkte Werbung wettgemacht werden. In die Programmplanung wurde auch die Promotion von Radio und Fernsehen aufgenommen. Selten hat es eine so „positive Resonanz" gegeben, lobte das Mitteilungsblatt „Autonomer Friedensinitiativen" die Berichterstattung der elektronischen Medien über die Aktionen zum 3. Jahrestag des NATO-Nachrüstungsbeschlusses im Dezember.

In die Bewegung hat sich erneut die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) eingehängt, wobei für die orthodoxen Kommunisten gewaltfreier Widerstand nur eine von mehreren Demonstrationsformen bildet. Im DKP-Blatt „UZ" wurde kürzlich per Inserat unter Hamburgern für eine dreitägige Blockade eines in Kellinghusen vermuteten Atomwaffenlagers geworben.

Den Plan, bei den Ostermärschen verstärkt „direkten gewaltfreien Widerstand" durch Blockaden und „Friedenscamps" zu organisieren, begründet die anarchistisch organisierte „Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen" (FöGA) – die Graswurzelrevolutionäre – damit, die „derzeitigen Mittel der Friedensbewegung mit ihrem vorwiegend demonstrativen und appellativen Charakter" seien nicht in der Lage gewesen, auch nur einen einzigen Aufrüstungsschritt zu verhindern. Daher bedürfe es einer neuen Orientierung. Dazu wird die direkte Konfrontation auf politischer Ebene gezählt. Der Bundesregierung müsse klargemacht werden, daß „die Stationierung der Mittelstreckenraketen ... den direkten gewaltfreien Widerstand und den zivilen Ungehorsam der gesamten Friedensbewegung nach sich zieht. „Das schließt Aktionen an militärischen und Atomwaffenstandorten ebenso ein", so die FöGA, „wie breite Verweigerungskampagnen, die die Aufkündigung der Zusammenarbeit mit militärischen und auch staatlichen Stellen dokumentieren". Zugleich entstünde ein Potential von Menschen, das ... den Militärapparat durcheinanderbringen könnte.

Als wichtiges Bindeglied wird die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) zwischen orthodoxen Kommunisten, die im DFG/VK-Bundesvorstand nach wie vor erheblichen Einfluß ausüben, und Gruppen der „autonomen Friedensbewegung" gewertet. „Insbesondere für die Ostermärsche", so das DFG/VK-Mitteilungsblatt, könne man sich eine „gute Kombination von Demonstrationsmärschen und Blockadeaktionen vorstellen".

DKP-Funktionäre beteiligten sich bereits an der Blockade des US-Hauptquartiers in Stuttgart. Die DKP scheut jedoch davor zurück, wie es in einer Analyse des Bundesinnenministeriums heißt, den „direkten gewaltfreien Widerstand" zu „verabsolutieren". Dahinter verbirgt sich offenbar die Besorgnis der großen Bruderpartei in Ost-Berlin, ähnliche Blockadeaktionen könnten auf die „DDR" übergreifen.

Stoiber übt an CDU und FDP Kritik

AP/rtr, München

Das Wahlprogramm der Union war nach Darstellung des CSU-Generalsekretärs Edmund Stoiber nicht vollständig durchsetzbar, weil die FDP mit in die Bundesregierung kam. Stoiber übte in diesem Zusammenhang im CSU-Organ „Bayernkurier" indirekt Kritik an der Schwesterpartei CDU. Bei der Behandlung der Investitionshilfeabgabe habe die CSU darüber hinaus vor allem aus Solidarität zur CDU den Beschluß mitgetragen, aus der rückzahlbaren Abgabe eine nicht rückzahlbare zu machen.

Zur Außenpolitik meinte Stoiber, Bundeskanzler Helmut Kohl habe bei den Verhandlungen die Position des CSU-Vorsitzenden Strauß in der Namibia-Politik übernommen. Künftig solle es „keine Unterstützung mehr für die Terroristen-Organisation Swapo" geben. Das auf Betreiben von Außenminister Genscher geschlossene deutsche Konsulat in Windhuk solle wieder geöffnet werden.

Für Akzente der FDP in der Außenpolitik

DW. Bonn

Der FDP-Politiker Ralf Dahrendorf hat seine Partei aufgefordert, klarere Akzente in der Außenpolitik zu setzen. In der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur/Christ und Welt" betonte Dahrendorf, gegenüber den osteuropäischen Ländern müsse „die Verletzung der Menschenrechte in aller Deutlichkeit" angesprochen werden. Wo Menschen wegen ihrer Überzeugungen in psychiatrische Anstalten, in Zwangsarbeitslager und sonstige Gefängnisse gesteckt werden, müsse eine „gesinnungsethische Position" bezogen werden.

Dahrendorf – bis zum Herbst 1984 noch Direktor der London School of Economics – nannte außerdem als „entscheidenden Faktor des europäischen Fortschritts" die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich.

Der Uni Bochum steht ein Skandal ins Haus

Landesrechnungshof soll Finanzgebaren des AStA prüfen

WILM HERLYN, Bochum

Warum muß der Allgemeine Studenten-Ausschuß (AStA) der Ruhr-Universität Bochum 2084 Einheiten nach Australien vertelefonieren? Und vor allem – warum wurden die als privat ausgewiesenen Gespräche nicht rückerstattet? Immerhin kostet das 477,72 Mark. Diese Fragen stellten jetzt die beiden Düsseldorfer Landtagsabgeordneten Wilfried Heimes und Gerhard Rödding und äußerten den Verdacht, daß die Zwangsbeiträge, die alle Studenten zahlen müssen, von den Mitgliedern der ASten durchaus nicht in allen Fällen pfleglich verwaltet werden.

Nach einer Dokumentation des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) seien aber auch private Telefonate des Bochumer AStA in die UdSSR und in die „DDR" aufgetaucht, die bislang nicht rückerstattet worden seien. Insgesamt beliefen sich die Telefonkosten auf 18 632 Mark, was nach Abzug der Grundgebühren etwa 65 000 Einheiten entspricht.

Die jetzt vorgelegten Zahlen basieren auf dem Berichtsjahr 1981/82, in dem der AStA von November 1981 bis Februar 1982 aus den Basisgruppen und bis Oktober 1982 aus Basisgruppen, MSB/SHB sowie Jusos gebildet wurde.

Nach der RCDS-Dokumentation wurden die AStA-Funktionäre mit 122 705 Mark besoldet – der Studentenausschuß des Jahres zuvor, der vom RCDS gestellt worden war, kam noch mit etwa der Hälfte dieser Summe – mit 67 550 Mark – aus.

Fragezeichen ergäben sich auch bei der Bezahlung der Mitarbeiter des Sekretariats. Es seien für eine Ganztagsstelle 77 495,35 Mark und für eine Halbtagsstelle 39 564,72 Mark (inklusive Arbeitgeberanteil für Sozialversicherung) ausgegeben worden. Der RCDS vermißt ob dieser „extrem hohen Löhne" eine ausführliche Stellenbeschreibung, die derartige Summen rechtfertige.

Bedenklich nennen es die Verfasser der Dokumentation, Freddy Ebener und Dietmar Droste, die beide Mitglied des Haushaltsausschusses der Ruhr-Uni sind, daß „über 19 000 Mark für einen Kopierer aufgewendet wurden. Auf diesem wurden in elf Monaten ca. 150 000 Kopien (!) – kostenlos natürlich – angefertigt." Im Vergleich dazu habe der RCDS zu seiner AStA-Zeit für den Kopierer 6046,26 Mark ausgegeben.

Merkwürdig erscheint den beiden CDU-Parlamentariern Heimes und Rödding auch, warum aus der Kasse der Bochumer Studentenschaft eine Flugreise von Frankfurt über Moskau nach Managua, der Hauptstadt des mittelamerikanischen Staates Nicaragua, und zurück zum Preis von 2200 Mark gezahlt worden sei.

In einem anderen Fall habe man kommunistischen Studenten die Fahrtkosten zu einer Demonstration finanziert. So seien unter dem Titel 5267 des AstA Bochum 5000 Mark angegeben für zehn Busse zu einer Demonstration nach Düsseldorf. Es wurden nur vier Busse besetzt – zehn aber bezahlt.

Schlicht als „Interessensverquickung" stellte sich die „Geschäftsverbindung" des AStA mit dem Drucker der Bochumer Studentenzeitung (BSZ) dar. Denn nach Durchsicht der Bücher und der Handelsregister fiel dem RCDS auf, daß AStA-Funktionäre gleichzeitig als Gesellschafter des „Druckladen Bochum-Hamme GmbH" fungieren. Diese Firma erhielt im genannten Geschäftsjahr Aufträge in Höhe von 109 519,22 Mark. Heimes und Rödding leiteten die Dokumentation dem Landesrechnungshof zu.

Thielicke: Kirche darf nicht welthörig werden

idea, Hamburg

„Wir dürfen als Christen die Weltverantwortung nicht Karl Marx und seinen Schülern überlassen. Im Unterschied zu den Marxisten sagen wir jedoch eindeutig: Wer die Welt verändern will, muß sich zuerst einmal selbst ändern. Die eigene Bekehrung, das eigene Engagement ist das Thema Nummer eins." Diese Ansicht vertrat der Hamburger Theologe Professor Helmut Thielicke in einem Interview mit dem Informationsdienst der evangelischen Allianz (idea).

Der Marxismus hat – so Thielicke – deshalb eine atheistische Gestalt angenommen, weil die Kirche des 19. Jahrhunderts die Probleme der Arbeiter übersehen hat. Die Zukunft des Christentums hänge davon ab, in welchem Maße es sich „weltnah und weltgestaltend verhält, ohne dabei welthörig zu werden und sein Eigenstes zu verlieren". Letzteres beobachtet er beispielsweise bei den evangelischen Studentengemeinden. Sie hätten zunächst aus durchaus christlichen Motiven politische Solidarität mit allen möglichen Minderheiten gesucht. Dann aber sei die Wurzel, der biblische Auftrag, vergessen worden und „man ist immer mehr zu Politclubs geworden".

Eine ähnliche Gefahr sieht der evangelische Theologe beim Weltkirchenrat in Genf. Er habe sich aus dem zunächst ebenfalls christlich motivierten Antirassismus-Gedanken in ideologische Kraftfelder abdrängen lassen und sei so „zu einer Solidarisierung mit politischen – auch Gewalt in Anspruch nehmenden – Widerstandsbewegungen gekommen, die durch seinen geistlichen Auftrag zweifellos nicht mehr gedeckt ist".

In der Identitätskrise der Jugend dokumentiert sich deren Sehnsucht nach Sinn, meinte Thielicke. Diesen Sinn des Lebens habe sie verloren. Außerdem zeige sich in dieser Krise der Verlust an Leitbildern. Für Thielicke liegt hier ein großes Versäumnis der Schulen vor. So sei der Geschichtsunterricht zugunsten der Gesellschaftslehre zurückgetreten: „Es kann heute passieren, wenn man den Namen Bismarck nennt, daß die Assoziation zum Hering näher liegt als zur Reichsgründung." Der Identitätsverlust hänge mit diesem Mangel des Geschichtsbewußtseins zusammen.

Schiffsbauer von HDW sind empört

Vorstand stellt sich heute der Betriebsversammlung/Einschneidendes Sanierungskonzept

U. BAHNSEN/J. BRECH, Hamburg

Die Arbeiter der größten deutschen Schiffswerft, Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW), die gestern und vorgestern zu Hunderten mit bunten Schutzhelmen auf dem Kopf hinter roten Fahnen durch die Hamburger Innenstadt zogen, skandierten den alten Schlachtruf „Haut den Bossen auf die Flossen", doch sie taten nichts dergleichen – im Gegenteil. Sprecher baten die Passanten auf den Straßen und die Belegschaften von Unternehmen an der Wegstrecke um Unterstützung und Solidarität, und zugleich versicherten sie eher treuherzig: „Wir können nicht nur Schiffe bauen."

Sozialplan noch unklar

Die Arbeiter der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, die zu 74,9 Prozent dem Bund und zu 25,1 Prozent dem Land Schleswig-Holstein gehört, sind empört und deprimiert zugleich. Empört, weil sie das rigorose Sanierungskonzept des HDW-Vorstandes aus den Zeitungen und nur wenige Tage nach den Wahlen zum Bundestag und zum Landtag in Schleswig-Holstein erfahren haben. Eine ordnungsgemäße Unterrichtung der Belegschaft, das ist leider wahr, kam erst nach einer arbeitsgerichtlichen Verfügung zustande.

Und die Schiffbauer von HDW sind deprimiert, weil ihnen die blanke Existenzangst im Genick sitzt. Selbst wer zu den zwei Dritteln der Belegschaft zählt, die bleiben dürfen, wird dennoch erhebliche Einkommensschmälerungen hinnehmen müssen. Das Schlimmste aber ist: Außer Begründungen für die nun vom Aufsichtsrat endgültig gebilligten Massenentlassungen haben die Arbeiter wenig oder nichts darüber gehört, wie die materielle Unterstützung aussehen soll, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Das Wort Sozialplan war bislang nur eine seltene Vokabel.

Ihre Empörung richtet sich freilich gleichermaßen gegen ihre Gewerkschaft, die IG Metall, von der sie sich nur lasch oder gar nicht vertreten glauben. Und es hat Zorn und Wut in ihren Reihen noch weiter entfacht, daß die IG-Metall-Führung in der Hansestadt sich am späten Montagnachmittag den gleichen unpassenden Schauplatz für eine Pressekonferenz über bevorstehende Massenentlassungen aussuchte, wie die Sprecher des Vorstandes und des Aufsichtsrates – das Luxushotel „Atlantic" an der Außenalster.

Das internationale Publikum in diesem renommierten Hotel blickte erstaunt aus den Fenstern auf die Straße. Vor dem imposanten Gebäude hatten sich die aufgebrachten Arbeiter in ihren Overalls versammelt, um den Betriebsratsvorsitzenden Holger Mahler „zu Ahlers" zu schicken. Mahler wurde zunächst nicht hineingelassen; daraufhin drohten die Arbeiter: „Wenn Ahlers nicht rauskommt, kommen wir rein." Der Vorstandsvorsitzende kam und sagte der mittlerweile auf rund 2000 Mann angewachsenen Menge zu: „Ich stelle mich Ihnen morgen auf der Betriebsversammlung."

Gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter und die des früheren Hamburger Senators Jürgen Steinert hatte der Aufsichtsrat der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) das tiefgreifende Strukturkonzept 1983 gebilligt. Die „mehrheitliche Zustimmung" ist offenbar durch die Stimme des leitenden Angestellten und die Doppelstimme des Aufsichtsratsvorsitzenden Ernst Pieper zustande gekommen. Alle Aufsichtsratsmitglieder haben „bei Androhung von Strafe" Stillschweigen über den Verlauf der Sitzung vereinbart.

Kernpunkt des Sanierungskonzepts für die in akute Schwierigkeiten geratene Großwerft ist die Verringerung der Kapazitäten und der damit verbundene Personalabbau. Die Fertigungsstunden sollen bei HDW von bisher 10,6 auf 7,2 Millionen pro Jahr reduziert werden. Betroffen sind insgesamt 3545 Mitarbeiter. In Kiel soll die Belegschaft um 1430 auf 4981 und in Hamburg um 2115 auf 1893 verkleinert werden. Einschließlich 1029 Auszubildender wird die Gesamtbelegschaft dann nur noch 7903 Mann betragen.

Der Personalabbau in Hamburg ist größer, weil hier der gesamte Schiffsneubau eingestellt wird. Erhalten bleiben lediglich Reparatur, Offshore und Maschinenbau. Die bisher vorgehaltenen Fertigungsstunden reduzieren sich von 3,2 auf 2,1 Millionen Jahresstunden. Der Schiffsneubau in Hamburg, der bereits 1979 aufgegeben werden sollte, hat HDW nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Klaus Ahlers jährlich mehr als 75 Mill. DM gekostet.

Der Personal- und Kapazitätsabbau ist eingebettet in ein ganzes Paket weiterer Maßnahmen. So sollen die Gesamtorganisation verändert, der Vertrieb verbessert und die Fertigung noch stärker konzentriert werden. Die Materialkosten und Fremdleistungen sollen bis zu sechs Prozent verringert, die Produktivität um sechs bis 18 Prozent erhöht werden. Ferner ist eine drastische Kürzung außertariflicher Leistungen vorgesehen. Insgesamt erwartet der HDW-Vorstand durch diese Maßnahmen eine Senkung des Kostenstundensatzes um 15 DM.

Die Durchführung des Konzepts in den nächsten zwei Jahren setzt schließlich massive Finanzhilfe der Anteilseigner Salzgitter und des Landes Schleswig-Holstein voraus. Genaue Angaben über die geplante Kapitalzufuhr gab Pieper noch nicht. Man mache sich aber auf das Schlimmste gefaßt, hieß es. Nach vorsichtigen Schätzungen dürfte die Sanierung von HDW die Anteilseigner in den nächsten Jahren weitere 300 Mill. DM kosten.

Hamburg macht Angebot

Die Dringlichkeit des Konzepts belegt der Vorstandsvorsitzende Klaus Ahlers mit Angaben, nach denen HDW jeder Monat ohne Entscheidung eine zweistellige Millionensumme koste. Die Werft werde 1982/83 wieder mit erheblichen Verlusten abschließen. Das Ausmaß der Probleme bei HDW wird darin deutlich, daß selbst für die erheblich reduzierten Kapazitäten bislang keine Aufträge vorliegen.

Inzwischen hat der Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi die Bereitschaft Hamburgs erneuert, sich an HDW unter der Voraussetzung zu beteiligen, daß der Schiffsneubau in der Hansestadt aufrecht erhalten bleibt. Während Hamburg dabei an die Übernahme eines Teils der Anteile denkt, die das Land Schleswig-Holstein hält (25,1 Prozent), schwebt Salzgitter und Kiel eher eine Werftenteilung vor. Dem Vernehmen nach hat Pieper dem Senat bereits vorgeschlagen, die Hamburger HDW-Betriebe zu verselbständigen und die entsprechenden Anteile der Stadt anzubieten. Entscheidungen sind aber noch nicht gefallen.

Seite 2: Schiffsbau im Sturm

Weniger Aussiedler aus Osteuropa

AP, München

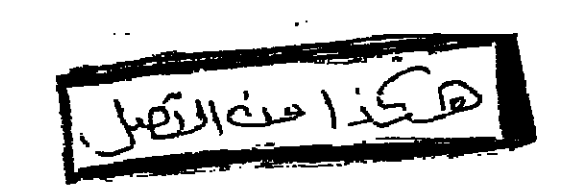
Die Zahlen der Aussiedler, die aus Ländern Osteuropas in die Bundesrepublik kommen, sind weiterhin rückläufig: Sie sanken im ersten Quartal 1983 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal rund um ein Drittel. Wie das bayerische Sozialministerium in München mitteilte, reisten vom 1. Januar bis zum 27. März dieses Jahres 9416 Aussiedler ins Bundesgebiet ein. Die stärkste Gruppe davon stellten die Aussiedler aus Polen mit 5277 und die Rumänen mit 3575 Personen. 1982 waren im ersten Quartal noch 14 263 Aussiedler ins Bundesgebiet eingereist, davon 10 391 aus Polen und 2709 aus Rumänien.

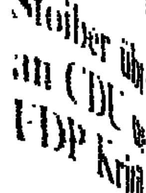
„Pädagogische Freiheit der Lehrer"

AP, Kassel

Pädagogische Maßnahmen der Lehrer können gerichtlich nicht nachgeprüft werden, entschied der 6. Senat des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes in Kassel in einem Prozeß gegen das Land Hessen. Den Lehrern stehe für den Unterricht eine angemessene pädagogische Freiheit zu, was auch für die Notengebung gelte. Andererseits könne jedoch bei einem Streit um Zeugnisse und Examen gerichtlich überprüft werden, ob von den Lehrern und der Schulleitung die Verfahrensvorschriften eingehalten worden sind. Der Verwaltungsgerichtshof wies die Klage einer Schülerin einer Privatschule ab, die ihre Reifeprüfung vor der staatlichen Prüfungskommission nicht bestanden hat, weil sie bei den Fremdsprachen versagte. (AZ: VI OE 21/81)

DIE WELT (uspe 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.





Stuttgarts SPD und der „lange Atem"

Von XING-HU KUO

„Für unsere Zukunft ist entscheidend, daß wir wieder raus zum Bürger gehen." Diese Worte des Stuttgarter SPD-Kreisvorsitzenden Dieter Blessing, vor einigen Tagen ausgesprochen, kann man derzeit sinngemäß in zahlreichen SPD-Versammlungen in Baden-Württemberg hören. Eduard Kaiser, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Eutingen im Gäu, formulierte dieses Anliegen nach dem SPD-Wahldebakel am 6. März mit den Worten, seine Organisation werde sich „darauf konzentrieren müssen, sich besser nach außen darzustellen und möglichst viele Bürger zu erreichen".

Denn genau dies ist in besonderem Maße in der baden-württembergischen SPD nicht gelungen: Mit 31,1 Prozent verzeichnete die hiesige SPD nicht nur (nach Bayern) das zweitschlechteste Ergebnis bundesweit, sondern der Stuttgarter Landesverband verlor auch die meisten Wählerstimmen, nämlich 6,1 Prozent.

Landesbericht Baden-Württemberg

Dieses für Eppler-Nachfolger Ulrich Lang unerwartet schmerzliche Ergebnis hat ihn sicherlich auch dazu bewogen, besonders schnell nach den Ursachen des Debakels zu forschen. Schon am 8. März, zwei Tage nach der Wahl, übte Lang in einem Brief an die örtlichen Parteifunktionäre auf der Seiten Kritik und Selbstkritik. Auch drei „Rezepte" offerierte der Pädagoge Lang für die Gesundung der Partei. Wohlweislich verwies er diesmal jedoch darauf, daß die Durststrecke eigentlich erst jetzt begonnen habe. Die SPD brauche deshalb einen „langen Atem", nur „mittelfristig" seien Erfolge denkbar. Damit hat Lang indirekt schon jetzt angedeutet, daß seine Partei bei der Landtagswahl 1984 kaum auf rasche und spürbare Verbesserungen des Wahlergebnisses vom 6. März hoffen könne.

An die Adresse des gescheiterten Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel appellierte Lang, den dringend notwendigen „Neuanfang der Bundespartei" zu organisieren. „Absolute Priorität" sei der Kommunalpolitik einzuräumen. Dieses sei besonders wichtig, „weil uns in den letzten 15 Jahren hier Fundamente weggespült wurden und wir quasi nur noch in einem politischen Pfahlbau agierten", betonte der SPD-Landesvorsitzende.

Die SPD müsse wieder eine „Volkspartei" werden. Dabei haben sie vor allem die Sorgen und Probleme der „Arbeitnehmer, der Facharbeiter, Techniker, Ingenieure und Angestellten" ernster zu nehmen und sich mit ihnen zu befassen.

Für die SPD sei es ein „Alarmsignal", so Lang weiter, daß bei der Wahl am 6. März viele Jugendliche CDU und Grüne gewählt hätten. Die SPD müsse „alles tun, um die Jugendlichen mit viel Geduld wieder glaubwürdig abzuholen". Lang räumt dabei ein, bei der „Ansprache der Jugendlichen gibt es keine Patentrezepte und schon gar keinen Ausgrenzungsbedarf".

Wie zur Bestätigung dieser Feststellung haben die Jungsozialisten in Baden-Württemberg, eine wichtige Säule des nach wie vor starken, Epplerschen linken Flügels innerhalb des Landesverbandes, vierzehn Tage nach der Wahl in Pforzheim für eine Fortsetzung des von der großen Wählermehrheit abgelehnten Kurses plädiert. Die SPD-Nachwuchsorganisation erklärte sich erneut gegen eine Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses. Die Jusos kündigten eine Beteiligung an den bundesweit geplanten Ostermärschen und „Antistationierungsaktionen" an.

Die Junggenossen in der Südwest-SPD forderten die Parteiführung in Stuttgart auf, eine „gesellschaftliche Mehrheit" durch eine „inhaltliche Koalition" von Sozialdemokraten und Grünen zu schaffen. Ähnliche Vorschläge unterbreiteten übrigens die Jusos in Bayern auf ihrer Landesdelegiertenversammlung in Regensburg und die südhessischen Jungsozialisten, deren Bezirksarbeitsausschuß sich auch gegen den Beschluß des SPD-Landesvorstandes aussprach, im September einen neuen Landtag in Hessen zu wählen.

Angesichts der nach wie vor starken Tendenz in der Südwest-SPD, der „Raketenfrage" einen besonderen Stellenwert einzuräumen, verwundert es nicht, daß Ulrich Lang den Vorschlag Egon Bahrs „begrüßt", den SPD-Bundesparteitag von Dezember auf Oktober vorzuverlegen.

Dazu erklärte der SPD-Landeschef, er sei wie Bahr der Auffassung, daß die SPD „rechtzeitig vor den ersten Maßnahmen zur Stationierung von Mittelstreckenraketen auf deutschem Territorium eine politische Willensbildung zu dieser Stationierung durchführen muß". Für die Südwest-SPD seien die Frage der Friedens- und Abrüstungspolitik auch deshalb wichtig, „weil unser Land Baden-Württemberg von der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen besonders betroffen" sei, unterstrich der Parteivorsitzende. Neben einer „Klausurtagung" des Landesvorstandes Ende Juni zu diesem Thema, will die Landes-Partei im September in Offenburg einen „Leitantrag" zu diesem Thema „beraten". Hauptreferent in Offenburg: Egon Bahr.

Länder des Maghreb rücken näher zusammen

Rege Reise-Diplomatie als Auftakt einer Neuordnung / Algerien muß sich von seiner sozialistischen Starre lösen

Von B. RÜTTEN

Spaniens Ministerpräsident Felipe Gonzales und sein Außenminister Fernando Moran hielten sich zu einem offiziellen Besuch in Marokko auf. Sie trafen zu Gesprächen mit König Hassan und Vertretern der Regierung in Rabat zusammen.

Gonzales fand einen sich im Wandel befindlichen Maghreb vor. Denn seit sich Hassan Ende Februar mit dem algerischen Präsidenten Chadli Benjedid getroffen hatte, den auch Gonzalez' Vize Alfonso Guerra in der letzten Woche aufsuchte, macht in Marokko, Algerien und Tunesien ein neuer Begriff die Runde: Der große arabische Maghreb ist plötzlich Gegenstand politischer Wunschvorstellungen und diplomatischer Aktivitäten geworden. Die Maghreb-Länder wollen die Gegensätze überbrücken und auf der Basis der Gemeinsamkeiten politisch und wirtschaftlich näher zusammenrücken. Seinem Treffen mit Hassan Ende Februar ließ Chadli Mitte März sogleich einen Staatsbesuch in Tunesien folgen. Emissäre mit Botschaften der maghrebinischen Staatsoberhäupter reisen zwischen Tunis, Algier und Rabat hin und her.

Da sowohl Marokko als auch Tunesien traditionell der westlichen Welt zugewandt sind und zu ihr neben starken wirtschaftlichen auch enge politische Bindungen unterhalten, müßte ein Zusammenschluß der Maghreb-Länder Hand in Hand mit einem Abrücken Algeriens von seiner ideologischen Fixierung auf den Sozialismus einhergehen. Diese hat das Land in der Vergangenheit zwar nicht wirtschaftlich, aber doch politisch zu einem Parteigänger des Ostblocks gemacht. In der Tat glauben westliche Beobachter schon seit längerer Zeit zu erkennen, daß Präsident Chadli einen pragmatischeren Kurs als sein Vorgänger Boumedienne steuert.

Die Annäherung Algeriens an Marokko kommt zu einem Zeitpunkt, da die wirtschaftliche und politische Krise in Algerien einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Die zunehmende Radikalisierung der Jugend und der freie Fall der Ölpreise legten deutlicher und schonungsloser als je zuvor dar, daß die Option für den Sozialismus zu wirtschaftlicher Ineffektivität, bürokratischem Immobilismus und einem totalitären politischen System geführt hat, das die Erwartungen unbefriedigt ließ, die der einfache Algerier an die Unabhängigkeit geknüpft hatte.

Algerien, dessen Erdöl- und Erdgasvorkommen weitaus mehr Deviseneinnahmen einbrachten als dies bei den Nachbarn Marokko und Tunesien der Fall war, steht unter dem Strich nicht besser da als diese beiden. Im Gegenteil. Die egalitären sozialistischen Parolen haben in Algerien zur Zerstörung der Arbeitsmoral geführt und sind schuld daran, daß Landwirtschaft und Handwerk ruiniert sind. Beides steht im konservativen Marokko in höchster Blüte.

Historische Bindungen

Die Attacken der zentral dirigierten algerischen Presse gegen König Hassan, der propagandistisch als Inbegriff des feudalistischen Unterdrückers dargestellt wurde, sind verstummt. Diplomatische Kreise in Algier berichten, daß Präsident Chadli im vertraulichen Gespräch erklärt, ihm sei an der Erhaltung der marokkanischen Monarchie als stabilisierendem Element gelegen.

Sowohl im afrikanischen als auch im arabischen Lager war Marokko konservativer Widerpart eines sich „progressiv" gebärdenden Algeriens. In der Organisation für Afrikanische Einheit fand sich Algerien auf Seiten Libyens wieder, obwohl die bilateralen Beziehungen nicht zum besten standen. Wortführer der Gegengruppe, die die beiden Anläufe zu einer afrikanischen Gipfelkonferenz in Tripolis erfolgreich torpedierten, war Marokko und in seinem Gefolge auch Tunesien.

Für den halbmaghrebinischen Nachbarn Libyen – der Name des libyschen Ortes Al-Alamein bedeutet auf arabisch „die beiden Welten" und kennzeichnet die Grenze zwischen Maghreb, dem Westen, und Maschrek, dem Osten der arabischen Welt – bedeutet das Zusammenrücken Algeriens, Marokkos und Tunesiens eine Verstärkung der zunehmenden Isolation. Tunesien geriet durch die Umarmungsversuche des immer fusionswilligen Khadhafi in Verlegenheit. Ein großarabischer Maghreb würde dem ein Ende setzen. Auf das Treffen Chadlis mit Hassan hat Khadhafi prompt mit einer Einladung an den früheren Präsidenten Algeriens Ben Bella reagiert, der angesichts der desolaten Situation Algeriens im Exil erklärt hatte, er sei bereit, wieder die Regierung zu übernehmen.

Nicht nur wegen der geographischen Nähe hat Spanien historische Bindungen an den Maghreb. Selbst lange Zeit Teil des arabischen Weltreichs, das sich im Mittelalter von der arabischen Halbinsel über den Maghreb bis nach Frankreich ausdehnte, hatte Spanien später immer wieder einen Fuß in Nordafrika. Die in Marokko gelegenen Enklaven Ceuta und Melilla sind noch heute spanisch. Das Gebiet der Westsahara – Ursache für das marokkanisch-algerische Zerwürfnis – war bis Ende 1975 spanische Kolonie. Mit seinem Rückzug hatte Spanien die Westsahara Marokko und Mauretanien überlassen und dadurch Algerien den Anlaß zur Unterstützung der Befreiungsbewegung Polisario geliefert.

Nachdem nunmehr sowohl Marokko als auch Algerien um eine Lösung bemüht sein dürften, ist Spanien als ehemalige Kolonialmacht für eine Vermittlerrolle im Westsahara-Konflikt prädestiniert. Die Kontrahenten haben sich politisch seit langem so festgelegt, daß sie sich aus eigener Kraft nicht mehr aus ihren Positionen zu lösen vermögen. Eine militärische Lösung des Konflikts erscheint fast ausgeschlossen. Algerien hat die militärische Unterstützung der Polisario eingestellt, die somit ganz auf Libyen angewiesen ist.

Stille Vereinbarung

Was die Rückgabe der von Marokko beanspruchten Enklaven Ceuta und Melilla angeht, in denen fast ausschließlich Spanier wohnen, so scheint zwischen Marokko und Spanien eine stillschweigende Vereinbarung zu existieren, das Thema erst dann zu behandeln, wenn Spanien Gibraltar zurückerhält, das von beiden als Parallelfall angesehen wird.

Gonzalez ist nicht der erste, der entdeckt hat, daß der Maghreb Aufmerksamkeit verdient. Politisch und wirtschaftlich nimmt Frankreich seit jeher in allen drei Maghreb-Ländern den ersten Platz ein. Präsident Mitterrand hatte es verstanden, sowohl zu Algerien als auch zu Marokko gute Beziehungen zu unterhalten, noch ehe von einer Annäherung der beiden die Rede war.

Den USA ist es in Marokko gelungen, in die „chasse gardée" der Franzosen einzubrechen. In Algerien wird Mitte Juni Vizepräsident Bush erwartet.

Im Elysée verweist Siles auf Cancun-Versprechen

Frankreichs Presse vermutet: Boliviens Präsident holt sich den Lohn für Barbie / Paris sagt Kredit zu

A. GRAF KAGENECK, Paris

Unter der weithin in der Presse angestellten Vermutung, er „sei gekommen, um sich seinen Lohn für Klaus Barbie zu holen", absolviert der bolivianische Präsident Hernan Siles Zuazo seit Montag seinen Besuch in Frankreich. Präsident Mitterrand empfing ihn gestern zu einem zweistündigen Gespräch im Elysée-Palais. Es folgte ein Arbeitsessen, an dem auch Premierminister Mauroy und Wirtschaftsminister Delors teilnahmen. Das Gespräch fand in der herzlichen Atmosphäre statt, die zwischen zwei gleich ausgerichteten Regierungen herrscht: Sowohl in La Paz wie in Paris sind Volksfrontregierungen unter Einbeziehung der kommunistischen Parteien an der Macht.

In der Umgebung des französischen Präsidenten wird die Anspielung auf einen „Lohn für Barbie" mit dem Argument zurückgewiesen, der bolivianische Gast sei von Frankreich eingeladen worden. Sein Besuch habe ursprünglich schon im Januar stattfinden sollen, als Siles Zuazo an einer von der Sozialistischen Partei organisierten internationalen Tagung über „Die Akteure des Wandels" teilnehmen sollte. Siles war damals durch einen plötzlichen Bruch seiner Regierungskoalition an der Reise gehindert worden.

In Paris wird nicht bestritten, daß die Auslieferung des ehemaligen Gestapogehilfen im besetzten Lyon erst durch einen Regimewechsel in Bolivien möglich geworden sei und der Sozialist Siles dabei einen entscheidenden Anteil gehabt habe. Dies aber in Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Problemen Boliviens zu stellen, sei abwegig. Man verweist auf den chronisch defizitären Handel Frankreichs mit dem südamerikanischen Land, der es auch für die französische Wirtschaft interessant mache, die Zusammenarbeit auf eine solidere Basis zu stellen. Im übrigen habe das sozialistische Frankreich die Verpflichtung, einem der wenigen Länder des amerikanischen Subkontinents, in dem die Demokratie schließlich über die Militärdiktaturen gesiegt habe, bei deren Festigung behilflich zu sein.

Im Gespräch zwischen den beiden Präsidenten war daher auch viel vom „Geist von Cancun" die Rede. In dieser mexikanischen Stadt hatte Mitterrand bei dem Wirtschaftsgipfel im Herbst 1981 seine Idee von einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung entwikkelt, wobei er nicht versäumt hatte, den „Wirtschaftsimperialismus" der Nordamerikaner an den Pranger zu stellen und die Hilfe Frankreichs für die Südamerikaner zu versprechen, die sich von diesem zu befreien suchten.

Siles hat möglicherweise bei seinem Gespräch mit Mitterrand diese Zusage zum Vorwand genommen, um einen 100-Millionen-Franc-Kredit zum Bau einer Erdgasleitung auf dem Alto Plano und eines Klinikums in La Paz zu erhalten. Der Gastgeber soll sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt haben. Er habe aber darauf hingewiesen, daß die französische Hilfe nur Teil einer weiteren Hilfe anderer europäischer Staaten sein könne. Paris hofft da vor allem auf deutsche Beteiligung.

Ausgiebig besprochen wurde auch die Lage in Mittelamerika unter besonderer Berücksichtigung Nicaraguas, dem Frankreich bereits einmal im Frühjahr 1982 eine kleine Militärhilfe in Höhe von 125 Millionen Franc leistete. Der bolivianische Präsident soll sich besonders besorgt über die „Gegenoffensive" antisandinistischer Kräfte aus dem benachbarten Honduras geäußert haben, die leicht in einen regionalen Krieg ausarten könnte.

Nicaragua will mit Honduras verhandeln

dpa/UPI/AP, New York

Der Vizeaußenminister von Nicaragua, Victor Hugo Tinoco, hat in der Debatte des Weltsicherheitsrates über die Spannungen in Mittelamerika ein Treffen des Staatspräsidenten von Honduras und des Chefs der Sandinistischen Revolutionsregierung vorgeschlagen.

Außerdem erklärte Tinoco, Nicaragua sei bereit, jederzeit und an jedem Ort einen Dialog mit den USA zu beginnen. Die amerikanische UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick entgegnete, die USA hätten mit Nicaragua keine Fragen zu besprechen, die in einem zweiseitigen Treffen angemessen behandelt werden könnten. Sie empfahl statt dessen Verhandlungen, an denen El Salvador, Nicaragua, Costa Rica, Honduras und andere Staaten der Region beteiligt sein sollten.

Die Debatte des Sicherheitsrates war von Nicaragua mit der Begründung gefordert worden, regierungsfeindliche Rebellen würden vom Nachbarstaat Honduras aus mit Unterstützung der USA in sein Territorium eindringen. Die honduranische Regierung bestreitet bislang, die Rebellen zu unterstützen. Bei den Kämpfen sind in den vergangenen Wochen nach offiziellen Angaben aus Managua bisher 275 Menschen, darunter 60 Soldaten, ums Leben gekommen.

Feuerüberfall auf Israelis in Libanon

AP, Beirut

Bei einem Feuerüberfall auf eine israelische Patrouille bei Kahale an der Straße von Beirut nach Damaskus sind in der Nacht zum Dienstag ein israelischer Soldat getötet und zwei verwundet worden. Der Überfall ereignete sich nahe einem Haus, wo sich rund 70 israelische Soldaten zu einer religiösen Feier anläßlich des Passahfestes versammelt hatten. Zu dem Anschlag bekannte sich gestern die linksorientierte Moslemorganasition „Nationale Widerstandsfront Libanons". Seit Ende des Libanon-Krieges im September 1982 sind nach offiziellen Angaben 126 israelische Soldaten getötet und 212 verwundet worden.

Iranische Truppen töteten 50 Kurden

rtr, Teheran

Iranische Sicherheitskräfte haben am vergangenen Wochonende in der Provinz Kurdistan mindestens 50 „Konterrevolutionäre" getötet, meldete Radio Teheran. Nahe dem Ort Bukan hätten die Sicherheitskräfte Höhen zurückerobert, von denen aus sich drei Dörfer übersehen ließen. Die iranische Regierung begann vor fünf Monaten mit Gegenoperationen in kurdischen Gebieten, um die bewaffneten Auseinandersetzungen mit den für ihre Selbstbestimmung kämpfenden Kurden zu beenden. Die Kurden werden von Kämpfern der Volks-Mujahedin unterstützt.

Hinter heiterer Genügsamkeit nimmt die Unzufriedenheit zu

Von R. ALEXANDER

Zwanzig Jahre auf dem „Weg zum birmanischen Sozialismus" und Isolierung von der übrigen Welt haben Birma zu einem Land gemacht, das die Hektik des Elektronenzeitalters und den vielgeschmähten „Konsum-Terror" nicht kennt.

Der Kultur-Schock, den andere Länder durch übereilte Entwicklung erlitten, blieb Birma erspart. Aber Birmas Wirtschaft wurde auf dem Weg zum Sozialismus ruiniert. Seine verstaatlichte Industrie produziert kaum noch die einfachsten Konsumgüter für die Bevölkerung.

In Birmas idyllischen Dörfern bestimmt nicht der Traktor das Tempo, sondern noch der Ochsenkarren, der langsam durch staubige Feldwege zieht.

Es gibt keine Videospiele, die mit Münzen gefüttert werden müssen. Statt dessen kleben die Birmanen zehn Prozent ihres Einkommens in Form von Blattgold auf ihre Buddha-Statuen und geben es für ihre unzähligen Pagoden und 800 000 Mönche aus.

Auf der Straße in Mandalay bieten uns Birmaninnen Rubine im Tausch gegen Lippenstifte und französisches Parfüm an; viele Dörfer haben ihre alten Buddha-Statuen für japanische Reiskocher, Kassettenrecorder und Nähmaschinen verkauft.

Vor den Staatsläden stehen lange Käuferschlangen, wenn zufällig Ware eingetroffen ist. Aber alles, was über einfache Lebensmittel hinausgeht, gibt es regelmäßig oder überhaupt nur auf dem schwarzen Markt – zum doppelten und dreifachen Preis.

Schmuggel und Schwarzmarkt sind das ganz große Geschäft. Von der Seife über Kleiderstoffe bis zu Coca-Cola und Trockenmilch wird alles von Thailand, Malaysia und Indien und oft sogar von China über die Berge geschleppt. Die Polizei drückt beide Augen zu.

Potentiell ist Birma eines der reichsten Länder Südostasiens. Es kann sich selbst ernähren, hat Erdöl und andere, doch meist nicht erschlossene Bodenschätze. Es ist zweieinhalbmal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland und hat nur 35 Millionen Einwohner. Doch gemessen am Pro-Kopf-Einkommen steht es heute an zehnter Stelle der ärmsten Länder der Welt.

BIRMA

Gleichwohl gibt es nicht die entwürdigende Armut Indiens. Die Autarkie-Politik der letzten 20 Jahre hat sogar geholfen, daß Birma von der gegenwärtigen weltweiten Rezession kaum betroffen ist.

Wachsende Zweifel am Sozialismus haben Rangun in letzter Zeit veranlaßt, den Kurs ein wenig zu ändern: höhere Preise für das Liefersoll der Bauern, mehr Privatinitiative und mehr Auslandshilfe, die bisher politisch suspekt war.

Westlichen Besuchern mag Birma als „unverdorbenes Paradies" erscheinen. Doch hinter der Fassade heiterer Selbstgenügsamkeit wächst die Unzufriedenheit, besonders in der jungen Generation.

Privat hört man Kritik über mangelnde Freiheit unter Birmas Einparteien-Regime, das den Bürger bis hinunter zum Straßenblockwart bespitzelt und unter Kontrolle hält. Vor allem jedoch wird über den niedrigen Lebensstandard geklagt:

„Von einem Job allein kann man keine Familie ernähren. Fast jeder hat Nebenverdienst", erklärt ein Bahnbeamter. Mit 4[illegible] Kyats (135 Mark) Monatsgehalt liegt er knapp über dem Durchschnitt. Bei der Bahn macht [illegible] Spätdienst. Am Tage chauffiert er Touristen in einem 26 Jahre alten Jeep. Den hat er für umgerechnet 12 000 Mark gekauft. „Dafür habe ich 17 Jahre lang gespart", sagt er.

Auch der Fabrikarbeiter, der [illegible] Kyats (3,30 Mark) am Tag verdient, hat abends einen zweiten Beruf: er mietet sich für [illegible] eine Fahrradrikscha und strampelt sich darauf bis tief in die Nacht hinein ab.

Der Bahnbeamte konnte dank des Jeeps zwei Söhne auf die Universität schicken. Aber jetzt finden sie keine Arbeit – wie die meisten Universitätsabsolventen in Birma.

Offene Stellen bekommt, wer gute Beziehungen hat: „Die Söhne der Generale, Minister und Parteibonzen sind als erste dran. Was bleibt, bekommen die Söhne von deren Freunden", behauptet unser Gesprächspartner.

Früher hieß es von Birma, alle seien gleich arm. Jetzt erklärt ein asiatischer Diplomat in Rangun: „Die Kluft zwischen arm und reich wächst immer mehr."

Schwarzhändler und korrupte Beamte häufen Vermögen an. Für jede Behördenbescheinigung muß man bezahlen. Die herrschende Schicht, die dem Volk Enthaltsamkeit predigt, bewilligt sich selbst großzügige Privilegien.

„Es gibt zwei Klassen Birmanen: eine mit Hosen und eine mit Longyis", besagt ein Spottwort, das in Rangun umgeht. Gemeint ist zum einen die Armee, die am besten lebt, zum anderen der Mann auf der Straße, der das traditionelle, knöchellange Lendentuch, den „Longyi", trägt.

Argentiniens Außenpolitik schlingert

Wer bestimmt den Kurs? / Blockfreie unterstützen Anspruch auf die Falkland-Inseln

MANFRED NEUBER, Bonn

Argentiniens Staatschef, General Reynaldo Bignone, hatte eine triumphale Heimkehr vom Gipfeltreffen der Blockfreien in Neu-Delhi erwartet, aber er erfuhr eine schwere Demütigung durch die in Buenos Aires herrschende Militärjunta. Bignone wurde im staatlich kontrollierten Fernsehen zensiert.

Wer lenkt eigentlich die Außenpolitik Argentiniens? Wird sie von der Berufsdiplomatie gestaltet, oder fühlen sich hohe Offiziere berufen, aus dem Stegreif zu agieren? „Man weiß nie, woran man ist", rügte schon Alexander Haig bei seiner Vermittlung im Falkland-Konflikt im vorigen Jahr. Das Scheitern trug zu seinem Rücktritt bei.

Was Bignone vom Blockfreien-Gipfel mitbrachte, kann sich aus argentinischer Sicht wohl sehen lassen. Die Staats- und Regierungschefs von hundert Ländern unterstützten in der Schlußerklärung „das Recht Argentiniens auf Souveränität über die Malvinas" und befürworten Verhandlungen zwischen Argentinien und Großbritannien unter Einschaltung des UNO-Generalsekretärs. Nur so könne eine „schnelle, friedliche und gerechte Lösung" im Einklang mit den Resolutionen der UNO-Versammlung erreicht werden.

Vom Selbstbestimmungsrecht der Falkland-Bewohner ist in dem politischen Dokument der Blockfreien keine Rede; statt dessen heißt es, „die Interessen der Bevölkerung der Insel" sollten „angemessen berücksichtigt" werden. Diese Aufforderung wird die britische Premierministerin Margaret Thatcher von ihrem kategorischen Nein zu Gesprächen mit Argentinien, auch nach der Wahl einer zivilen Regierung in diesem Jahr, nicht abbringen.

Nach Ansicht der Blockfreien bilden „die Malvinas, Südgeorgien und die Südsandwich-Inseln einen festen Bestandteil der lateinamerikanischen Region"; sie wenden sich deshalb gegen „eine Konsolidierung der kolonialen Lage" und sekundieren Argentinien bei seinen Bestrebungen, die Souveränität über diese Inseln zu gewinnen. Die starke militärische Präsenz der Briten auf den Falkland-Inseln rufe „ernste Sorge" hervor.

Die Änderung von „Rechten" in „Interessen" der Inselbewohner sowie die Einbeziehung der anderen Archipele brachte Bignone mit Hilfe Kubas zustande. Dafür zollte er Fidel Castro großes Lob, und er bezeichnete es als „schlechten Geschmack", daß die USA gerade auf subversive Querverbindungen Kubas nach Argentinien in der Veröffentlichung „erneute kubanische Unterstützung für Gewalttätigkeit in Lateinamerika" hingewiesen hatten.

Mit dem Bemühen um die Blockfreien setzte Bignone die peronistische Linie von der „dritten Position" Argentiniens zwischen den Blöcken fort. Seine Begegnungen und Reden in Neu-Delhi waren offenbar vom argentinischen Außenministerium angeregt, aber nicht mit der militärischen Führung abgestimmt worden. So schnitt das Fernsehen die Treffen mit Fidel Castro und PLO-Chef Yassir Arafat sowie Kernsätze seiner Ansprache.

„Wenn es nach uns ginge, würde Bignone geschaßt", äußerte ein hoher Marine-Offizier in Buenos Aires. In den Streitkräften hatte man es auch nur widerwillig hingenommen, daß der ehemalige Staatschef, General Galtieri, dem libyschen Revolutionsführer Muammar Khadhafi einen argentinischen Hengst schenkte und der frühere Außenminister Nicano Costa Mendes während des Falkland-Krieges kubanischen Beistand suchte.

Das argentinische Militärregime war 1976 zum „Kreuzzug gegen die Weltrevolution" angetreten und bekannte sich zum „christlichen Abendland". Aus diesen Motiven unterstützte es 1980 den Putsch in Bolivien und entsandte Militärberater nach El Salvador. General Edgardo Calvi, der Stabschef der Armee, würdigte neulich die militärische Zusammenarbeit mit Südafrika und befürwortete die Idee eines Südatlantikpaktes.

In jüngster Zeit schwenkte jedoch das Außenministerium aus Enttäuschung über die Haltung des Westens im Falkland-Konflikt immer mehr auf einen neutralistischen Kurs ein. Da gab es dann in der argentinischen Außenpolitik solche Widersprüche: Die Junta kauft gebrauchte Waffen aus Israel, das Außenministerium wertet die PLO auf, die Streitkräfte unterstützen Honduras und Somoza-Anhänger im Exil, der Präsident pflichtet der Kritik Kubas an „imperialistischer Einmischung" in Mittelamerika bei. Außerdem knüpfte Buenos Aires kürzlich Beziehungen zum Revolutionsregime in Nicaragua an.

Eine klare Linie wird es in der argentinischen Außenpolitik erst nach dem Wechsel von der Militär- zu einer Zivilregierung im nächsten Jahr geben. Bis dahin dürften auch alle argentinischen Versuche vergeblich sein, die Briten an den Verhandlungstisch zu bringen, um über die Zukunft der Falkland-Inseln zu sprechen.

Ist der Gasangriff Massenhysterie?

Empörung in Dschenin über erkrankte Mädchen / Ärzte stehen vor einem Rätsel

PETER M. RANKE, Jerusalem

„Passen Sie auf, ähnliche Giftgas-Angriffe werden bald auch in Hebron und in anderen Städten des besetzten Gebietes passieren", meint der junge, arabische Arzt, der seinen Namen nicht nennen will. Woher er das weiß? Er winkt ab. Wir sitzen im Direktionszimmer des Dschenin-Hospitals.

Es gibt keine Spur von Giftgas, haben die israelischen Gesundheitsbehörden nach ihren Untersuchungen festgestellt. Sie können jedoch nicht sagen, warum seit dem 21. März insgesamt 346 arabische Schulmädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren mit angeblichen Vergiftungserscheinungen in die Krankenhäuser eingeliefert wurden.

Die arabische Bevölkerung von Dschenin ist streng moslemisch; die Schulmädchen tragen lange Kleider und Kopftücher. Die Mädchenschulen sind noch geschlossen. Das Versammlungsverbot wurde aufgehoben. Ein israelischer Provokateur, der tagsüber Giftgas in Klassenzimmern verstäubt, würde hier sofort auffallen. Denn jeder kennt jeden in Dschenin.

Wenn man in der Stadt herumfragt, ist fast jeder Lehrer oder Arzt davon überzeugt, daß der Gasangriff die Bevölkerung einschüchtern sollte. Manche meinen, die Israelis, andere die PLO habe ein Interesse daran.

Ein Arzt namens Qaadan aus Nablus, der dort ein medizinisches Labor betreibt, äußerte dem SAD-Korrespondenten gegenüber, das angebliche Gas sei eine Nitrose-Verbindung, sei in Vietnam erprobt und könne Frauen unfruchtbar machen. Nur so sei die Attacke gegen die jungen Schulmädchen zu erklären. Die Frage, ob er denn Proben des Gases oder irgendwelche Spuren untersucht habe, muß er allerdings verneinen. Doch die angeblich beabsichtigte Unfruchtbarkeit der Mädchen ist Tagesgespräch und löst die beabsichtigte Empörung aus.

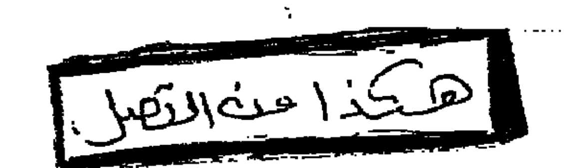
Die Affäre begann am 21. März in der Mädchenschule des Dorfes Arrabe, als sich während des Unterrichts 66 Mädchen mit angeblichen Kopfschmerzen, Brechreiz, Muskelschwäche und erhöhtem Puls meldeten und im Krankenhaus daraufhin mit Oxygen beatmet und wenig später entlassen wurden. Am 26. und 27. März folgten 280 Mädchen in Dschenin und den umgebenden Dörfern, die ebenfalls während des Unterrichts über Vergiftungserscheinungen klagten.

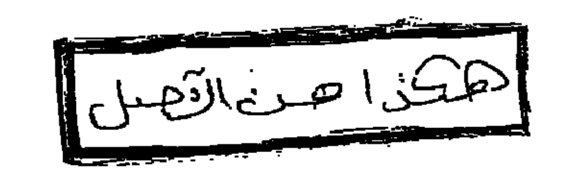
Die israelischen Behörden setzten fahrbare Labors ein, untersuchten Essenreste, Trinkwasser, Kunststoff-Vorhänge in den Klassenzimmern und suchten nach leeren Behältern oder Spraydosen. Gefunden wurde bis auf Spuren eines gelben Pulvers in der Schule von Yaabad bei Dschenin nichts.

Israelische Ärzte sprechen heute von Massenhysterie und einer unter den Mädchen verabredeten Krankheit. Der arabische Arzt im Dschenin-Hospital hält dem aber entgegen, daß man Übelkeit und Brechreiz natürlich simulieren könne, kaum aber erhöhten Pulsschlag, kalte Hände und Blutleere in den Augenlidern.

Umfragen und Gespräche in Dschenin ergeben, daß man mit einer medizinischen Analyse der Aufklärung der Gas-Affäre kaum näherkommt, wohl aber mit politischen Überlegungen. Seit Wochen fordert die PLO von Jordanien aus die arabische Bevölkerung für heute zu großen Demonstrationen am „Land-Day" auf. Vor sechs Jahren wurden am 29. März sechs israelische Araber in Galiläa bei Zusammenstößen mit der Polizei erschossen, als sie gegen eine Landbeschlagnahme durch die Israelis protestierten. Dieser Tag soll nun erneut mit brennenden Autoreifen, Steinwürfen gegen israelische Autos und Umzügen im besetzten Gebiet gefeiert werden.

Während die arabischen Muchtars (Dorfälteste) zugesichert haben, nicht zu Demonstrationen aufzurufen, fordern in den Schulen vermummte Schlägertrupps alle Schüler dazu auf. Andernfalls würden sie vergiftet. Arabische und israelische Polizisten nehmen daher an, daß die vergifteten Schulmädchen entweder eine Entschuldigung brauchten, um nicht für die PLO demonstrieren zu müssen, oder daß sie im Gegenteil geplante Demonstrationen durch die Gasaffäre noch anheizen wollten. (SAD)





SCHACH / Hübner verspielte seinen Vorteil

Die unbegreifliche Scheu des Großmeisters vor der Öffentlichkeit

JOACHIM NEANDER, **Velden**

Zum zweiten Mal gelang es dem deutschen Schachgroßmeister Robert Hübner nicht, mit den weißen Figuren gegen den sowjetischen Ex-Weltmeister Wassilij Smyslow eine besserstehende Partie konsequent zum Sieg zu steuern. Die dritte Partie des WM-Kandidatenwettkampfes im österreichischen Kurort Velden am Wörthersee wurde nach 41 Zügen abgebrochen und endete gestern nach nur zwei Zügen ebenfalls, wie die beiden zuvor, remis.

Diesmal überraschte der 35jährige Hübner seinen um 27 Jahre älteren Gegner, der erneut die „Russische Eröffnung" wählte, mit einer theoretischen Neuerung. Smyslow mußte, um nicht in Nachteil zu kommen, einen Bauern ins Geschäft stecken. 16 Züge lang schnurrte Hübner im Eiltempo eine offenbar in gründlicher häuslicher Analyse erarbeitete Zugfolge ab.

Aber Smyslow verteidigte sich zäh und routiniert. Hübners Siegeschancen, von den österreichischen Spitzenspielern im Saal zunächst hoch eingeschätzt, schwanden. Nach dem Abbruch eilte der Deutsche, der mit Journalisten aus Prinzip kein einziges Wort wechselt, ohne Kommentar von hinnen. Sein Sekundant, der exiltschechische Großmeister Ljubomir Kavalek, meinte nur, es sei wohl doch sehr schwer gewesen, diesen Vorteil zum Gewinn auszubauen.

Auch diese Partie begann wieder mit einem kleinen Zwischenfall. Als Hübner seinen Platz auf der grellerleuchteten Bühne im Festsaal des Veldener Rathauses eingenommen hatte, entdeckte er im verdunkelten Zuschauerraum neben der vertraglich vereinbarten, fest installierten Fernsehkamera, die für die Übertragung des Partieverlaufs in den Demonstrationsraum im Kellergeschoß sorgt, eine zweite. Sofort stand er auf und protestierte. Das Schiedsgericht versuchte zu verhandeln. Aber Hübner verließ wortlos die Bühne und kam erst zurück, als der Kameramann aus dem Saal gegangen war.

Hübners Verhalten, seine fast unerklärliche Angst, beim Spiel fotografiert oder gefilmt zu werden, scheint nur bedingt etwas mit seiner Empfindlichkeit gegen Störungen zu tun zu haben. Fast erinnert es an die Furcht gewisser Naturvölker, es könne ihnen ein Stück ihres Wesens, ihrer Identität „weggografiert" werden.

Was die ihn bei solchen Zweikämpfen oft irritierenden Störungen betrifft, kann Hübner sich in Velden eigentlich kaum beklagen. Er, der das Fremdenverkehrstum am Wörthersee aus mehreren privaten Urlaubsaufenthalten bestens kennt, hat sich als Quartier eine abgelegene, leerstehende, selbst von den Besitzern nicht mer bewohnte kleine Pension ausgesucht. Dort haust er mit seiner Delegation – dem Schweizer Zahnarzt Otto Meyer, seinem Sekundanten Kavalek, dem Hamburger Schachprofi Gisbert Jacoby und einer Hausdame, die der Zahnarzt eigens mitgebracht hat. Das Haus hat nicht einmal einen Telefonanschluß.

Von Rummel kann man beim besten Willen nicht reden. Velden ist zur Zeit so gut wie leer. Die Schachspieler hätten, wenn sie nur wollten, praktisch den ganzen herrlichen Wörthersee für sich allein. Die meisten Presseleute sind wieder abgereist.

Der Spielsaal ist – nicht zuletzt wegen der umgerechnet fast 15 Mark Eintrittsgebühren pro Tag – nicht einmal zu einem Viertel mit Zuschauern gefüllt. Es herrscht die Stille eines Mausoleums. Während der Partien wird sogar eine am Rathaus vorbeiführende Straße zeitweilig für den Autoverkehr gesperrt.

Und doch wagt dieser Robert Hübner sich in seiner fast unbegreiflichen Scheu vor den Medien, vor der Öffentlichkeit und ihren Belästigungen kaum zu Spaziergängen in den Ort, wechselt – wenn er nur von weitem jemand entdeckt, der zur Presse gehören könnte – hastig die Straßenseite.

Natürlich schlägt sich dies alles mit der Zeit auch auf Hübners Schachspiel nieder. Seine Konkurrenten wundern sich seit langem darüber, wie mitleidlos und selbstquälerisch Hübner schon während einer Partie seine eigene Stellung und sein eigenes Spiel beurteilt. Unausgesprochen klingt oft der Satz mit: „So einer wird eben doch nie Weltmeister."

Der Altphilologe Robert Hübner, der mit seinem jetzigen Dasein als Berufsschachspieler – obwohl ohne jedes finanzielle Problem – innerlich nicht ganz fertig zu werden scheint (in Gästebüchern soll er mitunter mit drei Kreuzchen und der Berufsbezeichnung „Nichtstuer" unterschreiben), ist unter den Schachkoryphäen sowieso eine Ausnahmeerscheinung. Außer vielleicht dem 1941 gestorbenen früheren Weltmeister Emanuel Lasker hat sich in den letzten hundert Jahren Schachgeschichte sicher kein Spitzenspieler über das Schachspiel und einen vielleicht noch betriebenen Zivilberuf hinaus eine so reiche Welt philosophischer und literarischer Interessen erschlossen und bewahrt wie dieser junge Mann, auf dessen Haupt sich trotz seiner nur 35 Jahre eine Glatze unübersehbar breitzumachen beginnt.

Der Außenstehende käme sich komisch vor, wollte er an diesem offenbar von tiefstem philosophischen Pessimismus und Verachtung für allen Zeitgeist erfüllten Menschen kritisieren, daß ihm jenes selbstverständliche, gelegentlich fast primitive Selbstbewußtsein fehlt, das alle Schachweltmeister bisher an den Tag gelegt haben. Aber irgendwie bedauert man es doch, daß Hübner sich an diesem seinem Widerspruch so rasch und aus so nichtigen Anlässen zu verschleißen scheint.

Zweite Partie abgebrochen

DW. **Bad Kissingen**

Die zweite Partie im Viertelfinale des Kandidatenturniers zur Schach-Weltmeisterschaft in Bad Kissingen zwischen Vize-Weltmeister Viktor Kortschnoi (Schweiz) und Lajos Portisch (Ungarn) wurde nach 40 Zügen abgebrochen und vertagt. Die erste Partie hatte Kortschnoi gewonnen. Sieger ist derjenige, der zuerst 5,5 Punkte aus zehn Partien erspielt.

LÄNDERSPIEL / Jupp Derwall gereizt, aber DFB-Präsident Hermann Neuberger spricht ihm das Vertrauen aus

„Wir sehen doch, daß er sich bemüht"



Ankündigung des Spiels gegen Deutschland in Tirana: Eine verfallene Stadionmauer und Fahrräder, das einzige Verkehrsmittel für die Bürger. FOTO: WEREK

ULRICH DOST, **Tirana**

Auf der Straße vor dem Hotel stand plötzlich ein Mann und bot ein Bild an: Karl-Heinz Rummenigge, in Stroh geflochten und penibel farbig ausgemalt. Er wollte es nicht verkaufen, nur weiterleiten. Hinten drauf stand, in deutschen Worten: „Für den besten Meister" und die Adresse des Albaners. Rummenigge will von München aus eine Postkarte mit Autogramm zurückschicken . . .

Der deutsche Fußball zählt viel in Albanien, vor zwei Jahren waren noch 30 000 Zuschauer im Stadion, als die Mannschaft trainierte. Gestern morgen hielten Polizisten die Schaulustigen zurück, aber am Abend, beim Abschlußtraining nach Feierabend der Arbeiter in Tirana, wurden wieder so viele Menschen erwartet.

Der deutsche Fußball zählt eben viel in Albanien. Und doch sind bei den Worten des albanischen Nationaltrainers Reli schon Nuancen festzustellen. Vor einigen Wochen sagte er: „Der Vizeweltmeister ist der hohe Favorit, wir sind stolz, von ihm lernen zu dürfen." Jetzt sagt er „Wir sind stolz, gegen den Vizeweltmeister spielen zu können. Aber mein Favorit auf den Gruppensieg in der Qualifikationsrunde zur Europameisterschaft ist Nordirland, das bei uns ein 0:0 erreicht hat."

Diese differenzierte Abstufung wird es nicht sein, die Jupp Derwall gereizt reagieren läßt, wann immer er auf seine Probleme angesprochen wird. Dabei braucht er zumindes. in einer Sache nicht mehr nervös zu sein. Hermann Neuberger, der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, hat seinem Trainer einen Tag vor dem Spiel gegen Albanien (heute 16.30 Uhr) noch einmal eindeutig das Vertrauen ausgesprochen. Neuberger: „Man kann dem Mann doch jetzt nicht den Stuhl vor die Tür setzen. Wir sehen doch, daß er sich bemüht und sein Bestes gibt. Wir entlassen keinen Trainer, dieser Linie werden wir nicht untreu. Es gibt Wichtigeres als ein verlorenes Fußballspiel." Dann sprach er davon, daß man nach einer Niederlage „den Bettel nicht einfach hinwerfen" könne und dann eben „für die WM 1986 planen und aus dem verfügbaren Spielerkader eine neue Mannschaft formen" müsse. Mit anderen Worten: Auch wenn die deutsche Nationalmannschaft heute in Albanien verliert, wird es für Derwall keine Konsequenzen geben. Der Begriff „Schicksalsspiel" sei unzutreffend, sagt Neuberger und stellt die Frage: „Auf welchen Bäumen wachsen denn die Spielerpersönlichkeiten, daß wir sie pflücken können?"

Zumindest auf eine dieser wenigen Persönlichkeiten braucht Jupp Derwall heute nicht verzichten. Karl-Heinz Rummenigge kann (und muß) trotz einer schmerzenden Fußverletzung den Angriff führen. Rummenigge war es auch, der sich gestern beim Vormittagstraining darum bemühte, die Kollegen anzuspornen („Komm, gib Gas"), während alle anderen eher locker ihr Pensum absolvierten.

Und auch sonst bleibt in der vorgesehenen Planung alles unverändert. Hansi Müller lenkt neben Stefan Engels und Peter Briegel das Mittelfeld, der Bremer Jonny Otten rückt in die linke Außenverteidigung und vorne werden Pierre Littbarski und Rudi Völler neben Rummenigge versuchen, die notwendigen Tore zu erzielen. Wie notwendig sie sind, zeigt ein Blick auf die Tabelle der deutschen Gruppe: Österreich führt mit 6:0 Punkten und 11:0 Toren. Deutschland ist mit der 0:1-Niederlage gegen Nordirland belastet.

Immer undurchsichtiger werden derweil die Gründe für die Absage von Bernd Schuster. Noch gestern hofften die DFB-Funktionäre, er werde vielleicht heute morgen noch eintreffen. Entweder mit einem Flug über Wien und Athen, oder mit der Reise über Zürich und Bukarest. Doch das wird vergebliches Hoffen sein. Gestern abend war noch nicht einmal sicher, ob das italienische Schiedsrichtergespann Tirana rechtzeitig erreichen würde. Und Schuster mag wohl wirklich nicht. Seine Frau – das wurde jetzt in Barcelona bekannt – erwartet ihr drittes Kind erst am 3. April, er hatte also durchaus noch spielen können . . .

STANDPUNKT / *Karl Marx, Karl May und die große Angst vor den Skipetaren*

Es ist wahrlich empörend, wie hierzulande einige Menschen die (fuß)geballte Angst vor Albanien verspotten. Sie müssen sich zumindest vorwerfen lassen, ein so wichtiges Länderspiel allein unter dem Gesichtspunkt des flachen Passes zu betrachten. Hier dräut Schicksal, lange vorbestimmtes.

Einst reiste ein dienstbarer Geist mit einem Effendi aus „Almanja" „durch das Land der Skipetaren". Nennen wir ihn heute nicht mehr Hadschi Halef Omar, sondern, um bei hilfreichen Berufen zu bleiben, Müller oder Förster, aber niemals Schuster. Und dieser Mann, dankbar, mitgenommen zu werden, sagt zum Chef: „Aga, ich danke dir! Dein Herz ist voll von Güte, und dein Mund trieft vor Munterkeit." So ist er ja nun mal, der Chef. Diesmal aber antwortet er – nennen wir ihn nicht Karl, sondern Jupp: „Das will ich nicht grad sagen. Allzu lustig bin ich nicht gestimmt, sondern das Herz blutet mir, wenn ich diese leeren Stiefel sehe."

Nachzulesen bei Karl May, Band 5. Und eben dieser weise Mann aus Sachsen ist genau heute, am Tag des Länderspiels, vor 71 Jahren gestorben. Was zu beweisen war: schicksalhafte Zusammenhänge.

Und überhaupt: Diese Skipetaren, diese „Söhne des Adlers", haben sich schon seit Jahrhunderten in ihren Sprichworten auf den Tag des Kampfes vorbereitet. Und nun erdreisten sie sich, weitsichtig, wie sie sind, sprichwörtlich die Situation des deutschen Fußballs besser zu beschreiben als Experte Franz Beckenbauer, der mit hochmütiger Kaiserlippe sagt: „Da fliegt man hin, faltet die Bergbauern zusammen und verliert kein Wort darüber."

Die Albaner reden so: „Für die Maus ist die Katze ein Löwe." Und so: „Wer von einer Wespe gestochen wurde, fürchtet sich vor der Motte." Schöner hätte es auch nicht der deutsche Fußball-Präsident Neuberger sagen können. Der hat Jupp Derwall gestern erst einmal den Rücken gestärkt, ihm mitgeteilt, daß er, was auch kommen mag, bis 1986 im Amt bleibt. Ein diplomatischer Schachzug, das lieben Albaniens Parteifunktionäre und stimmt sie milde. Jetzt haben sie mit deutschen Fußball-Nationaltrainern eines gemeinsam: Sie gehen nicht, sie werden nicht gegangen – Envar Hodscha herrscht seit 1946 über die Skipetaren.

Aber daß die heutigen Gegner in Tirana nun gleich unseren Bundestrainer wieder sprichwörtlich aufs Korn nehmen, ist nicht fein. So reden sie: „Wenn du keinen Gesellschafter hast, ziehe deinen Spazierstock in Erwägung." Und so: „In der Not nennt man das Schwein Onkelchen." Das ist so dreist, daß es beklommen macht und unsere Angst nur weiter schürt.

Vielleicht war Beckenbauers Idee, Blockbildung konsequent weiterzuentwickeln und den VfL Bochum zu schicken, gar nicht so schlecht. Nur die Stadtauswahl Trier hätte es sein müssen. Da ist Karl Marx geboren, dessen Lehre die Albaner für sich reklamieren, noch vor denen aus Peking oder Moskau.

Trier, und das im 100. Todesjahr von Marx, das hätte sie eingeschüchtert. Und dann noch ein Marx-Gedicht zur Begrüßung auf den Lippen, das sie nicht kennen, weil es vom ganz jungen Karlchen stammt: „Darum laßt uns alles wagen, / Nimmer rasten, nimmer ruhn. / Nur nicht dumpf so gar nichts sagen, / Und so gar nichts woll'n und tun. / Nur nicht brütend hingegangen / Ängstlich in dem niedern Joch, / Denn das Sehnen und Verlangen / Und die Tat, sie bleibt uns doch."

Ha, sie hätten sich geschämt, weil sie diese trutzigen Marx-Verse nicht kennen, die Albaner. Sie wären bis zum Eigentor verunsichert. Aber Trier spielt ja nicht, und einen Karl Mai gab es auch nur in der Weltmeistermannschaft von 1954.

Verstehen Sie jetzt die Fußball-Angst vor Albanien? Wirklich nicht? Ich auch nicht.

FRANK QUEDNAU

NACHRICHTEN

Sieg und Niederlage

Helsinki (sid) – Die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Damen gewann in Leeds nach ihrem Auftakterfolg gegen Israel auch ihr zweites Spiel beim Sring-Cup-Turnier gegen Schottland mit 3:0. In Helsinki unterlagen die Herren dagegen Dänemark mit 2:3. Im ersten Spiel hatten sie gegen die Schweiz mit 3:1 gewonnen.

Todtnau bietet sich an

Todtnau (dpa) – Nach der gelungenen Weltcup-Premiere am 13. Februar dieses Jahres mit dem Riesenslalom der Herren will der Schwarzwaldort Todtnau auch 1984 ein Weltcup-Rennen veranstalten. Ermutigt durch den guten Besuch (25 000 Zuschauer) machte der Skiklub Todtnau dem Internationalen Ski-Verband (FIS) ein entsprechendes Angebot.

Vier Siege der Ringer

Göteborg (dpa) – Vier Junioren des Deutschen Ringer-Bundes (DRB) gewannen beim „Großen Preis von Schweden" in Göteborg ihre Finalkämpfe: Peter Behl (Papiergewicht), Christian Eglseer (Fliegengewicht), Claudio Passarelli (Federgewicht), Dieter Schwind (Leichtgewicht).

Formel 1 zu teuer

Long Beach (sid) – Wegen zu hoher Kosten wird der Formel-1-Grand-Prix von Long Beach im nächsten Jahr nicht mehr ausgetragen. Beim letzten Rennen am Sonntag (Sieger John Watson) mußten die Veranstalter 2,25 Millionen Dollar aufbringen.

ZAHLEN

VOLLEYBALL

Springcup der Damen in England, Gruppe A: Finnland – Luxemburg 3:0, Frankreich – Belgien 3:0, Finnland – Belgien 3:1, Frankreich – Luxemburg 3:0. – Gruppe B: Griechenland – Norwegen 3:1, Holland – Schweiz 3:1, Schweiz – Griechenland 3:2, Holland – Norwegen 3:0. – Gruppe C: Deutschland – Israel 3:0, Schweden – Schottland 3:0, Schweden – Israel 3:0, Deutschland – Schottland 3:0. – Gruppe D: Spanien – Nordirland 3:0, England – Österreich 3:0, England – Nordirland 3:0, Spanien – Österreich 3:1.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 471 228,00, 2: 66 874,00, 3: 5932,30, 4: 102,50, 5: 8,10. – **Toto:** Elferwette: Klasse 1: 429,00, 2: 30,70, 3: 5,20. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: 220 953,00, 2: 14 730,20, 3: 818,30, 4: 20,40, 5: 2,90. – **Rennquintett:** Pferdetoto: Klasse 1: 532,60, 2: 148,20. – Pferdelotto: Klasse 1: 262,80, 2: 6,80.

(Ohne Gewähr)

MOTORSPORT / Safari-Rallye beginnt

Enormer Aufwand von Opel

sid, **Nairobi**

Einmal im Jahr wird die Rallye-Weltmeisterschaft zum Spiel ohne Grenzen. Wenn es über Ostern um den Sieg in der „Safari" geht, kennt der Aufwand der beteiligten Werke Audi, Datsun und Opel offenbar kein Limit. Über eine halbe Million Mark investieren die Werke in das Abenteuer über 5034 Kilometer durch Schlamm und Staub. Allein der Luft-Transport der Rallye-Wagen kostet rund 25 000 Mark pro Auto.

Den größten personellen Aufwand betreibt Opel. Zehn Service-Busse und sechs Allradwagen mit 23 Mechanikern sollen für eine problemlose Fahrt der Finnen Ari Vatanen (Weltmeister 1981) und Rauno Aaltonen sorgen. Der 45 Jahre alte Aaltonen bestreitet bereits seinen zwanzigsten Einsatz in Kenia – ohne jemals gewonnen zu haben.

Am Steuer des rollenden Ersatzteillagers sitzen der frühere Rallyemeister Reinhard Hainbach und Björn Johansson (Schweden). Überwacht wird die Armada vom Flugzeug aus, wo Gunter Wanger, früherer Beifahrer von Ex-Europameister Joachim Kleint, die Funkverbindungen koordiniert.

Bei Audi hält man sich für den ersten „Safari"-Einsatz an das Muster der Konkurrenz. Aus dem Ingolstädter Team ragt der Finne Hannu Mikkola mit seiner Afrika-Erfahrung heraus: Auf Ford Escort gewann er 1972 als erster europäischer Fahrer in Kenia. Weltmeister Walter Röhrl startet in Kenia nicht.

Er belegte im vorigen Jahr den zweiten Platz. Doch hält er sein Auto, den Lancia-Rallye, beim Weltmeisterschaftslauf in Kenia für nicht allzu konkurrenzfähig.

Heilquellen

u.l. – Daß nicht jedes in Behältnissen oder Flaschen abgefüllte Quellwasser als Mineralwasser oder jede Quelle oder „Wunderquelle" als Heilquelle gelten kann oder bezeichnet werden darf, regelt ein in nahezu allen Ländern mit Heilbäder- und Heilquellentradition mehr oder weniger strenges Quellenrecht und Mineralwasserrecht, das inzwischen in den EG-Staaten harmonisiert ist, aber nach wie vor aus der jeweils historischen Entwicklung und zweckbestimmenden Betrachtung Unterschiede kennt und Probleme aufwirft.

Frankreich hatte schon 1604 durch Heinrich IV. eine für das ganze Land verbindliche Mineralwassergesetzgebung (législation des eaux minérales) erhalten. Dieser ersten gesetzlichen Reglementierung der zu Heilzwecken genutzten Quellen ging im Jahre 1584 ein ebenso bemerkenswerter Schritt voraus: Der bis dahin noch verwendete Begriff „aqua medicinalis", was soviel wie Medizinalwasser oder Arzneimittel bedeutete, wurde durch den Begriff „eau minérale" (Mineralwasser) ersetzt, der sich bis zum heutigen Tage in allen romanischen Ländern eines zu therapeutischen Zwecken genutzten Quellwassers (unbeschadet eines Mindestgehaltes an Mineralien) erhalten hat. Gerade hieraus ergibt sich eines der schwerwiegendsten Probleme in der Harmonisierung des Mineralwasserrechts.

In Deutschland war es zweifellos auf die politische Situation zurückzuführen, daß erst zu Ausgang des vorigen Jahrhunderts das Recht der zu therapeutischen Zwecken genutzten Mineral- und Thermalquellen – unser heutiges Heilquellenrecht – kodifiziert wurde.

Bis zu diesem Zeitpunkt entsprach auch der deutsche Mineralquellenbegriff voll und ganz der romanischen Mineralquellendefinition eines zu gesundheitlichen Zwecken genutzten Quellwassers. Erst mit Inkrafttreten der deutschen lebensmittelrechtlichen Verordnung über Tafelwässer am 12. 11. 1934 wurde die Bezeichnung „Mineralwasser" zur Gattungsbezeichnung natürlicher Quellwässer.

Kritik an den neuen Gesetzen

Die wirtschaftliche Situation der Heilbäder und Heilbrunnenbetriebe

Die gegenwärtige Situation der Heilbrunnen und Heilbäder wird im negativen Sinne gekennzeichnet durch die einschränkenden Maßnahmen der Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Es sind die unzutreffende wie auch die Markt- und Wettbewerbsverhältnisse störende Zuordnung der Heilwässer und Heilquellen in das pharmazeutisch orientierte Arzneimittelrecht und die einseitige Benachteiligung der deutschen Heilwässer und Heilquellen durch die EG-Harmonisierung des Mineralwasserrechts. Sie bestätigt den therapeutischen Mineralwässern der Romanen ihren gesundheitsdienlichen Status, ohne sie in das Arzneimittelrecht einzubeziehen, wie dies in der Bundesrepublik der Fall ist.

Als positiv darf festgestellt werden, daß die deutschen Heilbäder, von den derzeit bedrohlichen Auswirkungen der einschränkenden Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen einmal abgesehen, eine gesunde und kontinuierliche Aufwärtsentwicklung erfahren haben. Den Heilbädern und Kurorten war es vor allem möglich, nach dem Kriege ihre gesamte Infrastruktur den ökologischen Notwendigkeiten und den gesundheitspolitischen Forderungen anzupassen. Die Grundsätze des Deutschen Bäderverbandes für eine zeitgemäße Behandlung in den Heilbädern und Kurorten haben hierbei die notwendige Ausgangslage für ein modernes Bäderwesen geschaffen.

Die ebenso notwendige Anpassung als Ausgleich der Folgen einer Kostendämpfung im Gesundheitswesen durch Einschränkungen der Sozialkuren oder durch die Nichtanerkennung der Erstattungspflicht ärztlich verordneter Kurmittel im Rahmen der Krankenversicherung wird eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben sein.

Die Heilbrunnenbetriebe, die zum Teil betriebs- und unternehmensmäßig mit den Heilbädern verbunden sind, haben eine ähnliche Entwicklung durchgemacht, wenngleich sich die einschränkenden Maßnahmen der Kostendämpfung im Gesundheitswesen nicht so gravierend ausgewirkt haben wie im Kur- und Heilbäderwesen.

Die Heilbrunnenunternehmen haben nach dem Kriege eine Erweiterung und Modernisierung im produktionstechnischen Bereich erfahren, die den deutschen Heilbrunnen eine führende Position in Europa eingeräumt hat. Dabei wurde besonderer Wert auf den Schutz und die Erhaltung der Heilquellen gelegt und durch mehrjährige Forschungsaufträge über die therapeutische Bedeutung der Heilwasser-Trinkkur die balneologische Grundlagenforschung ganz wesentlich erweitert.

Die etwa 250 anerkannten Heilbäder und Kurorte haben vor den kostensparenden Maßnahmen im Gesundheitswesen, die sich vor allem im Bereich der Sozialkuren niedergeschlagen haben, jährlich nahezu sechs Millionen Kurpatienten betreut bei einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von mehr als zwei Wochen. Dabei wurden im Jahre 1979 etwa 36 Millionen Kurmittel verabreicht. Die Heilbäder und Kurorte haben zu dieser Zeit mehr als 220 000 Personen beschäftigt. Berücksichtigt man den Umstand, daß grundsätzlich in einem Kurort die gesamte Infrastruktur auf das Kurwesen ausgerichtet ist und zahlreiche Geschäfte, Restaurants, Hotels, Verkehrs- und Dienstleistungsbetriebe davon erfaßt sind, so läßt sich neben der gesundheitspolitischen Bedeutung auch der volkswirtschaftliche Nutzen der Heilbäder und Kurorte ermessen. Wenn man bedenkt, daß durch die Kostendämpfungsmaßnahmen und die arbeitspolitische Lage, die durch „Kur- und Krankheitsverzicht" gekennzeichnet ist, teils ein Rückschritt der Kuren bis zu 50 Prozent eingetreten ist, läßt sich ermessen, daß auch der gesamte Zulieferbereich der Heilbäder von der gegenwärtigen „Kurkri se" betroffen ist.

Die oft einseitig geführte Diskussion über die Kur und die Kurmittel im Rahmen der Kostendämpfung hat dem Image der Kur zusätzlichen Schaden zugefügt, da die Nichterstattungsfähigkeit einzelner Kurmittel, insbesondere auch die der Heilwasser-Trinkkur im allgemeinen mit der mangelnden therapeutischen Wirksamkeit, mit dem Bagatellcharakter der Gesundheitsstörung oder mit der nicht ausreichenden Wirtschaftlichkeit der Anwendung übertönt werden sollte. Leider haben auch die Heilbrunnenbetriebe hierunter zu leiden.

Von den etwa 50 Heilbrunnenbetrieben in der Bundesrepublik lassen sich drei Hauptgruppen unterscheiden, und zwar die Gruppe der reinen Heilbrunnenbetriebe, die Gruppe der kombinierten Heilbäder und Heilbrunnen und die Gruppe der kombinierten Heilbrunnen und Mineralbrunnen mit der ebenfalls noch anzutreffenden Kombinationsform Heilbad, Heilbrunnen und Mineralbrunnen. Die Heilbrunnenunternehmen sind überwiegend mittelständisch charakterisiert. Dennoch kann festgestellt werden, daß drei Großbetriebe etwa Zweidrittel des Absatzes auf sich vereinen. Der Gesamtjahresabsatz für das Jahr 1982 dürfte inzwischen bei knapp unter 500 Millionen Liter liegen, bei einem vergleichbaren Mineralwasserabsatz von etwas über 2 500 Millionen Liter.

Die zukünftige Entwicklung der Heilbrunnen und der Heilbäder wird wesentlich davon abhängen, ob die Heilbäder die Auswirkungen der Kostendämpfungsgesetzgebung durch eine Neuorientierung des Kur- und Bäderwesens ausgleichen können und ob beide Unternehmensbereiche in der eindeutigen Distanzierung zum Arzneimittelgesetz erreichen können, die Heilquelle und das Heilquellenrecht wieder in den wirtschaftlichen und rechtlichen Mittelpunkt ihrer zum Wohle der Allgemeinheit ausgeübten Tätigkeit stellen zu können.

Das Heilquellenrecht geht davon aus, daß die staatlich anerkannte Heilquelle wegen des übergeordneten Interesses der Allgemeinheit an der gesundheitlichen Anwendung der Quelle in ihrer Nutzungsmöglichkeit als Badequelle oder zur Heilwasser-Trinkkur erhalten und geschützt werden muß. Die Beschränkung der Kur und die Ablehnung der Kurmittel, insbesondere die der Heilwasser-Trinkkur, stehen hierzu im Widerspruch. Das Heilquellenrecht, das nicht nur die Grundlage der Heilwassergewinnung des Heilbrunnenbetriebes regelt, sondern gleichzeitig die Voraussetzung der Anerkennung eines Heilbades bildet, gehört zu der ältesten Gesundheitsgesetzgebung und zugleich zum ältesten Umweltgesetz, das wir kennen.

Der schon vor Jahrhunderten mit dem Heilquellenrecht verbundene Schutz der Heilquelle durch die Festsetzung von Schutzgebieten und die Erfüllung besonderer Schutz- und Kontrollmaßnahmen des Betreibers der Heilquelle ist die erste Form eines geordneten vorbeugenden Gewässerschutzes, nach der sich noch heute der Trinkwasserschutz orientiert.

Die Neuorientierung der Heilbäder muß daher bei der Heilquelle beginnen. Der Heilwasser-Trinkkur muß im Kur- und Bäderwesen wieder die ihr gebührende zentrale Rolle eingeräumt werden, die ihr als bewährtes Kurmittel gerade in einer Zeit des Tablettenmißbrauchs und des unkontrollierten Verbrauchs chemischer Präparate mit den häufigen Gefahren schädlicher Nebenwirkungen zukommt.

WOLFGANG ULRICH

Ein Wunder braucht keine Qualität

Ebenso wie der vor- und frühgeschichtliche Mensch die Anwendung von Heilpflanzen lernte und sie von giftigen und tödlichen Kräutern unterscheiden konnte, erkannte er bald die heilende Kraft und die unterschiedliche Wirkungsweise der Mineral- und Thermalquellen, die auf diese Weise für ihn zu Heilquellen wurden. Als sicherer Beweis der unterschiedlichen Einschätzung von Heilquellen und einfachen Quellen dienen vor allem die mühsam angelegten Quellfassungen, die sich noch nach Jahrtausenden erhalten haben und bewirken sollten, eine Verunreinigung oder einen Grundwasserzufluß von der Heilquelle abzuhalten. Auch dieses Phänomen reicht bis auf die heutige Zeit zurück und kennzeichnet die moderne Quellentechnik und die Notwendigkeit des Quellenschutzes.

Die Römer fanden zwar in Germanien und Gallien nicht den luxuriösen und hochtechnisierten Badekult vor, der das gesellschaftliche aber auch gesundheitliche Leben in der mit prächtigen Thermen ausgestatteten Ewigen Stadt bestimmte. Sie stießen jedoch auf eine Vielzahl genutzter Mineral- und Thermalquellen, die wegen ihrer Heilkraft göttliche Verehrung genossen.

Der religiöse und mythische Urgrund der Heilquellen aus heidnischer Zeit hat sich bis in die Gegenwart noch bei vielen Naturvölkern erhalten. Die Bezeichnung „Wunderquelle" oder „wundertätiges Wasser" kann aber nur eine Kategorie des Glaubens sein, die für keine Heilquelle nach rationellen Kriterien oder dem Erfahrungsprinzip zutrifft oder zutreffen kann. Die „Wunderquelle" in Ranschbach ist für den Gläubigen niemals eine Heilquelle, wie sie als mögliche Heilquelle niemals eine Wunderquelle sein kann.

Die Kategorie des Glaubens schließt notwendigerweise die Kategorie der rationalen Beurteilung aus wie auch umgekehrt. Ob der Kaltenbrunn in Ranschbach zur Stätte der Wallfahrt und der gläubigen Verehrung des Marienbildes wird, hängt niemals von der Qualifizierung als Heilquelle ab. Es ist daher ebenso falsch wie unzulässig, die „Wunderquelle" danach zu messen und zu beurteilen, ob das Wasser im Rahmen der Trinkwasser-Verordnung nur die Qualität eines normalen Trinkwassers besitzt oder nach der derzeit noch geltenden Tafelwasser-Verordnung die Güte eines Mineralwassers erfüllt.

JUSTUS FIEBIG

Magnesiummangel durch Änderung des Speiseplan[s]

Es wird immer mehr eiweißhaltige Nahrung verzehrt

Jüngste Erfahrungen deutscher Mediziner und Ernährungswissenschaftler zeigen einen besorgniserregenden Befund: In der Bundesrepublik leiden große Bevölkerungsgruppen an Magnesiummangel. Ursache ist die sich schon seit Jahren abzeichnende Kursänderung in unserem Speiseplan. Es wird immer mehr Eiweiß und gleichzeitig immer weniger magnesiumhaltige, kohlenhydratreiche Nahrung verzehrt. Hier einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen, ist daher dringendes Gebot, ehe die Unterversorgung mit Magnesium zu schweren Schäden führt.

Auf das bedenkliche Ausmaß der schon jetzt bestehenden Magnesium-Bedarfslücken hatten erst kürzlich die Mediziner der sportärztlichen Hauptversorgungsstelle, Frankfurt/Main, hingewiesen. Sie fanden heraus, daß es 78 Prozent der von ihnen untersuchten Sportlern an Magnesium fehlte. Bei Sportlerinnen zeigte sich der gleiche Mißstand – sogar in 87 Prozent der Fälle. Der Frankfurter Befund verdient um so größere Aufmerksamkeit, wenn man davon ausgeht, daß es sich bei Sportlern um junge und im allgemeinen besonders „gesund" ernährte Menschen handelt. Bei ihnen führte der Magnesiummangel zu neuro-muskulärer Übererregbarkeit – sie ist Teilaspekt im Gesamtbild des Magnesium-Mangel-Syndroms.

Seine „zerebrale Form" kann sich im Auftreten von Kopfweh, Schwindelgefühlen, Angstzuständen und leichten Depressionen äußern. Für seine „vaskulär-stenokardische Form" typisch sind Herzjagen und Herzrhythmusstörungen. Magnesiummangel steht heute in dringendem Verdacht, daß er die Entstehung der Arteriosklerose und des Herzinfarktes begünstigen kann. Die „muskulär-tetanische Form" des Magnesium-Mangel-Syndroms zeigt sich unter anderem in Waden- und Fußsohlenkrämpfen.

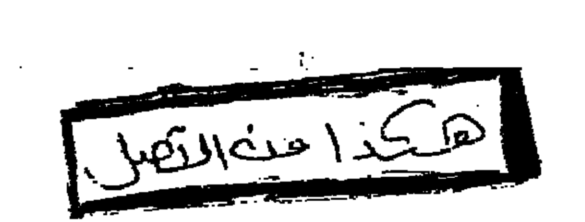
Alles in allem ein „Roulette-Spiel" verschiedenartiger Beschwerden. Eine Ursache der vegetativen Dystonie, des wechselnden Befalls großer autonomer Zentren des vegetativen Nervensystems, in deren Folge eine Übererregbarkeit allerorts sichtbar wird. So erklärt sich ein wissenschaftlich gesicherter Zusammenhang, daß ein Kranker durchaus an einem Tag Herzbeschwerden und später depressive, epilepsieähnliche Erscheinungen hat, dann wieder Magenbeschwerden, eines Tages Verkrampfungen der Waden oder Kribbeln oder Taubheit in den Händen. Es besteht ein ständig wechselndes Bild, welches sich über Jahre hinziehen kann. Und trotzdem hat alles System – gesteuert vom Mangel an Magnesium.

Bei den Überlegungen, diesem Prozeß durch vorsorgliche Maßnahmen entgegenzuwirken, gibt es verschiedene Ansatzpunkte. Zunächst muß man wissen, daß der Tagesbedarf an Magnesium eines 1,70 Meter großen Menschen bei ausgeglichener Ernährung etwa 200 mg beträgt. Dieser Bedarf läßt sich bei ausreichender und gezielter Kohlenhydratzufuhr relativ einfach decken: Magnesiumreich sind unter anderem Roggen- und Weizenmehl, Erbsen und Sojabohnen, Kohlenhydrate, die allerdings auch hochkalorisch sind.

Vom diätetischen Standpunkt her sind demgegenüber Heilwässer mit hoher Magnesiumkonzentration empfehlenswerter: Zum Beispiel Heppinger Heilwasser, ein „Natrium-Magnesium-Hydrogen-Carbonat-Säuerling", mit einem Magnesiumgehalt von 150 mg. Bei einer ausgeglichenen Eiweißernährung (60–70 Gramm pro Tag) läßt sich beim Genuß von einem Liter Heilwasser 75 Prozent des Tagesbedarfs an Magnesium dekken.

Besonders wichtig ist der Bereich der Frauenheilkunde. Gebärmutter, Ovarien, Vagina und Mammae weisen einen hohen Magnesiumgehalt auf. Durch Magnesiummangel kann es während der periodischen Blutungen zur schmerzhaften Gebärmutter-Kontraktion – durch Magnesiummangel bedingte Verkrampfungen – kommen, die von Erbrechen, Wadenkrämpfen und allgemeinen vegetativen Beschwerden begleitet wird. In der Literatur wurde als Folge von Magnesiummangel vorzeitiger Abort (Krampf der Gebärmutter) beschrieben sowie langjährige Sterilitäten durch Verkrampfungen mit Hinderung des Eiausstoßes, besonders, wenn hierzu zusätzliche Neigung zur Nervosität der Frauen hinzukam.

H. J. HOLTMEIER



ls Komplementär-Fernsehen gedacht: Das ZDF wird in diesen Tagen zwanzig Jahre alt

Das gewaltige Stellwerk der deutschen Seele

Jenn nach dem westfälischen Frieden vor 335 Jahren der ındfunk in Deutschland instalt worden wäre, hätten wir mehe hundert Landessender. Aber h die Streuung nach 1945 war ıt ohne: Wo eine Besatzungsıht einen eigenen Zipfel Hoheit Zonenbereich des Ko-Okkuten hatte, wurde eiligst ein eiıer Sender errichtet. So etwa in ımen, das wie eine amerikanie Insel im britischen Militärbe- seine insularen Sendeanten erhielt, so in Baden-Baden, das ır eigene französische Mikrone verfügen durfte. Freilich lossen sich die Landessender einer Arbeitsgemeinschaft zuımen, der heute schier mytholohen ARD, aber die Lust, aus sem Provinzialverein auszubren und einen richtigen, großen ıdessender aufzurichten, blieb.

ie wurde auch nicht geringer, höchstrichterlich entschieden de, daß die Rundfunkhoheit den Ländern zu bleiben habe. ı fand den Ausweg, anstelle des ıdes eine Addition der Länder setzen, und der Staatsvertrag er die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts ‚Zweites tsches Fernsehen'" war gemacht. Der Vertrag enthält viele schöne Dinge, als da sind: „objektiver Überblick", „umfassendes Bild", „wahrheitsgetreu und sachlich".

Doch der wichtigste Paragraph des umfangreichen Werkes ist Paragraph 1 (3). Er heißt: „Die Anstalt hat ihren Sitz in Mainz." Mit dieser Feststellung legte sich ausgerechnet die Anstalt, die einem zentralen, ja einem Bundesanspruch entsprach, auf die Provinz fest. Damit verlor sie im Grunde genommen den wahren Kern ihrer Existenzberechtigung, den geopolitischen und nationalen Boden unter den Füßen. In einem Lande, das seine Hauptstadt verloren hatte, in einem Deutschland mit amputiertem Berlin, mußte sich das besonders bedrückend auswirken. Mainz als Berlin-Ersatz – eine bizarre Entscheidung. In Frankfurt hätte man ein zentrales Fernsehen vielleicht noch machen können, in München, in Hamburg, allenfalls sogar in Köln. Die Ambience, in der kreative Menschen dem Sender ein besonderes, ein „bundesgerechtes" Leben einhauchen sollten, wurde nicht bedacht. Sensibilität war denn auch nicht die Stärke der neuen Zentralanstalt. Auch seine neue Beton-Fortezza auf dem Lerchenberg läßt eher schaudern als hoffen.

So war denn die Aufgabe, der ARD ein Komplementär-Fernsehen entgegenzuhalten, von vornherein erschwert. Abgesehen davon, daß das Fernsehen 1963 schon erfunden und weitgehend ausprobiert war; abgesehen auch davon, daß fast alle Fachkräfte unter Vertrag waren, also nur mit überhöhtem Bakschisch in den neuen Stall gelockt werden konnten, was in weiterer Folge zu einem ungesunden Gehaltspegel hüben wie drüben führte. (Noch heute rühren die Rechnungshöfe in diesen alten Fleischtöpfen herum.)

So wollte denn auch das Prinzip des Kontrastprogramms nicht recht gedeihen, schließlich entartete es zu einer vertraglich kanalisierten Heuchelei, und daß jetzt das diesbezügliche Abkommen mit der ARD aufgekündigt wurde, ist nur pure Konsequenz, um nicht zu sagen *Rückkehr zur einfachen Redlichkeit.*

Man hatte in der rosafarbenen Aufbruchstimmung auf neue Ufer gehofft, und es gab Ansätze von Courage – ich erinnere nur an die Förderung des Pop-Experimentators Averty, ich denke allein an die Tatsache, daß man einem Lyriker, also einem „Schöngeist" die Programmdirektion anvertraute (Gerhard Prager, 1973–75), zu erwähnen bleibt der gescheite Versuch, die Nachrichtensendung nicht von einem ausdruckslosen Allerweltsgesicht ablesen zu lassen, sondern von Redakteuren, die Wert und Bedeutung der Nachricht kannten. Freilich ist auch dieser Versuch dem Sog der unaufhaltsamen Annäherung mit kleinen Schritten zum Opfer gefallen, und schließlich heute ist das ZDF-„heute" mit der ARD-„Tagesschau" auswechselbar.

Das ZDF hoffte auf eine neue Auslegung des Kürzels Zentrales Deutsches Fernsehen. Aber Mainz blieb stärker, und auch der junge derzeitige Intendant schaltet das gewaltige Stellwerk der deutschen Seele auf dem kahlen Lerchenberg weniger auf Bundeshöhe als auf Provinzbreite.

Zum Geburtstag des ZDF sei dem Professor Dieter Stolte gewünscht, er möge der Versuchung widerstehen, Vollstrecker des Volkswillens oder gar dessen Manipulator zu sein. Seine Auftraggeber sind Wissen und Gewissen, und beide unterliegen nicht der Wertung durch die Einschaltquote.

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Die Urteile über die Fernsehserie **„Dallas"** reichen von „Schwachsinn" bis „fabelhaft". Am 5. April sendet das Erste Programm die vorläufig letzte Folge der Serie, die bei einer durchschnittlichen Einschaltquote von 40 Prozent immerhin die erfolgreichste der ARD gewesen sein dürfte. An diesem Tag wird die 92. Folge ausgestrahlt, und am 19. September geht es dann weiter mit der Familiengeschichte um die Ewings, die im texanischen Dallas nur eins im Sinn haben: Macht, Geld und absoluten Einfluß im Ölgeschäft.

Interessant auch eine Zahl, die von den Wickert-Instituten festgestellt wurde: 81 Prozent der Fernsehzuschauer – ob nun Anhänger oder Gegner – sprachen sich gegen eine Absetzung der Serie aus. Dennoch muß die ARD pausieren, weil sie offenbar Schwierigkeiten mit der Synchronisation weiterer Folgen hat. (dpa)

*

Als „gute und verdienstvolle Fernsehsendung" hat das Zentralorgan der tschechoslowakischen Kommunisten, „Rude Pravo" den Dokumentarfilm **„Gewöhnlicher Zionismus"** bezeichnet. Der Fernsehfilm beschäftigt sich mit der Entwicklung des Weltzionismus, erläutert die Gründung des Staates Israel und seine gegenwärtige Politik. In Prager Dissidentenkreisen wurde die Fernsehsendung als der schlimmste antisemitische Angriff seit den 50er Jahren bezeichnet, der Zeit der offiziellen antisemitischen Welle, die im Zusammenhang mit dem Schauprozeß gegen KP-Generalsekretär Rudolf Slansky.

*

Der Rundfunkrat des Süddeutschen Rundfunks (SDR) sieht, im Gegensatz zum Aufsichtsgremium des Bayerischen Rundfunks (BR), in der „Nürnberg"-Folge der Reihe **„Europa unterm Hakenkreuz"** keinen Gesetzesverstoß. Die Rundfunkräte des BR hatten bei der Sendung einen Verstoß gegen das Gebot der wahrheitsgetreuen Berichterstattung und damit eine schwerwiegende Verletzung des Rundfunkgesetzes festgestellt. Auf Veranlassung des BR-Gremiums mußte sich auch der SDR als für die Sendung verantwortliche Anstalt mit dem Film befassen.

Wie zuvor im Fernsehausschuß wurde die Reihe einschließlich der „Nürnberg"-Sendung vom SDR-Rundfunkrat in Form, Inhalt und Tendenz „als gelungen" bezeichnet. Trotz Bedenken einzelner Gremienmitglieder gegen Details wurde in keinem einzigen Fall eine Verletzung des Rundfunkgesetzes gerügt. (dpa)

KRITIK

Gefühle ohne Sentimentalität

Vor wenigen Jahren noch nahm niemand in Hollywood Notiz von den unabhängigen Filmemachern, die vor allem an der Ostküste ihre Kinowerke produzieren. Wie mühevoll es immer noch ist, einen Film ohne Unterstützung der großen Filmgesellschaften zu finanzieren, zeigte die beeindrukkende Geldgeberliste, die der Regisseur Randall Conrad seinem Film **„Auf Bewährung"** (ARD) voranstellte. Vom Bostoner Videoclub bis hin zur Kirche reicht der Bogen der Mäzene.

Der Film dokumentierte eindrucksvoll, was das Besondere am unabhängigen amerikanischen Film ausmacht: Dazu gehören die Vorliebe für sozialkritische Themen und der fast dokumentarische Inszenierungsstil. „Auf Bewährung' schilderte in knappen, einprägsamen Szenen die Bemühungen der jungen Sally, nach ihrem zweijährigen Gefängnisaufenthalt wieder im Alltag Fuß zu fassen. Im trotzig herben Gesicht der Hauptdarstellerin Debra Margolies war all das an Gefühlen abzulesen, was der Film an Pathos und Sentimentalität geschickt aussparte.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

heute
Eisen vor Gericht
Mosaik

12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

Tagesschau
Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt: Schlaue Vögel
Deutsche Puppenbühnen
Klamottenkiste
Larrys Golfspielereien
Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
Tagesschau
15 **J. Robert Oppenheimer, Atomphysiker (7)**
Letzter Teil der Fernsehserie
Dezember 1953. Die letzte Episode hat die Zusammenhänge der Anhörung und Untersuchung vor dem Personnel Security Board zum Inhalt, in der Oppenheimer beschuldigt wurde, Sowjetagent zu sein. Der Präsident setzt die Überprüfung Oppenheimers aus, bis die Nachforschungen völlig abgeschlossen sind. Oppenheimer muß entscheiden, ob er sein Amt als Vorsitzender des General Advisory Committee zur Verfügung stellt oder sich der Anhörung durch das Personnel-Security Board stellen will.
Nur nicht aus Liebe weinen ...
Marjol Flore und das Salonorkest Pluche. Schlager aus den zwanziger Jahren.
Titel, Thesen, TN Kulturmagazin
Tagesthemen
ARD-Sport extra
Qualifikation zur Fußball-EM
Albanien – Deutschland in Tirana
„DDR" – Belgien in Leipzig
Nordirland – Türkei in Belfast
Ausschnitte vom selben Tag
Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
16.35 Flutscher
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
17.35 Rauchende Colts
Wasser für Dodge City (Teil 1)
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Rauchende Colts
Wasser für Dodge City (Teil 2)
19.00 heute
19.30 Der Sport-Spiegel
Große Kämpfe – Große Boxer (1) 1950–1970. Von Sugar Ray Robinson bis Muhammad Ali
Zweiteiliger Rückblick von Werner Schneider
20.15 Bilanz
Wirtschaftswunderland Korea – Herausforderung für unsere Industrie / Neue Wege in der Tarifpolitik / Das Ende eines Anlageberaters – Der Fall Oligmüller
Moderation: Wolfgang Schröder
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Die Straßen von San Francisco
... Der falsche Polizist
22.10 Mit uns zieht die neue Zeit ...
120 Jahre SPD, 2. Teil
Von der Arbeiterpartei zur Volkspartei
Im zweiten Teil der Sendung wird der Weg nachgezeichnet, den die SPD zur Volkspartei ging. Befragt werden sowohl Fürsprecher als auch die Kritiker des Godesberger Programms, das die SPD als Volkspartei definiert: Was hat der Weg seit Godesberg gebracht, welche Perspektiven hat die Partei über Godesberg hinaus?
22.55 Melodie einer Stadt
Aspen, Colorado
Film von George T. Paruvanani
23.55 heute



arikatur von 1878 zeigt Otto von Bismarck, wie er das Sozialistenz auch als Waffe gegen die Liberalen gebraucht – „Mit uns zieht ue Zeit ...", ZDF, 22.10 Uhr FOTO: TELEBUNK

III.

Telekolleg
Englisch (22)
Sesamstraße
Aktuelle Stunde
Moderation: Christine Lemmen und Dr. Klaus Klenke
Tagesschau
Mittwochs in Duisburg
Auslandsreporter
Elisabeth Montet: Fischerleben. Am Beispiel des französischen Fischers Monsieur Liminic (55) von der Isle de Yeu werden die Folgen der Fischereipolitik dargestellt
Die Chinesin
Franz. SPIELFILM, 1967
Regie: Jean-Luc Godard
Mit dt. Untertiteln
Letzte Nachrichten

Sesamstraße
Das Leben auf unserer Erde
Das Leben in den Bäumen (12)
Neues Bauen statt Neubauten
Tagesschau
extra drei
Die aktuelle Wochenschau
Politik am Mittwoch
Auf dem Prüfstand
Journalisten fragen zu Person und Amt: Bildung und Kultur im Abbau?
Der Film-Club
W. C. Fields (9)
Gib keinem Trottel eine Chance
US-Spielfilm, 1941
Regie: Edward Cline
Mit dt. Untertiteln
Letzte Nachrichten

SEN
Sesamstraße
Fauna Iberica
Geschichte vom Hirschkalb (2)
Peter ...
Peter und der Wasserhahn

19.00 Was tun mit der Zeit?
Norbert kocht, Gerda malt
19.30 Billboards – Advertising
Art on Times Square New York
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Politik live
21.30 Drei aktuell
21.45 Autoreport
21.50 Halbzeit
22.10 Zone of Occupation (2)
Britische Besatzungspolitik im Nachkriegsdeutschland

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch (22)
19.00 Rock aus dem Alabama
mit den Gruppen: Wolf Maahn und die Deserteure, Talk Talk, Golden Earring
19.50 P. A.
Spielfilm, „DDR" 1978
Regie: Roland Gräf
21.25 „Ich bin bekanntlich in Basel daheim"
Johann Peter Hebel

BAYERN

18.15 Marco
18.40 Der Verkehrswürfel
18.45 Rundschau
19.00 „Fünfzehn Jahre war ich euch gut genug ..."
Situation: Arbeitsplatz
19.45 Joan und Harry (11)
20.30 Mickey McGuire
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Z. E. N.
21.50 Teleclub
Fred Zinnemann
Ein Porträt von Charlotte Kerr
22.50 Rückkehr nach Murnau
Film von Pierre Guy
23.15 Rundschau
23.20 News of the Week

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schulbuch-Ideologie

„Im Namen der Freiheit fest an der Seite Amerikas"; WELT vom 18. März

Axel Springer fordert zu Recht, die Einseitigkeit der derzeitigen Auslandskulturpolitik zu beenden und verweist auch auf die antideutschen, antieuropäischen Fehlurteile und „Selbstzerstörungssyndrome".

Ansätze dazu sind auch in den – neben den berücksichtigten deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen – ebenfalls vom Eckert-Institut vertriebenen deutsch-amerikanischen, von den Ländern nicht übernommenen, vom Auswärtigen Amt kräftig geförderten Schulbuchempfehlungen enthalten. Diese wagen nicht die Behauptung zu widerlegen, daß die Sowjetunion ihre Einflußsphäre in Osteuropa behaupten „mußte" und heben offensichtlich tadelnd den „entscheidenden Bruch" im Isolationismus hervor, da man sich in verwirrende Bündnisse verstricken ließ.

Kein Wunder, daß darin der rechtliche Fortbestand ganz Deutschlands nicht eindeutig hervorgehoben wird. Die deutschen Staatsangehörigen in den Oder-Neiße-Gebieten werden als Personen deutscher Abstammung aus Polen bezeichnet, das Wiedervereinigungsgebot und die Frage der Staatsbürgerschaft sind nach diesen Wissenschaftlern kontrovers zu behandeln, und die Westorientierung der Bundesrepublik Deutschland stehe mit dem Ziel der Wiedervereinigung in einem Zielkonflikt, der weiterhin existiere. Die Fortgeltung des Deutschlandvertrages wird nicht erwähnt, ebenso die der Wiedervereinigung geltenden NATO-Erklärungen.

Unter dem Mäntelchen kaum belegter Wissenschaftlichkeit und distanzierter Objektivität ist dies Politik von Schreibtischideologen.

Viele Fehler sind allerdings im Geschichtsbild in den USA selbst zu korrigieren. Wer kümmert sich darum? Unsere Auslandsvertretungen wollen zum Gastland ein gutes Verhältnis, aber sie sollten jeder Einstellung zum Schaden unserer und ganz Deutschlands berechtigter Interessen entgegenwirken. Das Verschweigen des rechtlichen Fortbestandes ganz Deutschlands in seinen rechtmäßigen Grenzen bei manchen Botschaften und auch in der Auslandskulturpolitik ist weder verfassungs- noch völkerrechtskonform.

Man kann so etwas, wie die deutsch-amerikanischen Schulbuchempfehlungen nicht in deutsche Schulen einführen, deren Unterricht an Verfassung, Völkerrecht und Gesetz gebunden ist, sollte sie aber auch nicht in den US-Schulen, von denen manche durch primitive Holocausturteile beherrscht sind, verbreiten. Die Kultusministerkonferenz billigte sie nicht.

In den USA, aber auch in anderen Ländern, insbesondere in den neutralen, gibt es in den Hochschulbibliotheken und sogar in den Parlamentsbibliotheken umfangreiche aktuelle politische Literatur der DDR, aber nichts über die Rechtslage ganz Deutschlands, über aktuelle Bonner Parlamentsarbeit, so gut wie nichts an neueren objektiven Schriften über die deutsche Nachkriegsgeschichte. Was tun dafür und für eine richtige Deutschlandkunde die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, das Goethe-Institut und andere hochdotierte Mittler-Institutionen? Und was wird an Material in diesen Fragen an die deutschen Auslandsschulen gegeben?

Dr. Herbert Czaja, MdB, CDU, Bonn 1

Caritas für Polen

In Leserbriefen und auch in Meldungen wurde in letzter Zeit mehr oder weniger behauptet, bei der Verteilung der Hilfen in Polen würden die deutschen Bewohner benachteiligt oder gar ausgeschlossen. „Bewiesen" konnte das zwar nicht werden, doch der ausgesprochene Verdacht wiegt ja auch schon schwer. Wie steht es nun?

Bekannt ist, daß Millionen Privatpakete, also von Familie zu Familie, geschickt wurden und werden. Das ist gut so. Ein großer Teil davon, statistisch allerdings nicht erfaßbar, dürften Pakete von Flüchtlingen und Spätaussiedlern an ihre Bekannten und Verwandten drüben sein, also an deutschstämmige Bewohner. Diese Verbundenheit ist ein Grund zur Freude. Daneben gibt es das Maximilian-Kolbe-Werk, Pax Christi und sicher noch viele andere Quellen, die Adressen vermitteln. Übrigens erhalten ebenfalls recht viele polnische Familien „Westpakete" auch aus anderen Ländern, da Polen zeitweise ein starkes Auswandererland war.

Die Caritas, neben ihr andere Hilfswerke, schickt in verhältnismäßig großem Ausmaß, 20 000 Tonnen im letzten Jahr, Sendungen nach Polen, die aber nicht an Einzelfamilien adressiert sind, sondern in alleiniger Verantwortung der dortigen Kirche verteilt werden. Die Endempfänger: Kleinkinder, alte und gebrechliche Menschen ohne versorgende Angehörige, kinderreiche Familien mit unzureichendem Einkommen, Familien mit einem kranken oder behinderten Angehörigen. Dabei spielt keine Rolle, ob der Empfänger deutsch oder polnisch ist. Das ist ein verhältnismäßig kleiner Personenkreis, der jedoch am bedürftigsten ist.

Polen ist übrigens nicht das einzige östliche Land, in dem die Caritas hilft.

Dr. Joseph Scheu, Caritas-Pressereferent, Freiburg i. Br.

Wort des Tages

„Die Liebe besteht nicht in Worten, sondern in der Kraft der Menschen, die Last der Erde zu tragen, ihr Elend zu mildern und ihren Jammer zu beheben."

Johannes Heinrich Pestalozzi, Schweiz. Erzieher und Philosoph (1746–1827)

Personalien

ERNENNUNGEN

Dr. **Erich Bliesener** wird neuer deutscher Botschafter in der Islamischen Republik Mauretanien. Der Diplomat, Jahrgang 1922, stammt aus Hannover. Erich Bliesener studierte Philologie und Philosophie, Sozial- und Rechtswissenschaften. Der Dr. phil. legte zunächst noch die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen ab, ehe er 1954 in das Bundespresseamt eintrat und dort bis 1967 tätig war. Seitdem gehört er dem Auswärtigen Amt an. Im Ausland war er an der deutschen Botschaft in Kopenhagen tätig und übernahm 1976 die Leitung des deutschen Konsulats in Bergen, Norwegen. Seit 1979 ist Dr. Bliesener Generalkonsul in Saloniki.

*

Personelle Umbesetzungen gibt es in den Konsulaten in der Bundesrepublik. Neuer amerikanischer Generalkonsul in Stuttgart ist **Thomas Turqman**, der bisher Generalkonsul in Düsseldorf war. Sein Amtsbezirk umfaßt das Land Baden-Württemberg. Ebenfalls in Stuttgart tätig und zuständig für den gleichen Amtsbezirk ist der neue spanische Generalkonsul **Carlos Villanueva Etcheverria**. Neuer Honorarkonsul von Südafrika in Saarbrücken ist **Karl Heinz Reitgeß** mit dem Amtsbezirk Saarland.

GEBURTSTAGE

Der Erzähler und Lyriker Professor Dr. **Josef Mühlberger**, Ehrenmitglied der Künstlergilde Eßlingen, deren langjähriger erster Vorsitzender er war, feiert am 3. April seinen 80. Geburtstag. Josef Mühlberger ist in Trautenau in Böhmen geboren. Seine Studien absolvierte er in Prag und in Uppsala. Seine Dissertation über sudetendeutsche Dichtung erschien später auch als Buch. Seinen ersten literarischen Erfolg holte er sich 1934 mit der Novelle „Die Knaben und der Fluß". **Hermann Hesse** sagte von der Novelle, „sie sei wie eine Vogelmelodie und die schönste Dichtung". In der Zeit des Nationalsozialismus hatte Josef Mühlberger Schreib- und Veröffentlichungsverbot. Inzwischen ist jedoch sein literarisches Werk auf mehr als 70 Buchtitel angewachsen. Er schrieb eine sudetendeutsche und eine tschechische Literaturgeschichte. Er wurde auch immer wieder mit Preisen ausgezeichnet. Dazu gehören der Eichendorff-Preis des „Wangener Kreises", der literarischen Gesellschaft „Der Osten". Auf sein Wirken geht die heute internationale Bedeutung der Künstlergilde Eßlingen zurück, dem Verband von Künstlern, die sich in ihren Werken den deutschen Kulturlandschaften des europäischen Ostens und Südostens und Mitteldeutschlands verbunden fühlen.

*

Dr. **Kurt Aland**, Münsteraner Professor für Kirchengeschichte und Neutestamentliche Textforschung, feierte am 28. März seinen 68. Geburtstag und wird jetzt in den Ruhestand gehen. Professor Aland hat Münster, an dessen Universität er seit 1959 lehrt, zu einem internationalen Zentrum der neutestamentlichen Textforschung gemacht.

AUSZEICHNUNG

Der Johann-Georg-Zimmermann-Preis für internationale Krebsforschung wird auch in diesem Jahr vergeben. Ausgezeichnet wird mit dem Wissenschaftspreis, der mit 20 000 DM dotiert ist, Professor **William H. Beierwaltes**, der in der Abteilung Nuklearmedizin der Universität Michigan, USA, tätig ist. Der Wissenschaftler erwarb sich besondere Verdienste um die Erkennung und Behandlung von Schilddrüsenkarzinomen. Der Fonds, aus dem der Preis gestiftet wird, wird von der Gesellschaft der Freunde der Medizinischen Hochschule Hannover verwaltet. Der diesjährige Preisträger gilt als einer der Pioniere in der Nuklearmedizin. 1965 und 1966 war er Präsident der amerikanischen Gesellschaft für Nuklearmedizin. Überreicht wird der Preis im Juni während des 64. Deutschen Röntgenkongresses in Hannover.

GESTORBEN

Der frühere württembergische evangelische Landesbischof **Martin Haug** starb im Alter von 88 Jahren in Freudenstadt. Dem auch als „Baubischof" bekannten Theologen ist der Wiederaufbau vieler zerstörter Kirchen und Gemeindehäuser in Württemberg mitzuverdanken. Der Lehrerssohn aus Calw gehörte von 1952 bis 1967 auch dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland an. 1958 wurde er in den Diakonischen Rat der EKD gewählt.

DIE WELT – UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn: Friedr. W. Heering, Essen, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheele (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich E. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Reinhard Frechelt

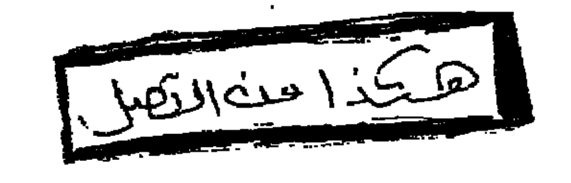
Herstellung: Werner Koziak

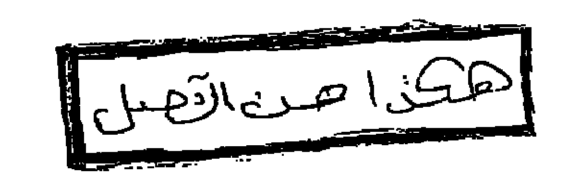
Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6





GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Mittelständisches Unternehmen mit Sitz in Südwestdeutschland sucht Vertriebsbeauftragten für den Raum Norddeutschland,

VERTRETUNG FÜR HOCHWERTIGE INDUSTRIEARMATUREN

Ingenieurbüro oder technischen Kaufmann mit einschlägiger Berufserfahrung.

Wir sind Spezialisten im Bau von Ventilen, Schmutzfängern, Schiebern und Klappen im Hochdruck- und Hochtemperaturbereich und Sonderarmaturen aller Art mit Haupteinsatz in Chemie, Petrochemie, Anlagenbau und Wärmeträgertechnik.

Richten Sie Ihre schriftlichen Bewerbungsunterlagen an:

Dipl.-Kfm. Walter Mayer
Wirtschaftsberatung, Postfach 21 09 45
6700 Ludwigshafen am Rhein 1

Mitunternehmer gesucht

men Sie die Herausforderung an, mit uns ein noch junges, zukunftsträchtiges Unternehmen aufzubauen. Wir befas- uns mit der Herstellung u. dem Vertrieb von thermo- ischen Sportbandagen, einem amerikanischen Produkt, bisher konkurrenzlos auf dem Markt ist und in den USA hohe Umsätze macht.

n Sie an einer Beteiligung interessiert u. ein vertriebs- entierter Mensch sind, nehmen Sie mit uns Kontakt auf.

Bewerbungen über die Agentur:
„Der rote Faden" Werbung und Display GmbH
z. Hd. Herrn Kiklasch, Sülzgürtel 24
5000 Köln 41, Tel. 02 21 / 44 55 34

MANAGER

Wir verteilen die BRD.
Sichern Sie sich Ihren Anteil. – Weltneuheiten – Eigenkapital erforderlich.

). erb. u. R 5386 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

im Entstehen begriffene deutsche Fleisch- und Wurstwarenfabrik in reizvoller Lage Italiens bietet einem

Leiter Versand + Transport

Unternehmer-Position mit Prokura. Die Position hat besondere Bedeutung.

Gründen persönlichen Engagements ist eine Teilhaberschaft esehen, für die eine Interesseneinlage von ab 250 TDM gewährleistet sein muß, die abgesichert wird.

n Sie die interessante, mit erstklassigen Konditionen ausge- rte Aufgabe interessiert, nehmen Sie bitte mit uns Kontakt auf ter T 5234 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

ieneralvertrieb

ayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland- + Saarland und Schleswig-Holstein zu vergeben. Hersteller t Geschäftspartner zum Aufbau und Betreuung eines Vertriebs- s für konkurrenzloses Produkt für Energieeinsparung und Umschutz. DM 50 000,– bis DM 100 000,– Eigenkapital und Unterneh- sgeist sind Voraussetzung. Senden Sie Ihre Kurzbewerbung an die Firma G. Rotter GmbH, Energiesparprodukte, Germa- r. 4, 7410 Reutlingen 24 (Rommelsbach) od. rufen Sie uns wegen einer Terminvereinbarung unter Tel. 0 71 21 / 6 31 41 / 2 an.

Wir suchen Profis

Vermögensberater/Bausparkassen- u. Versicherungsberater

Die Zeit ist reif, ein seit Jahren erfolgreiches Geschäft in eine neue Dimension zu heben. Optimieren Sie Ihren Umsatz mit dem Vertriebskonzept der CAV-Methode.

ÜBERNAHME EINER REGIONALDIREKTION

als Regionaldirektor im Verbund der CAV

Die Aufgabe erfordert fachliche Qualifikation, nachweislichen, sauberen Umsatz und einen Kapitalbedarf von DM 30 000,– bzw. eine gute Bonität von DM 850,– für eine monatliche Leasingrate. Die CAV bietet:

- 7 Jahre Erfahrung im Bereich Vermögensberatung und Vermögensplanung
- Ein Team von Fachleuten, Spezialisten, Computerexperten und renommierten Partnern
- Modernste HARDWARE und SOFTWARE
- Konkurrenzlose Programme mit überzeugenden Vorteilen
- Echte Interessenten aus dem gesamten Bundesgebiet
- Sorgfältige Einführung und Schulung
- Wirksame Verkaufsförderung und prof. Werbung – CAV-Imagepflege über PR und Werbeteam –
- Der Beste soll den Posten DIREKTOR FÜR DEUTSCHLAND übernehmen
- Spitzenprovisionen

Grundkenntnisse sind Voraussetzung und der Wille zur dynamischen Leistung erforderlich, um das Expansionsziel der CAV-Gruppe zu gewährleisten.

FÜR DIE CAV-GRUPPE HAT DIE ZUKUNFT BEREITS BEGONNEN, DENN DIE ZEIT DER BERATUNG PER TASCHENRECHNER IST VORBEI. VERLIEREN SIE DEN ANSCHLUSS NICHT.

Mit Interesse sehen wir Ihrer Bewerbung entgegen. Ihr Ansprechpartner ist unser Vertriebsmanager, Herr Gothan.

CAV
Computer-Analyse für Vermögensanlagen
Beratungs- und Vermittlungsgesellschaft für Bausparen und Versicherungen mbH
Pfingstweidstraße 11
6000 Frankfurt/Main 1
Tel.: 06 11 / 43 02 79

Als Generalimporteur von italienischen Video-Spielfilmen suchen wir eine Firma, welche die

Vertretung

für Deutschland übernimmt.

Offerten unter Chiffre ofa 5224 A, Orell Füssli Werbe AG, Postfach, CH-4002 Basel

---

Suche
tätige Beteiligung oder Firmenübernahme
Beratgs.- od. Dienstleistungs-Untern. bevorzugt. Bin 39 J., Dr. rer. pol. m. techn. u. betriebswirtsch. Ausbildg. Erfahren in allen Managementfunktionen inkl. Gesch.-führg. in Prod.- u. Beratungsuntern. Ang. erb. u. S 5233 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Teilhaber
(aktiv o. still), f. neues Fitnesscenter (Bar, Saunaklub usw.) im Hochsauerland gesucht. Eventuell a. Vermietung o. Kauf möglich.
Angeb. erb. u. U 5383 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Grundbuchforderung
Wer zieht konsequent ein?
Ang. unt. V 5390 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Norwegen-Spezialist
erledigt Marketingaufgaben, Geschäftsanbahnungen, Wirtschaftsauskünfte und Inkassi in Norwegen.
Ole Brauer
Tel. 0 49 / 46 27 44 o. 47 49 41

In **Hamburg** würden wir gern Ihre **Repräsentanz** übernehmen.
Nähere Information unter S 5387 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Firma aus der
Videobranche
sucht zwecks Vergrößerung ihrer Kapazität (Aufträge liegen vor) (Kopieranstalt) noch eine stille Beteiligung in Höhe von 300 000,– bis 500 000,– DM. Gute Renditeerwartung.
Angebote unter M 5251 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Modernes nordd. Unternehmen sucht
Repräsentanten
für den Vertrieb einer med.-techn. Neuheit! Erforderlich: Einwandfreier Leumund und Eigenkapitalnachweis DM 25 000,–. Interessenten melden sich bei der v. uns beauftragten Unternehmensberatung H. P. Kaup in 2 Hamburg 20, Postfach 20 11 12. Kurzanfrag. u. T. 0 40 / 4 20 30 85

Anlageberater
mit guten Kontakten zu privaten Anlegern von stark expandierender Leasing/Vermietungsgesellschaft auf dem Gebiet Maschinen- und Spezialausrüstung gesucht.
Bieten bankübliche Sicherheiten und Spitzenverdienst.
Angebote unter U 5235 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Bankkaufmann
10 Jahre Großbankpraxis m. Ia Referenzen, übernimmt priv. Vermögensverw., Spezialgeb.: Kapitalanlagen, Börsengesch., Steuer- u. Bankrecht.
Zuschr. unt. D 5442 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Tankstellen
von Mineralölunternehmen gesucht.
Betrieb als freie TS geplant
Zuschr. erb. u. PW 46 189 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Wir übernehmen die Gründung und Betreuung Ihrer Ltd.
(engl. GmbH) mit Tel., Telex u. Büroservice. Lös. Sie Ihre privat. u. geschäftl. Probleme, wir übernehm. d. Büroservice a. f. Ihre besteh. Firma. Kontakt schriftl.: Pf. 41 11 46, D-3320 Salzgitter 41, o. Telex 952 863 hhv d, Tel. 05 31 / 4 46 21.

STELLENGESUCHE

Dipl.-Betriebswirt, 37 Jahre, 10 Jahre Führungspositionen in Industrie und Handel internation. Unternehmen (US-accounting), sucht verantwortungsvolle Aufgabe im

CONTROLLING / KFM. LEITUNG

Ausgeprägte Erfahrung in der Einführung neuer Kostenrechnungssysteme (Grenzkostenrechnung) mit EDV-Unterstützung. Anpassung von Organisationen an veränderte wirtschaftliche Bedingungen. Konzeptionelle Gestaltung von Informationssystemen. Planungsverfahren und Kontrollmechanismen. Gute theoretische Kenntnisse, aber auch sehr praktisch orientiertes Management. Interessante Angebote aus dem norddeutschen Raum unter F 5224 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

CLUB-MANAGER

Allroundman, führungserfahren, Verhandlungsgeschick, Mitte 40, langjährige Erfahrung im Club- und Hotelmanagement Golf, Tennis, Fliegen, sucht aus familiären Gründen vergleichbare Tätigkeit in Deutschland.

Kontakt Tel. 0 40 / 2 70 21 22 / 23
INTRAS H&W Werbeagentur GmbH
Barmbeker Str. 3a, 2 Hamburg 60

BRAZIL
Junge deutsche Sekretärin (D. E, F) sucht Stelle in Rio de Janeiro ab Herbst 1983.
Zuschriften erb. u. F 5400 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rechtsbeistand
staatl. gepr. Landwirt sucht freie Mitarbeit.
Ang. erb. u. C 5397 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Russische Sprachkenntnisse
und Erfahrung im Handel hat Betriebswirt (auch Jurist), 52, Zuwanderer aus UdSSR. Suche neuen Wirkungskreis, nicht ortsgebunden. Angeb. erb. u. E 5223 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Jg. viels.
Innenarchitekt
(Dipl.-Ing. FH), Ausbild. u. Berufserf. als Tischler, Examen 2/83 (Examensarbeit in Möbeldesign, veröffentlichung u. Produktion in Vorbereitung), sucht interess. Anfangstätigkeit.
Zuschr. erb. u. PA 46191 WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Jg. 25jähriger Mann
Ausbildung als Groß- u. Außenhandelskaufmann, 3jährige EDV-Praxis als Operator u. Programmierer, Programmiersprache „Cobol", 1 J. F.O.S. für Wirtschaft sucht Stelle als Programmierer, Operator oder Exportkaufmann.
Angeb. erb. u. P 5231 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Chefsekretärin/Assistentin
43 J., langj. Erf., unabh., belastbar, Engl./Span./Franz., sucht interess. Aufgabe in Paris, Madrid od. Hamburg.
Zuschr. erb. unt. PD 46193 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Paris
Deutscher, 29, vielseitig, gute franz. u. engl. Sprachk., i. gehob. Verwaltungsdienst tätig, sucht Nebentätigkeit Angebote unter N 5230 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Werbeleiter
langj. Markenartikel-Ind., kreativ u. einsatzfreudig, m. Überblick u. Durchblick; Werbewirt BDW, 41 J., s. neue Aufgabe.
Angeb. erb. u. K 5227 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Jg. Anwalt
in ungek. Stellg. (Referenzen), Res.-Offz., voll belastbar, seriös, gewandt, aufgeschlossen u. kooperativ, sucht ab sofort Stellung in norddeutscher Anwaltskanzlei od. Verbandstätigkeit.
Zuschr. erb. u. PA 46172 WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Dipl.-Kfm.
sucht Anfangsstellung
Studienschwerpunkte: Unternehmensrechnung, Bankbetriebslehre, Steuern und Revision. Anlagenstrategien, EDV-Grundkenntnisse. Studienbegleitende Praktika in Banken, Handel, Industrie (auch in GB).
Schreiben Sie mir bitte unter D 5398 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auslandskorrespondentin
Engl., Franz.-Sekr., 22 Jahre, ledig, Prfg. IHK Düsseldorf, sucht int. Tätigkeit, Aug. 83, mögl. nordd. Raum. Schreiben Sie bitte unter R 5232 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DAME
Anf. 30, sicheres und gewandtes Auftreten, sucht verantwortungsvolle Tätigkeit in Kunst-, Antiquitätenhandel (Galerie, Auktionshaus), Raum Hamburg.
Angeb. erb. u. L 5228 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Vertriebsingenieur
Dipl.-Ing.-Elektrotechnik (34), mit mehrjähriger Berufserfahrung im Systemvertrieb von fernwirk- und fernmeldetechnischen Geräten im norddeutschen Raum; Durchsetzungsvermögen und viel Eigeninitiative können vorausgesetzt werden; Kenntnisse in der Projektierung, Auslandserfahrung, Englisch, Grundkenntnisse in Französisch sowie überdurchschnittliche Vertriebserfolge sind nachweisbar, sucht neue Herausforderung.
Angeb. erb. u. H 5226 an WELT-Verlag, Pstf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Diplom-Ökonom
Dipl.-Betriebsw., gel. Indkfm., 33 J., led., Personal-/Vergütungsberater (v. a. Ausland), Industrieprax. in Personalw./Eink./Verk., div. Sprachkenntn. sucht neuen Wirkungskreis.
Ang. unt. K 5403 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Neue Märkte im Export
erschließen oder ausbauen muß heute jeder! Techn. Kfm., 35 J., im weltweiten Verkauf techn. Produkte aus Stahl/HM tätig. Auslandserfahrung, perfekte Englischkenntnisse, sucht leitende Stellung oder aktive Teilhaberschaft. Angebote erb. u. G 5225 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungsaufgabe Vertrieb
Vertriebs-Industriekaufmann, 34, alle Vertriebsaufgaben, innen, außen, u. a. Verwaltung, Planung, Strategie, Vertretersteuerung, organisationsstark, belastbar, betriebswirtschaftlich denkend, sucht entsprechende, verantwortungsvolle Dauerstellung mit Mitarbeiterführung in mittleres, expansives Unternehmen als Verkaufsleiter oder ähnlich.
Zuschriften erbeten unter E 5399 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Arab. Raum
Ing. (Bachelor of Science in Mechanical Eng.), Ägypter, 33 J., verh., 3 J. Erf. i. Baumasch.-Bereich (Ägypten, Libyen), 5 J. Konstruktion: Betriebsmittel u. Sondermasch. (Dschld.). Sprachen: Deutsch, Engl., Arabisch, sucht verantwortungsvolle Aufg. i. arab. Raum oder Ägypten.
Angebote erb. u. xxxx an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Naher Osten
Mechaniker/Schlosser, m. 4jähr. Auslandserf. in Saudi-Arabien, sucht neuen Wirkungskreis i. Saudi-Arabien od. sonst. Nahen Osten.
Zuschr. erb. unter X 5304 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Jg. Gastronom (32)
gel. Koch, 4 J. selbständig, engl. Sprachkenntn., fam. unabhängig, sucht neuen Wirkungskreis, Ausland wäre angenehmen. Zuschr. erb. u. PR 46 166 an WELT-Verlag, Postfach, PR 46 166, Hamburg 36.

Habilitand
(Thema: Grundl. statist. Methodik), 35 J., mehrj. Management-Tätigkeit, Auslandserf., alle für einen späteren Topmann notwendigen berufsbez. u. charakterl. Voraussetzungen sowie Format mitbringend, sucht Eintritt in Lebensstellung als Assistent einer Führungspersönlichkeit od. Linien-Position.
Zuschr. erb. u. PT 45744 an WELT-Verlag, Postfach, 2000, Hamburg 36

Energie-Controller

Wirtschafts-Ing., Betriebswirt, 39 J., ungek., unabhängig, m. wertanalytischem, fachübergreifendem Denkvermögen, fundierte Kenntnisse u. Erfahrungen bei:

- Abschluß/Anwendung von Energieverträgen
- Einführung/Anwendung von EDV zur betriebl. Energieoptimierung und -Kostensenkung
- Betriebs-Controlling

Vortragstätigkeit sowie beratende Mitarbeit in Energiefragen bei Wirtschaftsverbänden.

Suche Führungstätigkeit in Industrie, Verwaltung oder Verbandswesen mit der Aufgabenstellung, Energiekosten systematisch nach Optimierungsgrundsätzen zu senken.

Erbitte Kontaktaufnahme unter K 5249 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Als Kaufmann
in ungek. Stellung möchte ich, 40 J., ein Mann aus der Praxis m. unternehmerischem Denken u. sicherem Auftreten, verhandlungsstark, ideenreich, zielorientiert, meine Kraft u. mein Wissen in ein Unternehmen m. Profil einbringen.
Langj. Erfahrungen i. d. Ber. Finanzen, EDV u. Vertrieb vorh.
Ich suche eine interess. Aufgabe als kaufm. Geschäftsführer o. ä. Ein Gespräch wird Sie überzeugen.
Zuschr. erb. u. PU 46112 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Erfolgsgewohnte Kauffrau
33 Jahre alt, gepflegte, attraktive Erscheinung, aktiv und ideenreich, möchte
Repräsentanz einer Top-Adresse für Kosmetik, Mode o. ä.
für den norddeutschen Raum (Sitz Hamburg) übernehmen. Kapitaleinsatz möglich. Angebote unter P 5385 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Immobilienverkäufer
Wenn Sie den erfolgreichen, ideenreichen und zuverlässigen Immobilienverkäufer auf Provisionsbasis suchen, dann schreiben Sie mir unter B 5396 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Architekt Wohnungsbau
Dipl.-Ing. mit langjähriger Erfahrung im Bauträger-Schlüsselfertigbau sucht Mitarbeit auf freiberuflicher Basis, auch für halbe Tage oder Teilzeitarbeit, Übernahme von Teilleistungen, dauerhafte Verbindung angestrebt.
Angebote unter H 5402 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Metallverarbeitung und -bearbeitung
ASSISTENT – RECHTE HAND
Dipl. Kfm., 32 J. alt, 6 J. Berufspraxis im Stanzbetrieb mit 18 Mio. und 160 Beschäftigten, erst als Ass. d. GL, dann Einzelprokurist. Sehr vielseitig, leistungsbereit, belastbar, Unternehmerpersönlichkeit, sachorientiert mit ausgezeichnetem breiten theoret. Background.
Aufgabengebiete Einkaufsleitung, Personal- und RW mit Finanzierung. Verwaltung von Immobilien, Verhandlungen mit Walzwerken, Geschäftsbanken, Behörden, Organisationen, Sonderaufgaben, sucht neue Aufgabe in einem mittelständischen Industriebetrieb.
Kontaktaufnahme unter M 5229 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Betriebswirt (grad.), 35 J., Bank-Kaufm., z. Z. Leiter der Revision eines bedeutenden nationalen Einkaufsverbandes m. langjähr. Erfahrungen auf den Gebieten
Controlling/Revision/allgem. Rechnungswesen
von Industrie, Handels- u. Versorgungsunternehmen u. a., erworben durch mehrjähr. Tätigkeit in einer WP-Gesellschaft, sucht neue Aufgabe.
Zuschr. unt. A 5307 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Export- od. Außenstellenleiter
35 J., Ing., techn.-kfm. Erfahrungen. Schwerpunkt: Verkauf Masch. Akquisition, schlüsself. Anlagen, Projekterfahrung, Planung, Finanzierung, Contrakting, 10 J. Überseeerfahrung, Personalführung, Motivierung der Kollegen, Selbständigkeit, flexibel, verhandlungssicher, belastb. u. erfolgsorientiert, sucht neue Führungsaufgabe bei renomm. Unternehmen m. Sitz BRD od. Übersee.
Zuschriften erbeten unter Y 5305 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Diplom-Ingenier (FH) der Fachrichtung Produktionstechnik, Schweißfachingenieur, 36 Jahre, verheiratet, ein Kind, sucht zum 1. Juli 1983 im Raum NRW eine neue Herausforderung als
Betriebsleiter oder Produktionsleiter
Alle zur Ausübung einer solchen Position unbedingt erforderlichen Erfahrungen, u. z. selbständige Leitung von Betriebsteilen mit der Führung von derzeit 90 Mitarbeitern, Einsatzbereitschaft, Durchsetzungsvermögen, Organisationstalent, Bereitschaft zur ständigen Weiterbildung usw., sind aus 12jähriger umfassender Praxis gleichermaßen auf den Gebieten Zerspanung mit CNC-Maschinen und Schweißtechnik vorhanden.
Angebote unt. A 5395 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Ingenieur TU
Fachrichtung Maschinenbau mit den Studienschwerpunkten Wärmetechnik u. thermische Verfahrenstechnik sucht nach 2. Bildungsweg geeignete Anfangsstellung.
Ang. erb. u. G 5401 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Praktiker in Handel und Vertrieb
Als relativ junger (36 Jahre), gelernter Großhandelskaufmann verfüge ich über Erfahrungen im Bereich Innendienst-Leitung, dazu gehören fund. Kenntnisse in EDV, Vertrags-Sicherheiten u. Finanzwesen, Verkauf, Verkaufsförderung einschl. Werbemaßnahmen.
Ich suche im Großraum Hamburg eine neue, eigenständiges und verantwortliches Handeln erfordernde
Führungsaufgabe
Sollten Sie diese Angaben interessieren, dann bitte ich um Kontaktaufnahme mit der von mir beauftragten Personalwerbe Union GmbH. Auch telefonisch steht Ihnen dort Ihr und mein Gesprächspartner, Herr Kuhrt, für nähere Informationen gern zur Verfügung.
PERSONALWERBE UNION GMBH
Eimsbütteler Straße 64–66, 2000 Hamburg 50
Telefon: 0 40 / 4 39 95 91 oder 4 39 28 18

STELLENANGEBOTE

Wir suchen für sofort versierte

Fremdsprachen-Sekretärin

nit sehr guten Englisch- und Spanischkenntnissen.

Zeitweiliger Auslandseinsatz vorgesehen.

Vollständige schriftliche Bewerbungen erbeten an:

erex A. G., Gut Buschhof, 5330 Königswinter 41

---

rfschule im Ruhrgebiet sucht zum Schuljahrsbeginn 1983/84 eine(n)

Lateinlehrer(in)

mit Fakultas für die Sekundarstufe II.

bungen erbeten unter T 5388 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Für unsere Hotelberufsfachschule in Bayern
suchen wir ab 1. 9. 1983 einen dynamischen

Schulleiter

Voraussetzungen: Hochschulabschluß, pädagogische Erfahrungen, mehrjährige Berufspraxis im Hotel- und Gaststättenwesen.

Angebote mit ausführlichen Personalunterlagen erbeten unter P 5209 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Brandts Wünsche an das Parlament

DW. Bonn

Die WELT dokumentiert in Auszügen die Eröffnungsrede des Alterspräsidenten Willy Brandt vor dem 10. Deutschen Bundestag:

Nach einem harten – manche meinen: überharten – Wahlkampf mag es nicht jedem leichtfallen, sich jetzt wieder den Regeln der parlamentarischen Auseinandersetzung zu unterwerfen. Es wäre nicht glaubwürdig, wenn alle so täten, als sei – außer einem unbezweifelbaren Wahlergebnis – nichts passiert. Gewiß: Die demokratische Ordnung lebt nicht davon, daß alle einander mögen und Bekundungen gegenseitigen Wohlwollens verbreiten; sie lebt letztlich und verbindlich von der staatspolitischen Gleichwertigkeit derer, die sich – gestützt auf den Auftrag der Wählerinnen und Wähler – als Mehrheit oder Minderheit um das Gemeinwohl bemühen ...

Als 1949 der erste Bundestag eröffnet wurde, war von den damals drängenden inneren Problemen die Rede: demokratische Stabilität, wirtschaftliche Gesundung, soziale Sicherheit. In den Jahren und Jahrzehnten, und mittlerweile sind es Jahrzehnte, die folgten, ist unbeschadet allen Streits der Meinungen und nicht selten durch diesen gefördert – mehr erreicht worden, als dies die Gründungsväter unserer Republik für möglich gehalten hatten ...

In den letzten Jahren jedoch haben sich Rückschläge und Gefährdungen eingestellt, die bei vielen Menschen und in vielen Familien neue Sorgen haben aufkommen lassen: Wie werden Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden können? Wird es gelingen, die sich vor allem aus veränderten weltpolitischen Bedingungen ergebenden Lasten einigermaßen gerecht zu verteilen? Es sind dies die Fragen, die in hohem Maße die Arbeit des 10. Deutschen Bundestages bestimmen werden ...

Viele derer, die uns hierher geschickt haben, erwarten von uns, wir sollen den Einfluß der Bundesrepublik Deutschland so zur Geltung bringen, daß mindestens ein Teil der heute weltweit für militärische Zwecke aufgewendeten Mittel so umgelenkt wird, daß sie dem Kampf gegen Hunger und Elend zugute kommen; und daß durch partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern beiderseitiger und allseitiger Vorteil erzielt wird. Stellen wir uns vor, wir könnten zusammen mit anderen im Zuge erfolgreicher Abrüstungsverhandlungen eine Art Marshallplan für die Dritte Welt in Gang bringen: Die eigenen Beschäftigungsprobleme würden auf Jahre hinaus völlig anders aussehen.

In diesen Monaten wird immer wieder wach, was unserem Volk vor nunmehr 50 Jahren widerfahren ist, nachdem die erste deutsche Demokratie gescheitert war. Am 30. Januar haben der BundesKanzlerund ich gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister im alten Reichtstagsgebäude in Berlin durch alle unsere sonstigen Meinungsverschiedenheiten hindurch deutlich gemacht, daß wir aus den geschichtlichen Erfahrungen gelernt haben und daß wir sie niemals in den Wind schlagen werden: Geimeinsam wollen wir darüber wachen, daß sich die Schrecken der yergangenheit, in welcher Form auch immer, nicht wiederholen.

Pieser Tage haben nicht wenige von uns sich jenes 23. März 1933 erinnert, an dem sich der schon unter Bedingungen des Terrors gewählte Reichstag selbst entmachtete und – in der Form der sogenannten Ermächtigung – nahezu jeden Verfassungsbruch sanktionierte. Mir ist bewußt, daß es damals viele gab, die guten Gewissens glaubten, noch Schlimmeres abwenden zu sollen. Und andere, die – wie ich meine – ihren opportunistischen Irrtum bald bitter zu bereuen hatten.

Sie werden sichor verstehen, daß ich in diesem geschichtlishen Zusammenhang meines Vorgängers im Vorsitz der deutschen Sozialdemokratie, Otto Wels und seiner Fraktionskollegen, in dankbarer Ehrerbietung gedenke: Derjenigen, die damals noch kommen konnten, um dem Verlangen Hitlers – allen Drohungen zum Trotz – ihr Nein entgegenzusetzen, und derjenigen, die schon nicht mehr kommen konnten, weil sie verfolgt und gequält wurden.

Ich möchte, daß wir, angesichts des bedrückenden fünfzigsten Jahrestages der Hitlerschen Machterschleichung, und dessen, was dem folgte, der Frauen und Männer gedenken, die auf deutschem Boden – und dann vielerorts sonst in Europa – Opfer von Gewaltherrschaft, Krieg und Zerstörung geworden sind. Wir, die in der Nachrkriegszeit aktiven und vetwortlichen Generationen, haben uns nach Kräften und ran/ gewiß nicht ohne Erfolg bemüht, dem Vermächtnis der Opfer ohne Zahl annähernd gerecht zu werden, die jetzt, fünfzig Jahre danach, wieder an unserem geistigen Auge vorüberziehen, unsere Gewissen anrüKren und anregen. Mögen jene, die uns nachfolgen, die Kraft haben, wiederum aus diesem Vermächtnis das gesellschaftliche und politische Leben zu gestalten.

Dieser Staat, unsere Bundesrepublik Deutschland, hat jetzt schon weit mehr als die zweifache Lebensdauer der Republik von Weimar durchschritten. Und ehe – aller Wahrscheinlichkeit nach – die nächste Bundestagwahl ins Haus steht, wird die Bundesrepublik schon um mehr als ein Dreifaches länger bestehen als jenes Dritte Reich, das tausend Jahre hatte währen sollen ...

Die europäische Perspektive des Grundgesetzes kann sich gewiß nicht in den fragmentarischen Ansätzen der hinter uns liegenden Jahre erschöpfen. Aus der Verpflichtung heraus, den Frieden sichern zu helfen, hat sich zum einen die Teilhabe an der Atlantischen Allianz – und unsere Verankerung in dieser – ergeben, zum anderen das Bemühen um den Abbau von Spannungen zwischen den Blökken, damit mehr Zusammenarbeit und weniger Rüstung möglich werden ...

Das Grundgesetz verpflichtet uns, nach Kräften für den Frieden in Europa und für die Welt zu wirken. Es stellt die Fortdauer der deutschen Nation fest, auch in der Tilung, an der wir nicht leicht tragen. Meines Erachtens sind wir gut beraten, wenn wir – auf der Grundlage der gefundenen vertraglichen Regelungen – weiter daran arbeiten, daß die beiden deutschen Staaten und ihre Bürger sich nicht unnötig auseinanderentwickeln, sondern ihre Beziehungen zueinander produktiv gestalten. Dies wäre ein wichtiger, nur von uns Deutschen zu leistender Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa und für die Welt. In diesem Sinne bekunde ich als Alterspräsident dieses Hauses die herzliche Verbundenheit unseres Volkes und seiner hier versa /renmmelten Vertreter mit den Menschen im ande deutschen Staat ...

Ich wünsche mir und uns allen, in diesem Zehnten Bundestag mit seinen fünf Parteien möge hinreichend deutlich und für unser Volk im ganzen erfahrbar werden, was die Lebendigkeit und die Lebenskraft einer Dekratie aus!mo/ macht, auch ihre Fähigkeit zur Lösung von Problemen und ihren Vorzug vor anderen Gestalten des politischen Zusammenlebens: Es ist ihre Verankerung im gemeinsamen Erbe großer Freiheitsbewegungen und der durch sie formulierten Menschenrechte ...

Start des Deutschen Bundestags

● Fortsetzung von Seite 1

fluß auf die Gestaltung der parlamentarischen Arbeit haben müsse. CDU/CSU, SPD und FDP hatten dagegen in Anträgen dafür plädiert, die Zahl bei vier Vizepräsidenten zu belassen. Für die Sozialdemokraten sagte deren Parlamentarischer Geschäftsführer Konrad Porzner, eine Vereinbarung über fünf Vizepräsidenten, gegen die seine Fraktion prinzipiell keine Einwände gehabt hätte, sei nicht zustande gekommen.

Von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP wurde außerdem der Antrag der Grünen zurückgewiesen, die Geschäftsordnung des Parlaments dahingehend zu ändern, daß – unabhängig von der Stärke der einzelnen Fraktionen – jede in allen Ausschüssen vertreten sein müsse. Die Grünen wollten damit ihre Beteiligung im Ältestenrat und bei der Vergabe der Ausschußvorsitzenden sicherstellen und auch ihre Forderung durchsetzen, wonach die Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen sollen.

Zu Beginn der Geschäftsordnungsdebatte war es zu einer kontroversen Debatte zwischen der SPD und der CDU/CSU über den Paragraph 10 gekommen, der die Kriterien für eine Fraktionsgemeinschaft festlegt. Der Abgeordnete Gerhard Jahn (SPD) stimmte diesem Paragraphen „unter Vorbehalt" zu, wie er sagte, weil das tatsächliche Verhalten von CDU und CSU gegen diese Grundsätze für die Bildung einer Fraktionsgemeinschaft verstoße. Die CSU habe immer wieder ihre Rolle als Koalitionspartei betont. Dem hielt der Abgeordnete Wolfgang Schäuble (CDU) entgegen, die Geschäftsordnung sei eine „feinfühlige Balance" zwischen den Rechten der Mehrheit und der Notwendigkeit, der Minderheit die Kontrollfunktion zu ermöglichen. Jahn habe Parteien und Fraktionen verwechselt. Deshalb sei seine Begründung nicht stichhaltig.

Eröffnet hatte die konstituierende Sitzung der SPD-Vorsitzende Willy Brandt als Alterspräsident. Er erinnerte die Abgeordneten an die Verpflichtung, „dem Gemeinwohl" zu dienen, und richtete an alle den Appell „zur Pflege der demokratischen Kultur". Auf die deutsche Geschichte eingehend sagte Brandt, man werde der Bundesrepublik Deutschland „eine bemerkenswerte Kontinuität und Stabilität zuschreiben können". Die Demokratie habe sich „als gefestigt erwiesen".

Dregger über Sitze der Grünen

Interview mit der WELT / „Gleichgültig, wie sich die Linksparteien gruppieren"



Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion FOTO: JUPF

MANFRED SCHELL, Bonn

Die auf interfraktioneller Ebene getroffene Entscheidung, die grünen Abgeordneten im Bundestag zwischen der CDU/CSU und der SPD sitzen zu lassen, hat in beiden großen Parteien Diskussionen ausgelöst. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, nimmt dazu in einem Gespräch mit der WELT Stellung.

WELT: Herr Dregger, warum war man so entgegenkommend und hat den Grünen Plätze zwischen der Union und der SPD eingeräumt?

Dregger: Die CDU/CSU ist die Mitte. Sie behält ihren Platz und vergrößert ihn noch aufgrund des Wahlergebnisses. Wie die Linksparteien SPD und Grün-Alternativen sich gruppieren, berührt uns nicht. Interessant ist allerdings die Entscheidung der SPD, daß sie nicht die linke Mitte einnehmen will, sondern eine Linksaußenposition. Ich glaube, diese Entscheidung ist kennzeichnend für einen Wandel in der SPD.

WELT: Das heißt, die Sozialdemokraten haben sich der Überlegung widersetzt, die Grünen links von ihr anzusiedeln?

Dregger: So ist es.

WELT: Nun hätten ja CDU/CSU und FDP mit ihrer Mehrheit im Parlament die Möglichkeit gehabt, den Grünen diese P links außen zuzuweisen?

Dregger: Das haben wir nich macht. Wir sind tolerant, und ist es im Grunde genom gleichgültig, wie sich die Link teien gruppieren.

WELT: Wo sind aus Ihrer h gen Sicht Probleme mit den nen zu erkennen?

Dregger: Die Grünen sind gew Sie bilden eine Fraktion. Wir ein freies Land mit einer freih chen Verfassung. Sie müssen hier im Parlament bewähren. weder werden sie die Regeln achten, die notwendig sind, da ein so großes Parlament überha debattieren und sich auseinan setzen kann. Dann werden sie uns respektiert. Wenn sie den ' der Regelverletzungen einschla sollten, dann wird das Bundest präsidium darauf zu reagieren sen.

WELT: Gilt das auch für die setzung und die Arbeit in Ausschüssen?

Dregger: Selbstverständlich. A da werden sie entsprechend il Stärke gleich behandelt.

WELT: Und in den sicherheit levanten Gremien?

Dregger: Auch dafür gilt nichts deres. Natürlich müssen die gr alternativen Abgeordneten den gesetzlichen Vorschriften t gen.

Ein historischer Gang der Grünen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Drinnen, in der Bonner Kreuzkirche, versammelten sich gestern früh die evangelischen Parlamentarier der „etablierten" Parteien mit Bundespräsident Karl Carstens an der Spitze. Zu Beginn der 10. Legislaturperiode predigte Kirchenpräsident Helmut Hild über Psalm 68, Vers 20 „Gelobet sei der Herr täglich. Gott legt uns eine Last auf, aber er hilft uns auch."

Draußen, vor dem Gotteshaus in der Bonner Innenstadt, trafen sich gleichzeitig die Abgeordneten der Grünen, ihre „Nachrücker" und Sympathisanten aus dem In- und Ausland. Ziel der insgesamt – nach Polizeischätzungen – rund 200, um die gut 100 Kameraleute, Fotografen und Journalisten herumschwärmten: Ein spektakulärer und publikumswirksamer „historischer Gang" zum Bundestag.

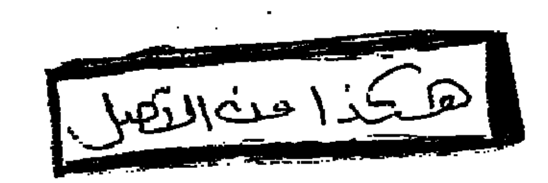
Fröhlich und heiter wollte der sowohl von der Kleidung der Teilnehmer als auch von den Transparenten und Plakaten her kunterbunte Zug mit einer (umweltfreundlich) von Schimmeln gezogenen Kutsche angeführt, die Verbundenheit zwischen der Basis und den 28 Neuparlamentariern demonstrieren. Die Grünen wollten damit aber auch zeigen, was sie von überlieferten parlamentarischen Gepflogenheiten halten.

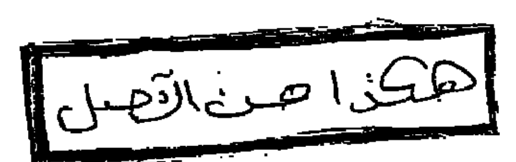
Doch die demonstrationserfahrene Bonner Polizei reagierte gelassen. Als sich den Abgeordneten – allen voran Otto Schily und Petra Kelly – mit jeweils einer „Vertrauensperson" an der Seite und Topfpflanzen, Blumen und Sträuchern in den Armen beim als „Spaziergang" deklarierten Marsch zum Plenarsaal die meisten ihrer Unterstützer anschlossen, ließ die Polizei lediglich einen (wohl zu Testzwekken) mitgebrachten Tannenbaum nicht ins Regierungsviertel. Prompt beließ es dann einer der Parlamentarier bei dem Satz „Da müssen wir wohl unsere Immunität als Abgeordnete einsetzen".

Zuvor hatte unmittelbar vor der Bannmeile eine Kundgebung stattgefunden. Kaum hatte entsprechend einer Presseerklärung, Grünen-Geschäftsführer Lukas Beckmann zur „Alternativen Vere gung" aufgerufen, schritt der Rechtsanwalt taktisch erfahre Schily ein: Im Alleingang funkt nierte er die „Vereidigung" kurz hand zu einer „gemeinsamen I klaration" um.

Petra Kelly als eines der Gri dungsmitglieder der Grün sprach daraufhin von „einer Verpflichtung" der Abgeordnete die sie von ihnen per Händehalt in einem „lebendigen Kreis" best tigen ließ. Der 29. März sei Anla sich „weltweit" mit den Frieden und Umweltschutzbewegunge „zu verbinden, verbrüdern und z verschwistern". Die Grünen wü den „weder untertauchen noc aussteigen". Petra Kelly: „Wir wo len uns im Bundestag einm schen."

Ihre „Begleittruppen", die nicl mit ins Parlament durften, fuhre anschließend in die Rheinterra sen, um die Fernsehübertragun der Konstituierenden Sitzung z verfolgen. Nicht gerade energie sparend übernahm die Partei di Taxikosten.





Kraft zum Solo?

Wb. – Stolze Worte: „Die Grundig-Gruppe ist stark genug, allein zu bleiben!", schreibt „Ihre Geschäftsleitung" an den Gesamtbetriebsrat der Grundig AG in Fürth. Und weiter: „Es gibt in Deutschland viele Firmen, die froh wären, wenn sie einen Bilanzstatus hätten wie Grundig." Kein Zweifel: Auch nach zwei Verlustjahren mit insgesamt 220 Millionen Mark Minus steckt in dem fränkischen Unternehmen noch so viel an Substanz, daß von „krank" noch längst nicht die Rede sein kann, jedenfalls im bilanztechnischen Sinn. Dennoch muß sich die Fürther Führungsspitze, die sich nach dem raschen Abgang von Horst Rosenbaum wieder auf Max Grundig allein konzentrieren dürfte, fragen, ob das Unternehmen den wachsenden Zukunftsaufgaben noch gerecht werden kann.

Denn der technische Fortschritt hat in der Unterhaltungselektronik ein enormes Tempo erreicht. Wer mithalten will, muß riesige Summen investieren (sprich: verdienen), sowohl in die Entwicklung als auch in der permanenten Anpassung der Produktionsanlagen. Das gilt um so mehr, als eine neue Generation von (8-Millimeter-)Video-Recordern vor der Tür steht, obwohl die vergangene noch gar nicht verkraftet ist.

Wenn Grundig auch die Verlustzone wieder verläßt, so muß sich doch erst zeigen, ob der Atem für weitere Kraftakte ausreicht. Nicht ohne Grund dürfte Max Grundig vorasch auf die geplatzte Kooperation mit Thomson-Brandt eingegangen sein, sogar ohne Rücksicht auf den Partner Philips. Und es fragt sich wirklich, ob die Gruppe stark genug ist, über längere Zeit noch allein zu bleiben.

So ernst ist es dem Firmenpatriarchen, der – immer noch ohne Nachfolger – Anfang Mai 75 Jahre alt wird, damit wohl auch nicht. Für eine neue Verbindung „dürfte aus heutiger Sicht wohl kaum ein anderer Partner als Philips in Frage kommen", steht in dem eingangs zitierten Brief. Wie gut, daß man bei Philips ähnlich denkt.

Grotesk

fu (London) – Seit dem 8. März liegt das britische Ford-Werk Halewood still, nachdem ein Großteil der Mitarbeiter aus Protest gegen die fristlose Entlassung eines randalierenden Kollegen in den Streik getreten ist. Dem staatlichen Automobilkonzern British Leyland erging es jetzt nicht besser. Im Austin Rover-Werk Cowley, wo das brandneue Modell Maestro hergestellt wird, legten 5000 Beschäftigte auf unbefristete Zeit die Arbeit nieder und damit die Maestro-Produktion lahm. Sie protestieren gegen die Entscheidung der Werksleitung, die in allen anderen British Leyland-Werken abgeschafften dreiminütigen Waschpausen am Ende einer jeden Fließbandschicht auch in Cowley einzustellen und damit die wöchentliche Autoproduktion um 100 auf 4100 zu erhöhen. Der eine Fall ist so grotesk wie der andere. Es sieht so aus, als suchten die englischen Autoarbeiter bewußt die Konfrontation zu einem Zeitpunkt, wo neue Modelle eingeführt wurden oder die Unternehmen die Produktion verbessern wollen.

WIRTSCHAFTSGIPFEL / USA wollen an ihrem Stabilitätskurs festhalten

Themen sind Arbeitslosigkeit, Zinsen, Protektionismus und Verschuldung

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die Reagan-Administration will dem neunten Wirtschaftsgipfel, der Ende Mai in Williamsburg, Virginia, abrollt, ihren eigenen Stempel aufdrücken. Nach den schlechten Erfahrungen in Ottawa und Versailles soll er „entinstitutionalisiert" werden. Vorgesehen ist ein mehr zwangloses und weniger festgelegtes Treffen der Staats- und Regierungschefs der sieben größten westlichen Industrienationen.

Wie Staatssekretär W. Allen Wallis vom US-Außenministerium, den Präsident Reagan mit der Planung betraut hat, im Gespräch mit ausländischen Journalisten erklärte, „wird der Gipfel diesmal von den Führern weitgehend selbst vorbereitet". Sie würden entscheiden, worüber sie sprechen wollten. Früher sei ihnen die Tagesordnung meistens von der „Bürokratie" aufgezwungen worden. Am Schluß gebe es „kein großes Kommuniqué, sondern nur eine kurze Erklärung, um die Medien zu befriedigen". Folgt man Wallis, dann verbringen die Staats- und Regierungschefs etwa die Hälfte der Zeit unter sich. Am ersten Morgen legen sie die Gesprächspunkte fest; schwierige Sachfragen werden den Außen- und Finanzministern überlassen. Beschlüsse werden nicht angestrebt. Sie werden aber gefaßt, wenn man sich über bestimmte Aktionen einig ist. Die Konferenz soll nicht durch den Zwang zum Handeln belastet werden.

Dennoch bedarf auch der Williamsburg-Gipfel einer gewissen Abstimmung. Die sogenannten „Sherpas" (Pfadfinder) der sieben Regierungen trafen sich im Dezember in Paris und vor zwei Wochen im kalifornischen San Diego. Mitte April und Mitte Mai kommen sie noch einmal in Williamsburg und Washington zusammen.

Im Januar hat der US-Präsident überdies die anderen Teilnehmer angeschrieben und um deren wichtigsten Gesprächspunkte gebeten. Die Bedeutung eines Weichenstellers hat die Ministertagung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Anfang Mai in Paris. Dort wird über die aktuelle Welt-Konjunkturlage ebenso beraten wie über das Schuldenproblem der Dritten Welt.

Während Versailles unter dem Stichwort „Konvergenz der Wirtschaftspolitiken" stand, liegt in Williamsburg der Schwerpunkt auf den „Wechselbeziehungen", zum Beispiel zwischen Arbeitslosigkeit und Protektionismus oder zwischen Zinspolitik und Verschuldung. Laut Wallis wird man versuchen, Lösungen durch Aufdeckung der Zusammenhänge zu finden. Das ist ein in der Tat vielversprechendes Verfahren.

Wallis, ein emeritierter Wirtschaftsprofessor, ließ keinen Zweifel daran, daß sich die USA nicht unter Druck setzen lassen, und zwar weder in der Konjunktur- noch in der Geld- und Handelspolitik. Offensichtlich ist die Reagan-Administration nach wie vor fest davon überzeugt, daß ihre Strategie in den einzelnen Bereichen die richtige ist. Das gilt aber ganz besonders für ihren Stabilitätskurs.

Konkret äußerte sich Wallis nur zu diesen möglichen Tagesordnungspunkten:

1. Es wäre ein großer Erfolg, wenn man sich in Williamsburg endlich auf eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken einigen würde, weil sich ohne sie zum Beispiel stabilere Wechselkurse kaum herstellen lassen.
2. Die USA brauchen nicht mehr, wie gerade von den Franzosen, aufgefordert zu werden, konjunkturell die Führung zu übernehmen. Sie tun das bereits. Aber kein Land ist heutzutage groß genug, um andere Staaten aus dem Konjunktursumpf zu ziehen.
3. Noch vor Williamsburg werden die USA den Export Administration Act modifizieren und damit auch neue Voraussetzungen für den Technologietransfer im Osthandel schaffen, der ein vorrangiges Thema sein wird.
4. Das westliche Finanzsystem wird nicht kollabieren, da es gelingt, die Verschuldungskrise in den Griff zu bekommen.
5. Rechtzeitig zum Gipfel fertiggestellt sein wird die in Versailles vereinbarte Studie über staatliche Interventionen an den Devisenmärkten. Sie enthält jedoch keine Empfehlungen, sondern ist nur eine Faktensammlung.

Das 1633 gegründete koloniale Williamsburg, 240 Straßenkilometer von Washington entfernt, sei für das angestrebte formlose Zusammensein geradezu ideal, meinte Wallis.

HAUSHALT 1984

Streichliste verlangt Opfer von den Arbeitnehmern

GISELA REINERS, **Bonn**

Unter dem Datum des 23. März hat das Bundesfinanzministerium eine Liste von Streichmöglichkeiten zusammengestellt, die vor allem die Zuständigkeitsbereiche von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) tangieren, vor allem die Arbeitslosen- und die Rentenversicherung. In jedem Fall werden jedoch die Einkommen von Arbeitnehmern, zum Teil sogar empfindlich, berührt. Das Haus Blüm wehrt sich mit dem Argument, man verdanke den Arbeitnehmern den Wahlsieg. Nun müsse man auch Politik für Arbeitnehmer und nicht gegen sie betreiben.

Unter der Überschrift „Denkansätze für ein Haushaltskonzept 1984" werden in dem Papier aus dem Haus Stoltenberg die Eckpunkte genannt: Begrenzung der Nettokreditaufnahme auf weniger als 40 Milliarden und keine Abgaben- oder Steuererhöhungen. Auf der Ausgabeseite sollen dementsprechend sechs bis sieben Milliarden eingespart werden, nicht eingeschlossen rund 6 Milliarden, die Blüm bei der Rentenversicherung kürzen will, um eine erneute Anpassungsverschiebung zu vermeiden.

Die Punkte, deren Streichung am meisten Geld in die Kassen bringt, wären:

– eine Aufhebung des Weihnachtsfreibetrages von 600 Mark (Kürzung von 100 Mark ergibt Steuermehreinnahmen von 0,7 Milliarden, von 600 also 4,2, davon rund 2 Milliarden für den Bund);

– erhebliche Kürzungen der Leistungen für Arbeitslose wie die Kürzung des Arbeitslosengeldes von 68 Prozent des letzten Nettolohns auf 62 für Kinderlose, entsprechende Herabsetzungen beim Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld, Kürzung der Arbeitslosenhilfe auf 52 (von 58) Prozent (etwa 1,5 Milliarden).

Als weitere Streichmöglichkeiten werden aufgezählt: 3 Karenztage beim Bezug von Arbeitslosengeld (pro Tag 150 Millionen); Senkung des Arbeitslosengeldes in den ersten zwei Monaten für alle auf 58 Prozent (900 Millionen); Senkung des Kurzarbeitergeldes auf 50 Prozent, bei Kinderlosen auf 47 Prozent (680 Millionen); Einschränkung von Leistungen zur beruflichen Rehabilitation und zur Förderung der Arbeitsaufnahme (300 Millionen). In die Planung einbezogen sind auch die Knappschaftsversicherung, deren Krankenversicherung in die allgemeine Rentnerkrankenversicherung einbezogen werden soll (760 Millionen) und deren Rentenniveau an das der Arbeiter- und Angestelltenversicherung angeglichen werden soll (200 Millionen).

Für die Rentenversicherung heißt die Parole: Keine Beitragssatzerhöhungen, keine zusätzlichen Haushaltszuschüsse. Werden aber die Leistungen für Arbeitslose gekürzt, dann reißt das ein neues Loch in die Rentenkasse, denn Nürnberg zahlt nur noch Versicherungsbeiträge, die sich am Arbeitslosengeld (Lohnersatz!) bemessen.

Bundesarbeitsminister Blüm wird bei den nach Ostern beginnenden Haushaltsgesprächen keinen leichten Stand haben.

Armes Armenhaus

Von DOMINIK SCHMIDT

Niedersachsen, so erforschte ürzlich ein Institut im Auftrag Landesregierung, fühlen sich Menschen „offensichtlich l". Gefragt wurde nach der ıdschaft, nach Art und Mentali- Sitten und Bräuche der Bevölung. In dieser Beziehung muß Land zwischen Ostfriesland i Harz, zwischen Emsland und de den Vergleich mit anderen ıdesländern nicht scheuen. Die ıl der „eher besser"-Stimmen ersteigt die der „eher schlech- bei weitem. Etwas ungünstiger ılt sich da schon das Ergebnis Frage dar, wie denn „die Art, in politische Auseinandersetzun- ausgetragen werden", bewerwird: Nur noch 19 Prozent der fragten votierten mit „eher bes-", immerhin 11 Prozent mit er schlechter".

Unangesprochen blieben im ımen dieser Umfrage Themen wirtschaftlichem Hintergrund. ist bedauerlich, weil des Vol- Stimme zum derzeit drängend- innenpolitischen Problem unört bleibt. Möglicherweise aber ıen die Verantwortlichen Fra- dieser Art bewußt ausgeklamrt, um die seit zwei Jahren anernde „Sympathiewerbung der desregierung" nicht zu bela- . Denkbar wäre schließlich, die Niedersachsen doch ge- wurden, wie sie ihre wirtfliche Situation einschätzen, Antworten aber so ausfielen, sie besser unter Verschluß ıen. Beide Hypothesen wären friedigend, sind wohl so auch t relevant. Die Umfrage galt der Landschaft, den Sitten Bräuchen.

r wirtschaftliche Ist-Zustand Landes nämlich läßt positive ıente, aus welcher Betrachsweise auch immer, nicht erıen. Wenn sich bewahrheitet, erste Zahlensammlungen für Jahr 1982 vermuten lassen, wird sich Niedersachsens schaftsministerin Birgit Breuı der bevorstehenden Vorlage Jahreswirtschaftsberichts vertun.

wird sich mit der obligatorihen Erklärung begnügen, daß ersachsen in Zeiten der Rezes- immer schon stärker betroffen als die Bundesrepublik insge-. Es wäre dies aber zugleich Eingeständnis, daß alle Bemügen der Landesregierung um kturverbesserungen, um eine derung des wirtschaftlichen Abstandes zum Bundesdurchschnitt gescheitert sind.

Die Landeszentralbank in Hannover, wie immer bei der Beurteilung wirtschaftlicher Entwicklungen um Objektivität bemüht, hält sich in ihrem Bericht an nackte Zahlen. Und die sind deprimierend genug. Zwar wird von einer „ersten vorläufigen Schätzung" gesprocen. Die Erfahrung sagt aber, daß wesentliche Abweichungen nicht zu erwarten sind.

Danach ist das Bruttoinlandsprodukt in Niedersachsen – gemessen an Preisen von 1970 – um 1,3 Prozent auf 90,8 Milliarden Mark gesunken, also stärker als im gesamten Bundesgebiet (minus ein Prozent). In jeweiligen Preisen ergab sich eine Steigerung um 3,1 Prozent gegenüber 3,7 Prozent im Bundesdurchschnitt. Der traditionelle Rückstand Niedersachsens gegenüber dem Durchschnitt aller Bundesländer nahm weiter zu. Er liegt nunmehr bei 13 (12,7) Prozent. Warum sich die Schere zuungunsten Niedersachsens immer weiter öffnet, ist hinlänglich bekannt. Die industrielle Struktur ist vergleichweise schwach und in Krisenzeiten anfälliger als anderswo. Das zeigen auch andere Daten. So ist die Zahl der Insolvenzen wesentlich stärker angestiegen als in anderen Bundesländern. Geradezu beängstigend ist die Entwicklung des niedersächsischen Arbeitsmarktes. Im Jahresdurchschnitt lag die Arbeitslosenquote bei 9,5 Prozent.

Der Abstand zur Bundesrepublik insgesamt, der 1981 noch bei 13 Prozent lag, erweitert sich auf rund 20 Prozent. Inzwischen sind auch diese Zahlen überholt. In den ersten Monaten 1983 verschlechterte sich das Verhältnis weiter. Ende Februar waren 13,1 Prozent aller erwerbsfähigen Niedersachsen arbeitslos. Mehrere Arbeitsämter melden Arbeitslosenquoten von über 20 Prozent. Mit 37,3 Prozent hält Friesoythe einen traurigen Rekord.

Solch bedrückende Zahlen werden durch den Hinweis nicht tröstlicher, daß die Zahl der Erwerbstätigen in Niedersachsen stärker zugenommen hat als in anderen Bundesländern. Denn die Frage bleibt, wie sich das Land aus dieser Situation lösen kann, wie das Armenhaus der Bundesrepublik verhindern will, noch ärmer zu werden. Die eigentlichen Probleme harren unverändert ihrer Bewältigung.

AUF EIN WORT

„Ob das Wirtschaftswachstum 1983 ein halbes oder ein Prozent beträgt oder sogar darüber hinausgeht, scheint mir nicht so entscheidend zu sein wie die Frage, ob die Wirtschaftspolitik in diesem Jahr die Weichen für ein nachhaltiges Wachstum auf Dauer richtig stellt. Dies wird auch die entscheidende Voraussetzung dafür sein, ob wir beim Abbau der Arbeitslosigkeit Erfolge zwar langsam, aber wirkungsvoll erzielen können."

Dr. Maximilian Hackl, Vorstandssprecher der Bayerischen Vereinsbank FOTO: DIE WELT

Umsatz real geschrumpft

VWD, **Düsseldorf**

Der Umsatz des deutschen Facheinzelhandels lag im Februar nach Ermittlungen des Kölner Instituts für Handelsforschung um ein Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Bei einer Preissteigerung von durchschnittlich vier Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet das real ein Absatzminus von drei Prozent. Nach Angaben der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels stagnierte der Umsatz in den ersten beiden Monaten auf dem Ergebnis der gleichen Vorjahreszeit. Real war ein Rückgang um 4,2 Prozent zu verzeichnen.

AGRAR-POLITIK

Kiechle will Möglichkeiten für Kompromiß ausloten

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Kaum Zeit zum Einarbeiten erhält der neue Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle. Nur wenige Tage nach seinem Amtsantritt muß er nach Ostern eine Rundreise durch die EG antreten, um die Kompromißmöglichkeiten für das diesjährige Brüsseler „Agrarmarathon" auszuloten.

Der EG-Ministerrat hat mit Rücksicht auf den Regierungswechsel in Bonn die zunächst für Ende März vorgesehene „Preisrunde" auf den 18./19. April vertagt. Außerdem verlängerte er die auslaufenden Wirtschaftsjahre für Milcherzeugnisse Rind- und Hammelfleisch bis zum 24. April ob es bis dahin zu einer Einigung über die neuen Erzeugerpreise kommt, ist allerdings zweifelhaft. Die Probleme des Agrarmarktes sind nämlich durch die jüngsten Entscheidungen im Währungsbereich keineswegs geringer geworden.

So wird Kiechle Mühe haben, den Forderungen der EG-Partner nach einem kräftigen Abbau des deutschen Währungsausgleichs zu widerstehen. Er sichert den Landwirten in der Bundesrepublik trotz der D-Mark-Aufwertung ihre bisherigen Mindestpreise. Für Frankreich und andere Abwertungsländer ist der Grenzausgleich ein Element der Wettbewerbsverzerrung. Er erleichtert nämlich die deutschen Exporte und erschwert die Agrareinfuhren.

Verwirklicht werden könnte der Abbau des Währungsausgleichs bei einer massiven Anhebung der Garantiepreise in europäischen Währungseinheiten (Ecu). Die Kommission hat durchschnitliche Preisanhebungen von 4,5 Prozent vorgeschlagen. Das Europarlament und die Bauernverbände treten für mindestens sieben Pozent ein.

HWW-PROGNOSE

Preisanstieg sinkt unter die Drei-Prozent-Marke

dpa/VWD, **Hamburg**

Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte sich im Laufe dieses Jahres weiter ermäßigen. Das HWW-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg sieht gegen Ende des Jahres sogar eine Zwei vor dem Komma. Das bedeutet, so stellt das Institut in einer „Konjunktur von morgen" fest, daß in der diesjährigen Tarifrunde für die Dauer der fälligen Tarifverträge eine „Reallohnsicherung" – die freilich bei den gegenwärtigen Verteilungsrelationen wachstumspolitisch ungünstig wäre – schon mit weit niedrigeren Abschlußsätzen erreicht würde, als das von den Gewerkschaften bisher geltend gemacht worden sei.

Der Preisauftrieb in der Bundesrepublik hat schon in den letzten Monaten spürbar nachgelassen, berichtet das HWWA. Eine ganz wesentliche Rolle habe dabei wiederum die Entwicklung der Ölpreise gespielt. ausschlaggebend aber sei der nachlassende Kostendruck zusammen mit einem konjunkurbedingt starken Wettbewerb gewesen. Auch im weiteren Verlauf dieses Jahres würden die günstigen Bedingungen für eine anhaltende Dämpfung des Preisauftriebs überwiegen.

Die bisherige Tarifrunde läßt nach Ansicht der Hamburger Wirtschaftsforscher erwarten, daß von der Lohnentwicklung her Raum für ein weiteres Nachlassen des Kostendrucks bleibt. Die Lohn- und Gehaltssteigerungen dürften merklich geringer ausfallen als im letzten Jahr. Den nachlassenden Kostendruck dürften zwar viele Unternehmer zur Aufbesserung der gedrückten Gewinnspannen nutzen, doch der intensive Wettbewerb, die niedrige Auslastung der Produktionskapazitäten würden einem solchen Verhalten Grenzen setzen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Erzeugerpreise steigen langsamer

Wiesbaden (rtr) – Die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte sind im Februar gegenüber dem Vorjahr nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nur noch um zwei Prozent gestiegen. Im Januar lag die Steigerungsrate noch bei 2,2 und im Dezember bei 3,6 Prozent. Wie das Amt am Dienstag weiter mitteilte, sank der Index der Erzeugerpreise (1980=100) im Berichtsmonat gegenüber Januar um 0,1 Prozent auf 115,0. Im Monatsvergleich verteuerte sich unter anderem inländisches Erdöl (plus 3,8 Prozent), NE-Metalle und Edelmetalle (plus 1 Prozent) und Kakaoerzeugnisse (plus 8,4 Prozent).

Geringere Erdgasimporte

Eschborn (AP) – Die Netto-Erdgaseinfuhren der Bundesrepublik sind im Februar dieses Jahres gegenüber dem Vergleichsmonat 1982 um 3,6 Prozent von 3,88 Milliarden Kubikmeter auf 3,74 Milliarden Kubikmeter zurückgegangen. Dies teilte das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (BAW) nach vorläufigen Berechnungen in Eschborn im Taunus mit. Noch stärker als die Einfuhrmengen sanken die Netto-Einfuhrwerte mit 7,1 Prozent. Während die Netto-Erdgasimporte im Februar 1982 noch mit fast 1,3 Milliarden Mark zu Buche geschlagen waren, mußten im Februar dieses Jahres nur noch knapp 1,2 Milliarden Mark bezahlt werden.

Kooperation

Brüssel (dpa/VWD) – Die europäisch-arabischen Wirtschaftsbeziehungen sollen künftig intensiver werden. Nach Mitteilungen der EG-Kommission in Brüssel haben die Gespräche zwischen der Gemeinschaft und den im Rat der Golfstaaten zusammengeschlossenen arabischen Öländer in Riad zu ersten konkreten Ergebnissen geführt. Als erster Schritt zu den von der Gemeinschaft angestrebten bilateralen Kooperationsverträgen wurde ein regelmäßiger Informationsaustausch über die jeweiligen Tätigkeiten der beiden Organisationen vereinbart.

Rentenmarkt in Ungarn

Budapest (rtr) – Ungarn hat nach einem Bericht der amtlichen Nachrichtenagentur MTI einen Rentenmarkt gestartet. Wie die Agentur meldete, sollen damit Gesellschaften und Kooperativen die Möglichkeit zur Aufnahme notwendiger Investitionsmittel erhalten, während gleichzeitig anderen die Möglichkeit eingeräumt wird, Überschüsse zu attraktiven Raten verzinst anzulegen. Die erste Anleihe unter einem Gesetz, das im vergangenen Jahr verabschiedet worden war, wurde nun von der Nationalen Öl- und Gasgesellschaft über die Nationale Staatliche Entwicklungsbank gegeben. Sie hat eine Volumen von 200 Millionen Forint, eine zehnjährige Laufzeit, und wird zu 11,5 Prozent verzinst.

Dollar-Anleihe

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Emission einer Anleihe über 100 Millionen Dollar über ihre holländische Tochtergesellschaft Dresdner Finance B. V. (Amsterdam) kündigt die Dresdner Bank AG an. Die Anleihe ist bei einer Festlaufzeit von sieben Jahren mit einem Nominalzins von elf Prozent und einem Ausgabekurs von 100 Prozent ausgestattet. Der Erlös soll zur Finanzierung des internationalen Geschäfts der Dresdner Bank-Gruppe verwendet werden.

Öl zurückgehalten

London (VWD) – Um die Rohölpreise am Spotmarkt zu stützen, halten nach Ansicht von Londoner Ölexperten die Opec-Länder einen Teil ihrer Förderung vom Markt zurück. Darin sieht man in diesen Kreisen die Bemühungen dieser Länder, sich an das Förder- und Preisabkommen zu halten und den Versuch, in letzter Minute eine Preissenkung seitens Großbritanniens zu verhindern. Sollte sich die British National Oil Corp mit ihrer Preisvorstellung von 30,50 Dollar je Barrel für Nordseeöl nicht durchsetzen können, sei noch in dieser Woche mit einer entsprechenden Preissenkung zu rechnen, heißt es weiter.

Wochenausweis

	23. 3.	15. 3.	23. 2.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	84,9	84,1	73,6
Kredite an Banken	60,7	48,8	60,6
Wertpapiere	5,9	5,8	5,9
Bargeldumlauf	94,1	95,8	92,5
Einl. v. Banken	44,7	42,1	40,0
Einl. v. öffentl. Haushalten	12,4	4,1	6,7

ISLANDSURLAUB

ach der Mark-Aufwertung ur vorübergehend billiger

AUS DERTINGER, **Frankfurt**

r Auslandsurlaub ist für deut- Touristen nach der jüngsten hselkurskorrektur im Europäin Währungssystem (EWS) et- billiger geworden. Allerdings. echnet die Commerzbank vor, nte die Aufwertung der lark meist nur die deutlich hön Preissteigerungen in den tigsten EG-Touristenländern gleichen.

Frankreich verbesserte sich ch die Kaufkraft der Urlaubsk gegenüber dem vorigen Somdeutlich um sechs Pfennig auf D-Mark. In den übrigen EWS-dern bekommt der deutsche rist dagegen nur etwa ein Pro- mehr für sein Geld als im nmer 1982. Die Freude über den gsten Kaufkraftgewinn wird alings bis zum Sommer wieder chmälert, weil die Geldentwerg im Ausland in einem schnelle- Tempo weitergeht als bei uns.

ach einer Aktualisierung der isegeldparitäten" unter Einbeziehung der Wechselkurs- und Inflationsentwicklung seit Mitte 1982 kommt die Commerzbank zu dem Ergebnis, daß der Urlaub in den wichtigsten Auslandstourismus-Ländern seither billiger geworden ist als daheim. Heute sei der Urlaub in zehn von 14 Staaten preiswerter als in Deutschland, im Vorjahr dagegen nur in acht Ländern.

Am höchsten ist die Kaufkraft der Urlaubsmark nach Berechnungen der Bank nach wie vor in Jugoslawien, wo man 60 (27) Prozent mehr für sein Geld bekommt als in Deutschland. In Italien ist die Urlaubsmark 1,20 Mark wert, in Portugal 1,37 Mark, in Spanien 1,08 und in Griechenland 1,05 Mark. Etwa ebenso teuer wie die Bundesrepublik sind die Urlaubsländer Österreich, Niederlande und USA sowie Großbritannien. Als teuerstes Urlaubsland führt die Commerzbank nach wie vor die Schweiz auf, wo die Mark nur die Kaufkraft von 77 Pfennig hat.

DEUTSCHE AUSLANDSINVESTITIONEN / Trotz Rezession auf Rekordniveau

USA bleiben wichtigstes Anlageland

rtr, **Bonn**

Die deutschen Investitionen im Ausland haben sich auch 1982 trotz der wirtschaftlichen Rezession nahe dem Rekordniveau vom Vorjahr gehalten. Wie das Bundeswirtschaftsministerium am Dienstag mitteilte, beliefen sich die Nettotransferzahlungen für private Direktinvestitionen im Ausland auf 9,76 Milliarden Mark, was einen nur unwesentlichen Rückgang gegenüber dem Rekordstand von 9,82 Milliarden Mart im vorangegangenen Jahr bedeutet. Die USA blieben auch 1982 wichtigstes Anlageland, während die aktivste Branche der deutsche Straßenfahrzeugbau war.

Die Bruttotransferleistungen für Direktinvestitionen im Ausland erhöhten sich nach Angaben des Ministeriums im vergangenen Jahr auf 13,2 (Vorjahr 12,6) Milliarden Mark, während andererseits auch die Rückflüsse (aus Darlehen, Liquidationen, Veräußerungen) mit 3,4 (Vorjahr 2,8) Milliarden Mark höher ausfielen. Aus der Differenz dieser zwei Zahlen ergibt sich der Nettowert.

Im Berichtsjahr verblieben die ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland allerdings nahezu unverändert. Sie erreichten brutto eine Höhe von 6,4 (6,3) Milliarden Mark. Unter Berücksichtigung der Rückflüsse von 2,3 (2,2) Milliarden Mark ergibt sich ein Nettowert des Kapitalflusses in die Bundesrepublik seitens des Auslandes von 4,12 (4,0) Milliarden Mark, was wiederum einen Höchststand bedeutet.

Wichtigste deutsche Anlageländer sind die USA mit einem Investitionsvolumen von 3,2 Milliarden, gefolgt von Großbritannien mit 1,1 Milliarden und Belgien/Luxemburg mit 749 Millionen Mark. Bereits danach folgt das hochverschuldete Brasilien mit 603 Millionen Mark, und auch das ebenfalls stark verschuldete Argentinien befindet sich mit 38 Millionen Mark noch in der Spitzengruppe der deutschen Anlageländer.

Bei der regionalen Aufgliederung fällt auf, daß Europa mit knapp vier (Vorjahr knapp drei) Milliarden Mark seine Position als deutsches Anlagegebiet ausbauen konnte. Stark zurück fiel dagegen Amerika mit 4,8 (5,6) Milliarden Mark und hier vor allem Mittelamerika mit einem Einbruch auf 62 (844) Millionen Mark. Südamerika erhöhte mit einer Milliarde Mark (0,9) seinen Anteil.

Auch Asien verlor mit 122 (804) Millionen Mark deutlich an Attraktivität für deutsche private Investoren. Insgesamt blieb die Relation mit 77,5 (76,6) Prozent des deutschen Investitionsflusses für die Industrieländer und 22,5 (23,3) Prozent für die Entwicklungsländer kaum verändert.

Wichtigste Branchen deutscher Investitionen im Ausland waren mit einer Milliarde Mark der Straßenverkehrsbau, vor der Elektrotechnik mit 939 Millionen Mark und den Kreditinstituten mit 905 Millionen Mark.

Von den insgesamt 9,76 Milliarden Mark an Nettozahlungen für Direktinvestitionen entfielen allein 6,9 Milliarden Mark auf Beteiligungen, der Rest bestand nahezu ausschließlich aus Darlehen und Zuschüssen.

EG

London erhält Beiträge zurück

rtr, **Brüssel**

Nach zähen Verhandlungen ist Großbritannien eine Beitragsrückzahlung von der Europäischen Gemeinschaft (EG) in Höhe von 1092 Milliarden Europäischen Währungseinheiten (Ecu) (etwa 2,43 Milliarden Mark) zugebilligt worden. In einer Erklärung der EG-Kommission heißt es, 90 Prozent der Summe werde innerhalb der nächsten Tage an die britische Regierung weitergeleitet werden. Der auszahlbare Nettobetrag belaufe sich damit auf rund 800 Millionen Dollar. Damit würden in Großbritannien regionale Entwicklungs- und Energieprojekte finanziert werden.

Die britische Premierministerin hatte bereits beim EG-Gipfel in der vergangenen Woche angekündigt, ihre Regierung strebe eine ähnliche Abmachung für die Beiträge des Jahres 1983 an. Die entsprechende Vereinbarung solle bis Juni abgeschlossen werden.

Einer Erklärung der Regierung in London zufolge soll ein Großteil der Rückzahlung für Transport Fernmeldewesen sowie Wasser und Wohnungsbauprojekte in den ärmsten Gebieten des Landes, besonders in Nordengland, Schottland, Wales und Nordirland, ausgegeben werden.

Großbritannien hat über ein Jahr lang über die Erstattung verhandelt und ist nach der Bundesrepublik Deutschland der größte Beitragszahler der Gemeinschaft. Das Land hat nach eigener Auffassung nur relativ wenig von der aufwendigen EG-Agrarpolitik profitiert. Großbritannien hat sich zudem für eine langfristig angelegte Änderung der EG-Ausgabenpolitik eingesetzt. Es strebt eine Kürzung seiner Beitragszahlungen an.

JAPAN / Das Echo auf die Einfuhr-Erleichterungen ist unterschiedlich – Regierung: Ein entscheidender Schritt

Importeure können viel Zeit und Kosten sparen

FRED de la TROBE, **Tokio**

„Einige Erleichterungen stehen ins Haus." „Per Saldo kommt dabei für uns nicht viel heraus." Das sind typische Kommentare ausländischer Handelskreise in Tokio zum neuen – vierten – Paket der japanischen Regierung zur weiteren Marktöffnung. Andere nennen die Maßnahmen mehr psychologisch als materiell wirksam. Immerhin seien aber zum ersten Mal Dinge angefaßt, deren Liberalisierung bisher immer strikt abgelehnt worden sei. Das Urteil ist allerdings dadurch etwas unsicher, als schriftliche Ausführungen seitens der Regierung noch nicht vorliegen und die bisherigen Bekanntmachungen noch recht vage sind.

Nach den Erklärungen der japanischen Regierung ist das neue Paket ein entscheidender Schritt, der Japan in der handelspolitischen Freizügigkeit das Niveau anderer Industriestaaten erreichen läßt. Zunächst muß das japanische Parlament allerdings 17 Gesetze ändern, damit die Erleichterungen in Kraft treten können. Dieser Prozeß kann frühestens im Oktober abgeschlossen werden.

Immerhin wird überwiegend anerkannt, daß die Regierung Nakasone den Abbau der nichttarifären Hemmnisse Japans auch in einem Zeitpunkt vorantreibt, in dem der ausländische Druck auf Japan in Richtung Liberalisierung nachgelassen hat. Nakasone hat wiederholt erklärt, daß Japan als industrielle Großmacht in dieser Frage nicht zu kleinlich sein sollte.

Nach den Erklärungen der Regierung sollen die neuen Maßnahmen es den ausländischen Lieferanten ermöglichen, die Importerlaubnis direkt von den Behörden zu erhalten – ohne den Umweg über einen japanischen Agenten. Dadurch würden sich Zeit und Kosten einsparen lassen. Ferner sollen künftig die erforderlichen Tests und Inspektionen für Ausländer und Japaner gleichmäßig – ohne Diskriminierung – gehandhabt werden.

Bei den Automobileinfuhren soll eins der beiden für die Zulassung angewandten Verfahren erleichtert werden. Vertreter der Autofirmen sind allerdings der Ansicht, daß das zu erleichternde Verfahren ohnehin von niemanden benutzt werde. Allerdings werde es daneben doch einige kleine Verbesserungen geben wie beispielsweise schnellere Abwicklung der Zulassung und Anerkennung einiger ausländischer Tests.

Im Pharmabereich sollen vorklinische Tests im Ausland anerkannt werden, wenn sie nach internationalem Standard vorgenommen wurden. Dabei ist allerdings noch nicht klar, was unter „internationalem Standard" verstanden wird.

Andere Vorteile der neuen Maßnahmen werden eine größere Transparenz der japanischen Vorschriften und Bestimmungen für Ausländer und Erleichterungen in der Abwicklung sein. Die japanische Presse beurteilt das Paket im allgemeinen positiv, bemängelt aber, daß die Maßnahmen erst jetzt beschlossen wurden. Die Zeitung „Yomiuri" räumt ein, daß trotz der neuen Maßnahmen noch längst nicht alle Schranken gefallen seien. Japan müsse die Freizügigkeit im Handel als Regel setzen und nur in Ausnahmefällen Beschränkungen setzen. Bisher sei es umgekehrt gewesen. (SAD)

NAMEN

Dr. Georg Peter Glomb, bisher Mitglied der Geschäftsleitung des Bankhauses Hermann Lampe KG, Bielefeld, ist von der Hessischen Landesregierung mit Wirkung vom 1. April 1983 zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Nassauischen Sparkasse, Wiesbaden, bestellt worden. Er wird für den Geschäftsbereich Wiesbaden und für das Auslandsgeschäft zuständig sein.

Dr. Helmut Falser wurde zum Marketing Direktor der Datamac Computer Systems Inc., Sunnyvale/Kalifornien/USA, ernannt. Er leite te zugleich als Geschäftsführer die deutsche Niederlassung und Europazentrale von Datamac, München.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bayreuth: ca-salor Teppich-Vertriebs GmbH, Pegnitz; **Gelsenkirchen:** Werner Nowakowski, Installateurmeister. Bottrop; **Gütersloh:** Honig-Zentrale W. Hermann Krieger GmbH & Co. KG; **Hamburg:** KG in Fa. AWG-Beteiligungsges. mbH & Co. KG; Heidenheim/Brenz: Keller GmbH, Gerstetten/Krs. Heidenheim; **Heilbronn (Neckar):** TTH Top Tennishallen GmbH, Flein; **Herford:** Heinrich Gustav Wilfried Wulfmeyer, Enger; ELB-Luft- u. Klimatechnik GmbH, Bünde; **Itzehoe:** Nachl. d. Rudolf Hüttmann, Schuhmachermeister, Schenefeld; Zentralheizungs- u. Lüftungsbauer Harald Lentfer, Glückstadt; **Kiel:** a) Decken- u. Montagebau GmbH b) Förde-Betonstahl-Verarbeitungs mbH, Melsdorf/Kiel; **Siegburg:** MRP Dental-Labor f. Präzisions-Prothetik GmbH, Troisdorf; **Stuttgart-Bad Cannstadt:** Ingeborg Bauer; **Wetzlar:** Loh GmbH, Solms-Burgsolms.

Anschlußkonkurs eröffnet: Celle: Celler Industriemontagen Helmuth Heilbült GmbH; **Detmold:** Spitzen-Union - T. V. S. Beteiligungs-Verwaltungs GmbH KG i. L., Schieder-Schwalenberg; **Kaufbeuren:** Arthur Vogel, Biessenhofen; Rosemarie Vogel, Biessenhofen.

Vergleich eröffnet: Bückeburg: Wilhelm C. Ilsemann, Obernkirchen.

Vergleich beantragt: Hamburg: Jürgen Jung.

FRANKREICH / Staatseinfluß auf Textilindustrie

Paris verstärkt Kontrolle

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nach Rhône-Poulenc Textile (RPT), dem größten französischen Chemiefaser-Produzenten, der zusammen mit seiner Muttergesellschaft Rhône-Poulenc vor einem Jahr verstaatlicht worden ist, hat sich der Staat in weiteren Textilkonzernen des Landes mehr oder weniger starken Einfluß verschafft. Damit seien die Voraussetzungen für ein „textiles Jalta" geschaffen worden, behauptet die Pariser Wirtschaftszeitung „Les Echos".

Das im allgemeinen gut informierte Blatt erwartet konkret, daß es in absehbarer Zeit zu einer Fusion zwischen Boussac-Saint Frères (BSF) und Prouvost, der jeweils größten Baumwoll- und Wollgruppe Frankreichs, kommt. Diese Restrukturierung könnte auch die Bidermann-Gruppe, das größte Konfektionsunternehmen des Landes, erfassen.

An der BSF, die Nachfolgegesellschaft für den textilen Sektor des in Konkurs geratenen und früher von den Gebrüdern Willot beherrschten Agache-Willot-Gruppe, ist inzwischen das staatliche „Institut für die industrielle Entwicklung" (IDI) mit 51 Prozent beteiligt. Die übrigen 49 Prozent des Kapitals befinden sich im Besitz der verstaatlichten Banken. Zwischen BSF und RPT wurde kürzlich unter dem Druck der Regierung e[in] sektorielles Kooperationsabkommen getroffen.

Demgegenüber befindet si[ch] Prouvost noch im überwiegend[en] Privatbesitz. Inzwischen aber wu[r]den den verstaatlichten Bank[en] zur Absicherung einer großen [Fi]nanz- und Investitionshilfe ei[ne] 20prozentige Kapitalbeteiligu[ng] eingeräumt. Gleichzeitig gab d[ie] Familie Prouvost bekannt, daß [sie] bereit sei, ihre Position als Haup[t]aktionär aufzugeben.

Zwischen den beiden Konzerne[n] bestehen bereits enge personel[le] Verflechtungen. Der Präsiden[t] und Generaldirektor von Prouvos[t], Christian Derveloy, ist zugleic[h] Mitglied des Verwaltungsrats vo[n] BSF. Andererseits ist die Stellun[g] des (von der Regierung eingesetz[ten]) BSF-Präsidenten René Maye[r] sehr umstritten, was den Einflu[ß] von Derveloy bei BSF gestärkt ha[]ben soll.

Die Bidermann-Gruppe schlie[ß]lich hat von den verstaatlichte[n] Banken ebenfalls größere Mittel e[r]halten; deren Kapitalbeteiligun[g] wird diskutiert. Die Firma ist abe[r] noch voll in Privatbesitz, nämlic[h] von Maurice Bidermann (75 Pr[o]zent), dessen Vorstandsvorsitze[n]den Georges Jollès (15 Prozen[t]) und dem Leiter der amerikan[i]schen Tochtergesellschaft, Miche[l] Celnik (10 Prozent).

Stahlfirmen wollen Zahlungsaufschub

dpa/VWD, **Brüssel**

Mehrere Stahlunternehmen haben bei der EG-Kommission um einen Aufschub der Rückzahlung von Investionskrediten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) nachgesucht. Ein Sprecher der Kommission bestätigte dies in Brüssel auf Anfrage, ohne genaue Zahlen zu nennen. Es handelt sich nach seinen Angaben um eine „sehr begrenzte Zahl" von Firmen und um „geringe Summen".

Aus Kreisen der Kommission verlautete dazu, daß zu den Antragstellen auch die Krupp Stahl AG gehöre, von der aber in Bochum keine Stellungnahme mehr zu erhalten war. Man rechne außerdem mit Anträgen der Arbed Saarstahl GmbH und der Klöckner Werke AG. Wie es weiter hieß, werden jedoch die Ersuche in Brüssel „grundsätzlich negativ bewertet".

Von ihren Vorhalten habe die EG-Kommission auch das Bonner Bundeswirtschaftsministerium unterrichtet. Eine Erfüllung der offensichtlich mit Liquiditätsschwierigkeiten zusammenhängenden Aufschubanträge sei besonders bei deutschen Stahlunternehmen problematisch.

Streik bei Leyland für „Waschminuten"

AP, **London**

Aus Protest gegen die geplante Abschaffung ihrer „Waschminuten" haben die 3000 Arbeiter der Tagschicht des British-Leyland-Werkes in Cowley die Arbeit niedergelegt. Der Streik kostet den Automobilkonzern täglich die Herstellung von 1000 Fahrzeugen, darunter 500 Autos des erst am 1. März auf den Markt gebrachten neuen Erfolgsmodells „Maestro". Mit dem Arbeitskampf wollen die Arbeiter das nicht vertraglich verankerte traditionelle Recht verteidigen, drei Minuten vor Ende der Tagschicht und neun Minuten vor Ende der Nachtschicht die Bänder abzuschalten, um ungestört saubermachen zu können. Die Geschäftsleitung will durch die Nutzung dieser Minuten für die Produktion die Wochenleistung um 100 Autos erhöhen.

Einen Streik für die „Waschminuten" hatte die Unternehmensleitung nach den Worten ihres Direktors nicht erwartet, da British Leyland nur die Einhaltung der schriftlichen Arbeitsverträge verlange. Dagegen erklärte ein Gewerkschaftssprecher, der Streik sei durch den Ärger um die „Waschminuten" nur ausgelöst worden. In Wirklichkeit hätten die Arbeiter „die Art und Weise satt, mit der sie die ganzen letzten Monate hindurch behandelt wurden". Das Management greife selbstherrlich zu unannehmbaren Mitteln, um die Produktion zu erhöhen. Auf die Produktion des „Maestro" im Werk Cowley setzt British Leyland seine Hoffnung für eine Sanierung des Konzerns.

GROSSBRITANNIEN / Umstrittene Ernennung

Neuer Kohle-Chef im Amt

WILHELM FURLER, **London**

Die britische Regierung hat wie erwartet den bisherigen Chef des staatlichen Stahlkonzerns British Steel, Ian MacGregor, zum neuen Chairman der ebenfalls staatlichen Kohlebehörde National Coal Board berufen. Die Ernennung ist auf heftige Kritik seitens der Gewerkschaften und der Labour-Partei, aber zum Teil auch aus Reihen der konservativen Partei gestoßen.

Im Kreuzfeuer steht vor allem die Tatsache, daß die Regierung dem New Yorker Investment-Bankhaus Lazard Frères, an dem der 70jährige MacGregor beteiligt ist, eine Abfindung in Höhe von umgerechnet 5,3 Millionen Mark überweist. Mit dieser Summe soll MacGregors dreijährige Abwesenheit von Lazard Frères ausgeglichen werden.

Die vorausgegangene dreijährige Tätigkeit MacGregors als Chairman von British Steel wird von der Regierung ebenfalls durch Zahlungen an das New Yorker Bankhaus ausgeglichen, wobei der Höchst-Betrag von 6,35 Millionen Mark je nach Abschneiden des staatlichen Stahlkonzerns nicht voll überwiesen werden muß.

Jetzt wird argumentiert, daß man anstelle des Wahl-Amerikaners MacGregor, der im Jahr Bezüge in Höhe von umgerechnet knapp 210 000 Mark erhalten wird (genauso viel wie sein noch amtierender Vorgänger Norman Siddall), besser einen geeigneten Manager aus der britischen Wirtschaft engagiert hätte. Doch seit langem ist bekannt, daß Premierministerin Margaret Thatcher den gebürtigen Schotten wegen dessen unternehmerischer Fähigkeiten besonders schätzt.

MacGregor hat es immerhin geschafft, den von überalterten Anlagen, Überkapazitäten und einer viel zu großen Belegschaft gezeichneten staatlichen Stahlkonzern wieder zu einem international ernstzunehmenden Wettbewerber werden zu lassen. So reduzierte er die Belegschaft bei British Steel von knapp 170 000 auf heute nur noch 85 000 Mitarbeiter. Nach Ansicht von Arthur Scargill, Chef der Bergleute-Gewerkschaft, wird der Wahl-Amerikaner nach seiner Amtsübernahme beim National Coal Board am 1. September das „Skalpell" des bisherigen Chairman Siddall durch das Beil ersetzen.

Dies wird von der Regierung als Unfug zurückgewiesen. Energie-Minister Nigel Lawson: „Beilschwingende Manager wären uns viel billiger gekommen." Im übrigen sei es so, daß der Coal Board täglich einen so hohen Verlust mache, wie an Kompensationszahlungen für die dreijährige Ausleihung MacGregors an Lazard Frèeres geleistet werde. Im jetzt abgelaufenen Finanzjahr hat der staatliche Kohlekonzern einen Verlust in Höhe von rund 480 Millionen Pfund oder knapp 1,7 Milliarden Mark hinnehmen müssen.

ÖSTERREICH / Konjunkturforscher revidieren ihre Prognosen

Wachsende Nachfrage gibt Impulse

W. FREISLEBEN, **Wien**

Die optimistischen Meldungen aus dem Ausland haben auch die beiden Wiener Prognose-Institute veranlaßt, ihre Annahmen über die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in diesem Jahr zu revidieren. Anstelle eines Wirtschaftswachstums zwischen 0 und einem halben Prozent könne mit 0,7 bis 1 Prozent gerechnet werden. Diesen Annahmen zugrunde liegt teilweise eine gestärkte Auslandsnachfrage infolge freiwerdender Kaufkraft im Zuge der Energiepreisverbilligung, die auch in Österreich nach Einschätzung des Instituts für Höhere Studien (IHS) das Wachstum mit 0,6 Prozent stimulieren wird.

Der private Verbrauch, der schon im Vorjahr mit einem Plus von 1,6 Prozent eine wesentlich Konjunkturstütze war, sollte auch heuer real um ein weiteres Prozent zunehmen. Zwar werden sich die Nettomasseneinkommen nach 6,4 Prozent im Vorjahr nur noch um knapp 5 Prozent erhöhen, doch sollten bei einem anhaltend niedrigen Anstieg der Verbraucherpreise von 3,7 Prozent bis 3,9 Prozent im Jahresdurchschnitt (1982: 5,4) die Realeinkommen erneut zunehmen.

Einen zweiten Impuls aus dem Inland erwarten die Prognostiker von einem Lageraufbau – ausgenommen in der Landwirtschaft und bei Erdgas. 1982 war ein – teilweise deutlicher – Lagerabbau vorangegangen, dem allerdings ein ebensolcher Anstieg in der Landwirtschaft gegenüberstand.

Entspannt zeigt sich auch die Situation in der Bauwirtschaft infolge einer günstigeren Auftragslage. Nach einem Rückgang der Bauinvestitionen um 5,2 Prozent rechnet das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) 1983 mit einem realen Anstieg um 2 Prozent, das IHS allerdings noch mit Stagnation. Unklarheit herrscht bei den Experten über die tatsächliche Wirkung der beiden Beschäftigungsprogramme der Regierung. Gewiß ist lediglich eine beträchtliche zeitliche Verzögerung und ein wesentlicher Stabilisierungsbeitrag für die Bauwirtschaft, der sich letztlich aber doch nur um 0,1 bis 0,2 Prozent in der Beschäftigung niederschlagen dürfte.

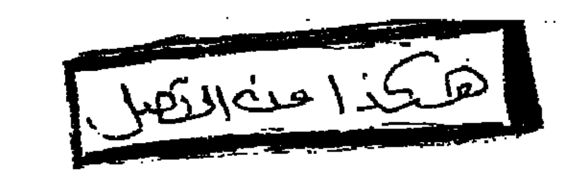
Keinerlei Impulse dagegen kommen nach wie vor von den Ausrüstungsinvestitionen: Die niedrige Kapazitätsauslastung läßt deren Volumen um ein weiteres Prozent schrumpfen. Die gesamten Brutto-Anlageinvestitionen dürften um ein halbes Prozent zurückgehen. Die Industrieinvestitionen werden allerdings bei einem Rückgang der Produktion um 3,9 Prozent und einem Abbau von weiteren 23 000 Beschäftigten gleich um 5 Prozent abnehmen.

Die nun verbesserten Konjunkturaussichten werden allerdings auf die Beschäftigungslage insgesamt ohne Wirkung bleiben. Die Arbeitslosenrate wird kontinuierlich weiter ansteigen und im Jahresdurchschnitt bei 4,5 bis 4,6 Prozent liegen (1982: 3,7 Prozent).

Auch die Exporte werden nicht den erwarteten internationale[n] Konjunkturhoffnungen entspre[]chend wachsen, sondern gege[n]über dem Vorjahr leicht abge[]schwächt nur mit einem Prozen[t]. Dabei sollte sich aber mit den wes[t]lichen Industriestaaten im allge[]meinen ebenso wie mit der Bun[]desrepublik Deutschland eine Ste[i]gerung um 1,5 bis 2 Prozent real[i]sieren lassen. In die Entwicklung[s]länder dagegen, die bereits eine[n] Ausfuhranteil von 5 Prozent a[uf]nehmen (davon die Hälfte Opec), wird erheblich weniger exportie[rt] werden können. In die Oststaate[n] (Anteil 11 Prozent) wird nach e[i]nem Rückgang wieder mit eine[m] Zuwachs von 2 Prozent gerechne[t].

Der erfreuliche Marktanteilsge[]winn von 1982 ist nicht mehr [zu] erwarten. Die Terms of trade we[r]den sich um 2,5 Prozent verbe[s]sern. Infolge einer besseren Pr[o]duktivitätssteigerung bleibt in d[er] Industrie der Lohnstückkostenz[u]wachs um einen halben Prozent[]punkt niedriger als in der Bunde[s]republik, womit sich in diese[m] Vergleich eine weitere Verbess[e]rung dr Arbeitskostenposition f[ür] die österreichische Indust[rie] ergibt.

Die 1982 mit einem Überschu[ß] abgeschlossene Leistungsbila[nz] dürfte durch die konjunkturb[e]dingte Importsteigerung (um g[ut] 1,5 Prozent) beeinträchtigt werde[n], doch gehen hier die Meinung[en] zwischen einem Aktivum von [] und 13 Milliarden Schilling ause[in]ander.



VÖGELE / Investitionsschub für neue Maschinen – Keine Kurzarbeit mehr

Voll ausgelastet bis unters Dach

WERNER NEITZEL, Mannheim

Die zu den führenden Herstel-rn von Straßenbaumaschinen ihlende Joseph Vögele AG, annheim, die unlängst durch den bschluß eines neuartigen Ent-lttarifvertrages mit der IG Metall r Schlagzeilen sorgte, registriert it Oktober vergangenen Jahres nen deutlich steigenden Auf-gseingang. Seit Januar dieses ihres wird nicht mehr kurzgear-itet. „Wir sind voll bis unters ach", beschreibt Vorstandsvor-tzender J. Heinrich Axer die Auf-gslage. Nach wie vor dominiert as Auslandsgeschäft, das in der parte der Straßenfertiger – dane-en produziert Vögele Erzeugnisse r Schmiertechnik, Maschinen r die Weichzerkleinerung und nlagen für die Betonbereitung – nen Anteil von 75 Prozent auf-eist.

Axer rechnet für dieses Jahr mit einem Umsatzzuwachs von 10 bis 15 Prozent und mit einer weiteren Ertragsverbesserung. Der Umsatz war im Berichtsjahr 1982 um 6 Prozent auf 95,7 Mill. DM zurückgegangen, eine Folge der Marktschwäche insbesondere im Inland. Rund zwei Drittel des Umsatzes entfielen auf den Export. Gleichwohl gelang eine Steigerung des Jahresüberschusses auf 1,02 (0,72) Mill. DM durch eine Politik der flexiblen Anpassung. Aufwand und Leistung konnten den Umsatzschwankungen aber zeitgleich angepaßt und Kostensteigerungen mehr als ausgeglichen werden. Auf das inzwischen aus Gesellschaftsmitteln von 6 auf 8 Mill. DM aufgestockte Aktienkapital, das zu 82 Prozent in Familienbesitz und zu 18 Prozent bei der Deutschen Bank liegt, werden unverändert 12 Prozent Dividende ausgeschüttet.

Zusätzliche Geschäftsimpulse verspricht sich das Unternehmen von einigen Produktinnovationen, darunter eine Hochverdichtungsbohle, mit der Aufbringung und Verdichtung von Straßendecken in einem Arbeitsgang möglich sind, oder einer äußerst schallarm arbeitenden Impulsramme. 5,4 Prozent vom Umsatz wurden für Forschung und Entwicklung aufgewendet.

Investiert wurden 1,3 (2,3) Mill. DM und abgeschrieben erneut 2,3 Mill. DM. Für dieses und das kommende Jahr ist ein Investitionsschub von insgesamt 15 Mill. DM vorgesehen, auch für die Anschaffung neuer Maschinen. In der Bilanz, die sich durch gesunde Relationen auszeichnet, verbesserte sich die Eigenmittelquote auf 25,3 (23,0) Prozent, das Anlagekapital macht 64,3 Prozent der Bilanzsumme aus. Vögele beschäftigt rund 1000 Mitarbeiter.

OEHRINGER MANNHEIM / Neuordnung belastete

Noch nicht ganz auskuriert

VWD, Mannheim

Nach der Straffung der Unter-hmensstruktur und der Tren-ng von verlustreichen Aktivitä-ı im In- und Ausland erwartet Boehringer Mannheim GmbH, nnheim, einer der führenden itschen Arzneimittelhersteller, 1983 wieder bessere Erträge. rch die Neuordnung wurden, das Unternehmen mitteilte, 2 der Umatz und vor allem das gebnis erneut „in erheblichem, n Jahr 1981 vergleichbaren Um-g" belastet, vor allem durch Ab-reibungen im Beteiligungsbe-ch. Im Jahr zuvor waren Bela-ngen in der Größenordnung ı 90 Mill. DM zu verkraften. Der resüberschuß 1982 blieb mit Mill. DM gegenüber dem auf Mill. DM halbierten Vorjahre-gebnis nochmals zurück.

eben der Konzentration der ligung klinischer Diagnostika-äte auf Mannheim, wurden 2 unter anderem das Ultra-allgeräte-Geschäft in den USA äußert sowie die Diätetik-Toch-Tarom, die Ofenbaufirma istra die langjährige Beteiligung an -Spielkarten abgegeben. Bei Dyko Industriekeramik habe die unbefriedigende Ertragslage zu „einschneidenden" Personal- und Kostenreduzierungen gezwungen.

Der Umsatz 1982 stagnierte daher. Im bereinigten Jahresvergleich wurde jedoch im Inlandskonzern ein Zuwachs um 6,0 Prozent auf 1,3 Mrd. DM und weltweit ein Plus von 10 Prozent auf 1,7 Mrd. DM erzielt. Das Wachstum im Inlandskonzern brachte, wie es heißt, ausschließlich Diagnostika (Reagenzien und Geräte), wobei die Zusammenarbeit mit Hitachi auf dem Gerätegebiet zum beträchtlichen Exportzuwachs beigetragen habe.

Das Betriebsergebnis sei trotz Zins- und Währungsentlastung geschmälert worden. Mit der Zusammenfassung der Diagnostika- und Geräteaktivitäten auch bei der größten Auslandsgesellschaft, der Boehringer Mannheim Corp., sei ein entscheidender Schritt zur Überwindung der Verlustsituation in diesem Bereich getan worden.

Die Sach- und Finanzinvestitionen des Konzerns von 77 Mill. DM, darunter unverändert 57 Mill. DM Anlageinvestitionen, konnten den Angaben zufolge auch 1982 voll eigenfinanziert werden.

Doduco steigt bei Mikroelektronik ein

nl. Stuttgart

Die Doduco KG Dr. Eugen Dürrwächter, Pforzheim, Hersteller technischer Edelmetallerzeugnisse, steigt verstärkt in den Markt der Mikroelektronik ein. Zu diesem Zweck gründete das Unternehmen zusammen mit der amerikanischen Elektronikfirma Solitron Devices Inc., Riviera Beach, Florida/USA, die deutsche Tochter Solitron/Doduco Haybrid Technologie GmbH, Pforzheim. An dieser Firma, die Dickfilm-Hybridschaltungen für hohe Ansprüche beispielsweise in den Bereichen Luft- und Raumfahrt, Meß- und Regelungstechnik oder Telekommunikation herstellt, ist Doduco mehrheitlich beteiligt.

Mit Investitionen von etwa 20 Mill. DM sollen innerhalb der nächsten drei Jahre etwa 100 Arbeitsplätze geschaffen werden. Zur Übertragung der Hybrid-Technologie nach Pforzheim wurde ein Lizenzvertrag abgeschlossen. Solitron, eines der führenden Unternehmen auf diesem Gebiet, beschäftigt 1200 Mitarbeiter und erzielte in 1982 einen Umsatz von umgerechnet 100 Mill. DM. Die Doduco-Gruppe (1500 Beschäftigte) setzte in 1982 rund 300 Mill. DM um, wobei sich die Preisschwankungen bei Edelmetallen in einem Umsatzminus von 20 Prozent niederschlugen.

-Fonds nutzte arktchancen

VWD, München

er Immobilienmarkt für Rendi-bjekte, auf dem die Internationa-Immobilien-Institut AG (iii), nchen, für ihre beiden Fonds g ist, hat sich im Gegensatz zum kt für Eigentumswohnungen Eigenheime auch in der kon-turschwachen Phase gut be-ptet. Dieser Immobilienbereich e verhältnismäßig stabile, am ag orientierte Preise, sagte iii-standsmitglied Bernd Klusak Vorlage des Rechenschaftsbe-tes 1982 der Kapitalanlagege-schaft. Das Institut habe die ktchancen genutzt, um das ndvermögen der beiden offe-Fonds zu verbessern.

e Objekte beider Fonds waren e 1982 zu über 98 Prozent ver-et. Als Folge des Trends zu r gewerblichen Objekten seien Bewirtschaftungskosten gesun-so daß die Ausschüttungen rund der verbesserten Ertrags-erhöht werden. Sie betragen 4,10) DM beim iii-Nr. 1 und 2,80) DM beim iii-Nr. 2 pro Anteil. Gesamtvermögen des Fonds ist per Jahresende auf 482 (419) DM gestiegen, davon entfallen 333) Mill. DM auf Grundstücks-ögen. Beim Fonds Nr. 2 ist das mtvermögen auf 295 (292) Mill. gestiegen, das Grundstücksver-en erhöhte sich auf 225 (220) DM.

e Jahresüberschüsse sind im ls Nr. 1 auf 36 (20) Mill. DM und onds Nr. 2 auf 24 (17) Mill. DM egen. Beim Fonds Nr. 1 wurde Netto-Mittelzufluß von 45 (Ab-17) Mill. DM verzeichnet, wäh-im Fonds Nr. 2 der Mittelrück-auf 8,5 (40) Mill. DM sank.

Auftragseingang steigt wieder an

VWD, Ulm

Die Wieland-Werke AG, Ulm, die zu den maßgeblichen deutschen Metallhalbzeugwerken gehört, spürt seit Jahresbeginn 1983 eine positive Bewegung auf den Metallmärkten, die sich auch in einem verbesserten Auftragseingang niederschlägt. Eine Konjunkturerholung, so das Unternehmen anläßlich seiner Bilanzveröffentlichung über das Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.), wird aber dadurch verzögert, daß die Industrie erst einmal die Schädigungen der Vergangenheit beheben muß. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten die Wieland-Werke trotz zunehmenden Preisverfalls auf den Halbzeugmärkten und minimaler Lagerhaltung der Abnehmer manche Markteinbrüche ausgleichen.

Das Unternehmen steigerte Produktion und Umsatz von Halbzeugen noch einmal leicht. Der Umsatz der AG stieg auf 1,20 (1,14) Mrd. DM, der des Wieland-Konzerns auf 1,25 (1,18) Mrd. DM. Investiert wurden in der AG 59 (52) Mill. DM. Die Zahl der Mitarbeiter im Konzern blieb mit 4816 (4857) nahezu unverändert. Die in- und ausländischen Tochterfirmen arbeiteten zufriedenstellend mit positiven Ergebnissen.

Der Jahresüberschuß der Wieland-Werke AG stieg auf 7,41 (6,62) Mill. DM. Daraus wurden die Rücklagen mit 3 (2) Mill. DM dotiert, die damit auf 76 (73) Mill. DM stiegen. Aus dem Bilanzgewinn von 4,46 (4,88) Mill. DM wurde eine Dividende von 10 (11) Prozent auf unverändert 44 Mill. DM Aktienkapital gezahlt, das sich in Familienbesitz befindet.

SEL: Impulse durch Bürokommunikation

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Für den Sektor der Bürokommunikation verspricht sich die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, kräftige Umsatzimpulse. Wie SEL-Vorstandsmitglied Hermann Chlupka mitteilte, geht das Unternehmen davon aus, im Gruppenbereich Private Kommunikationssysteme nach einer Zwischenphase der Konsolidierung in 1983 einen Umsatzzuwachs von 15 bis 20 Prozent zu erreichen. Damit werde die Milliarden-Marke im Umsatz deutlich überschritten werden.

Zwar würden zu diesem Anstieg alle Gebiete der Bürokommunikation beitragen, doch rechne SEL mit dem stärksten Schub bei den Textsystemen.

Im Büro lägen noch immer beträchtliche Produktivitätsreserven. Eine Bürokraft wendet durchschnittlich 90 Prozent ihrer Arbeitszeit für die Informationsaufnahme auf, 6 Prozent der Zeit verbleiben für das Formulieren von Ergebnissen und nur 4 Prozent für bewertende, kreative Tätigkeiten. Bei einer Steigerung der Produktivität im Routinebereich um nur 10 Prozent würden 15 Prozent der Arbeitszeit für analytische und kreative Tätigkeiten frei werden. Während im Fertigungsbereich durchschnittlich 50 000 DM pro Arbeitsplatz investiert werden, läßt man sich den Büroarbeitsplatz bisher nur 5000 DM kosten.

In der Bundesrepublik sind etwa 8 Mill. Menschen im Bürobereich tätig. Das Marktvolumen in der Bürokommunikation wird für die Bundesrepublik auf etwa 18 Milliarden DM pro Jahr veranschlagt.

LITTA / Seit 75 Jahren wird gefiltert – Noch Reserven bei Haushaltsfolien

Marktsättigung bei Kaffeeautomaten

HARALD POSNY, Düsseldorf

f dem Markt für Kaffeeauto-n bahnt sich mit einem Volu-von 300 Mill. DM eine Stagna-auf hohem Niveau an. Von den etzten Jahr rund 4,2 Mill. ver-ten Geräten war nur etwa ein el für den Neubedarf be-mt. Derzeit filtern rund 18 Mill. shaltungen ihren Kaffee „auto-sch", weitere 2 Mill. Geräte ihren Dienst in deutschen Bü-Die Marktsättigung liegt bei 78 ent.

n den 93 Prozent der Haushal-denen überhaupt Kaffee ge-ken wird, bevorzugen 97 Pro-mit der Filtertüte zubereiteten ee, gleichgültig, ob man sich Automaten bedient oder das m von Hand vorzieht, das vor 75 Jahren von der Dresdner sfrau Melitta Benn erfunden den ist, deren Vorname der e im ostwestfälischen Minden ssigen Familien-Unterneh-sgruppe den (Marken-)Namen eben hat.

it 1976 produziert Melitta Kaf-utomaten, letztes Jahr allein Mill. Stück in Minden, von denen 55 Prozent exportiert wurden. In Hongkong und Brasilien werden weitere 700 000 Automaten produziert. Auf dem deutschen Markt hält Melitta bei Kaffe-Automaten die 2. Markposition (hinter Rowenta und vor Krups) mit einem Anteil am Umsatz und Absatz von 11,5 (11,3) Prozent. Mit einiger Besorgnis wird der zunehmend härter werdende Konkurrenzkampf beobachtet, der bei Melitta für 1983 keine Preiserhöhungen zuläßt.

Innerhalb des Unternehmensbereichs Haushalt (1982: 468 nach 463 Mill. DM) lag der Produktbereich Kaffeezubereitung mit 57 Prozent Umsatzanteil vor den Haushaltsartikeln (Friteusen, Folienschweißgeräte, Haushaltsfolien und Backpapier sowie Luftbefeuchter) mit 200 Mill. DM Umsatz. Der Exportanteil liegt wie im Vorjahr bei 30 Prozent.

Auf dem Markt für Lebensmittelfolien und Filtertüten von 461 (441) Mill. DM entfielen allein 290 Mill. DM (plus 6 Prozent) auf den Folienbereich. Hier hält Melitta einen Marktanteil von 43,5 (44) Prozent. Der zweitgrößte Anbieter kommt auf 12 (141) Prozent. Bei Luftbefeuchtern ist Melitta mit einem Anteil von 36 Prozent Marktführer.

Die Rationalisierungs-Gesellschaft des Handels (RGH), Köln, hat im Lebensmittelhandel ungenutzte Reserven ausgemacht. In einer Untersuchung im Auftrag der Unternehmensgruppe Melitta kommen die Kölner zu dem Ergebnis, daß sich mit Haushaltsfolien und Filterpapier in den meisten Fällen weitaus höhere Umsätze (und damit auch Rendite) im Handel erzielen ließen. Auch bisher schon gehören die Gruppen Filterpapier und Haushaltsfolien (von Melitta) zu den 10 Prozent der Artikel, mit denen der Handel 60 Prozent des Ertrages erwirtschaftet, betont Heinz Möller, Mitglied der Geschäftsführung des Unternehmensbereiches Melitta-Haushalt. Neue Impulse verspricht man sich im Gefolge der von der RGH aus der Studie entwickelten Empfehlungen für den Handel, die bei konsequenter Durchführung in Testläden zu durchschnittlich gut 42 Prozent Umsatzplus bei Haushaltsfolien und Filterpapier führten.

So ist noch eine Ruhe vorhanden dem Volke Gottes
(Hebr. 4.9)

Am 27. März 1983 verstarb im 83. Lebensjahr unser Vater, Großvater und Bruder

Dr. Hans-Hero Vosgerau

Hüttendirektor i. R.
Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes

Prof. Dr. Hans-Jürgen Vosgerau
und Frau Marina geb. Proussianou
mit Irina, Monika und Jan
Pfarrer Jens-Peter Vosgerau
und Frau Dorothea geb. Ebbecke
mit Michael, Anne, Dorothea, Joachim, Ulrike und Gottfried
Ulrike Böttger geb. Vosgerau
und Pfarrer Dr. Paul-Christoph Böttger mit Hanna
Marianne Becker geb. Vosgerau
und Pfarrer Ulrich Becker
mit Ruth und Charlotte
Anita Roder geb. Vosgerau
Lisa Vosgerau geb. Schulz

Konstanz-Litzelstetten, Rainwiesenweg 1

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, dem 31. März 1983, um 11 Uhr auf dem Waldfriedhof in Troisdorf b. Köln.

Anstelle von Kränzen erbitten wir eine Spende an SOS-Kinderdorf e. V., Stadtsparkasse München, Konto 7 777 777 (BLZ 701 500 00).

Für uns alle unfaßbar ist plötzlich und unerwartet unser Kapitän und Supercargo, Herr

Ewald Steinsiek

im 60. Lebensjahr am 26. März 1983 verstorben.

Sein Leben galt der Seefahrt. Auf seinen vielen Seereisen hat Herr Steinsiek sein Schiff bei jedem Wetter sicher und erfolgreich gesteuert. Im Fahrtgebiet unserer Gesellschaft, aber auch in anderen Häfen der Welt war er nicht nur zu Hause, sondern hatte auch viele Freunde.

Mit ihm verlieren wir nicht nur einen langjährigen treuen und verdienten Mitarbeiter, sondern auch einen sehr guten Freund. Wir werden ihn nicht vergessen.

Geschäftsführung, Betriebsrat und Mitarbeiter der

EAL Europa-Afrika-Linie GmbH
Meentzen Schiffahrt
Bremen

Die Beerdigung findet am 31. März 1983 um 13.30 Uhr in der Kirche zu Blexen statt.

FINANZANZEIGEN

DHB DEUTSCHE HYPOTHEKENBANK (ACTIEN-GESELLSCHAFT)

Hinweisbekanntmachung

Wir laden unsere Aktionäre zur

100. ordentlichen Hauptversammlung am 4. Mai 1983, 11 Uhr,

im Sitzungssaal der Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Uhlandstraße 165/166, Berlin 15

ein.

Die Tagesordnung und weitere Einzelheiten sind im Bundesanzeiger Nr. 59 vom 25. März 1983 veröffentlicht.

Hannover, im März 1983

DER VORSTAND

WÜRTTEMBERGISCHE HYPOTHEKENBANK
AKTIENGESELLSCHAFT
Büchsenstraße 26, Postfach 770,
7000 Stuttgart 1, Telefon 07 11 / 2 09 61

Wir laden unsere Aktionäre zu unserer

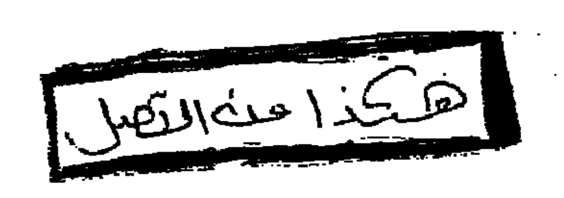
ordentlichen Hauptversammlung

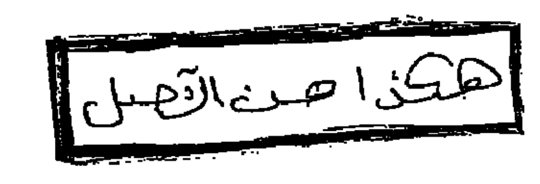
am 5. Mai 1983, 11 Uhr

im Sitzungssaal unseres Bankgebäudes in Stuttgart 1, Büchsenstraße 26, freundlichst ein.

Die Tagesordnung ist im Bundesanzeiger Nr. 59 vom 25. März 1983 veröffentlicht.

Der Vorstand
Stuttgart, den 30. März 1983





Bundesobligationen angeboten

Auch am Dienstag war die Situation am Rentenmarkt durch Tauschoperationen in Aktien bestimmt. Die öffentlichen Anleihen tendierten durchweg um 0,2 bis 0,5 Prozentpunkte niedriger. Angeboten waren vor allem die großen Serien der Bundesobligationen. DM-Auslandsanleihen mußten Verluste von 0,25 bis 0,5 Prozentpunkte hinnehmen. Das Geschäft am Pfandbriefmarkt war ruhiger, jedoch ebenfalls durch Minuskorrekturen gekennzeichnet.

Bundesanleihen

		29. 3.	28. 3.
57*	4/84	100,5	100,5
75 I	6/83	100,4	100,4
l. 75	6/83	100,6	100,6G
5 II	7/83	100,55	100,55
. 78 I	1/84	100bG	100
54 I	1/84	99,95G	99,95
76 I	2/84	101,95	102
77	3/84	101,25	101,3
l. 76 II	4/84	102	102
78	5/84	99,55	99,6G
78 III	9/84	100,1	100,1
l. 76	9/84	103G	103bG
78 IV	12/84	100,15	100,25
l. 79	1/85	100,3	100,3
l. 75 I	3/85	104,4	104,4
79	4/85	101,8	101,85
l. 79 II	6/85	102,4	102,4
l. 79 I	7/85	103,45	103,45
6 IV	10/85	104	104
l. 78 II	3/86	97,95	98,05
l. 78	5/86	97,65	97,85
l. 76 I	12/86	101,2	101,35
l. 79	1/87	98,85	99,7
l. 76 II	1/87	101,55	101,35
l. 77	4/87	99,7G	99,7
l. 77	7/87	98,55G	98,55
7	10/87	97,1	97,1
78 I	1/88	96,15	96,15
l. 78 I	9/88	97,6	97,6
l. 78 II	12/88	97,25	97,4
l. 79	1/89	98,55	98,56
. 79 I	4/89	100,3	100,85G
81	4/89	111,6	111,75
. 79 I	6/89	101,05	101,2
9 I	7/89	102,9	103
9 II	8/89	102,9	103
. 79 II	9/89	100,75	101
. 79 II	11/89	101,75	101,95
. 80 I	1/90	101,6	101,95
80	4/90	112,6	112,55
. 78	5/90	94,1	94,1
. 80 I	7/90	103,85	103,85
. 80 II	11/90	103,8	104
. 82	11/90	101,25	101,7
1	2/91	108,05	108,5
l. 81	7/91	114,65	114,8
l. 81	9/91	118	118,25
81 II	12/91	113,85	114,2
. 82 I	1/92	112,25	112,55
82 II	5/92	112,5	112,8
3 II	3/93	93,4	93,4
82	4/92	111	111,3
	5/92	108,15	108,65
82	6/92	105,6	105,9
	8/92	108,2	108,7
82	9/92	106,75	107,25
82	12/92	100,65	101,25
83	1/93	99,95	100,35
	3/93	100	100,25
l. 79 S.1	12/84	102,7	102,75
S.2	2/85	103,35	103,4
80 S.3	2/85	103,85G	103,85
80 S.4	3/85	105,4	105,5
80 S.5	4/85	104,9	104,9
80 S.6	5/85	103,95	104,1
S.7	6/85	103,65	103,65
80 S.8	8/85	102,9	102,9
80 S.9	10/85	104,05	104,1
80 S.10	1/86	104,85	104,95
S.11	1/86	105,25	105,25
81 S.12	3/86	108	108
1 S.13	3/86	108,25	108,3
81 S.14	4/86	107,3G	107,4
1 S.15	4/86	108,65	106,65
.81 S.16	6/86	110	110
S.17	8/86	111,8	111,85
.81 S.18	10/86	110,5	110,55
1 S.19	10/86	108,85G	108,85
1 S.20	11/86	107,6	107,6
.81 S.21	11/86	109,85	109,85
S.22	11/86	108,95	108,95
1 S.23	12/86	107,3	107,35
2 S.24	1/87	108,1	108,25
2 S.25	3/87	107,75	107,95G
2 S.26	4/87	107,05	107,15
.27	4/87	106,3	106,5
2 S.28	5/87	104,65	104,75
S.29	7/87	108,1	108,15
.30	8/87	106,05	106,2
S.31	9/87	105,2	105,45
S.32	10/87	103,3	103,6
33	11/87	102,7	102,85
S.34	12/87	101,55bG	102,8
S.35	12/87	100,7	100,9
S.36	3/88	99,9bG	100
6 dgl. 77	9/87	96,65G	96,65
6 dgl. 78 II	7/88	95,95	95,95
6½ dgl. 77	5/89	96,35	96,4
8 dgl. 79 I	7/89	103,3	103,35
6 dgl. 78 I	2/90	93,3	93,4
8 dgl. 80 II	7/90	103,05	103,25
9 dgl. 81	3/91	107,9	108,3
10½ dgl. 81	9/91	116,45G	116,55
10¼ dgl. 81	11/91	115,4	115,4
8 dgl. 80 I	2/92	102,85	103
10 dgl. 82	2/92	114,05G	114,05
9½ dgl. 82	7/92	110,95	111,25
8 dgl. 82	11/92	102,5	102,85
7¾ dgl. 83	1/93	101,25	101,6

Bundesbahn

		29. 3.	28. 3.
	4/84	100,6	100,6
… 58	10/83	100,25	100,1
	5/83	100,15	100,25
… II	11/83	102,5	102,5
… 72	2/84	101,55	101,56
	9/84	102,75	102,85
… 6	9/84	103,05	103,15G
… III	11/84	100	100
… 79	2/85	100,95G	100,95
… 73	2/85	104,15	104,2
	2/87	100,15	100,4

Bundespost

		29. 3.	28. 3.
4 Abl. 57*	4/84	100,5G	100,5G
5½ Bdpost 58	10/83	100,2G	100,2
6 dgl. 63 II	7/83	100	100G
8 dgl. 72 II	12/83	101,9	101,9
6½ dgl. 68	6/88	100	100G
8 dgl. 72 I	9/87	102,85	102,95
10 dgl. 81	3/89	111,85	112
10½ dgl. 81	6/89	113,4	113,5G
8 dgl. 80	3/90	102,8	103,2
7¾ dgl. 80	9/90	101,65	102G
8¾ dgl. 80	12/90	106,2	106,4
10½ dgl. 81	10/91	116,55	116,65
9¾ dgl. 82	2/92	112,65	112,8
8¾ dgl. 82	6/92	107,15	107,3
8½ dgl. 82	10/92	105,2	105,45
7¾ dgl. 83	2/93	100,9	101,4

Länder – Städte

		29. 3.	28. 3.
5½ Bd.-Wttbg. 58	83	99,75G	99,75G
8 dgl. 71	83	101G	101G
6¾ dgl. 78	86	97,75	97,75
8¾ dgl. 82	92	103,25	103,25G
7 Bayern 66	86	101G	101G
6½ dgl. 67	87	101	100,75
6 dgl. 68	85	99,8G	99,8
7½ dgl. 71	83	100,15G	100,15G
7 dgl. 72	84	101,25G	101,25G
7½ dgl. 76	84	101,5	101,5
6 dgl. 78	88	95,1	95,25
8¾ dgl. 80	90	105,75	105,75
8¾ dgl. 82	92	105,9	106,1
8½ Berlin 70	85	103G	103G
7½ dgl. 71	83	100,1G	100,1G
8 dgl. 72	85	102G	102G
8½ dgl. 75	83	100,15	100,15G
7½ dgl. 76	84	101,75G	101,75G
7 dgl. 77	85	101,25	101,25G
6½ dgl. 78	88	98,75G	98,75G
8¾ dgl. 80	88	106,25G	106,25
7¾ Bremen 71	87	102G	102G
8 dgl. 72	87	103G	103
8½ Hamburg 70	85	103,6G	103,6
6¾ dgl. 77	92	96,6	96,9G
8 dgl. 80	90	102,5G	102,5G
9¾ dgl. 82	92	112,1G	112,8G
8 Hessen 71	86	100,5	100,75
6¾ dgl. 78	88	95,5bG	95,6
6 Niedersa. 69	84	100,2G	100,4G
8½ dgl. 70	85	103,7G	104
7½ dgl. 72	87	102G	102,6G
8 dgl. 72	87	103,25G	104
7½ dgl. 79	87	100,4	101,3
7¾ dgl. 82	92	100,75G	101
7½ NRW 71	83	101,15bG	101,2bG
8 dgl. 75	83	100,45bG	100,4bG
7½ dgl. 83	93	99,5bG	99,5bG
6 Rhld.-Pf. 64 II	84	100G	100G
6½ dgl. 68	83	100G	100G
8 dgl. 71	86	101,2	101
6½ Saar 68	83	100G	100G
8½ dgl. 70	85	102,6	102,6
7 dgl. 72	87	99,75	100
6 dgl. 78	88	95,3	95,3
5½ Schl.-H. 59	84	100G	100G
6 dgl. 64 II	84	100,6G	100,6G
7½ dgl. 72	87	101,25G	101,25G
8½ dgl. 73	85	104,25G	104,25
7 Essen 72	85	101,15	101,15
7½ Köln 71	83	100bG	100
6 München 63	83	100G	100G
6 dgl. 64	84	100,25G	100,25G
6 Stuttgart 63	83	100,2G	100,2G
7½ dgl. 71	86	102,5G	102,5
7¾ dgl. 72	87	102,75bG	102,75G

Sonderinstitute

	29. 3.	28. 3.
5 DSLB Pf 35	88,5	88,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 63	94,5	94,5
8 dgl. Pf 118	99	99
5 dgl. KO 36	98,75	98,75
5½ dgl. KO 45	98	98
7 dgl. KO 58	105	105
6½ dgl. KO 67	98,75	98,75
8½ dgl. KO 94	109	109
8 dgl. KO 119	102	102
8½ dgl. KO 124	100,25	100,25
6 IKB 68	100	100bG
6½ dgl. 69	100	100bG
6¾ dgl. IS 90	93,6	93,6
6 dgl. IS 105	94,9T	94,9T
6 dgl. IS 108	87,75	87,75
5¾ dgl. IS 114	93,7T	93,7
7½ K. f. W. 70	101,2	101,2
8 dgl. 70	102,25	102,25
8 dgl. 76	102	102
7¾ dgl. 79	100,45	100,45
10 dgl. 81	113,25	113,25
8½ dgl. 82	105,45	105,45
6 Landw.-Rbk. 20	99,75G	99,75G
6 dgl. 26	100G	100G
7½ dgl. 27	100,5G	100,5
8 dgl. 29	100,15G	100,15G
9½ dgl. 36	–Zhg.	–Zhg.
6¾ dgl. 59	101G	100,75G
10 dgl. 120	107G	107G
8½ dgl. 127	104,5G	104,5G
9 dgl. 131	104,25G	104,5G
7¾ LAG 76/16	101,8G	101,9
8 dgl. 76/17	102,9G	102,9
6½ dgl. 77/18	97,9	97,9
5½ dgl. 78/19	95	95,1
7 dgl. 79/20	99,85	99,9

Bankschuldverschreib.

	29. 3.	28. 3.
7 All. Hyp. Pf 2	101	101
6½ dgl. Pf 7	95G	95G
6½ dgl. Pf 98	97G	97G
7 dgl. Pf 99	101G	101G
7¾ dgl. Pf 101	101,5G	101,5G
6 dgl. KO 1	85,75G	85,75G
6¾ dgl. KO 66	100,25G	100,25G
6 Bd. Komm.Ldbk. 69	85G	85G
7 dgl. Pf 76	95	95
6½ dgl. KO 64	88G	88G
6½ Bay. Hdbk. Pf. 3	87,5	87,5
7 Bay. Hdbk. KO 2	101,75	101,75
6 Bay. Hypo. Pf. 30	83	83bG
7 dgl. Pf 3	93,5	93,5
6½ dgl. KO 6	88	88
6 Bayer. Vbk. Pf. 39	83	83
6½ dgl. Pf 8	90	90
7 dgl. KO 3	101,75bG	101,75
8 Bln. Pfbr. Bk. 51 fr. Bln. Pfbr.Anst	103	103
7½ dgl. 33	100,25T	100,25T
7½ dgl. 47	100,75T	100,75T
6 Br. H. Hp. Pf 71	83,5	83,5
7 dgl. Pf. 72	101	101
6½ dgl. Pf. 75	89	89
6½ D.Centrbd. Pf 125	90	90
9 dgl. Pf 190	102,25	102,25bG
7 dgl. KO 113	100,5bG	100,5bG
6 DG HYP Pf 48	83G	83G
5½ dgl. Pf 50	78G	78G
7 dgl. Pf 69	102	102G
5¾ D. Gen. Bk. IS 70	93,85G	93,85G
6 dgl. IS 71	100,3G	100,3G
6¼ dgl. IS 73	98,45G	98,45G
6½ dgl. IS 74	96,35G	96,35G
6½ dgl. IS 75	99G	99G
7½ D. GiroKO 101	102,6G	102,6G
10 dgl. KO 125	104,55G	104,55G
9 dgl. KO 179	107,1G	107,25G
9¼ dgl. KO 180	110,4G	110,4G
9½ dgl. KO 181	109,75G	109,75G
9 dgl. IS/K	101,05G	101,05G
6 D.Hyp.Brem. Pf 118	83G	83
7 dgl. Pf 123	100,7G	100,7G
6½ dgl. KO 125	97,15G	97,15G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	86G	86G
7 dgl. Pf 130	94	94G
6½ dgl. Pf 149	88,5G	88,5G
8½ D. Schiffb. Pf 83	103,5	103,5
7½ dgl. Pf 84	101,95	101,95
6 Fr. Hyp Pf 98	89G	89G
7 dgl. Pf. 113	95,5	95,5
6½ dgl. Pf 119	89G	89G
10 dgl. Pf 168	101,75	101,75
8 dgl. KO 220	102,4G	102,4G
7¾ dgl. KO 222	103,55G	103,55G
10 dgl. KO 226	106,25G	106,25G
9¾ dgl. KO 228	110,6G	110,6G
8½ dgl. KO 231	103,45G	103,45G
9 dgl. KO 232	104,65G	104,65G
6 Hbg.-Ldbk. Pf 48	84	84
9 dgl. IS 44	100,45	100,45
10 dgl. IS 46	101	101
9½ dgl. IS 53	105,65	105,65
8½ dgl. IS 92	105,25	105,5
8 dgl. IS 96	103,7	103,7
9½ dgl. KO 110	110,5	110,75
9 dgl. KO 111	107,75	108
5½ H. Ldbk. Pf 43	81G	81G
7 dgl. Pf 54	96,7G	96,7
9 dgl. Pf 76	102,95G	102,95G
6 dgl. Pf 87	100,4G	100,4G
6 dgl. KO 47	83G	83G
6½ dgl. KO 81	88G	88G
7 dgl. KO 203	98,15G	98,15G
7¼ dgl. KO 204	99,55G	99,55G
6 Hyp.l.Hbg. Pf 46	85,25	85,25
6½ dgl. Pf 80	92,25	92,75
9 dgl. Pf. 117	100,4	100,4
8 dgl. Pf 248	102,7	102,7
9 dgl. KO 125	101,55	101,55
8 dgl. KO 175	103,5	103,5
9 dgl. KO 259	105,95	105,95
9¾ dgl. KO 262	105,4	105,4
6½ Lb.Rb.-Pf. Pf 16	88,75G	88,75G
7 dgl. Pf 24	97,5GG	97,5GG
6 dgl. Pf 26	90,5G	90,5G
7 dgl. KO 150	98,6G	98,6G
6½ dgl. KO 151	100G	100G
6¾ dgl. KO 154	99G	99,75G
8 dgl. KO 168	102,7G	103G
8¾ dgl. KO 171	104,75G	104,75G
8½ dgl. KO 174	104G	104G
9 dgl. KO 177	104,9G	104,9G
9½ dgl. KO 180	105,5G	105,5G
9½ dgl. KO 181	108,5G	108,5
9 dgl. IS 12	101,8G	101,4G
6½ dgl. IS 35	100G	100G
6 Ldbk. Saar Pf 18	88,75G	89,75
6½ dgl. KO 69	101,5G	101,5G
7 dgl. KO 70	99,1G	99,1G
7 dgl. KO 73	101,25G	101,25G
7¾ dgl. KO 76	102G	102G
7½ dgl. KO 79	102,25	102,25
8½ dgl. KO 85	106G	106G
9 dgl. KO 88	108,75	108,75
9¼ dgl. KO 89	105,6G	106G
7¾ dgl. KO 90	103,25G	103,25G
6 Ldbk. S.-H. Pf 87	84	84
7 dgl. Pf 93	83,5	93,5
8 dgl. Pf 80	103,5	103,5
7¾ dgl. Pf 81	103	103
7¾ dgl. Pf 83	101,1	101,1
8 dgl. KO 98	102	102
9¾ dgl. KO 242	112	112
7¾ dgl. KO 248	103	103
7 LKB Pf 27 fr. Bd.Ldkr.	96,5G	96,5G
6½ dgl. Pf 29	92,5G	92,5G
6½ LKB Pf 22 fr. W. Ldkr.	95	95
7 dgl. Pf 45	94,5	94,5
8 LKB KO 1	100	100
6½ Lüb.Hyp. Pf 62	90	90
9 dgl. Pf 92	101,45	101,45
8 dgl. Pf 168	103	103
8¼ dgl. Pf 174	103,9	103,9
8½ dgl. Pf 175	104,25	104,25
9½ dgl. Pf 178	106,1	106,1
6 dgl. KO 39	85	85
7¾ dgl. KO 170	101	101
9 dgl. KO 180	105,2	105,2
6½ Mü.Hyp. Pf. 100	88,5	88,5
7½ dgl. Pf 111	99	99
7 dgl. KO 25	96	96
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	99,5	99,5
6½ dgl. Pf 34	91	91
6 dgl. KO 27	88	88
9 Nord.LB IS 20	100,8	100,8
8 Old. Lbk. IS 75	100,55	100,55
8 dgl. IS 76 I	102,5	102,5
8 dgl. IS 76 II	103,55	103,55
7½ dgl. IS 77	103	103
6 dgl. IS 78	99,75	99,75
6 Pfälz. Hyp. 57	92,4G	92,4G
7 dgl. Pf 99	100G	100G
8½ dgl. Pf 124	102,9G	102,9G
7½ dgl. Pf 191	100G	100G
9 dgl. Pf 195	102,85	102,85
9¾ dgl. Pf 196	103,8	103,8G
7¾ dgl. Pf 197	102,1G	102,1G
8¼ dgl. KO 169	103,1G	103,1G
8 dgl. KO 175	102,1G	102,1G
7¾ dgl. KO 180	102G	100,9G
7 Rheinbod. Pf 60	92bG	92bG
6½ dgl. Pf 64	86,5	86,5
6 S.H. Ldsch. Pf 19	86	86
7 dgl. Pf 20	94	94
6½ dgl. Pf 21	88,5	88,5
8½ dgl. Pf 31	106,5	106,5
6½ St.KrOld. Pf 53	90,2G	90,95G
7½ dgl. Pf 66	100,1G	100,1G
8 dgl. Pf 65	100G	100G
9 dgl. Pf 67	102,95G	103G
7½ dgl. KO 33	100,25G	100,25G
6 Südboden Pf 41	91	91
5½ dgl. Pf 57	80,75	80,75bG
7 dgl. Pf 105	100	100
6 Vbk. l. Nbg. Pf 56	92,5	92,5
7 dgl. Pf 102	97,25bG	97,25
9 dgl. Pf 131	102,75	102,75
10 West LB IS 577	101,3bG	101,35bG
6½ Westhyp. KO 58	92	92
6 Wf. Ldsch. Pf 12	91,5G	91,5G
7 dgl. Pf 13	96,5	96,5
5½ dgl. Pf 14	86bG	86bG
6 Württ.Hyp.KO 30	84,25G	84,25G
7 W. Ldbk. KO 44	99,5G	99,5G
7 Wü. Ko.Lbk. Pf 68	99	99
9 dgl. Pf 85	103,35G	103,35G

Industrieanleihen

	29. 3.	28. 3.
6 Badenwerk 64	99,75G	99,75G
6 dgl. 78	95,4	95,4
5 BASF 59	98G	98G
5 Bayernw. 59	97,5G	97,5G
8 Chem. Hüls 71	100,5T	100,85T
7¾ Cont. Gum. 71	100,5bG	100,75T
6 Dt. Texaco 64	97,8	98G
6 Gelsenb. 64	99,25G	99,25G
6 HEW 58	99,85G	99,85G
5¾ dgl. 62	99,8G	99,85
6 dgl. 63	99,85G	99,85G
7½ dgl. 71	102G	102,1G
7¾ dgl. 71	102,25G	102,4G
4½ Harpen 59	1735G	1735G
6 Hoechst 63	99,3T	99,1G
6 dgl. 64	99,75T	99,3T
6 Hoesch 64	98,9	98,75
7½ dgl. 71	100G	100G
7½ Karstadt 71	100,25G	100,25G
7½ Kaufhof 71	100,25T	100,1G
7¾ dgl. 71	100,5	100,75T
7½ dgl. 76	100,5G	100,5
6 Klöckner W. 63	99,25G	99,25G
7½ dgl. 71	96,6T	96,6
8 dgl. 72	–	–
6 Krupp 64	99,5T	99,5T
6 Linde 64	99,25T	99,25T
5 Mannesmann 59	98,6	98,6G
6 Moselkraft 63	98,5T	98,5T
6 NWK 58	99,85G	99,85G
6 dgl. 61	99,5	99,5G
6 dgl. 62	98,5	98,5G
6 ObDon. Krwk. 64	95,5	95,5T
5½ Öst.BayK. 58	99,25G	99,25G
6 Rat.Vdb. Stk. 68	98,25T	98,25T
5½ Rh.Brlw. 58	98,25G	98,25G
6 dgl. 63	96,75T	96,75bG
6 dgl. 65	96,5T	96,5T
5½ RWE 59	99,25G	99,25G
6 dgl. 63	96,6T	96,6
6 dgl. 65	96T	96
7¾ dgl. 71	101	100,75T
7 dgl. 72	99,75G	99,9
6 Rh.-M.-Don. 62	99G	99G
6½ dgl. 68	100G	100,1G
8 Schleswag 71	100,1	100,1G
5 STEAG 59	98,5G	98,5G
6 Thyssen 63	99G	99G
7½ dgl. 71	100,25T	100,5T
8 dgl. 72	100,4	100,5bG
7¼ dgl. 77	98,5T	98,5
5 Veba 59	98,5	98,5G
8 VEW 71	101	100,7
6¾ dgl. 77	96,6T	96,6T
7 VW 72	99,7	98,25T
5½ Wintersh. 58	98,25	98,25

Wandelanleihen

	29. 3.	28. 3.
4½ AKZO 69	86T	86G
3½ All Nippon 78	94,25T	95T
3½ Asahi Opt. 78	107,5T	107,5G
4¾ Canon Inc. 77	501T	307G5
3½ Cas. Comp. 78	189,5T	189T
5 D Bk. Lux. 77	99,7G	99,7
5¾ Daiei Inc. 80	110	109T
4½ Fujitsu Lim. 78	392G	396G
5 dgl. 79	265T	265G
5½ Hoogovens 68	82G	82
3½ Izumiya Co 78	92	92
3½ Jusco Co. 78	95,75	93,75
4 Kansai El. 79	100,75	100,5
6 Konishiroku Pho.81	111,25G	111,25
6½ dgl. 82	111G	111G
6 Komatsu 76	141G	141G
5½ Korakuen 78	90	90,75
7½ Kraft Inc. 70	107,6	107,1G
3½ Marudai F 78	92,1G	92,5
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5¾ Minolta 77	143G	145G
4 dgl. 79	112	113
6½ Mitsub. Ch. 76	167T	163T
6,75 Mitsub. H 81	123bG	125
6 dgl. 81	107,25	106,75
6 Nichii Co Ltd 80	112	113G
7 Nippon Sh. Gl. 82	111G	111
3½ Nippon Sh. 78	161,5T	160T
3½ NissanMot. 78	93,5G	93,5T
4 Nisshin Steel 78	137G	141,5G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
5½ Olympus 78	215G	212T
3¾ Omron Tat 79	190G	190G
4¾ Orient Fin 79	230G	220G
3½ Ricoh Comp. 78	129,25	131
6¾ Rothm. Int. 72	93,5	94T
3¾ SankyoElec. 78	93T	93,5
3½ Sanyo Elec. 78	161T	160T
3¾ Seiyu Stores 78	95G	95
6¾ Sekisui 76	155G	158G
3½ Stanley 78	94T	94G
6 Taiyo Yuden Co. 82	109,5G	109,5
5 Texaco Int. 66	97	96,5
3½ Tok. Elec. 78	248G	248G
4½ Tok. Sanyo 77	260T	260T
4 Tokyo Land 79	100,75G	100
3½ Trio Kenw. 78	93,5	95T
6½ Uny Ltd. 79	114G	114G

Optionsscheine

	29. 3.	28. 3.
11 BASF 82	28	33,5
7¼ Bayer Fin. 79	25,5	28,5
10½ Bayer Fin. 82	35,1	39,4
6¾ Ciba-Geigy 75	630	650
3½ Commerzbk. 78	37	40
4½ Dt. Bk. Comp. 77	142	151,5
10 Hoechst 75	155T	170
6¾ dgl. 79	32,5	38,4
8 Hoechst 83	47	50,5
7½ Jap.Syn.Rubber82	745	760
Mitsui 82	185	185
6½ Wells F. 73	205,2	207

Optionsanleihen

	29. 3	28. 3
8½ BASF 74 m O	131,5	130,5
8½ BASF 74 oO	100,6	101
3½ Stumpf 88 mO	104	104
3½ Stumpf oO	75	75

Währungsanleihen

	29. 3	28. 3
8 Brasilien 72	99,5G	99,5G
6¾ Kopenhagen 72	95,5G	95,5G
7,875 Norwegen 78	98,5G	98,5G
9½ dgl. 79	99G	99G

Optionsanleihen

	29. 3	28. 3
5½ ComBk. Int. 78 mO DM	108,5	109G
5½ dgl. 78 oO DM	90	90,15
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	152G	155
4½ dgl. 77 oO $	83,5	85,25
7½ Jap. Synth. 82	129	128,5T
7½ dgl. 82 oO	98b8	98,7G
6½ Wells F. 73 mO DM	112	111,15G
6½ dgl. 73 oO DM	96T	95,25T

Optionsscheine

	29. 3	28. 3
8½ BASF 74	42,5	46bG

Wandelanleihen

	29. 3	28. 3
5 Bayer 69	101,9	101,75
8 Bay Wa 75	100,5	100,5
8 Beiersdorf 82	157,5	157,5
4½ Commerzbk. 78	99,2	99,2
9 Girmes 74	315bG	330bG

Anmerkungen:

* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	29. 3	28. 3
7¾ AKZO 83	100G	100G
6 dgl. 84	97,5/8,2	97,5/8,2
6½ dgl. 86	99,25G	100,25
7¾ Arbed 83	97,5G	97,5G
7½ dgl. 86	83G	83G
9 dgl. 87	95T	95T
6¾ Ardal 89	96,5G	96,5G
10 dgl. 88	104,5G	104,5G
8 Austr. 87	103,75G	103,75G
8¾ dgl. 87	104,25G	104,25G
7½ BEC 83	100,25G	100,25G
4¾ CFDB 83	99,7/100	99,7/100
5 dgl. 84	99,6/100	99,6/100
6½ Estel 84	94,5G	94,5G
6¾ dgl. 85	93G	93G
8¾ dgl. 87	93,25G	93,25G
6¾ Euratom 91	93,5G	93,5G
6¾ Eurofima 87	99,5G	99,5G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	92G	92G
6½ Lufthansa 86	97,75G	97,75G
6 Montanunion 90	93,5/94	93,5G
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99,5G	99,5G
7½ Parker-H. 87	97,5G	97,5G
8 S. A. R. 83 I	100G	100G
8 dgl. 83 II	99,9G	99,9G
7½ Schweden 89	97,5G	97,5G
6¾ Weltbank 83	100,25G	100,25G
6½ dgl. 85	99G	99G
7½ dgl. 87	100G	100G
7¾ dgl. 90	100	100
9 dgl. 88	103,5G	103,5G
8½ dgl. 88	103G	103G
7¾ dgl. 88	101/2,5	101/2,5
9½ dgl. 89	105G	105G
8 dgl. 90	101,25G	101,25G
11 dgl. 91	113,5G	113,5G

Ausländische Aktien

		29. 3	28. 3.
F	L'Air Liquide	160	170
D	Akzo	50,1	50,8
F	Alcan	72,2	73
F	Alcoa	79G	80
F	Alg. Bk. Nedld.	319,5	315
F	All Nippon Air	3,55G	3,55G
F	Amax	56,2	58
F	Am. Cyanamid	102	103
D	American Expr	147T	153T
D	Am Motors	15	15,2
F	Am. T & T	160,4	161,4
F	Amro Bank	52,5	53,7
M	Anglo Am. Gold	263	267
F	Anglo Am.m.O.	44,4	44,5
F	dgl. o.O.	44,8	44,5
F	Arbed	58G	59
F	Asahi Chem.	3,1	3,1exD
M	Atl Richfield	94	95
H	Atlas Copco	40,2	40T
M	Avon	79,4	80
F	Ball Canada	17,95	17,5
F	Banco Central	27,2	27,2
F	Banco de Bilbao	22,8	22,8
F	Banco de Santander	19	19
F	Banco de Vizcaya	31,8	32
F	Banco Hisp. Americ.	22	22
D	Beatrice Foods	65G	65
D	Bell Canada	49,5G	50T
F	Black & Decker	46,5	47G
F	Boeing	98,5	97,5
F	Bowater	6,6	6,8
D	BP	11,65	11,6
M	Broken Hill	13,7	13,6
F	Bull	14T	14,5
F	Cdn. Pacific	85,3	87
F	Canon	13,3	13,15
F	Casio Comp	11	10,7T
F	Caterpillar	109,5	110
D	Ch. Manhattan	127	127,5
F	Chrysler	39,55G	40,5
M	Citicorp.	100,4	102
F	City Investing	76	79
F	Coca-Cola	123,5	124,8
D	Colgate	55	54,5T
F	Cons. Gold F.	17,75	18,1
D	Cont. Group	97T	97T
F	Control Data	117,2	120
F	Courtaulds	–	–
M	CRA	9,4	9,3
M	CSR	5,5	5,45
F	Dart & Kraft	173,5	180
M	De Beers Cons	18	17,8
F	Deere Comp	87	89
F	Diam Shamr	52,5	55
M	Digital Equipm.	303	306
M	Disney Prod.	189,6	187,1
F	Distillers	–	–
M	Dome Petroleum	6,5	6,7
D	Dow Chemical	68,8	67exD
D	Dresser	39,6	39,8
F	Dunlop	–	–
D	DuPont	99,9	96,5G
M	East Drief. Gold	71	69,55
D	East Air Lines	25G	25,7
F	Eastman Kodak	206,5	210,5
F	Elf Aquitaine	43	43,9
F	Emhart	119G	119G
D	Ericsson	–	126G
D	Esmark	159G	158G
D	Exxon	73,2	73,9
D	Fiat St.	5T	5,15T
D	dgl. Vz.	3,7T	3,75T
F	Finsider	–	0,11
D	Fisons	19G	19,4G
M	Fluor	48	48,5
D	Ford	96G	96,5
F	Foseco Minsep	5,55G	5,4
F	Fujitsu	9,5	9,75
F	General Electric	254	257
F	General Mining	57,7	60
D	General Motors	143	145G
D	Gen. Shopping	560G	560G
M	Getty Oil	129,7	131,7
D	Gevaert	100T	100T
F	Goodyear	70	71,5
H	Grace	99G	99G
D	GKN	6,1T	6T
F	Gulf	75	74,9
F	Highveld m. St	11,8G	11,8G
F	dgl. o. St.	10,8	10,5
F	Hitachi	800	810
M	Holiday Inns	96,5	97,5
F	Homestake	60,5	60,5
D	Hoogovens	21	21,7
F	IBM	247	247
F	ICI	14,4	14,3
M	Imperial Oil	54,45	54,7
F	Inco	31,4	31,6
F	Int. T & T	89	90,5
D	Istituto Fin.	9T	9T
F	Italcementi	72,3	69G
F	Izumiya	6,5T	6,5T
F	Japan Line	1,7G	1,8
D	Jusco	5,7	5,7T
F	Kawasaki Kisen	1,45G	1,4T
F	Kawasaki Steel	1,5G	1,5G
M	Kloof Gold Min.	101,6	101,3
F	Komatsu	5,2	5,2
D	KLM	140	145
F	Kubota	3,55	3,25T
D	Lafarge	–	–
D	Litton Ind.	137	138
F	Lone Star	83	84G
D	LTV	34,5	34,7
M	M.I.M. Hold.	17,4	17,65
F	Magneti Marelli	–	1,5

		29. 3	28. 3
D	Marubeni	3,1G	3G exD
F	Marudai Food	5,8G	5,8G
D	Matsushita El.	15,2T	15,5T
M	McDonald's	169,2	168,8bG
M	Merrill Lynch	202	207
F	McDonnell D	128,5	127,5
D	Minnesota M.	190T	189T
D	Minolta Camera	4,6G	4,6 exD
F	Mitsubishi Chem	2,55	2,55
F	Mitsubishi El.	3,75	3,6
F	Mitsui Bk.	4,5T	4,5T
F	Mitsui & Co	3,75	3,8G
F	Mitsui Engin.	1,55T	1,6bG
F	Mitsui O. S. K.	1,9G	2G
F	Mitsumi El	4,7T	4,75
H	Mobil Oil	63,5	63,5
F	Monsanto	215,5bG	217
F	Montedison	0,25	0,25
F	Murata	17	16,8G
M	Nat. Semicond.	76	75
D	Nat Westminster	20,5T	20T
F	Nestlé	4600	4550
D	Nikko Sec.	4,1T	4,1G
F	Nippon El	9,9	10 exD
F	Nippon Kokan	1,5	1,4 exD
F	Nippon Shinpan	8,3	8,3T
F	Nippon Yusen	2,6G	2,6G
F	Nissan Motor	7,8	7,9 exD
F	Nisshin Steel	1,65	1,75 exD
F	Nissho - Iwai	3G	3G
F	Norsk Hydro	101	102bB
F	Norton Simon	55G	55
H	Occ. Petroleum	45,5	45
D	Océ v. d. Grint	142T	142T
F	Olivetti Vz	4,8	4,8
F	Olympus Optical	12	11,5T
H	v. Ommeren	22	22,5
F	Omron Tateisi	11G	11,5
F	Pakhoed	49,5	51,8
M	PanAm	13,2	13,7
M	Pepsi	88,45	89,45
F	Pernod-Ricard	150	150G
F	Peugeot	66	66
F	Philip Morris	154,9	154,9
H	Philips	38,1	38,7
D	Phoenix Ass	11G	11G
F	Pirelli	3,05	3bG
M	Polaroid	76,3	78
M	Prime Computer	103,5	103,4
F	Procter & G.	150	151
D	Ramada Inns	19,6G	18,8G
F	Rank Org	5,4	5,3
F	Ricoh	7,4G	7,65 exD
F	Rio Tinto NA-St.	18,7	19
H	Robeco	245	245,5
F	Rockwell	126,9	127bB
H	Rolinco	227,5	230
F	Rorento	167	167
F	Rothmans Int.	4,1	4,2
H	Royal Dutch	93,8	94
F	Sanko Steamship	2G	2G
F	Sankyo Electric	4,7G	4,9 exD
M	Santos	9,5	9,35
F	Sanyo Elec.	4,7G	4,8T
F	Sanwa Bk.	4,9G	4,9G
M	SASOL	8,8	8,65
F	Schlumberger	95	96
F	Schw. Alum	760	759
F	Schw. Bankverein	304,6	308
M	Sears, Roebuck	84,6	86,3
F	Seiyu Stores	6,7G	6,7G
F	Sekisui Prefab	7,55G	7,6
F	Selected Risk	29G	29G
H	Shell T & T	16G	16T
D	Singer	65	66,3
F	Snia Viscosa	1,66	1,76
D	Solvay	122T	120T
D	Sony Corp	37,2	37
D	Sperry Corp	87,5	90
F	Squibb	122	126
F	Stanley Elec.	4,7G	4,7G
F	Steyr-Daimler-P.	23	23,5
F	Sumitomo Heavy	1,6	1,55 exD
D	Sumitomo Metal	1,6	1,55GexD
F	Sumitomo Shoji	4,6G	4,6G
D	Sun	76G	75G
F	Swissair	961	964
F	Taisei Kens	2,2	2,5T
M	Tandy	134	139,6
F	Tenneco	83	81,5
D	Texaco	75,5	76,1
D	Thomson-CSF	68,8	70T
D	Thorn Emi	18,2G	18,2G
D	Tokyo Pac	210G	210G
F	Tokyo Sanyo El.	5,4G	5,5
F	Trio Kenwood	5,5G	5,5G
F	TRW Inc.	158,5	160G
D	Toray	3,5G	3,5T exD
D	Toshiba	3,35	3,5G exD
D	UAL	86G	84,8
H	Unilever	190,5	192
F	Union Carbide	149	146
D	Uniroyal	28,8G	29,3
F	United Techn.	166	166
F	US Steel	56	56,5
M	Vaal Reefs Expl	230	232
F	Veitscher Magn.	–	–
D	Ver.-Stork	63T	63T
D	Volvo A	121T	121T
D	dgl. Nam B	121G	121G
F	Warner Commun.	72	72
F	Warner Lambert	78	76
F	Wells Fargo	74,5	77
M	Western Deep L.	115,5	117G
M	Western Mining	8,55	8,65
F	West.-Utrecht H.	112,5	115
D	Xerox Corp.	100	101

Aktienkurse deutlich schwächer

Käufe von Großanlegern fingen die Notierungen nicht auf

DW. – Nachdem anfänglich Gewinnmitnahmen die Aktienkurse an der Dienstagbörse stärker nach unten gedrückt hatten, fingen sich die Notierungen vorübergehend, weil institutionelle Anleger das herauskommende Material auf der ermäßigten Basis aufnahmen. Dann jedoch gaben die Notierungen weiter nach. Die kurzfristige Spekulation verkaufte schon jetzt, um während der viertägigen Osterpause nicht von eventuellen wirtschaftspolitischen Einflüssen überrascht zu werden. Mit Verlusten von über 20 DM reagierte der Deutsche-Bank-Kurs auf die Dividendenerhöhung von 10 DM auf 11 DM je 50-DM-Aktie.

Commerzbank gaben um etwa 6,50 DM nach, obgleich die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung für das Geschäftsjahr 1983 angekündigt worden ist. Da wirkte sich die Enttäuschung über die Deutsche Bank mit aus. Die Farben-Nachfolger wurden – ebenfalls auf Grund von Gewinnmitnahmen – trotz der guten Rendite bis um 4,50 DM (BASF) zurückgenommen. Am Automarkt waren die Favoriten Daimler-Benz und BMW gedrückt.

Düsseldorf: Hochtief verminderten sich um 10 DM auf 520 DM, Leffers gaben um 11 DM auf 290 DM nach und Gerresheimer Glas sanken um 3 DM auf 91 DM, Kerama erhöhten sich um 8 DM auf 175 DM, Stinnes stiegen um 7 DM auf 540 DM und Dahlbusch zogen um 5 DM auf 410 DM an.

Frankfurt: Deutsche Bank wurde um 18,90 DM auf 313,10 DM zurückgenommen. Die Börse hatte außer der Dividendenerhöhung auf 11 DM (10 DM) je Aktie eine Kapitalberichtigung erwartet. Von Nebenwerten blieben Schloßquell Heidelberg 460 DM plus 15 DM, Industrie Karlsruhe 142 DM minus 7,50 DM, Rütgers 369 DM minus 8 DM, Casella 370 DM plus 13 DM, Mainzer Aktienbier-Vorzüge 305 DM plus 10 DM, Henninger 138 DM minus 7 DM und VDM 183 DM plus 8 DM, Aesculap-Bezüge gingen auf 65 DM minus 3 DM zurück, -Aktien auf 300 DM minus 15 DM.

Hamburg: Beiersdorf schwächten sich auf 304 DM minus 5 DM ab und Triton auf 150 DM minus 4 DM. Phoenix Gummi begannen zu 97,10 DM und lagen später bei 9 DM minus 2 DM. Markt- und Kühlhallen wurden mit 246 DM plus 6 DM und Bremer Vulkan mit 40,50 DM plus 2 DM gehandelt. HEW konnten sich bei 132 DM plus 0,80 DM behaupten.

München: Bayerische Lloyd erhöhten sich um 10 DM auf 216 DM, Gehe stiegen um 2 DM auf 182 DM, Heilitt und Wörner schlossen mit einem Plus von 12 DM auf 292 DM ab und Süd Chemie verbesserten sich um 3 DM auf 342 DM. Leonische Draht büßten 3 DM auf 314 DM ein.

Berlin: Forst Ebnath erhöhten sich um 450 DM. Lehmann konnten sich um 6 DM, Berliner Kindl und DUB-Schultheiss um je 2 DM erholen. DeTeWe wurdn um 17 DM und Kempinski um 7 DM niedriger taxiert. Siemens büßten 5,50 DM, BHF-Bank und Orenstein je 5 DM, Schering 4,50 DM, Berthold 4 DM, AEG und Beula je 3,40 DM ein. Dt. Hypobank Berlin und Herlitz Vorzüge ermäßigten sich um je 2,50 DM.

Nachbörse: schwächer

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

AEG, BASF, Bayer, Bayer Hypo, Bayer Vbk., BMW, Commerzb, Conti Gummi, Daimler, Dt. Bank, Dresdner Bk., DUB, GHH, Harpener*, Hoechst, Hoesch, Holzmann, Horten, Kali + Salz, Karstadt, Kaufhof, KHD, Klöckner-W*, Linde, Lufthansa St., Lufthansa VA, Mannesmann*, MAN, Mercedes-H, Metallges., Preussag*, RWE St., RWE VA, Rütgers, Schering, Siemens, Thyssen, Veba, VEW, VW, Philips**, Royal D.**, Unilever**

Kurswert in 1000 DM

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York – Toronto – London – Amsterdam – Mailand – Wien – Tokio – Zürich – Brüssel – Kopenhagen – Madrid – Paris – Hongkong – Singapur – Sydney

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Junge Aktien

WELT-Aktienindex vom 29. 3.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 29. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9⅞	4¾–5	4¼–4¾
3 Monate	9¾– 9⅞	4¾–5	4 –4½
6 Monate	9⅞–10	5 –5¼	4 –4½
12 Monate	10 –10⅛	5¼–5½	4 –4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 29. 3.: Tagesgeld 5,0–5,1 Prozent; Monatsgeld 5,25–5,35 Prozent; Dreimonatsgeld 5,28–5,35 Prozent.

Privatdiskontsätze am 29. 3.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 29. 3.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 29. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50; Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 22,00 Verkauf 26,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 29. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1285,00	1565,05
10 US-Dollar (Indian)**)	958,00	1218,14
5 US-Dollar (Liberty)	393,00	540,14
1 £ Sovereign alt	231,00	283,63
1 £ Sovereign Elizabeth II	229,00	281,37
20 belgische Franken	179,00	236,17
10 Rubel Tscherwonez	241,00	300,58
2 südafrikanische Rand	227,00	279,11
Krüger Rand, neu	1015,00	1192,15
Maple Leaf	1013,00	1189,89
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	241,00	306,23
20 schweiz. Franken „Vreneli"	203,00	257,64
20 franz. Franken „Napoléon"	203,00	257,64
100 österr. Kronen (Neuprägung)	943,00	1130,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	189,00	236,43
10 österr. Kronen (Neuprägung)	98,00	127,69
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	436,00	532,23
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	102,00	137,86

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Bei einem von Ultimodispositionen geprägten Markt blieb der US-Dollar behauptet. Das Geschäft verlief am 29. 3. ruhig, die Anfangskurse von 2,4260 wurden von einer Erholung bis 2,4340 abgelöst. Der japanische Yen fiel um 20 Punkte auf 1,0140, die Diskussionen um eine baldige Diskonterhöhung werden hier weiterhin geführt. Einen absoluten Tiefstkurs erreichte der holländische Gulden mit 88,78 und der portugisische Escudo mit 2,470. Weiterhin am oberen Punkt wurden das irische Pfund der französische Franc notiert. Während nur eine minimale Intervention beim irischen Pfund notwendig war, mußte die Bundesbank beim französischen Franc 197 Mill. abgeben. Dollar in: Amsterdam 2,7430; Brüssel 48,2975; Paris 7,2985; Mailand 1449,30; Wien 17,0970; Zürich 2,0849. Ir. Pfund/DM 3,160. Pfund/Dollar 1,4554.

Devisenterminmarkt

Die Terminmärkte wiesen am 29. März nur minimal veränderte Swapsätze auf.

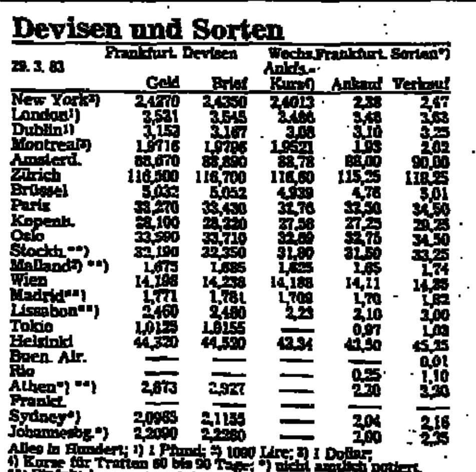
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,00/0,90	2,99/2,89	5,73/5,53
Pfund/Dollar	0,15/0,12	0,40/0,38	0,65/0,60
Pfund/DM	2,40/1,09	5,80/4,40	10,30/8,90
FF/DM	27/11	68/52	145/129

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/3 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,25 (6,23). Ausgabe 1983/4 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,25 (6,37) – 8,25 (6,63)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,88, 2 Jahre 5,53.

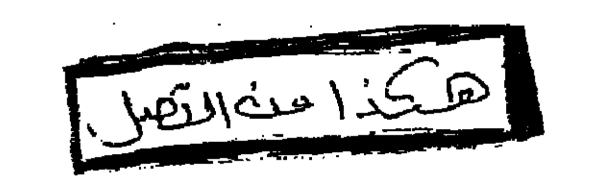
Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,60, Rendite 6,80.

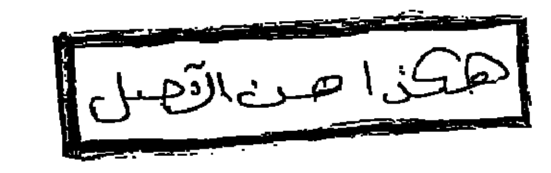
Devisen und Sorten



Optionshandel

Frankfurt: 29. 3.: 631 Optionen, 35 350 (39 200) Aktien. Kaufoptionen: AEG 6-8,20, BASF 2-6,50, 3-7,50, ... er 2-5, 3-7,50, 6-8,90, BMW 2-16,80, 3-19,80, ... Conti 3-4,80, 3-5,90, 6-8,30, Daimler 3-18, 3,22, ... 3-11, 6-15, Degussa 6-28, Hoechst 2-5,80, 3-6,60, ... 2-3,80, 3-4,80, 6-7, Klöckner 3-4,70, 3-6, Linde 2-1... hansa 6-11, Vorzüge 3-7,50, Mannesmann 2-5,40, 6-13, Mercedes 6-32, Preussag 3-13, RWE Vorzü... Schering 6-21, Siemens 2-17, 3-18, 6-22, Thyssen... Varta 6-17, Veba 6-14, VW 3-7,35, 6-16,60, BHF... Commerzbank 2-7,40, 3-9, 6-17, Dt. Bank 2-19,40, 6-30, Dresdner Bank 3-9,70, 3-12,40, 6-17, Litton... Xerox 2-8,30, 6-12,80, Philips 3-3,60, 6-4,60, Royal... 2-7, 3-8, 6-14, BM 2-3, Norsk Hydro 3-3,50, 6-13, V... Verkaufsoptionen: AEG 3-4,90, 3-5,40, 6-8, BASF 3-3,50, 3,4... Bayer 3-4,40, BMW 3-10,90, 3-13, 6-20, BBC 3-16, 6-18, Conti 2-3,60, 3-4, Daimler 3-22, Babcock... 3-12,50, 6-14,90, Vorzüge 2-7,70, GHH 3-5,90, 3-6, ... 3-11, Lufthansa 3-5,60, 3-6,40, Mannesmann 3-4, ... Metallgesellschaft 3-11, 3-13, 6-16,10, Preussag 3-... mens 2-9, 3-11,90, 6-16,40, VW 3-7, 6-8, Bayr. Hypo... Commerzbank 3-3,50, 6-7, Dt. Bank 3-8,60, 3-6,1... Dresdner Bank 3-8,66, 6-7,50, General Motors 3-... 2-9,60, Sperry Rand 35,10, Philips 3-3, EK 3-3,50 3-4,50, 6-6.





Warenpreise – Termine

[...]chwächer lagen die Gold- und Silbernotierungen am Montag [...] späten Nachmittagsgeschäft an der New Yorker Comex. [...]er wurde dagegen Kupfer bewertet. Während sich Kaffee zur Berichtsstunde verbessern konnte, mußte Kakao Ab-[...]äge hinnehmen.

[...]eide und Getreideprodukte

[...] Chicago (c/bush)	28. 3.	25. 3.
[illegible]	358,00	360,50
[illegible]	368,00	370,50
[illegible]	377,50	379,25
[...] Winnipeg (can. $/t) Board of	28. 3.	25. 3.
[...]ence 1 CW	244,41	246,91
Durum	235,61	236,36
[...] Winnipeg (can. $/t)		
[illegible]	118,00	118,00
[illegible]	117,10	117,00
[illegible]	120,60	121,80
Winnipeg (can. $/t)		
[illegible]	114,60	114,60
[illegible]	101,20	101,30
[illegible]	98,40	98,00
[...]hicago (c/bush)	25. 3.	24. 3.
[illegible]	165,25	162,75
[illegible]	172,00	169,75
[illegible]	180,75	178,25
[...]hicago (c/bush)		
[illegible]	311,75	304,50
[illegible]	318,00	311,50
[illegible]	311,50	308,00
Winnipeg (can. $/t)	28. 3.	25. 3.
[illegible]	106,00	103,20
[illegible]	105,00	102,50
[illegible]	104,70	102,70
[...], New Orleans ($/cwt)	28. 3.	25. 3.
[illegible]	10,26	10,27
[illegible]	10,57	10,50
[illegible]	10,45	10,39
[illegible]	10,53	10,47
[...]eschäft, New Orleans ($/cwt)		
[illegible]	18,75	18,65
[illegible]	18,75	18,75

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	28. 3.	25. 3.
Terminkontr. Mai	124,25	134,40
Juli	122,40	122,20
Sept.	121,25	121,50
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1660	1663
Juli	1698	1703
Sept.	1735	1731
Umsatz	2650	–
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	7,00	6,78
Juli	7,33	7,09
Sept.	7,68	7,41
Okt.	7,88	7,68
Jan.	8,30	8,15
Umsatz	–	12 113
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	28. 3.	25. 3.
	6,34	6,22
Kaffee London (£/t) Robusta-	28. 3.	25. 3.
Kontr. März	1915–1918	1930–1939
Mai	1902–1905	1894–1897
Juli	1735–1738	1734–1735
Umsatz	1722	3685
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1244–1245	1266–1268
Mai	1251–1252	1277–1278
Juli	1271–1272	1299–1300
Umsatz	3287	–
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Mai	123,00–123,05	123,00–123,10
Aug.	129,85–129,95	130,30–130,50
Okt.	136,85–136,95	136,90–137,00
Dez.	143,10–143,40	142,00–143,50
März	152,25–152,50	152,35–152,50
Mai	155,60–156,50	155,00–156,00
Umsatz	2863	1608

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	28. 3.	25. 3.
schw. Sarawak spez.	300,00	265,00
weißer Sarawak	350,00	350,00
weißer Muntok	360,00	360,00
Orangensaft New York (c/lb)	28. 3.	25. 3.
Mai	113,70	113,80
Juli	112,50	112,60
Sept.	111,90	112,00
Nov.	107,90	109,20
Jan	104,25	104,10
Umsatz	450	400

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	28. 3.	25. 3.
Südstaaten fob Werk	24,00	24,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	20,50	20,50
Sojaöl Chicago (c/lb) Mai	18,00	17,86
Juli	18,41	18,26
Aug.	18,55	18,44
Sept	18,75	18,60
Okt.	18,93	18,78
Dez.	19,35	19,15
Jan.	19,55	19,37
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	19,75	19,75
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	16,25	16,25
Choice white hog 4% fr. F.	15,00	15,00
Talg New York (c/lb) top white	15,50	15,50
fancy	15,00	15,00
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F.	13,00	13,00
Schweine Chicago (c/lb) April	48,35	49,30
Juni	51,25	52,40
Juli	52,25	52,80
Schweinebäuche Chicago (c/lb) März	68,70	69,70
Mai	68,20	68,85
Juli	65,20	66,20

Häute Chicago (c/lb)	28. 3.	25. 3.
Ochsen einh. schwere River Northern	43,00	42,00
Kühe einh. schwere River Northern	52,00	53,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Mai	637,50	627,50
Juli	653,50	643,50
Aug.	659,00	650,00
Sept.	664,00	654,50
Nov.	677,00	668,50
Jan.	687,00	681,00
März	701,00	693,50
Sojaschrot Chicago ($/sht) Mai	190,40	187,80
Juli	195,20	192,70
Aug	197,80	195,00
Sept	200,00	197,00
Okt.	201,50	199,00
Dez.	206,20	204,00
Jan.	208,00	206,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	28. 3.	25. 3.
März	287,00	287,00
Mai	292,00	290,80
Juli	297,70	297,50
Kokosöl New York (c/lb)	28. 3.	25. 3.
Westküste fob Werk	22,25	22,25
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	29. 3.	28. 3.
jegl. Herk. cif	460,00	480,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	390,00	392,50
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	385,00	375,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	107,50	107,00
Kopra Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	512,50	510,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	245,50	245,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	28. 3.	25. 3.
Mai	75,75	75,52
Juli	75,00	74,53
Okt.	73,50	73,25
Dez.	72,75	72,70
März	73,60	73,50
Juli	74,20	74,20
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1	55,75	55,75
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	28. 3.	25. 3.
Mai	392–395	380–397
Aug	411–413	395–397
Okt.	418–419	412–415
Umsatz	18	95
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	28. 3.	25. 3.
Mai	43,30	43,30
Juli	44,00	44,00
Okt.	44,90	44,90
Dez.	45,30	45,30
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	28. 3.	25. 3.
Mai	564,0–570,0	562,0–563,0
Juli	587,0–590,0	582,0–583,0
Okt.	575,0–576,0	573,0–574,0
Umsatz	68	108
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	28. 3.	25. 3.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	28. 3.	25. 3.
April	14 106	14 166
Mai	14 230	14 277
Kautschuk London (p/kg)	28. 3.	25. 3.
Nr. 1 RSS loco	77,00–78,50	74,00–75,50
April	78,30–79,00	74,00–74,20
Mai	79,20–79,80	75,20–75,50
Juni/Sept.	80,20–80,30	74,70–74,80
Tendenz: abwartend		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	28. 3.	25. 3.
Nr. 1 RSS loco	[illegible]	[illegible]
April	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Nr. 2 RSS April	[illegible]	[illegible]
Nr. 3 RSS April	234,50–235,50	[illegible]
Nr. 4 RSS April	[illegible]	[illegible]
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	28. 3.	25. 3.
BWC	[illegible]	[illegible]
BWD	350,00	350,00
BTC	[illegible]	[illegible]
BTD	[illegible]	[illegible]

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 P = 76 WD = [...]

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	29. 3.	28. 3.
Blei: Basis London laufend. Monat	[illegible]	[illegible]
drittfolg. Monat	[illegible]	[illegible]
Zink: Basis London laufend. Monat	[illegible]	[illegible]
drittfolg. Monat	[illegible]	[illegible]
Produz.-Preis	[illegible]	[illegible]
Reinzinn 99,9%	3445–3560	[illegible]

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	29. 3.	28. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	[illegible]	[illegible]
Blei in Kabeln	[illegible]	[illegible]
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	[illegible]	[illegible]
Vorziehdraht	[illegible]	[illegible]

*Auf der Grundlage der Meldungen [...]

Messingnotierungen

	29. 3.	28. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	334–339	[illegible]
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	[illegible]	[illegible]
MS 63	[illegible]	[illegible]

Zinn-Preis Penang

	28. 3.	25. 3.
Straits-Zinn ab Werk (Ring. kg)	[illegible]	[illegible]

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	29. 3.	28. 3.
Leg. 225	[illegible]	[illegible]
Leg. 226	[illegible]	[illegible]
Leg. 231	341–347	341–347
Leg. 233	348–354	346–354

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von [...]

Edelmetalle

	29. 3.	28. 3.
Platin (DM je g)	[illegible]	[illegible]
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	[illegible]	[illegible]
Rücknahmepr.	31 900	31 900
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	[illegible]	[illegible]
Rücknahmepr.	31 600	31 540
Verarbeit.	[illegible]	[illegible]
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	[illegible]	[illegible]
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	[illegible]	[illegible]
Rücknahmepr.	[illegible]	[illegible]
Verarbeit.	861,00	[illegible]

Internationale Edelmetalle

	29. 3.	28. 3.
Gold (US-$/Feinunze) London 10.30	[illegible]	[illegible]
15.00	[illegible]	[illegible]
Zürich mittags	[illegible]	[illegible]
Paris (F/1 kg-Barren) mittags	97 050	[illegible]
Silber (p/Feinunze) London Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
6 Monate	[illegible]	[illegible]
12 Monate	[illegible]	[illegible]
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	[illegible]	[illegible]
Palladium (£-Feinunze) London fr. Händlerpr.	[illegible]	[illegible]

New Yorker Preise

	[illegible]	[illegible]
Gold [illegible]	[illegible]	[illegible]
Silber [illegible]	[illegible]	[illegible]
Platin [illegible]	[illegible]	[illegible]
Produz.-Preis	[illegible]	[illegible]
Palladium [illegible]	[illegible]	[illegible]
Produz.-Preis	[illegible]	[illegible]
Silber (c/Feinunze) März	[illegible]	[illegible]
April	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Sept	[illegible]	[illegible]
Dez.	[illegible]	
Jan	[illegible]	
Umsatz	[illegible]	–

New Yorker Metallbörse

	28. 3.	25. 3.
Kupfer (c/lb) März	[illegible]	[illegible]
April	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Sept	[illegible]	[illegible]
Dez	[illegible]	[illegible]
Jan	[illegible]	[illegible]
Umsatz	[illegible]	–

Londoner Metallbörse

	29. 3.	28. 3.
Aluminium (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Blei (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Kupfer Highgrade (£/t) mittags Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
abends Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Kupfer Standard Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Zink (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Quecksilber ($/Fl)		[illegible]
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)		[illegible]

Velbert

hy. – „Die aufgeschlossene Stadt", nennen die Werbetexter Velbert pfiffig und beziehen sich symbolisch auf den Schlüssel im Stadtwappen. Das Wortspiel liegt nahe, ist die Schloßschmiede doch seit 1545 urkundlich gesichert. Im Dreieck Düsseldorf, Essen, Wuppertal gelegen, wächst die Stadt seit 1975 langsam zusammen: Denn mit der kommunalen Neugliederung ordnen sich die traditionsreichen Nachbarstädte Langenberg und Neviges – Nolens volens – in Velbert ein. Die Topographie des neuen Gebildes macht es den Planern, den Verwaltungen und den Bürgern nicht immer leicht – aber sie ist reizvoll: Auf einer Fläche von 74 Quadratkilometern (halb so groß wie Liechtenstein) weist Velbert (Langenberg/Neviges) bis zu 226 Meter Höhenunterschied auf. Neue Schwerpunkte der Industrie haben sich im Maschinenbau und in der Stahlverformung gebildet. Die Stadtbezirke Langenberg und Neviges sind althergebrachte Standorte der Textilindustrie. Gerade in der jetzt abflauenden Wirtschaftskrise zeigte sich, wie eng verbunden Velberts Wirtschaft als Zulieferbetrieb vor allem mit der Automobilindustrie ist. Denn niest diese, dann hat die Stadt im Niederbergischen schon einen Schnupfen.

Auch nach Eingemeindung wird die Eigenart betont

Die Pläne der Verwaltung für die drei Stadtteile

Vor mehr als 50 Jahren jubelte 1929 die Heimatzeitung „Bergische Heimat": „Stolz nennt sich Velbert die ‚niederbergische Industriestadt im Grünen'. Mit Macht drängt sich dieses Wort dem auf, der von der Zinne des Rathauses aus den in weite Ferne reichenden Blick über das Bergische Land und die Bergstadt gleiten läßt."

Wer heute die „Zinnen des Rathauses" erklimmt, wird wohl zunächst einen anderen Eindruck haben: Dessen Blick bleibt an Hochbauten und Maschinenhallen hängen, daneben aber auch an Schieferhäuschen und properen Bürgerhäusern.

Seit 1861 ein gewisser Peter Furtmann die erste „Consession für Dampfmaschinen" erhielt und die Stadt sich explosionsartig vergrößerte, spielt sich Leben und Arbeiten auf engem Raum ab.

Vor allem das Straßennetz hielt mit dieser Entwicklung nicht Schritt. Die Stadtväter versuchten, dem Verkehr Herr zu werden mit einem für Fremde schwer durchschaubaren Einbahnstraßensystem. Jeder tut gut daran, einmal zu fragen – die Bürger geben verständnisvoll Tips – und dann ist es auch ganz einfach.

Dennoch: Der Verkehr durch die schmalen Gassen bleibt die Achillesferse der Stadt. Kein Wunder, daß Bürgermeister Heinz Schemken und Stadtdirektor Hans-Günter Steinhauer beredte Klagen führen, daß die Anbindung an das überregionale Netz durch die geplante Autobahn A 44 vorerst auf weite Sicht verschoben ist. Zwar hatte man in Velbert schon mit der A 44 begonnen, manche Brücken und Bauwerkteile stehen jetzt sozusagen im straßenleeren Raum, und mehr als 100 Millionen Mark sind schon in den schweren Velberter Lehmboden investiert – aber das Gesamtprojekt ist vorerst zurückgestellt. Da tröstet es kaum, daß es wenigstens für die stark befahrene B 224 von Essen nach Wuppertal eine autobahnähnliche Umgehungsstraße gibt.

Eine ganz andere Aufgabe müssen die Stadtväter nach der kommunalen Neugliederung von 1975 lösen, als Langenberg und Neviges eingemeindet wurden. Die dort Einheimischen werden so schnell nicht „Velberter" werden – aber sie sehen mit Argusaugen, was die Verwaltung den einzelnen Stadtteilen zugute kommen läßt. Da war die Fertigstellung der Velberter Fußgängerzone 1979 für die Nevigeser Grund genug, auch eine für sich zu fordern – und sie haben sie inzwischen auch bekommen.

Jetzt ist der dritte neidisch: Langenberg. Sozusagen zum Ausgleich ließ sich das Rathaus aber etwas Besonderes einfallen: Mit Millionenaufwand wird der Stadtteil saniert. Das Konzept verspricht nicht nur eine bessere Verkehrsführung durch das enge Tal, sondern auch frischen Glanz für den historischen Stadtkern.

Nach der Hochblüte durch seine Textilindustrie hatte Langenberg eine gewisse Berühmtheit Ende der zwanziger Jahre erworben. Am 15. Januar 1927 verkündete eine Sonderausgabe der „Morgen-Zeitung", daß „die Stadt mit einem Schlag in den Mittelpunkt Europas gestellt ist" – durch den damals größten Rundfunk-Sendemast, von dem aus es tönte: „Hier ist Langenberg auf Welle 468,8."

Velbert ist zwar Industriestadt – aber es pflegt sein Grün: 61 Hektar Parkanlagen und ein Tiergehege, 564 Hektar öffentliche Waldgebiete und 61 Kilometer Wanderwege geben ihr einen hohen Erholungswert. Das schätzen auch die benachbarten Großstädter, die vor allem aus dem Ruhrgebiet am Wochenende kommen. Und natürlich die für den Fremdenverkehr nicht unwesentlichen Pilger – jährlich etwa 250 000 –, die zum Gnadenbild der „Immaculata" nach Neviges wallfahren.

Kulturelle Entspannung und geistige Auseinandersetzung bieten das „Forum Niederberg", das vor einem Jahr eröffnete Kulturzentrum für Theater und Konzerte, für Bürgergeselligkeit und Kongresse. Bürgermeister Schemken: „Eine Stätte der Begegnung". Das kommt auch in der Bevölkerung an: In einer Repräsentativbefragung über deutsche Mittelstädte im vergangenen Jahr erhielt Velbert einen guten Mittelplatz: Die Bürger der Stadt fühlen sich offensichtlich wohl. Sie haben allerdings auch das Glück, über ein breites Angebot an schulischen, sozialen und sportlichen Einrichtungen zu verfügen: drei Gymnasien, drei Real-, zwei Berufsschulen. Dazu vier Jugendzentren, 25 Einrichtungen für die Senioren, zwölf Sportplätze, ein Stadion für 12 000 Zuschauer, 25 Sport- und Turnhallen, drei Hallen- und drei Freibäder (davon allein zwei mit Wellenbad) einen Freizeitpark.

Steinhauer: „Es lohnt sich, in Velbert zu wohnen, zu arbeiten oder sich bei einem Besuch umzuschauen." Allerdings eines kann der Besucher nicht: Mit der Bahn ankommen. Denn Velbert ist nur mit dem Auto zu erreichen – und per pedes natürlich. G. HERMANN

Zwölftausend Schlösser und Schlüssel

An kaum einen anderen Gegenstand hat der Mensch von altersher soviel Scharfsinn, aber auch soviel Phantasie und Kunstsinn verwandt wie an Schloß und Schlüssel. Schon die Assyrer und Ägypter kannten Schließvorrichtungen, die Vorbilder der Sicherheitsschlösser von heute. Denn sie verraten die gleiche Konstruktionsidee, die sich der Amerikaner Linus Yale im vorigen Jahrhundert hat für sein Zylinderschloß patentieren lassen.

Eine Übersicht – einzigartig in der Welt – bietet das „Deutsche Schloß- und Beschlägemuseum" den Besuchern. Die Ausstellungsstücke aus fünf Jahrtausenden kommen natürlich nicht nur aus deutschen Landen, sondern aus Europa, Asien und Afrika – insgesamt sind es mehr als 12 000 Schau- und Belegstücke.

Kein Wunder, daß dieses Museum hier seine Heimat fand, haben doch die Velberter selbst entscheidenden Anteil an der Entwicklung dieses Kunsthandwerks. Im niederbergischen Land sind seit Jahrhunderten Schlosser, Kleinschmiede und Metallgießer zu Hause – seit dem 16. Jahrhundert werden vorzugsweise Schlüssel und Schlösser hergestellt.

Eine Fördergemeinschaft unterstützt den kargen Etat des Museums, das gleichermaßen historisch wie aktuell orientiert ist. Denn die Sammlung reicht von Babylon bis zum Computerschloß.

Ältestes Stück ist ein babylonisches Siegel, das den Gott Schamasch mit einem erhobenen Kammschlüssel zeigt als Sinnbild seiner „Schlüsselgewalt" wie später – in ähnlicher Bedeutung – der „Schlüssel Petri" im kirchlichen Bereich.

Doch ist dieser Kammschlüssel mehr als Symbol: Er paßt nämlich in ein Fallriegelschloß, wie es schon Ägypter und Griechen benutzten und heute noch in bäuerlichen Gegenden Südosteuropas in Gebrauch ist.

Das überdimensionale Modell eines Sicherheits-Zylinderschlosses gleich nebenan demonstriert, daß Linus Yale diese Idee in die Neuzeit übertragen und perfektioniert hat. Neben Schloß und Schlüssel sammelt das Museum die reihhaltigen Beschläge – früher eher „Warnzeichen" mit Dämonengesichtern, Löwenköpfen oder Drachen, später mehr dekoratives Element, an denen sich Generationen von Kunstschmieden erprobten. Besonders reizvoll sind eine historische Senkschmiede und eine Handgießerei, originalgetreu eingerichtet. DW.

Stadt der Schlösser und Beschläge zeigt weiterhin Selbstvertrauen

Aber: In den vergangenen zehn Jahren hat sich das Arbeitsplatzangebot stark verringert

In der Schloß- und Beschlagindustrie ist die Technologie durch die Jahrhunderte in einer Weise entwickelt worden, die es der Konkurrenz schwer macht, gleichzuziehen." Dieses Urteil fällten kürzlich zwei Velberter Unternehmer. Es zeugt von Mut und Selbstvertrauen, nicht nur begründet durch die Tradition. Als „Stadt der Schlösser und Beschläge" verdankt Velbert seine überregionale Bekanntheit.

Diese bis heute gesunde Industrie läßt sich dort weit bis in das vorindustrielle Zeitalter zurückverfolgen. Urkundlich belegt ist sie seit 1545, bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts fiel ihr innerhalb der Metallverarbeitung eine Vorrangstellung zu. Strukturbestimmend war sie auch insofern, als sie zahlreiche wirtschaftliche Folgeaktivitäten an den Standort hat binden können. Dies sind, wie der Wirtschaftswissenschaftler Udo Siepmann für die IHK zu Düsseldorf in einer Ausarbeitung feststellte, vor allem Gießereien, Stahlverformung, Maschinenbau, Oberflächenveredelung, Schraubendrehereien und Schleifereien. Waren diese Industriezweige zunächst im engen Produktionsverbund mit der Schloß- und Beschlagindustrie, so haben sie inzwischen weitgehend diversifiziert und bedienen heute als Zulieferer überwiegend Märkte außerhalb.

Die Schloß- und Beschlagindustrie liefert heute vorwiegend der Automobil-, der Bau- und in geringem Umfang auch der Möbelindustrie zu. Sie hat aber auch beim Endverbraucher als Hersteller von Sicherheitsschließvorrichtungen einen hohen Bekanntheitsgrad.

Die Produktionsschwerpunkte der Gießereiindustrie, die mehr als 20 Prozent zum industriellen Umsatz der Stadt beiträgt, liegen beim Temper- und Eisenguß. Wichtigste Abnehmer dieser Branche sind der Maschinen- und Fahrzeugbau und die Bauwirtschaft. Insgesamt bieten die Velberter Gießereiindustrien 5200 Arbeitsplätze an.

Enger produktionstechnischer Verbund mit der Schloß- und Beschlagindustrie kennzeichnet eine große Anzahl von Betrieben, die sich auf die Herstellung von Schrauben, Fassondrehteilen, Preß-, Zieh- und Stanzteilen und Federn spezialisiert haben. Auf den Industriezweig Stahlverformung fällt allein in Velbert ein Anteil von 12 Prozent der Industriebeschäftigten und etwa acht Prozent der industriellen Umsätze.

Die Produktionspalette des Maschinenbaus mit seinen etwa 1500 Arbeitsplätzen und knapp sieben Prozent der Industriebeschäftigten reicht von Pumpen über Maschinen für die Papierverarbeitung, Walzlager, Druckluftwerkzeuge für die Eisen- und Metallverarbeitung bis hin zu chemietechnischen Apparaturen.

Charakteristisch ist für Velbert die Größe der Unternehmen: Mit 118 Beschäftigten je Betrieb liegt die durchschnittliche Größe weit unter dem von Nordrhein-Westfalen (176). Die Gründe für diese mittelständischen Strukturen sind weniger in den Branchen zu suchen denn im Standort: Hänge und Hügel behindern oft ein Größenwachstum der Unternehmen am traditionellen Standort.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich das Arbeitsplatzangebot um etwa 20 Prozent verringert. Der Rückgang konzentriert sich fast ausschließlich auf das verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft; während der 70er Jahre gingen mehr als 8000 Arbeitsplätze verloren. Mit negativen Vorzeichen schlagen die höherwertigen Dienstleistungen zu Buche. Dies zeigt sich vor allem bei den vorrangig wirtschaftsbezogenen Dienstleistungsangeboten der Rechts-, Wirtschafts- und Steuerberatung, deren Umsatzanteile in Velbert weit hinter den landesdurchschnittlichen Anteilen zurückbleiben. Lediglich im Velberter Großhandel sind Ansätze einer überregionalen Orientierung erkennbar.

UDO BERGEL

„Fels des Glaubens in unserer Zeit"

Das einträchtige Zusammenleben der beiden großen Kirchen, der evangelischen wie der katholischen, ist dokumentiert in einem Ort – in Neviges. Dort fand 1589 – 42 Jahre nach dem Tode des Reformators Martin Luther – die erste Bergische Synode der Protestanten statt. Dort aber wird seit 1681 auch ein Marienbild verehrt, dem Wunder zugeschrieben werden und zu dem alljährlich mehrere hunderttausend gläubige Katholiken wallfahren.

Im Jahre 1680 betete der Franziskanerpater Antonius Shirley im Kloster zu Dorsten ein unscheinbares Marienbildchen an, von dem eine helle Stimme verkündet haben soll: „Bring mich nach Hardenberg, da will ich verehret sein."

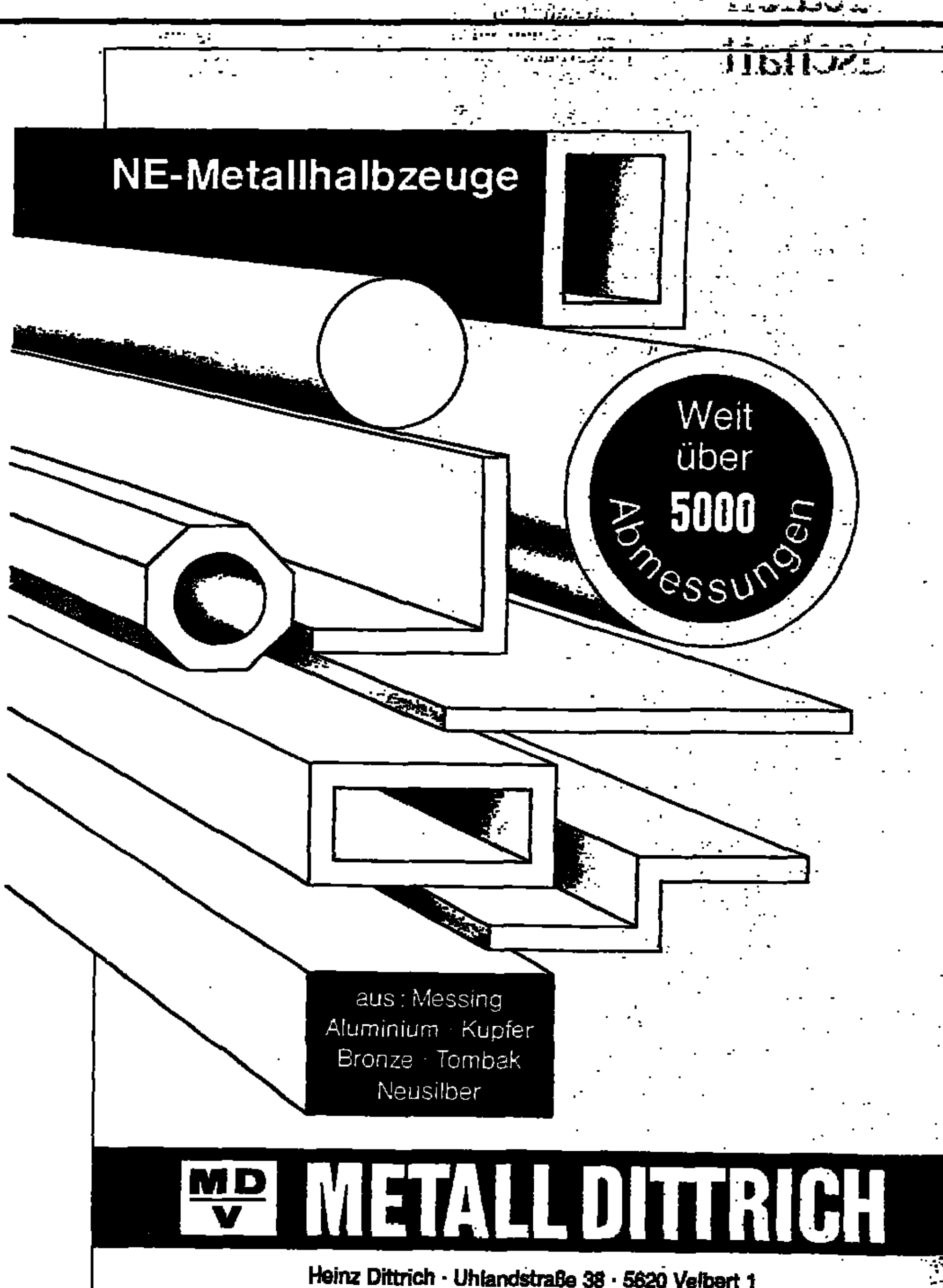
Dies war der Beginn einer fast 300jährigen Wallfahrt zur „Unbefleckt empfangenen Gottesmutter". Was der Abt von Werden 1683 „zur Beglaubigung und Bekräftigung aller Tatsachen" der ersten Wundererscheinung und der ersten Wallfahrt urkundlich festgehalten hat, zieht heute durchschnittlich 250 000 Besucher in jedem Jahr nach Hardenberg im Velberter Stadtteil Neviges.

Die Gläubigen pilgern mit den Franziskanern des seit 1675 ansässigen Klosters, um am Gnadenbild, an Stationen auf Kreuzberg und Marienberg innezuhalten, um dort zu beten. Sie pilgern aber auch nach Hardenberg, um die 1968 – in unmittelbarer Nachbarschaft zur alten Klosterkirche von 1720 – erbaute Wallfahrtskirche für „Maria, Königin des Friedens" zu besichtigen und im angeschlossenen Pilgerheim Besinnungstage einzulegen.

Der Erbauer dieser Kirchenanlage ist Professor Gottfried Böhm. Er wollte mit diesem Riesenzelt aus Beton keinen Kompromiß schließen, „lieber suche ich dann nach einer ganz anderen Lösung". In der Tat ist das Betongebirge umstritten: Es bietet 7000 Menschen Platz in der Kirche, in den Pilgerklausen und auf dem gestaffelten Freigelände. Die Strenge von Architektur und Baumaterial erhält durch kunstverglaste Fenster eine unerwartete Transparenz. Das oft verdeckt einfallende und daher diffuse Licht sorgt für ein Gefühl der Geborgenheit. Es macht vor allem den Innenraum trotz seiner Ausmaße – nach dem Kölner Dom die zweitgrößte Kirche im Rheinland – zu einer Meditationsstätte.

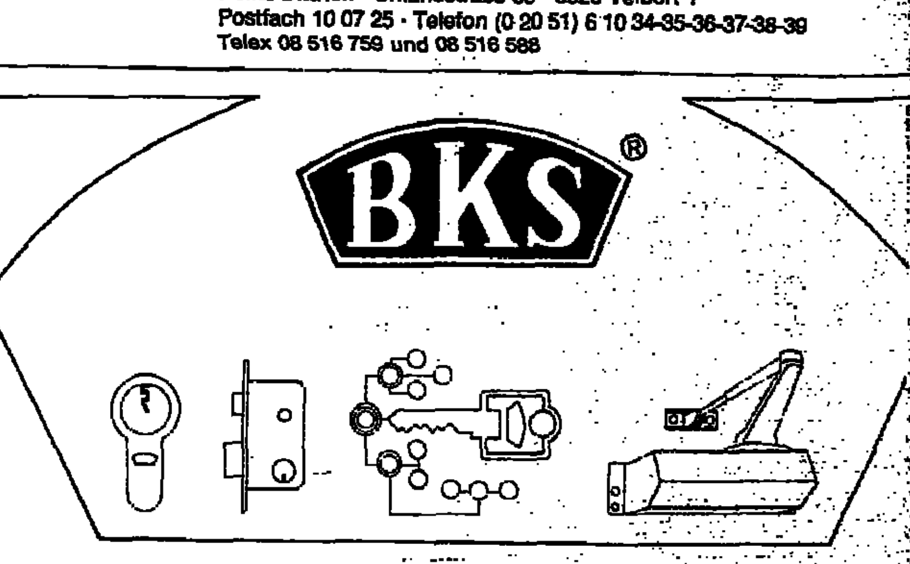
Die Wallfahrtzeit geht vom 1. Mai bis Allerheiligen mit besonderen Wallfahrten für Kroaten, polnisch sprechende Katholiken, für Alte und Kranke und für Oberschlesier. Professor Böhm: Ein „Fels des Glaubens und eine Mahnung für unsere Zeit". DW.

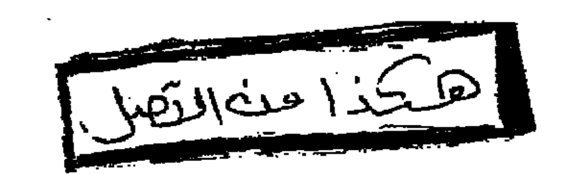


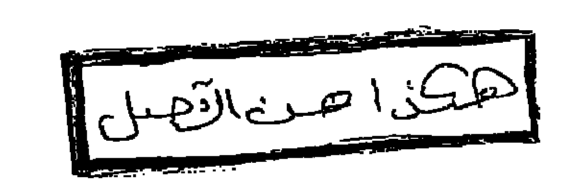


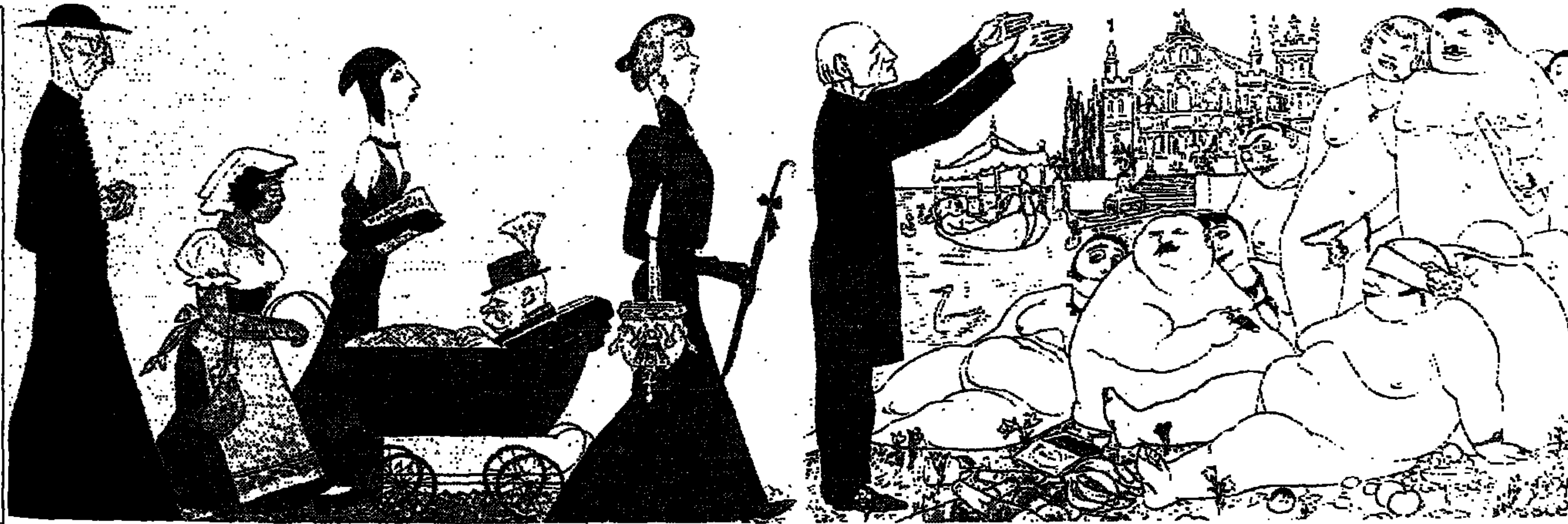












Zweimal Karl Arnold: Der Prediger in der Wüste" (rechts) und „Österreich, Frankreich und Italien" mit dem Text „Alsdann geht beileifi nix über a guate Selbständigkeit

FOTOS: VERLAG F. BRUCKMANN

Karl Arnold, der Simpl-Riese aus dem Löwenbräu

Er gehört zur Simpl-Legende, obwohl er nicht von Anfang an dabei war. 1907 erschien seine erste Zeichnung in dem renommierten satirischen Blatt. Da war er schon 24 Jahre alt und der „Simplicissimus" elf. Auf den Monat genau. Denn die erste Nummer des „Simpl" erschien am 4. April 1896. Karl Arnold aber wurde vor 100 Jahren, am 1. April 1883, geboren. Psychologen mögen da rätseln, ob der Geburtstag, für Spötter natürlich eine Herausforderung, den späteren Berufsweg vorausbestimmt hat.

Zuerst wollte Karl Arnold jedenfalls Lehrer werden, aber die Prüfungshürden erwiesen sich als zu hoch. Also wechselte er zur Kunst. Doch auch da wurde er nach landläufigen Vorstellungen nichts Richtiges. Seine Mitstudenten Kandinsky, Klee, Purrmann und Weisgerber hatten mehr Erfolg – aus heutiger Sicht. Damals mögen sie Karl Arnold beneidet haben, denn auf Anhieb schaffte er es, in die „Altherrenriege" des „Simplicissimus" einzubrechen, die sich, seitdem die Künstler Teilhaber an Verlag und Gewinn waren, recht zurückhaltend gegenüber konkurrenzverdächtigen neuen Talenten gab.

Und Arnold begnügte sich nicht mit dem Erfolg beim Simpl. Ein Jahr später wurde er auch regelmäßiger Mitarbeiter bei der „Jugend" und in den zwanziger Jahren beim schweizerischen „Nebelspalter" und bei der schwedischen „Söndags-Nisse". Er arbeitete für die „Münchner Illustrierte Presse" und – in den Dreißigern – für die „Berliner Illustrirte". Außerdem ließ er nicht von der Kunst. Für die Kirche seines Geburtsortes Neustadt bei Coburg schuf er 1908 ein großes Altargemälde mit Christi Auferstehung, und 1913 gehörte er zu den Gründern der „Neuen Münchner Sezession".

Ein Maler war Arnold trotzdem nicht. Sein Talent war Zeichnen. Davon profitierte im Ersten Weltkrieg die „Liller Kriegszeitung", ein Blatt für die Soldaten an der Front, das wegen Arnolds „Kriegsflugblättern" auch bald in der Heimat begehrt wurde. 1917 übernahm Arnold dann, nach dem Tode Ferdinand von Reznickeks, dessen Anteile am „Simpl". Seitdem steuerte er mindestens ein Blatt zu jeder Ausgabe bei. Außerdem fungierte er als „Redakteur für Bildideen und Texte". Arnold gehörte zu den wenigen Karikaturisten, die nicht die Vorschläge der Redaktion illustrierten (die dann wiederum von der Redaktion betextet wurden), sondern er machte alles selbst – und hatte auch noch für die anderen ein paar Ideen übrig.

Karl Arnold war vielseitig, obwohl er seit den zwanziger Jahren seinen typischen Stil ausgebildet hatte. Die Figuren erhielten eine feste Kontur ohne Schattierungen. Nur die Gesichter wurden – besonders bei den Bajuwaren – gelegentlich runzelgenau ausgeführt. Den Berliner Typen wurden solche Feinheiten nur selten zuteil, wie er auch in der Betextung deutlich einen Unterschied zwischen der Berliner Schnoddrigkeit und Münchner Gemütlichkeit (mit einem kräftigen Schuß Borniertheit) machte.

„Knorkissimo" steht da etwa über einem Berliner Caféhaustisch mit Jungdichtern. Und darunter: „So'n Fabrikonkel hat leicht umstell'n ... aber komm' Se mal von der Kriegslyrik über Revolutionsmoden zur perversen Neo-Askese." Die Münchner haben dagegen anderen Kummer: „Bei dem Wetter schlag i' Pinakothek oder Löwenbräu vor! San S' für die Pinakothek, so erwart' ich Sie derweil im Löwenbräu."

Man hat Karl Arnold – wie dem „Simplicissimus" – wiederholt verübelt, daß er 1914 genausowenig aufhörte wie 1933. Dabei wird vergessen, daß die Karikaturen zum Unterhaltungsgewerbe gehören, das sich den Zeiten anpaßt, nicht die Zeiten formt. Arnold hat jedenfalls versucht, die dreißiger Jahre mit Anstand durchzustehen, so schwierig das auch in seinem heiklen Gewerbe war. 1943 erlitt er einen Schlaganfall. 1953 ist er gestorben.

Seine große Zeit waren die zwanziger Jahre. Das Bild, das er von ihnen gezeichnet hat, prägt die Vorstellung mit, die wir uns von ihnen machen. Ein freundliches Bild ist das nicht, auch kein realistisches, aber eines, das viel von den Vorurteilen dieser Zeit und über diese Zeit verrät.

PETER DITTMAR

Wenn der Kunstmarkt immer mehr versiegt – Wie lassen sich die ägyptischen Sammlungen der deutschen Museen erweitern?

Wer selber gräbt, wird auch was abbekommen

Das Motto des 1889 gegründeten Kestner-Museums in Hannover lautet: „Sechs Jahrtausende unter einem Dach." Das sind Kunst und Kunsthandwerk aus dem alten Ägypten, der Antike, dem Mittelalter und der Neuzeit. Den Grundstock bilden die Sammlungen von August Kestner, der während eines langjährigen Italienaufenthaltes im vorigen Jahrhundert zahlreiche Kostbarkeiten aus dem alten Ägypten und der griechisch-römischen Antike zusammentrug.

Obgleich der neue Direktor des Kestner-Museums, der Klassische Archäologe Ulrich Gehrig, die Gewichte wieder gleichmäßiger „auf alle vier Säulen" verteilt sehen möchte, wird wohl auch in Zukunft die ägyptische Abteilung die Hauptattraktion des Hauses bleiben. Das liegt vor allem daran, daß Ägypten nach wie vor auf ein breites Publikums-Interesse stößt. Außerdem gibt es in Deutschland nur sehr wenige ägyptische Sammlungen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind.

Die größten Bestände befinden sich in Berlin, verteilt auf Ost-Berlin – vor allem Monumentalkunst – und West-Berlin. An zweiter Stelle folgt das Roemer-Pelizäus-Museum in Hildesheim mit mehr als 6000 inventarisierten Objekten, wobei das Schwergewicht auf dem Alten Reich und der griechisch-römischen Epoche Ägyptens liegt. Die Münchner Sammlung, die aus dem Wittelsbacher Ausgleich stammt, wurde erst in der Nachkriegszeit der Öffentlichkeit zugänglich. Neben diesen vier Museums-Sammlungen gibt es noch einige Universitäten wie Bonn, Tübingen und Heidelberg, die beachtliche Ägyptiaka besitzen, jedoch nur für den „wissenschaftlichen Hausgebrauch".

Eines der großen Probleme dieser Museen ist die Ergänzung und Erweiterung der Bestände. Der Kunsthandel bietet immer weniger Objekte an, und Ägypten selbst gibt keine Funde mehr zum Verkauf auf dem internationalen Markt frei. Auch die einstmals zahlreichen Privatsammlungen, die den Kunsthandel speisten, werden immer rarer. Was überhaupt noch angeboten wird, ist, so Gehrig, „meistens für uns unerschwinglich teuer, vor allem, weil das Budget für Neuerwerbungen im Rahmen allgemeiner Sparmaßnahmen drastisch gekürzt worden ist".

Das scheint ein Widerspruch, denn das Kestner-Museum zeigt nur einen Teil seiner Bestände in den Schauräumen, während sich andere nicht unbedeutende Stücke in den Magazinen befinden. Aber der Sinn von Neuerwerbungen, sagt Gehrig, sei ja nicht, dem Ehrgeiz eines Museums zu frönen, möglichst viele Objekte zu besitzen, sondern die „Bestände abzurunden, um ein möglichst vollständiges Bild einer Epoche vermitteln zu können". Mit einigem Bangen blickt Gehrig jenen Zeiten entgegen, da die Städte noch intensiver an ihren Museen sparen müssen.

Da hat es das benachbarte Hildesheim leichter. Arne Eggebrecht, seit bald zehn Jahren Direktor des Museums, beteiligt sich regelmäßig an Ausgrabungen in Ägypten. Und da Ägypten neben Sudan das einzige Land ist, das noch Fundteilungen vornimmt, kann das Roemer-Pelizäus-Museum seine Sammlungen „direkt von den Quellen" ergänzen.

Die Ägypter zeigen sich bei den Fundteilungen, bei denen nur wissenschaftlich ausgewertete Grabungsobjekte in Betracht gezogen werden, außerordentlich großzügig und unbürokratisch. Das liegt vor allem an der Einstellung des neuen Direktors der Antiken-Organisation, Ahmed Kadry, und auch an Kultusminister Radwan, der jüngst öffentlich verkündete, er betrachte die vielen in ausländischen Museen verstreuten ägyptischen Kunstwerke als „stille Botschafter" seines Landes. Das sind erstaunliche Töne, gemessen an den Forderungen nach „Rückgabe der während der Zeit des Kolonialismus geraubten Kunstschätze", die viele andere Länder erheben.

Eggebrecht verkennt nicht die Nöte der Sammlungen, die hauptsächlich vom Kunsthandel abhängig sind. Deshalb will er bei dem diesjährigen Kongreß internationaler Museumsdirektoren in London die Gründung eines Komitees vorschlagen, das die internationale Zusammenarbeit der ägyptischen Museen oder Sammlungen fördern soll. Seine Aufgabe wäre es, den regelmäßigen Austausch von Leihgaben zu organisieren. So könnte den Museen geholfen werden, die ihre Bestände nicht mehr ergänzen können.

Auch bei Sonderausstellungen verspricht sich Eggebrecht von einem solchen internationalen Komitee eine Vereinfachung, weil die Museen sich dann direkt miteinander verständigen könnten: „Die Zeiten des großen Kaufens sind vorüber. Vielleicht liegt unsere Zukunft im Leihen und im Verleihen. Nur so können die Museen überleben. Aber dafür müssen erst Schranken und Verbote, Zweifel und Ängste bei vielen Museen und Regierungsbeamten abgebaut werden."

Um mit gutem Beispiel voranzugehen, hat Eggebrecht selbst „im Sinne des noch ungeborenen Komitees" gerade 20 ägyptische Objekte aus seinem Museum, das derzeit völlig umgebaut und erweitert wird, für ein Jahr auf Reisen durch Süddeutschland und Österreich geschickt. Sie ergänzen die Wanderausstellung „Bilder für die Ewigkeit – 3000 Jahre ägyptischer Kunst", die eine Ahnung vom Glanz der Nil-Kultur in Gegenden bringt, die abseits liegen von den Zentren großer Museen und deren Möglichkeit, „Tut-Anch-Amun persönlich einzuladen".

M. v. SCHWARZKOPF

Chr. Hamptons Exil-Stück jetzt in Düsseldorf

Tarzan mag Bert Brecht

Bis Amerika ist er nicht gekommen, schon in Paris ereilte ihn der Tod: Während eines Unwetters wurde Ödön von Horváth durch einen umstürzenden Baum tödlich getroffen.

In Christopher Hamptons Drama „Geschichten aus Hollywood", das jetzt im Düsseldorfer Schauspielhaus seine europäische Erstaufführung erlebte, stirbt jedoch nicht Horváth, sondern ein Unbekannter, der zufällig neben dem Dramatiker steht. Dieser wird zum Cicerone in Hamptons Stück, emigriert nach Kalifornien und arrangiert brisante Begegnungen zwischen deutschen Exilautoren, zwischen Brecht, Thomas und Heinrich Mann zum Beispiel.

Das Stück eines Briten über deutsche Exilautoren also – eine interessante Konstellation! Gleich im ersten Bild schwingt sich Tarzan an einer Liane über die Bühne hin zu Thomas Mann, der in Kaliforniens gleißender Sonne an seinem Roman „Lotte in Weimar" arbeitet. Der klassische Wilde trifft den personifizierten Intellektuellen. Dieser Dualismus zweier unvereinbarer Welten durchzieht das Stück, setzt sich fort in den Begegnungen zwischen den Deutschen und den „Leuten vom Film", die mit ihrem Wunsch nach „filmischen" Stoffen den Emigranten auf die Nerven gehen. Sie wollen Literatur schreiben, wo Szenarios verlangt werden.

Auch Horváth findet in Kalifornien einen Tod, der einem Klassiker des Films nachempfunden ist: Gerade ist seine Idee, in dem Film „Bedtime for Bonzo" den Präsidenten der USA sich in einen Schimpansen verlieben zu lassen, abgelehnt worden, da kommt er durch einen Unfall im Swimmingpool ums Leben. Dort schwimmt seine Leiche dann im genau gleichen Ambiente wie die eines ebenfalls arbeitslosen Drehbuchautors: William Holden in „Sunset Boulevard", Entstehungsjahr 1950.

Besonders durch die Figur Horváths (dargestellt von Wolfgang Reinbacher), der teils in die Handlung integriert ist, teils aus ihr herausspringt, und zum Conférencier für das Publikum wird, gelingt es Hampton sehr gut, das Elend der Exilierten ironisch zu brechen, wobei übrigens Thomas Mann, von Wolfgang Arps richtig schön als „Stehkragen" gespielt, bis zur Karikatur verzerrt wird. Alle leiden am „Herzasthma des Exils", vor allem Heinrich Mann (Hans Schulze), dessen amerikanischer Ruhm ganz und gar „auf den Beinen Marlene Dietrichs" steht. Seine Frau Nelly, das Enfant terrible im deutschen Intellektuellen-Getto (hervorragend Marianne Hoika), findet zwischen schäbiger Bardamen-Erotik und entwürdigendem Alkoholismus ein erbärmliches Ende. Heinrich und Nelly sind Hamptons tragische Helden, die in Düsseldorf mit Recht den meisten Beifall einheimsten.

Regisseur Peter Palitzsch versteht es, das mit Insider-Anspielungen gespickte Stück auch für Nichteingeweihte packend und auch amüsant zu präsentieren. Bei allem Elend wird die groteske Situation, in die sich damals so viele ausgezeichnete Autoren versetzt sahen, voll ausgespielt. Warum die Regie aber mit aller Gewalt und höchst unpassend Stilmittel des elisabethanischen und des brechtschen Theaters bemüht (Ortsangabe auf Schiefertafel, Lichteffekte zum Zweck der „Entromantisierung" usw.), das mag ihr Geheimnis bleiben. Auch ohne diesen Schnickschnack wäre klar gewesen, daß wir es hier mit einem interessanten, guten Stück zu tun haben.

RAINER NOLDEN

AUSSTELLUNGS-KALENDER

Albstadt: Die Brücke/Erich Heckel – Städtische Galerie (bis 1. Mai)

Baden-Baden: Helmut Middendorf – *Staatliche Kunsthalle (bis 17. April)*

Berlin: Das andere Amerika – *Staatliche Kunsthalle (bis 24. April)*
Tierbilder aus vier Jahrtausenden – Antikenmuseum (bis 5. Juni)

Bonn: Die Tunisreise, Klee, Macke, Moilliet – Städtisches Kunstmuseum (bis 24. April)
Preußen in der Weimarer Republik – Wissenschaftszentrum (bis 30. April)

Darmstadt: Karl-Schmidt-Rottluff – Stipendiaten – Mathildenhöhe (bis 24. April)

Dortmund: Vlassis Caniaris – Museum am Ostwall (bis 24. April)

Duisburg: Verboten – Verfolgt, Kunstdiktatur im Dritten Reich – Wilhelm-Lehmbruck-Museum (10. April bis 23. Mai)

Düsseldorf: Philipp Hackert, zehn Aussichten von dem Landhause des Horaz – Goethe-Museum (bis 24. April)
Gotthard Graubner, Malerei auf Papier – Kunstmuseum (bis 20. April)

Essen: Fremdenbilder, frühe ethnographische Fotografie – Museum Folkwang (bis 1. Mai)

Frankfurt: Max Beckmann, die frühen Bilder – Städtische Galerie im Städel (bis 17. April)

Hamburg: Köpfe der Lutherzeit – Kunsthalle (bis 24. April)

Hannover: Peter Blake – Kestner-Gesellschaft (22. April bis 12. Juni)

Köln: Dieter Rams, Design – Kunstgewerbemuseum (bis 30. April)

Krefeld: Georg Ettl – Kaiser-Wilhelm-Museum (17. April bis 29. Mai)
Nicola de Maria – Museum Haus Lange (bis 24. April)
Bogomir Ecker – Museum Haus Esters (bis 1. Mai)

Mainz: Ingres, Handzeichnungen – Mittelrheinisches Landesmuseum (bis 1. Mai)

München: Paul Klee – Museum Villa Stuck (bis 30. April)
Großstadt-Dschungel – Kunstverein (bis 1. Mai)

Nürnberg: Richard Riemerschmied – Germanisches Nationalmuseum (8. April bis 22. Mai)

Wuppertal: Ruth Hallensleben, Industriephotographie – Von-der-Heydt-Museum (bis 30. April)

Zwei Versuche mit Verdi an Rhein und Ruhr

Pflicht und Superkür

Verdis „Macht des Schicksals" an Rhein und Ruhr – in Düsseldorf als routiniert lieblose Pflichtübung absolviert, wird dieser „mittlere" Verdi in Gelsenkirchen zu einer Glanzstunde des Musiktheaters. Beide Produktionen setzen auf „Werktreue", doch welch ein Unterschied in den Ergebnissen! An der seit Jahren im italienischen Fach glücklosen Rheinoper wird, so scheint's, vom Blatt inszeniert und musiziert. Anstatt das Melodram in der Victor-Hugo-Nachfolge auf seinen Gehalt abzuklopfen, nehmen Regisseur Heinz Lukas-Kindermann und der Ausstatter Jorge Villarreal szenische Vernebelungsmanöver vor. Kruder Opernrealismus, Stehkonzert in entstellenden Kostümen und hilfloses Dunkel bei den gewiß schwierigen Klosterszenen sind die Elemente eines ästhetischen Horrorkabinetts.

Der inszenatorische Zeigefinger deutet bei den Volksszenen auf die Schrecken des Krieges und die Unterdrückung der Menschen. Da wuselt es geschäftig hin und her, Statisten scheinen unter der Last federleichter Requisiten zusammenzubrechen, der Chor feiert Orgien wie zu Turnvater Jahns Zeiten. Allein Alberto Erede gibt dem trostlosen Abend vom Pult einige Glanzlichter, retten kann er ihn ebensowenig wie die Solisten, die sich in unpräzisem Mittelmaß wohl zu fühlen scheinen.

Auch an der Gelsenkirchener Aufführung ist das eine oder andere Detail zu beanstanden, insgesamt aber gelang eine Produktion, die das Prädikat Musiktheater einschränkungslos verdient. Göran Järvefelt, der seine Karriere in Gelsenkirchen begonnen hatte, ist als Gast zurückgekehrt und zeigt, was für eine szenische Fundgrube das abgestandene Libretto, um Familienehre und Rache ist. Die Eröffnungszene, in der ein tödlicher Unfall die Jagd auf zwei Menschen in Bewegung setzt, gibt er als Vorspiel in einem gräflichen Salon. Dann erst wird die Ouvertüre gespielt, die von Carl Friedrich Oberle entworfene Bühne öffnet sich zu einem grau-roten, variablen Spielraum.

Zeile für Zeile wird aus dem Text die Handlung entwickelt, Arien und Duette werden in sinnfälliger Aktion aufgelöst, die dem Affektgehalt der Musik entspricht. Der farbige Amerikaner Moises Parker gestaltet den Charakter des verfolgten Außenseiters so bewegend, wie Karoly Szilagyi die Unmenschlichkeit honorierten Standesdünkels in die Figur des Carlos einbringt.

Ungewöhnlich ist die meist als Randfigur gezeichnete Partie der Zigeunerin Preziosilla. Mariana Cioromila gestaltet sie als Symbol einer opportunistischen Kriegsgewinnlerin. Überragend aber, ohne sich dem Ensemblespiel zu entziehen, die Leonore der Winifred Faix-Brown. Nach diesem Rollendebüt dürften sich die Opernhäuser um sie reißen. Wann hat man zum letzten Mal eine so sicher geführte ausdrucksstarke Sopranstimme gehört? Bei der jungen Amerikanerin befinden sich schauspielerische und gesangliche Gestaltung in einem perfekten Gleichgewicht.

In Manfred Mayrhofer schließlich hat das Ensemble einen Dirigenten, der bei aller rhythmischen Präzision die Solisten und das Orchester frei atmen läßt. Mayrhofer hat sich mit dieser Einstudierung endgültig als Operndirigent höchster Qualität profiliert. Gelsenkirchens italienisch gesungene Drei-Sterne-Produktion ist eine weite Reise wert.

ALBIN HÄNSEROTH

JOURNAL

Sowjetmaler Sissojew drohen drei Jahre Haft

AFP, Moskau

Dem im Februar in Moskau verhafteten sowjetischen Maler Wjatscheslaw Sissojew (45) drohen drei Jahre Gefängnis wegen „Herstellung und Verbreitung von pornographischen Gegenständen". Die amtliche Agentur Tass teilte mit, daß in der Wohnung von Sissojew „über eintausend pornographische Dias" beschlagnahmt worden seien. Als Unterlagen hätten einschlägige Zeitschriften gedient, die sich Sissojew bei „Diplomaten und Journalisten der Vereinigten Staaten und anderer westlicher Länder" besorgt habe. Im Westen ist Sissojew durch Karikaturen über die Geheimdiensttätigkeiten des KGB und Aspekte der olympischen Sommerspiele von Moskau bekannt geworden.

Claus Leininger statt Götz Friedrich

DW. Stockholm

Claus Leininger, seit 1977 Intendant des Gelsenkirchener Musiktheaters im Revier, gehört als einziger Nicht-Schwede zu einem engeren Kreis von fünf Kandidaten für die Intendanz der Königlich Schwedischen Oper in Stockholm. Im Falle seiner Wahl wird Leininger ab der Spielzeit 1984/85 ein Haus mit einem Jahresetat von etwa 60 Millionen Mark leiten. Ursprünglich war für diese Position Götz Friedrich, Intendant der Deutschen Oper Berlin, favorisiert worden.

Deutscher Film in Madrid ausgezeichnet

AFP, Madrid

Mit Preisen für Drehbuch und Kameraführung sind deutsche Filme beim Madrider Internationalen Science Fiction Film Festival ausgezeichnet worden. Dominik Grafs „Das zweite Gesicht" erhielt den Preis für das beste Drehbuch, während Jacques Stern für seine Kameraarbeit in „Feuer und Schwert" den Preis für die beste Kameraführung zugesprochen erhielt. Den großen Filmpreis des Festivals verlieh die Jury an „Dark Crystal" der Amerikaner Jim Henson und Frank Oz.

Magritte-Buch darf doch verkauft werden

AFP, Brüssel

Die belgische Justiz hat das Verkaufsverbot für ein Buch über den surrealistischen Maler René Magritte aufgehoben. In dem umstrittenen Band stellt der Autor, Marcel Marien, die Behauptung auf, Magritte habe verschiedene Arbeiten von Picasso, Braque und Ernst gefälscht sowie falsche 100-Franc-Scheine hergestellt.

Heinz Risse 85

Der Merlin Verlag in Vastorf bei Lüneburg hat zum heutigen 85. Geburtstag Heinz Risses einen neuen Essay aus der Feder des Düsseldorfer Schriftstellers herausgebracht. Er trägt den Titel „Berkeley und der Demiurg" und den Untertitel „Requiem auf das Spiel in der Sackgasse". Der Jubilar spielt darin auf manche der



Wirtschaftsprüfer und Schriftsteller: Heinz Risse FOTO: MERLIN VERLAG

Themen aus den früheren belletristischen und theoretischen Arbeiten an, für die er seit 1948 neben seiner Tätigkeit als Wirtschaftsprüfer Zeit gefunden hat. (Er war immer stolz darauf, nicht der Zunft der ums Geldverdienen Schreibenden anzugehören.) Im Vordergrund steht jedoch diesmal etwas anderes, das er am Beispiel der künstlerischen Genies Mozart, Flaubert und Cézanne erläutert, die „für den Pragmatiker des 20. Jahrhunderts in das Abnormitätenkabinett der Illusionen gehörten". Der andere Pol, um den seine Gedanken kreisen, ist die Philosophie Berkeleys, dem er nur vorwirft, sie nicht ganz zu Ende geführt zu haben.

jae

Handel mit falschen Dalis aufgeflogen

AFP, Madrid

Die spanische Polizei hat einen großangelegten Handel mit gefälschten Gemälden des spanischen Malers Salvador Dali aufgedeckt. Es wurden 48 Fälschungen sichergestellt. Unter den drei verhafteten Händlern soll sich auch der Organisator des Händlerringes befinden, dessen Name mit Jorge Franch Hoppe angegeben wurde. Die Gruppe hatte seit Ende letzten Jahres verschiedene gefälschte Dalis angeboten, die mit Expertisen versehen waren. Diese wurden nach Angaben der spanischen Polizei von einem Mitarbeiter des Centre Pompidou in Paris gegen entsprechende Bezahlung ausgestellt und tragen alle den 10. Januar 1980 als Datum.

Richter ließ den „schönen Konsul" wieder frei

AP/dpa, Asuncion

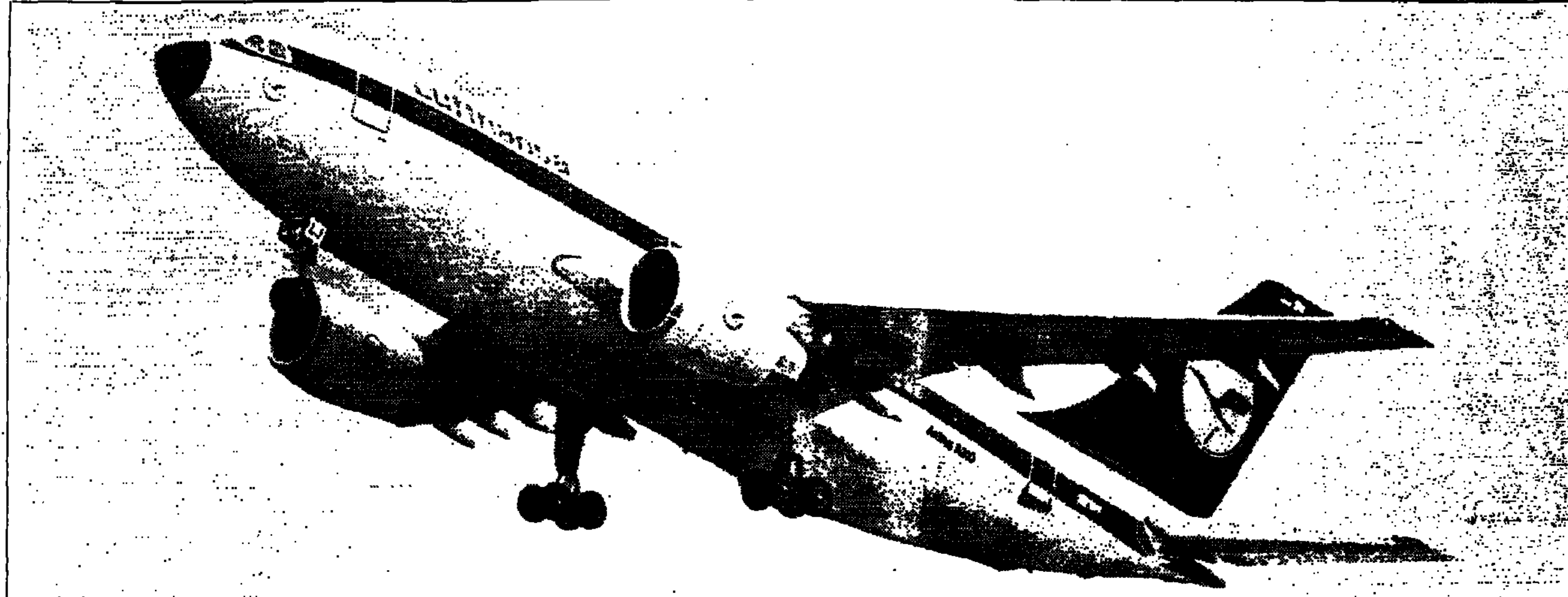
Nach neuntägiger Haft in einem paraguayanischen Gefängnis ist der aus der Bundesrepublik nach Paraguay geflohene Titelhändler und Immobilienmakler Hans Hermann Weyer von einem Gericht in Asuncion am Montag wieder freigelassen worden. Gegen Weyer, der sich selber den Titel Konsul gegeben hat und auch der „schöne Konsul" genannt wird, war in Paraguay Betrugsanzeige erstattet worden. Er soll seinen deutschen Landsmann Dieter Hoyer um rund 250 000 Dollar betrogen haben.

Das Gericht setzte Weyer und seine Sekretärin Ute Maul, die mit ihm zusammen verhaftet worden war, auf freien Fuß und machte dem Kläger zur Auflage, neues Beweismaterial für seine Anschuldigungen vorzulegen. Für diesen Fall schloß es nicht aus, Weyer erneut zu inhaftieren. Nach seiner Freilassung kündigte Weyer gegen Hoyer und seine „Bande" eine Klage wegen Verleumdung in Höhe von einer Million Dollar an. Hoyer hatte erklärt, Weyer habe von ihm für den Kauf eines Hauses und Grundbesitz Geld kassiert, jedoch die versprochene Gegenleistung bis heute nicht erbracht.

Weyer wiederum warf Hoyer vor, er sei in Deutschland in ein Betrugsverfahren verwickelt. Ein anderer aus der „Bande", die sich gegen ihn verschworen hätte, werde von der Staatsanwaltschaft in Wuppertal gesucht; nach dem dritten werde von der Staatsanwaltschaft Bochum über Interpol gefahndet.

Weyer, der in Paraguay als „Sonderbotschafter" eines nicht benannten Staates auftritt, hatte sich schon während der Haft optimistisch gegeben und stets mit seiner Entlassung gerechnet. Dem Gericht machte er jedoch keine Vorwürfe. Er sei im Gefängnis „fair und ordentlich" behandelt worden.

Der ebenso schöne wie umstrittene Konsul hatte sich 1980 aus der Bundesrepublik abgesetzt, wo er wegen Urkundenfälschung, Betrug und Steuerhinterziehung gesucht wird. Ein deutsches Auslieferungsersuchen war von den paraguayanischen Behörden stets abschlägig beschieden worden. Zwischen beiden Ländern besteht kein Auslieferungsabkommen. Weyers jüngste Verhaftung in Paraguay hatte dementsprechend nie etwas mit dem Bonner Ersuchen zu tun.



Ein steiler Aufstieg wird dem „kleinen" Airbus, dessen erstes Exemplar die Lufthansa gestern in Toulouse in Empfang nahm, prophezeit FOTOS: DIE WELT

Beim Airbus sorgen tausend Kreuzchen für die Sicherheit

JOCHEN LEIBEL, Toulouse

In Toulouse übernahm die Lufthansa gestern das erste Exemplar des „kleinen" Airbus A-310. Dafür, daß der neue, mit einer Menge Vorschußlorbeer bedachte Jet auch hält, was er verspricht, sorgt Jürgen Jurisch, der Leiter der Bauaufsicht der Lufthansa in Toulouse. Von den Nieten der Außenhaut über die Verkabelung unter der Innenverkleidung bis hin zum fließenden Wasser in den Bordtoiletten, alles wird von „Monsieur Jurisch" inspiziert, kontrolliert und schließlich gutgeheißen. Mehr als 1000 „O. K."-Kreuzchen hat er auf seinen Checklisten gemacht, bevor die deutsche Fluggesellschaft mit dem neuen Vogel wirklich in die Luft gehen darf.

Jurischs Titel, „Leiter der Bauaufsicht", verrät allerdings kaum, was hinter der Aufgabe steht. Jurisch ist das „Adlerauge" der Lufthansa in Toulouse. Wenn der geborene Berliner, Jahrgang 1939, durch die Montagehallen der „Airbus Industries" wandert – und das tut er, unangemeldet, mehrmals pro Woche – dann ziehen die französischen Facharbeiter die Köpfe ein. Hoffentlich entdeckt er nichts bei mir, flehen sie im stillen. Jurischs Aufgabe ist es nämlich, darauf zu achten, daß sich die Lufthansa-Wünsche auf dem Papier und die Wirklichkeit in den Airbussen möglichst nahe kommen.

Eine gewaltige Aufgabe: Aus mehr als zehn Produktionsstätten, verstreut über ganz Europa, kommen die fertigen Einzelteile. Sie werden in Toulouse nur noch zusammengeschraubt, -geklebt und -genietet. Viele Hersteller bedeuten aber auch viele Fehlerquellen und dementsprechend viele Prüfungen. Die meisten werden am Schreibtisch vorgenommen. Da müssen Testberichte abgehakt, Änderungswünsche erledigt und Reklamationen angenommen werden. „Doch trotz des gewaltigen Papierkrieges – bis zu 300 Telexsendungen täglich – entdeckt man doch noch immer Abweichungen oder Ungenauigkeiten an der unfertigen Maschine." Wenn es um einen millionstel Millimeter geht – beim Winkel der Flügel des „A-310" etwa – läßt sich dies eben nicht anhand einer Aktennotiz nachprüfen, sondern nur mit einem optischen Gerät „vor Ort".

Der Lufthansa-Mann Jurisch scheint für diese Doppelaufgabe der rechte Mann. Der Mann, der heute für die 100-Millionen-Vögel



Auf dem Weg nach oben sorgt Jürgen Jurisch beim Airbus für die Sicherheit.

verantwortlich ist, begann als Fernmeldelehrling bei Siemens in Berlin. Der abgeschlossenen Lehre folgte ein Studium der Elektrotechnik. 1966 begann er in Hamburg bei der Lufthansa in der Abteilung „Avionics", dort, wo man sich um Sprechfunk, Navigationstechnik und Datenverarbeitung im Cockpit kümmert.

Bei einem kleinen Zwischenfall mit einer Boeing 727 – von den Fluggästen gar nicht bemerkt – wurde die Lufthansa auf ihr Allround-Talent aufmerksam. Jurisch entdeckte damals einen kleinen, aber unangenehmen Antennen-Defekt, nach dem ältere Kollegen seit Wochen suchten. Der scharfäugige Berliner wurde daraufhin in die USA nach Seattle geschickt, um dort die Elektronik der ersten Boeing 707 der Lufthansa „abzunehmen".

Als die Lufthansa Mitte der 70er Jahre groß ins Airbus-Geschäft einstieg und einen „Überwacher" für den Produktionsort Toulouse suchte, fiel die Wahl fast automatisch auf Jurisch – und das, obwohl er damals kein Wort Französisch sprach. „Eines meiner ersten Unternehmen war es deshalb, die Verwendung von Englisch durchzuboxen." Heute spricht Jurisch fließend Französisch – und seine französischen Partner fließend Englisch.

Pfeifenraucher Jurischs Aufgaben erschöpfen sich allerdings nicht im Prüfberichten und persönlichen Kontrollen. Er ist es auch, der nach Beendigung aller Tests und Kontrollen zum Kugelschreiber greift und persönlich den Kaufvertrag unterzeichnet – ein Federstrich für 100 Millionen Mark.

Vergleichsweise bescheiden nimmt sich da Jurischs „goldenes" Steckenpferd aus: Für jeden an seine Gesellschaft gelieferten „Airbus" läßt er sich einen Cockpit-Schlüssel geben, die neu golden schimmern. Sieben hängen schon an der Wand seines spartanisch eingerichteten Büros am Rand des Flugfeldes in Toulouse. Für 25 weitere Schlüssel ist noch Platz an der Wand. Soviel „A-310" hat die Lufthansa schon fest bestellt. (SAD)

TÜV fordert strengere Abgas-Werte

dpa, K

„Nicht mehr zeitgemäß" ist n Ansicht der Technischen Über chungs-Vereine der Kohlenm oxid-Grenzwert für Autoabgase, liegt derzeit bei 5,5 Volumenp zent. Die Motoren seien seit Festsetzung der Werte 1969 „ umweltfreundlicher geworde heißt es im TÜV-Autoreport '83. einer Verschärfung der Abgaswe te, „der fortgeschrittenen Motor technik entsprechend" würden doch ein Drittel bis 55 Prozent st bisher elf Prozent beim Test sch tern: Eine Untersuchung an 2 Wagen ergab, daß viele Autofah ihre Autos nicht richtig einstell lassen. Zudem würden viele Fal zeuge wahrscheinlich unmittel bar vor dem TÜV-Termin auf ein geringen Kohlenmonoxid-Geh getrimmt werden.

Brandstifter im Museum

AP, Münch

Entgegen ursprünglichen Anna men ist das Feuer im Deutsch Museum in München, bei dem Millionenschaden entstand, do durch Brandstiftung verursa worden. Laut Polizei ließen si wahrscheinlich ein oder mehr Stadtstreicher einschließen, dort zu übernachten.

Arzt muß zahlen

rtr, Karlsru

Ärzte sind bei einer medizinis sinnvollen, aber nicht unbedin erforderlichen Einweisung zur st tionären Behandlung verpflicht den Patienten darauf hinzuweise daß die Krankenversicherung d Kosten möglicherweise nicht übe nehmen wird. Nach einer Entsche dung des Bundesgerichtshofs mu ein Arzt, der dies nicht tut, für d Kosten aufkommen. (AZ: VI, Z) 104/81)

Tödlicher Schußwechsel

dpa, Pforzhei

Bei einer Verfolgungsjagd mit de Polizei ist gestern morgen im Rau Pforzheim ein etwa 25 Jahre alte Mann nach einem Schußwechse tödlich verletzt worden. Der Man gehörte zu den Insassen eines Pkw der zur Fahndung ausgeschrieben war. Er soll das Feuer auf die Polizi sten eröffnet haben. Seine beiden Begleiter wurden festgenommen.

Streik bei Olympic Airways

AFP, Athen

Die griechische Fluggesellschaft „Olympic Airways" hat wegen eines Streiks für gestern und heute sämtliche Flüge annulliert. Die 9000 Beschäftigten fordern unter anderem Maßnahmen zur Sanierung des Unternehmens.

Probleme mit Rettungssatellit

AP, Vandenber

Der erste amerikanische Ret tungssatellit, der in Not geratene Schiffs- und Flugreisenden Hilf bringen soll, ist kurz nach dem Star vom Flugstützpunkt Vandenberg i Kalifornien in Schwierigkeiten ge raten. Die aufgetretenen Störunge sollen aus der Ferne behoben wer den.

Kampf ums Wunschkind

AP, Renne

Um von ihrem tödlich verur glückten Freund durch künstlich Befruchtung ein Kind zu empfan gen, hat eine 29jährige Französi jetzt den Kampf gegen die franzö sche Justiz- und Gesundheitsbür kratie aufgenommen. Ein Regie rungssprecher in Paris erklärte da zu, der Fall werde gegenwärtig „g prüft". Der junge Mann hatte sei Sperma vorsorglich in einer Samen bank deponiert, nachdem er a Schilddrüsenkrebs erkrankt wa Im September '82 starb er bei eine Verkehrsunfall.

LEUTE HEUTE

Neue Erfahrung

Eine neue Erfahrung für **Placido Domingo** in der Bronx. Bei einem Besuch in dem Elendsviertel New Yorks fragte der Operntenor Kinder auf der Straße: „Wißt ihr, wer ich bin?" „Nein", scholl es ihm treuherzig entgegen. Auf die Frage, was sie sich unter einer Oper vorstellten, brüllten die lieben Kleinen im Chor: „Nichts."

Der blonde Preuße

Ein bedauerlicher Übermittlungsfehler machte den deutschen Modezaren **Wolfgang Joop** aus Sicht der Amerikaner zu einem „blöden Preußen". Die strengen Linien in den Entwürfen des Designers, der in Monte Carlo mit der höchsten Modeauszeichnung, dem „Fil d'Or", geehrt wurde, sind es, die ihm jenseits des Atlantik den liebevollen Beinamen „der blonde Preuße" eingetragen haben.

34 Jahre Haft

34 Jahre Haft sind die Quittung für **Giovanni Vigliotto**, der in 30 Jahren 105 Frauen um die Ehe und zum Teil um ihr Vermögen betrogen hat. Das Gericht in Phönix (US-Bundesstaat Arizona) legte dem 47jährigen Heiratsschwindler und vielfachen Bigamisten außerdem eine Geldbuße von 336 000 Dollar auf.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Der Ausläufer eines Islandtiefs überquert im Tagesverlauf von Westen her den größten Teil Deutschlands. Auf seiner Rückseite fließt kühle Meeresluft nach Mitteleuropa.



Deutscher Wetterdienst 29. März 1983, nachm.

Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Berlin:

Stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Regen, in höheren Lagen Schneeregen oder Schnee. Im Laufe des Tages Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schauern. Tageshöchsttemperaturen um 8 Grad, Tiefstwerte in der Nacht um 3 Grad. Schwacher bis mäßiger, im Norden auch frischer Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten:

Unbeständig und weiterhin kühl.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	4°	Kairo	20°
Bonn	4°	Kopenh.	0°
Dresden	4°	Las Palmas	18
Essen	3°	London	8°
Frankfurt	4°	Madrid	9°
Hamburg	1°	Mailand	7°
List/Sylt	3°	Mallorca	14°
München	0°	Moskau	10°
Stuttgart	4°	Nizza	11°
Algier	13°	Oslo	2°
Amsterdam	8°	Paris	7°
Athen	16°	Prag	4°
Barcelona	11°	Rom	14°
Brüssel	5°	Stockholm	-1°
Budapest	9°	Tel Aviv	19
Bukarest	13°	Tunis	14°
Helsinki	1°	Wien	9°
Istanbul	14°	Zürich	3°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 7.02 Uhr, Untergang: 19.52 Uhr, **Mondaufgang:** 23.17 Uhr, Untergang: 8.29 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Milliarden versickern an den Ufern des Tiber

Vom Verdienst am Hl. Jahr ist in Rom angeblich keine Rede

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die Schätzungen schwanken zwischen fünf und sechs Milliarden Mark. Den Lire-Gegenwert dieser Summe werden Pilger und Touristen aus aller Welt vermutlich während des Heiligen Jahres in Rom lassen. Das Jubeljahr als Jubelgeschäft?

Am entschiedensten wird das im Vatikan bestritten. Keine einzige Lira werde verdient, versichert man dort. 1975, im letzten Heiligen Jahr, habe man sogar zugesetzt, obwohl damals noch offizielle Gedenkmedaillen und Pilgermappen verkauft worden seien. Diesmal habe der Papst die Parole „Austerità" ausgegeben. Was durch Briefmarken und Eintrittsgelder für die vatikanischen Museen sowie an Opfergaben der Pilger und Provisionen von den klösterlichen Pilgerherbergen einlaufe, werde die Kosten wahrscheinlich nicht annähernd decken. Erfahrungsgemäß werde es nicht einmal für die Entlohnung des zusätzlich eingestellten Personals und für die Vergütung der Überstunden des Stammpersonals ausreichen.

Auch von den städtischen und regionalen Behörden sind nur Klagen über zusätzliche Ausgaben zu hören. Hotellerie und Gaststättengewerbe rechnen zwar mit Stoßzeiten und kurzen Perioden der Spitzenbelegung, aber an das große Geschäft glauben angeblich auch sie nicht. Pilger, so heißt es, seien im allgemeinen arme Schlucker. Sie konsumierten wenig, ernährten sich vornehmlich von belegten Brötchen und Brunnenwasser.

In wessen Taschen aber werden dann die erwarteten Milliarden fließen? Die einzigen, die zugeben, daß sie mit beträchtlichen Gewinnen rechnen, sind vorläufig nur die Andenkenverkäufer und ihre Zulieferer. „Dieser Papst ist ein Phänomen", versicherte dieser Tage Giulio Gomanzo, Direktor der Andenkenfirma „Kosmo", dem „Corriere della Sera". „Man braucht nur irgendeinen Gegenstand mit seinem Bildnis zu versehen, und schon hat man verkauft." Die Branche rechnet mit 30 bis 40 Prozent Umsatzsteigerung.

Ein Nebenarm des großen verzweigten Geldstromes ist damit lokalisiert. Wohin der Rest fließt, wird möglicherweise diesmal ebenso ein Mysterium bleiben, wie es das im letzten Heiligen Jahr 1975 geblieben ist. Damals hatten die Pilger nach Angaben des Tourismus-Ministers 1500 Milliarden Lira nach Rom gebracht. Das waren bei dem in jenem Jahr gültigen Wechselkurs ebenfalls rund sechs Milliarden Mark. Glaubt man den offiziellen Angaben, muß der größte Teil davon versandet sein.

Man darf wohl davon ausgehen, daß die italienische Touristikindustrie so schlecht nicht weggekommen ist. Eine andere Frage aber ist, was die „Romei", wie die Heilig-Jahr-Pilger von den Römern genannt werden, für ihr Geld bekommen. Im Jubeljahr 1350 berichtete ein Chronist: „Die Gastwirte versprachen ein Zimmer für zwei oder drei Personen, dann aber haben sie bis zu sieben oder acht hineingestopft. Und die Fleischer mischten das schlechte und das gute Fleisch." Preiswucher, Lebensmittelknappheit, Überfüllung der Quartiere waren während des Mittelalters in Heiligen Jahren die Regel. Verglichen damit findet der Rom-Pilger heute geradezu ein Paradies vor.

Immerhin ist Rom heute eine der touristisch am besten ausgestatteten Städte der Welt. Der Gast kann unter 924 Hotels aller Kategorien, 460 Pensionen und 200 einfachen Gasthöfen, unter 70 Klöstern und religiösen Institutionen wählen. Dazu kommen 13 Campingplätze, drei Jugendherbergen sowie Hunderte von privaten Zimmervermietern. In der Stadt gibt es fast 4000 Restaurants, 800 Schnellimbißstuben und Pizzerien sowie 8600 Expressobars.

In Plaichach ist die Welt nicht mehr in Ordnung

Zum Blutbad kam es, als „alles geregelt" schien

HELMUT REISTER, Plaichach

In der kleinen Gemeinde Plaichach im Oberallgäu ist die Welt, wie man so schön sagt, noch in Ordnung. Wenn es dann aber doch zu Konflikten einzelner Bürger mit Recht und Ordnung kommt, können sich offenbar auch dort eigene Gesetzmäßigkeiten entwickeln. Hubert Siegel (45), der sich von einem kleinen Landwirt zum Besitzer eines großflächigen Campingplatzes gemausert hat, genoß mit Sicherheit nicht den besten Ruf. Laut Polizei soll er wegen einer Nervenkrankheit mehrmals im Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren behandelt worden sein. Nach einer Gemeinderatssitzung im Frühjahr 1980 soll er den Ratsmitgliedern gedroht haben, sie mit einer Maschinenpistole niederzumähen. Außerdem mußte er eine rechtskräftige Verurteilung wegen Wilderei einstecken und zu allem Überfluß häufte sich seine Steuerschuld auf mehr als eine Dreiviertelmillion Mark. Ein Teil davon, knapp 200 000 Mark, war jetzt fällig. Hubert Siegel hätte das Geld allem Anschein nach mühelos auftreiben können. Doch der Ex-Landwirt beglich die Rechnung auf ganz andere Art, mit einem Blutbad.

Es ist Montag morgen, 10 Uhr. Siegel, so erinnern sich mehrere Zeugen hinterher, stürmt wutentbrannt die Holztreppe zum ersten Stockwerk des Immenstadter Finanzamtes hinauf. An der Tür zu Zimmer 29, der Vollstreckungsabteilung, dort wo er, wie man vermuten darf, den Anlaß allen Übels sah, hält ihn nichts mehr zurück: „Ich will jetzt sofort wissen, was mit meiner Steuer los ist." Abteilungsleiter Elmar B. (33), der sich zusammen mit vier weiteren Kollegen in dem Zimmer aufhält, will beruhigend auf den Steuerschuldner einwirken und bittet ihn in sein Zimmer. Wenig später wird die für Hubert Siegel zuständige Sachbearbeiterin, die 30jährige Inspektorin Christine E., zu dem Gespräch hinzugezogen.

Ob es daraufhin überhaupt noch zu einer Unterredung gekommen ist, haben die bisherigen Ermittlungen der Kemptener Kriminal-Polizei nicht klären können. Dieses Detail des Geschehens, das sich in diesen Minuten hinter der Tür des Büros abgespielt hat, ist für die Polizei aber auch nur von untergeordneter Bedeutung. Sicher ist dagegen, daß Siegel nicht lange gefackelt hat, daß er eine Pistole vom Kaliber 22 Magnum zog und drei Schüsse auf die beiden Finanzbeamten abfeuerte. Mit einer vierten Kugel in den Kopf beendete der Campingplatzbesitzer unmittelbar darauf sein Leben.

Den vom Knall der Schüsse alarmierten Kollegen bot sich ein schauerliches Bild. Am Boden, vor und neben dem Schreibtisch, liegen blutüberströmt Elmar B. und der Todesschütze. Christine E., von einer Kugel in der Brust getroffen, klammert sich schwerverletzt an das Bein des Tisches. Rettung gibt es jedoch nur für einen der drei Beteiligten. Elmar B., verheiratet und Vater eines Kindes, überlebte zunächst, schwebt aber in Lebensgefahr. Bei dem Täter erübrigen sich Wiederbelebungsversuche; er war sofort tot. Und auch Christine E. stirbt kurz nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus.

Der Grund, warum Hubert Siegel ausgerechnet an diesem Montag vormittag ins Immenstadter Finanzamt kam, wird wohl nie mehr zu klären sein. Ärger mit seiner Steuerbehörde hatte der 45jährige schon länger, aber es sah gerade in diesen Tagen so aus, als würden die Differenzen in Kürze beigelegt. Wegen der enormen Steuerschulden – man spricht von 880 000 Mark – hatte das Finanzamt eines seiner Grundstücke mit einer Zwangshypothek belegt. Dieses Grundstück wollte Siegel nun verkaufen. Mit dem Erlös hätten seine Steuerschulden mühelos beglichen werden können. Ein Sprecher des Finanzamtes dazu gestern: „Die Sache war geregelt."

ZU GUTER LETZT

„Sie betreten jetzt das Missionsfeld!" Schild am Ausgang einer Kirche in England.

